BERNHARD BARKHOLDT

AUSLÄNDER PROBLEM EINE ZEITBOMBE?

Entscheidung zur Jahrtausendwende

VOWINCKEL

Eine Zeitbombe tickt

Das Ausländerproblem ist die wichtigste gesellschafts- und innenpolitische Frage der achtziger und neunziger Jahre. Darin sind sich die meisten Beobachter einig. „Im Keller" des bundesdeutschen Wohlstandsgebäudes tickt eine Zeitbombe ungeheurer Sprengkraft: Millionen Ausländer sind bereits da, weitere Millionen werden hinzukommen. Das Ausländerproblem geht jeden an, niemand kann sich davor drücken.

Wie gefährlich ist diese Zeitbombe wirklich?

Wo liegen die Ursachen der Entwicklung, sind die „Bombenleger" zu finden?

Welche Möglichkeiten gibt es noch zur Entschärfung?

Mit diesen Fragenkomplexen setzt sich Bernhard Barkholdt engagiert und sachkundig auseinander.

1. Januar zwanzighunderteins: Deutsche Minderheit? – Die Dimensionen des Ausländerproblems – Deutschland den Einwanderern. Die Forderung nach dem Einwanderungsland Bundesrepublik – Zauberformel Integration – Harlem vor unserer Haustür – Revolution der Farbigen? – Haben die Deutschen die Ausländer „gerufen"? – Ausländer als „Dreckarbeiter"? – Wohlstandsmehrung durch Ausländer, Dichtung und Wahrheit – Ausweg noch möglich? Vorschläge für eine neue Ausländerpolitik.

Sinn dieses Buches soll es sein, zur Entscheidung über den künftigen Weg der Ausländerpolitik zu mahnen. Wir alle müssen uns jetzt mit dem Ausländerproblem beschäftigen, sonst wird es u n s bald in höchst gefährlicher Weise beschäftigen!

Noch können wir Einfluß nehmen auf die sich anbahnende große Entscheidung zur Jahrtausendwende – Noch . . .

Was vielfach bewußt verschwiegen wird, dieses Buch zeigt es auf.

Wer in der Diskussion des Ausländerproblems mitreden will, muß dieses Buch gelesen haben!



KURT VOWINCKEL VERLAG
8137 BERG AM SEE

BERNHARD BARKHOLDT

AUSLÄNDERPROBLEM — EINE ZEITBOMBE?

Entscheidung zur Jahrtausendwende

Berg am See

KURT VOWINCKEL VERLAG

ISBN 3 921 655 21 8

1981

© Copyright by Kurt Vowinckel Verlag KG, Berg am See
Gesamtherstellung: Landsberger Verlagsanstalt · Landsberg

Inhaltsverzeichnis

Entscheidungen zur Jahrtausendwende 7

ERSTER ABSCHNITT

1. Januar zwanzighunderteins: Deutsche Minderheit?
Die Dimensionen des Ausländerproblems in der Bundesrepublik 9

ZWEITER ABSCHNITT

Deutschland den Einwanderern
Die Forderung nach dem Einwanderungsland Bundesrepublik 39

DRITTER ABSCHNITT

Zauberformel Integration
Wollen, können, sollen die Ausländer „integriert" werden? . 65

VIERTER ABSCHNITT

Harlem vor der Haustür
Gesellschaftliche Folgen des Ausländerproblems 99

FÜNFTER ABSCHNITT

Revolution der Farbigen?
Holen wir uns die künftigen Brandherde der Welt ins eigene Haus? 125

SECHSTER ABSCHNITT

Der deutsche Ruf
Haben die Deutschen die Ausländer gerufen? – Wie man mit dem obersten Souverän im Staat umspringt 135

SIEBENTER ABSCHNITT

Der umgekehrte Rassismus

Ausländer als „Dreckarbeiter"? 155

ACHTER ABSCHNITT

Das Geld im Kasten klingt, wenn der Fremde nach Deutschland springt?

Wohlstandsmehrung durch Ausländer – Dichtung und Wahrheit 163

NEUNTER ABSCHNITT

Auswege noch möglich?

22 Vorschläge für eine neue Ausländerpolitik 205

Schlußbemerkungen 255

Entscheidung zur Jahrtausendwende

Nur noch eine kurze Zeitspanne trennt uns von der Jahrtausendwende. Standen die fünfziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland im Zeichen eines ungeahnten wirtschaftlichen Wiederaufstieges, waren die 60erJahre gekennzeichnet durch eine taumelartige „Fortschritts"gläubigkeit, so mengten sich schon in den siebziger Jahren erste Dissonanzen in unseren Jubelchor auf die Zukunft. Jetzt, zu Beginn der 80er Jahre, greifen Pessimismus und Mutlosigkeit um sich.
Das Jahr 2000 wurde schon seit langem als magische Hürde angesehen, gleichsam als Sprungbrett in eine andere Epoche. Zunächst verhieß es Lösung aller Probleme, man sehnte es sich herbei. Nun aber wird es gefürchtet.
Man hat scheinbar erkannt, daß einiges „schief" gelaufen ist im letzten Vierteljahrhundert. Vor allem die Ökologen räumten gehörig auf mit der Fortschrittsfrömmigkeit, die keine Rücksicht nahm auf die natürlichen Lebensgrundlagen eines auf engem Raum zusammengedrängten Volkes.
Doch nicht allein dieses Bewußtwerden ökologischer Fehler ist für den Stimmungswandel verantwortlich. Man spürt, daß da noch etwas ganz anderes auf uns zukommt, daß „im Keller" des bundesdeutschen „Wohlstandsgebäudes" eine Zeitbombe ungeheurer Sprengkraft tickt: die vielen Millionen Ausländer.
Daß es sich hierbei um eine „Zeitbombe" handelt, wurde schon zum geflügelten Wort. Es ist das Unbestimmte des Zeitpunktes der Explosion, was die Zeitbombe derart unheimlich und gefährlich erscheinen läßt. Man weiß zwar, daß sie detoniert, nicht jedoch wann.
Wie gefährlich ist diese Zeitbombe wirklich?
Wo liegen die Ursachen der Entwicklung, sind die „Bombenleger" zu finden?
Welche Möglichkeiten gibt es eigentlich noch zur Entschärfung?
Das sind die drei entscheidenden Fragenkomplexe, die dieses Buch untersucht. Es beschäftigt sich auch mit den riskanten Plänen, noch mehr „Sprengstoff" heranzuschaffen, die Tore der Bundesrepublik für weitere Millionen fremder Menschen zu öffnen.
Im ersten Abschnitt werden Zahlen, Daten und Fakten zum Ausländerproblem angeführt. Droht eine Überfremdung? Besteht gar die Möglichkeit, daß wir Deutschen an der Schwelle zum neuen Jahrtausend zur Minderheit werden?

Der zweite Abschnitt befaßt sich mit der Forderung nach dem „Einwanderungsland Bundesrepublik". Verbirgt sich dahinter nur ein Streit um Worte, oder entscheidet sich durch die Beantwortung der Frage „Einwanderungsland ja oder nein" die Zukunft des deutschen Volkes, nicht allein in der Bundesrepublik?

Abschnitt drei untersucht die „Zauberformel Integration". Kann in der Integration der Ausländer der Ausweg aus dem Dilemma gesehen werden?

Das Ausländerproblem als entscheidende gesellschaftliche Frage der Zukunft wird im vierten Abschnitt beleuchtet. Drei Stichworte hierzu: Kriminalität, Slumbildung, Fremdenfeindlichkeit.

Der fünfte Abschnitt weist auf die internationale Dimension des hiesigen Ausländerproblems hin. Gibt es einen Zusammenhang zwischen Ausländerschwemme nach Westdeutschland und den großen weltpolitischen Problemen der Zukunft?

Der sechste Abschnitt setzt sich mit der Behauptung auseinander, die Deutschen hätten die Ausländer hereingerufen, die Deutschen selbst seien für die „Zeitbombe" verantwortlich.

„Wir brauchen die Ausländer wegen der Dreckarbeit", diese These ist Gegenstand des siebenten Abschnittes.

„Wohlstandsmehrung durch Ausländer", diese Frage wird im achten Abschnitt untersucht. Welche Folgelasten kommen auf uns zu, wer hat wirklich „an den Ausländern verdient"?

Der neunte Abschnitt schließlich bietet einen 20-Punkte-Katalog zur Gestaltung einer neuen Ausländerpolitik an.

Sinn dieses Buches soll es auch sein, zur Entscheidung über den künftigen Weg der Ausländerpolitik zu mahnen. Wir alle müssen uns jetzt mit dem Ausländerproblem beschäftigen, sonst wird es uns bald in höchst gefährlicher Weise beschäftigen.

Noch können wir Einfluß nehmen auf die sich anbahnende große Entscheidung zur Jahrtausendwende. Noch. . .

ERSTER ABSCHNITT

1. Januar zwanzighunderteins: Deutsche Minderheit?

Die Dimensionen des Ausländerproblems in der Bundesrepublik

Wieviele Ausländer leben derzeit in der Bundesrepublik Deutschland, wieviele werden es voraussichtlich in 10, 20 oder 30 Jahren sein? Diese Zahlen haben einen entscheidenden Einfluß auf die Erörterung der Ausländerfrage. Viele Vorschläge bewegen sich im luftleeren Raum, da sie die Größenordnung des Problems völlig außer acht lassen. In der Tat erwecken manche Diskussionsbeiträge den sträflich falschen Eindruck, es ginge gerade um ein paar Handvoll Fremde, die man „mal eben" aus Deutschland hinausschicken könne oder kurzerhand „integrieren" solle. In Wirklichkeit geht es mittlerweile um etliche Millionen Menschen fremder Volkszugehörigkeit, die zwischen Flensburg und Friedrichshafen leben. Das vor allem muß man sich klarmachen. Und das sollte auch vor allen leichtfertig vorgetragenen Patentrezepten warnen.
Nach offiziellen Angaben leben in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin rund viermillionenzweihundertfünfzigtausend Ausländer. Das Jahrbuch des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, vermerkt für Ende 1979 genau 4 253 000 Ausländer. Damit sei die Zahl der Ausländer um etwa eine Viertelmillion im Vergleich zum Vorjahr gestiegen[1]. Obwohl den Deutschen nachgesagt wird, sie seien „Weltmeister" im behördlichen Registrieren, sind diese Angaben nur mit allergrößter Vorsicht zu genießen. Gerade, was die Ausländer anlangt, sind die deutschen Behörden ihrer Aufklärungspflicht gegenüber den Bürgern oftmals nur sehr lässig nachgekommen. Obwohl die Millionengrenze schon überschritten war, gab es beispielsweise bis Mitte der 60er Jahre keine bundesamtliche Ausländerstatistik. Bezüglich der neuen Zahlen wurde der Vorwurf laut, hier werde

mehr verschleiert als aufgeklärt, die Statistik diene eher der Beschönigung und Verharmlosung des Ausländerproblems.
Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Kroppenstedt, mußte einräumen, daß einem Großteil der Zahlen, die seine Anstalt veröffentliche, eine „gewisse Ungenauigkeit" anhafte. Dieses gelte besonders für die Bevölkerungszahlen. In manchen Bereichen, so Kroppenstedt weiter, gebe es eine derart große Ungenauigkeit, daß man es eigentlich kaum verantworten könne, die Zahlen an die Öffentlichkeit zu bringen. In diesem Zusammenhang kritisierte der Präsident des Statistischen Bundesamtes die Bundesregierung, da diese die seit langem fällige Volkszählung immer wieder hinauszögere[2]. Zur Zeit wird die Volkszählung vom Bundesrat blockiert.
Dem offiziellen Zahlenspiegel kommt aber schon deshalb geringe Aussagekraft zu, da er die große Zahl der „Illegalen" überhaupt nicht erwähnt. Diejenigen Ausländer also, die sich gesetzwidrig in der Bundesrepublik aufhalten, finden in den Angaben des Statistischen Bundesamtes keinerlei Berücksichtigung. Bezüglich der Illegalen liegen Schätzungen vor, die zum Teil auf polizeilichen Stichproben beruhen. Eine deutsche Illustrierte veranschlagt: „In der Bundesrepublik leben schon heute rund eine halbe Million illegaler Einwanderer"[3]. Hubert Dröscher, ein Fachmann für Bevölkerungsfragen, erwähnt „zwischen 300 000 und 700 000 Illegale"[4]. Allein die Zahl illegaler Türken in Westberlin wurde 1979 auf 10 000 bis 15 000 geschätzt[5]. Selbst diese Schätzungen scheinen eher zurückhaltend. Das Bundesarbeitsministerium vermutet im Baugewerbe 200 000 illegal verliehene, meist ausländische Arbeitnehmer, sogenannte „Leiharbeiter"[6]. Weitere Quellen zum großen Strom der Gesetzwidrigen kommen hinzu: Günter Nelles, Leiter des Akademischen Auslandsamtes der Ruhr-Universität Bochum, machte bekannt, daß ein hoher Prozentsatz der abgelehnten ausländischen Studienbewerber illegal in der Bundesrepublik bleibe[7]. 30 Prozent der Asylbewerber, heißt es, erscheinen gar nicht erst zum Vorprüfungstermin, sondern tauchen gleich unter[8]. Ruhrbischof Hengsbach gab 1979 Schätzungen wieder, denen zufolge etwa 50 000 abgelehnte Asylanten in der Illegalität unter uns leben[9]. 1980 stieg bekanntlich die Zahl von Asylbewerbern

gewaltig an, so daß die Annahme naheliegt, die Illegalen aus dieser Ausländergruppe seien gleichfalls erheblich zahlreicher geworden.

Wieviel Ausländer leben nun in unserem Land? Heinz Kühn, ehemaliger Bundesbeauftragter für die Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien, sprach in einer Fernsehsendung Anfang 1981 von fünf Millionen[10]. Es spricht eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, daß es noch mehr sind. Fünfeinhalb Millionen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland sind keine unrealistische Schätzung. Die in unserem Land stationierten Soldaten fremder Staaten und deren Angehörige sind hierbei noch nicht einmal mitgerechnet.

Mit fünf bis fünfeinhalb Millionen Menschen ist die Gruppe der Ausländer in der Bundesrepublik größer als die Bevölkerung der weitaus meisten Staaten der Erde. Sie ist, um nur einige europäische Beispiele heranzuziehen, größer als etwa die Bevölkerung Dänemarks oder Finnlands, Irlands oder Norwegens.

Sechs der elf Bundesländer haben weniger Einwohner, als die Zahl der Ausländer bei uns ausmacht.

Fünf bis fünfeinhalb Millionen Ausländer, das sind mehr, als folgende deutsche Großstädte zusammengerechnet Einwohner haben:

Aachen
Augsburg
Bonn
Braunschweig
Freiburg
Hagen
Hamm
Herne
Karlsruhe
Kassel
Kiel
Krefeld
Leverkusen
Lübeck
Ludwigshafen
Mainz
Mönchengladbach
Mülheim
Münster
Oberhausen
Saarbrücken
Solingen
Wiesbaden

Solche Beispiele sollten denen zu denken gaben, die das Ausländerproblem immer noch auf die leichte Schulter nehmen. Würden jeweils

vier Ausländer in einen Personenkraftwagen steigen, und die PKW's dicht hintereinander fahren, so ergäbe dies eine Fahrzeugkolonne von annähernd sechstausend Kilometern. Dies entspricht ungefähr der Luftlinienentfernung zwischen Düsseldorf und New York oder Lappland bis weit in die Sahara hinein.

In dieser Zahl ebenfalls nicht enthalten sind Kinder deutscher Mütter und ausländischer Väter. In der Bundesrepublik werden jährlich etwa 12 000 Kinder aus solchen Ehen geboren. Eheliche Kinder erwerben seit dem 1. Januar 1975 durch die Geburt automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit. Über 100 000 Kinder ausländischer Väter haben seitdem nachträglich die deutsche Staatsbürgerschaft erworben. Bei den Eheschließungen des Jahres 1977 zum Beispiel war in 8,7 Prozent der Fälle mindestens ein Ehepartner Ausländer[11].

Auch die Zahl der Adoptionsverträge mit „Auslandsberührung" hat sprunghaft zugenommen. Sie stieg allein von 1976 auf 1977 um 400 Prozent[12]. Tendenz steigend. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich in letzter Zeit Adoptionen farbiger Kinder aus der Dritten Welt. Auch diese Kinder erwerben die deutsche Staatsangehörigkeit. Mit einiger Empörung wird in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, ob hier nicht die christliche Nächstenliebe zu einer „Fernstenliebe" gerate. Schließlich gebe es mehr als genug deutsche Kinder, die als Waisen aufwachsen müssen und dringend der familiären Nestwärme bedürfen.

Trotz aller Beispiele und Gleichnisse erscheint die Zahl von fünf- bis fünfeinhalb Millionen Ausländern in unserem Land doch sehr abstrakt. Es sollen daher einige handfestere Fälle aufgezeigt werden: Im Schuljahr 1979/1980 gab es nach Angaben der Kultusministerkonferenz an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen der Bundesrepublik 627 000 ausländische Schüler, 75 000 mehr als im Schuljahr zuvor[13]. Nimmt man ausschließlich die allgemeinbildenden Schulen, so ergibt sich folgendes Bild: 1965 wurden sie von 35 000 ausländischen Kindern besucht, 1970 waren es schon 160 000, 1975 stieg die Zahl ausländischer Schüler auf 390 000, um schließlich 1979/1980 die Halbmillionenmarke zu überschreiten. 45,7 Prozent, mithin nahezu jeder zweite ein Türke[14].

Kommentar einer deutschen Tageszeitung: „Während als Folge des Geburtenrückganges bei den Deutschen die Zahl deutscher Schüler besonders in den Grundschulen, doch auch schon in der Mittelstufe sich rasch vermindert, steigt die Zahl ausländischer Schüler geradezu explosiv an“[15]. Bei den genannten Zahlen muß bedacht werden, daß die Schulbesuchsquote der Ausländer relativ niedrig ausfällt. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit schätzte die Schulbesuchsquote der Ausländer für das Schuljahr 1976/1977 auf 71 Prozent[16]. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Schmude, führt aus: „Nur 80 Prozent aller schulpflichtigen Ausländerkinder gehen zur Schule“[17]. Der bereits zitierte Heinz Kühn veranschlagt die Zahl der ausländischen Schüler, die der Schulpflicht „nicht oder nicht regelmäßig nachkommt“, auf „25 Prozent und mehr“[18]. Ähnlich sieht es Professor Klemm[19].
Greifen wir nun einige Beispiele heraus, die für die Entwicklung in den bundesdeutschen Großstädten, aber auch schon in den Mittel- und Kleinstädten, typisch sind:

BERLIN (WEST)

Dort leben derzeit rund 220000 Ausländer, die Hälfte davon Türken[20]. Mit über 100000 türkischen Einwohnern ist Westberlin somit die größte Türkenstadt diesseits des Bosporus. Die Illegalen hinzugerechnet, gibt es in der Stadt über eine Viertelmillion Ausländer. An den Grundschulen liegt der Ausländeranteil bei 27 Prozent, an den Hauptschulen gar bei 28 Prozent[21]. 55 Prozent der Hauptschüler in Berlin-Kreuzberg sind Türken[22]. In der Stadt gibt es heute schon fünfzig Schulklassen, in denen mangels deutscher Schüler ausschließlich türkische Kinder unterrichtet werden[23]. Angesichts dieser Entwicklung sieht der Vorsitzende des Berliner Abgeordnetenhauses, Peter Lorenz, schwarz für die Zukunft Westberlins. Lorenz im Mai 1980: „Der stetige Geburtenrückgang der Berliner und die gleichzeitige Zunahme der ausländischen Bevölkerung, vor allem der Türken, läßt mittelfristig eine besorgniserregende Entwicklung befürchten, So kann Berlin nur noch 10, 20 oder vielleicht 30 Jahre weiterleben“[24].

DARMSTADT

Nach Angaben des Stadt- und Regionalplaners, Dr. Joachim Lemelsen, wird der Ausländeranteil an den Hauptschülern gewaltig ansteigen. 1977 lag dieser Anteil bei 15 Prozent, bis 1987 wird er 38 Prozent erreichen[25].

DORTMUND

Von den rund 50 000 registrierten Ausländern in Dortmund sind über 15 000 Türken[26]. Wie in den anderen Großstädten, so bilden sich auch in Dortmund geschlossene Wohnviertel der Ausländer mit zum Teil slumähnlichem Charakter. In der Alten Kolonie in Dortmund-Eving sind unter den 9–15 Jahre alten Kindern 37,9 Prozent Ausländer, in der Altergruppe von sechs bis neun Jahren steigt der Ausländeranteil auf 51,4 Prozent; er erreicht in der Gruppe der unter Sechsjährigen 58,6 Prozent[27]. Würde die Stadt nicht Busse einsetzen, um die ausländischen Kinder in andere Schulbezirke zu fahren, gäbe es an den Schulen der Nordstadt eine geschlossene ausländische Mehrheit. Der Ausländeranteil unter den Schulanfängern an den Dortmunder Schulen: Schuljahr 1978/1979 – 13,4 Prozent, Schuljahr 1979/1980 – 17,5 Prozent, Schuljahr 1980/1981 – 24,8 Prozent[28].

DUISBURG

In Duisburg-Hochfeld sind 44 Prozent der Grundschüler Ausländer, in anderen Duisburger Schulen bis zu 85 Prozent[29]. Von den 5973 Einwohnern in Duisburg-Hüttenheim sind 2408 (=40,3 Prozent) Türken. Unter 18 Jahren gibt es hier 814 Deutsche gegenüber 1226 Türken, bei den 1-3jährigen lautet das Verhältnis: 15 Deutsche, 103 Türken[30]. Udo Baer, Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt in Duisburg, registriert bei den Deutschen in einem solchen Stadtteil bereits ein „Minderheitenbewußtsein“[31].

FRANKFURT (Main)

Der Ausländeranteil in der Stadt beträgt nach Angaben von Oberbürgermeister Wallmann „mindestens 25 Prozent"[32]. Im Bahnhofs- und Gutleutviertel sind bei den bis zu drei Jahre alten Kindern weit über 80 Prozent Ausländer[33], der Anteil ausländischer Schüler wird im Bahnhofsviertel bis 1985 voraussichtlich 85 Prozent betragen[34]. Am Stichtag 15. Oktober 1979 gab es in 31 Frankfurter Schulen einen Ausländeranteil von mehr als 30 Prozent, in acht Schulen gab es mehr Ausländer als Deutsche[35]. 1977 standen 3514 deutschen Geburten in der Stadt schon 2074 ausländische gegenüber[36]. Das Verhältnis hat sich seitdem weiter zugunsten der Ausländer verschoben.

HAMBURG

141 000 Ausländer sollen in Hamburg ansässig sein[37]. Die Dunkelziffer der Illegalen wird in der Hansestadt besonders hoch angesetzt. In Hamburg-Wilhelmsburg liegt der Ausländeranteil in der Klassenstufe eins bei 31,6 Prozent[38]. Jedes dritte in Altona geborene Kind ist Ausländer. In den Kerngebieten Altona-Altstadt, Altona-Nord und Ottensen sind 61 Prozent der Gesamtbevölkerung Ausländer. In den Schulen sitzen dort bis zu 70 Prozent Ausländerkinder[39]. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) errechnet: 1985 werden mehr als die Hälfte aller Hamburger Hauptschulklassen einzig und allein von Ausländerkindern besucht. GEW-Landesvorsitzender Lemke: „Wenn der Senat nicht umgehend drastische Maßnahmen ergreift, ist die Katastrophe nicht mehr aufzuhalten"[40].

KÖLN

In der Domstadt leben über 120 000 Ausländer, mehr als 12 Prozent der Gesamtbevölkerung. In Köln-Nippes beträgt der Ausländeranteil 19,8 Prozent, in Köln-Kalk 22,3 Prozent, in Köln-Ehrenfeld 23,4 Prozent, in der Altstadt-Nord 24,5 Prozent[41]. 18 Prozent der 1978 in Köln geborenen Kinder waren türkischer Abstammung. Das veran-

laßte die im Kreißsaal tätigen Krankenschwestern und Ärzte, zur besseren Verständigung mit den Müttern türkische Sprachkurse zu belegen[42]. Obwohl nur 30 Prozent der Türkenkinder den Kindergarten besuchen, gibt es in der Stadt Kindergärten, in denen der Ausländeranteil bei 80 Prozent liegt. Eine türkische Sozialarbeiterin: „Wir erleben ständig, daß deutsche Eltern ihre Kinder aus solchen Kindergärten abmelden, weil sie befürchten, daß ihre Kinder nicht mehr richtig gefördert werden"[43]. Der Kölner Schulrat Räther sieht die Situation an den Schulen seiner Stadt wie folgt: „Wir reden davon, daß ausländische Kinder integriert werden müssen. . . aber in vielen Klassen stellt sich mittlerweile die Frage, ob nicht eine Minderheit deutscher Kinder eher in eine Mehrheit ausländischer Kinder integriert wird"[44].

LUDWIGSHAFEN

Bei den Kindern unter fünf Jahren liegt der Ausländeranteil schon bei 30 Prozent. Der Ludwigshafener Kultur(!)dezernent Hans Astheimer fühlte sich in diesem Zusammenhang bemüßigt zu erklären, Deutschland sei ja auch schon früher ein Land der Einwanderung gewesen. So seien in den zwanziger Jahren viele Bürger aus Schlesien (!) in das Ruhrgebiet gekommen[45].

MANNHEIM

Der Vorsitzende des Mannheimer Gesamtelternbeirates, Fleischer, rechnet damit, daß in wenigen Jahren über 90 Prozent der Kinder in den ersten Klassen aller Hauptschulen der Stadt Ausländer sein werden[46].

MÜNCHEN

1977 waren keine zehn Prozent Ausländerkinder unter den ABC-Schützen, 1980 waren es schon 20 Prozent, 1982 werden es bereits 33 Prozent sein[47]. 1970 betrug die Zahl der Ausländerkinder in den

Münchner Kindergärten 5,5 Prozent, 1980 waren es über 25 Prozent, im Stadtbezirk 10 sogar 62 Prozent, im Stadtbezirk 11 noch mehr, nämlich 65 Prozent[48]. In München gab es bereits 1978 mehr als 50 000 Ausländerkinder[49].

NÜRNBERG

22 Prozent der Volks- und Sonderschüler sind Ausländer. Dieser Anteil werde noch „ganz enorm" zunehmen, meint der städtische Oberschuldirektor Kurt Gemählich[50].

KREIS RECKLINGHAUSEN

38 Prozent aller Neugeborenen im Kreis Recklinghausen sind Ausländerkinder[51].

KREIS UNNA

Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung macht 6,1 Prozent aus. Bei den Vorschulalterkindern sind es schon 16 Prozent, bei den bis zu Zweijährigen 19 Prozent. In Bergkamen ist bereits beinahe jedes vierte Vorschulkind Ausländer[52].

Diese hier angeführten dreizehn Beispiele sind keineswegs untypische Sonderfälle. Hier spiegeln sich Tendenzen wider, wie sie überall in der Bundesrepublik festzustellen sind. Stadtplaner und Statistiker sehen die Gefahr, daß die Stadt nur noch Alten, Einkommensschwachen und Ausländern überlassen bleibt[53]. Auch Mittel- und Kleinstädte sind bereits betroffen. Ganze Straßenzüge kleiner Neckargemeinden werden von Ausländern bevölkert, heißt es in Presseberichten[54]. Eine repräsentative Untersuchung in Bayern ergibt, daß Ausländeranteile von 15 bis 30 Prozent Mitte der 80er Jahre *in weiten Teilen der Bundesrepublik* keine Seltenheit mehr sein werden[55].
Wer also meint, Klein- und Mittelstädte böten sich als Refugium vor den mit der Ausländerproblematik überlasteten Großstädten an,

unterliegt einem folgenschweren Irrtum. Wer sich dergestalt in Sicherheit wiegt, wird eines nicht allzufernen Tages ein schlimmes Erwachen erleben. Es darf doch nicht verkannt werden, daß die Bundesrepublik Deutschland ein relativ kleines Territorium ist. Absetzbewegungen, wie sie aus den Vereinigten Staaten bekannt sind, wo die weiße Bevölkerung aus den von Farbigen überfluteten Städten ins Umland ausweicht, stoßen bei uns auf die enggezogenen Grenzen eines beschränkten Raumes mit hoher Bevölkerungsdichte! Ungeachtet der vorgenannten Zahlen und Fakten wird die Meinung vertreten, von Überfremdung in Westdeutschland könne keine Rede sein[56], ebensowenig gebe es eine Überflutung durch Ausländer[57].
Die solches äußern, sollten nicht von der Hand weisen, daß Deutsche, die in Wohngebieten mit über 50 Prozent Ausländeranteil leben, hier durchaus gegenteiliger Auffassung sein könnten. Es sollte auch nicht verkannt werden, daß eine Vokabel wie „Überfremdung" für ein deutsches Rentnerehepaar inmitten des Berliner Türkenslums von Kreuzberg einen anderen Klang hat als für einen hochdotierten soziologischen Theoretiker, der aus dem Erfahrungshorizont einer Villa im Grünen urteilt. „Überfremdung" ist keineswegs ein abstrakter Begriff aus böser völkisch geprägter Vorzeit für das Elternpaar, welches seine Kinder auf eine Schule schicken muß, in welcher mehrheitlich islamische Kinder unterrichtet werden. Die Sorgen und Nöte dieser Betroffenen verdienen es, ernst genommen zu werden. Hochnäsige Herablassung für diesen Bevölkerungskreis, vielfach sozial schwache Deutsche, steht doch wohl gerade denen schlecht zu Gesicht, die sich ansonsten immerfort zu Sachwaltern des „kleinen Mannes", des Arbeiterstandes usw. aufschwingen.

Halten wir fest:
Fünf- bis fünfeinhalb Millionen Ausländer in unserem Land heißt für viele Deutsche, besonders in den Großstädten, jetzt schon, in eine Minderheitenposition geraten zu sein. Diese Minderheitenposition wird um so deutlicher, je jünger die Betroffenen sind. Dies ist eine sehr gewichtige Feststellung in bezug auf die Forderung nach „Integration". Gleichzeitig zeigen die Zahlen mit unerbittlicher Deutlich-

keit, daß eine Forderung wie „Ausländer raus" sich ebensowenig zum Patentrezept eignet.
Es kann nicht deutlich genug betont werden: wer mit Pauschalforderungen wie „Integration" oder „Ausländer raus" jongliert, verschließt den Blick vor der gewaltigen Dimension, die das Problem bereits jetzt gewonnen hat.

Wie aber wird nun die Entwicklung weitergehen? Es gibt hier doch nur drei Möglichkeiten:
1. Die Zahl der Ausländer nimmt in Zukunft ab.
2. Die Zahl der Ausländer bleibt ungefähr konstant.
3. Die Zahl der Ausländer nimmt zu.

Wie die folgende Untersuchung zeigen wird, spricht sehr wenig dafür, daß die Zahl der Ausländer in Zukunft etwa gleichbleibt, schon gar nicht das Verhältnis zwischen Ausländern und Deutschen. Diese Möglichkeit muß sogar – bei Fortsetzung der jetzigen Ausländerpolitik – völlig ausgeschlossen werden. Daraus ergibt sich schon, daß eine Reduzierung der Ausländer, wiederum die Beibehaltung der bundesdeutschen Ausländerpolitik vorausgesetzt, im Bereich der Fabel anzusiedeln ist.
Es spricht vielmehr alles dafür, daß wir auch in Zukunft mit steigenden Ausländerzahlen rechnen müssen, sowohl in absoluten Zahlen als auch besonders in Relation zur einheimischen deutschen Bevölkerung. Dabei wird es sich – aller Voraussicht nach – nicht um einen geringen Zuwachs handeln, den man etwa nach dem Motto abhandeln könnte: nun ja, wir sind mit fünf Millionen „fertiggeworden" (was schon sicherlich die glatte Unwahrheit ist), dann machen uns ein paar Hunderttausend mehr auch nichts aus.
Es steht ein gewaltiger Zuwachs von Fremden zu erwarten.

Joachim Hauck schreibt: „Bereits jetzt ist abzusehen, daß in ein paar Jahren in den Schulen der Ballungszentren jedes zweite Kind Achmed, Drago oder Vassilis heißen wird"[58]. Professor Klemm sieht es ebenso: der ausländische Geburtenanteil habe 1975 in Düsseldorf bei

28,4 Prozent gelegen, in Köln bei 31,5 Prozent, in Duisburg bei 35,1 Prozent, in Frankfurt gar bei 46,4 Prozent. Klemm wörtlich: „Das muß man sich klarmachen: Mitte der achtziger Jahre ist jeder zweite Hauptschüler in diesen städtischen Hauptschulen ein Ausländer"[59]. Im Memorandum des Bundesbeauftragten für die Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien wird vorausgesagt, daß im Jahre 1995 zwanzig Prozent der Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren in der Bundesrepublik Ausländer sein werden[60]. Wohl auf diesem Memorandum fußend, veröffentlichte die Bundeszentrale für politische Bildung eine gleichlautende Prognose[61]. Der „Studie Ausbildungsreport Hessen 1979", gefertigt im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft und Technik, ist zu entnehmen, daß im Bundesland Hessen, das für den Bundesdurchschnitt als repräsentativ gelten kann, im Jahr 1990 auf 100 Deutsche im Alter von 15 Jahren zwanzig Ausländer kommen werden, im Ballungsraum Rhein-Main sogar 29[62].

Schon eine Prognose, die in knapp fünfzehn Jahren einen Ausländeranteil unter den 15–18jährigen von 20 Prozent schätzt, gibt Anlaß zu mancherlei Besorgnis. Stichworte hierzu: Grenzen der Integrations- und Belastungsfähigkeit einer Gesellschaft, soziale Folgekosten, vermutliche soziale Abwehrreaktionen der Einheimischen und so fort.

Diese Prognosen aber stehen im Verdacht, die zu erwartenden Probleme eher zu beschönigen. Sie kranken an der ungenügenden Berücksichtigung des weiteren ständigen Ausländerzustroms, der ja anhält und dessen Verstärkung nach Lage der Dinge anzunehmen ist. Da wäre zunächst der Familiennachzug. Wir stehen hier vor dem Problem der sogenannten „Kettenwanderung". Zuerst kommt der ausländische Arbeitnehmer. Der holt zunächst seine „Kernfamilie" nach, also Ehepartner und Kinder. Sodann folgen regelmäßig weitere Familienangehörige, bis die gesamte Großfamilie hier versammelt ist. Die Niederlassung des Millionenheeres ausländischer Arbeitnehmer hat somit einen ständigen Zuwanderungsdruck zur Folge.

Im Memorandum des Bundesbeauftragten heißt es, daß zu den gegenwärtig in der Bundesrepublik lebenden rund eine Million Kindern ausländischer Eltern noch schätzungsweise eine annähernd

gleich große Zahl von in den Heimatländern verbliebenen Kindern und Jugendlichen komme. Diese müßten als „potentielle Nachzugskandidaten" angesehen werden[63]. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten, nämlich von Juni bis Dezember 1979, sind im Zuge der „Familienzusammenführung" rund 10000 türkische Kinder aus der Heimat nach Westberlin gekommen[64]. Die Bundeszentrale für politische Bildung zitiert den dritten Familienbericht der Bundesregierung, demzufolge noch etwa 1,4 Millionen ausländische Familienangehörige in den Heimatländern das Recht haben, in die Bundesrepublik zu kommen[65]. Der Kommentator der „Zeit" ahnt Schlimmes: „Es steht zu befürchten, daß noch mehr türkische Arbeitnehmer ihre Kinder aus der Heimat herüberholen. Schon jetzt ist die Einreiseschwemme nicht mehr zu verkraften"[66]. Nicht überall sieht man dem Nachzug negativ entgegen. Der bayerische Sozialminister Pirkl forderte im Mai 80 im Landtag die Eltern ausländischer Kinder sogar ausdrücklich auf, ihre Kinder möglichst frühzeitig nachzuholen. Durch den Familiennachzug werden also möglicherweise über eine Million Ausländer in den nächsten Jahren zusätzlich nach Westdeutschland kommen.

Zweiter Punkt unserer Betrachtung: Die Ausländergeburten in Westdeutschland. Seit Anfang der siebziger Jahre werden hier jährlich zwischen 80000 und 100000 ausländische Kinder geboren[67]. In der Zeit von 1975 bis 1978 waren es 336000[68]. Wir müssen in einem Zehn-Jahres-Zeitraum mit bis zu einer Million zusätzlicher Ausländergeburten rechnen[69].

Unauflösbar mit diesem Komplex verknüpft ist die deutsche Geburten- und Sterberate. 1977 gab es bei den Deutschen acht Geburten auf 1000 Einwohner, bei den Ausländern 22,3 Geburten auf tausend Einwohner[70]. 1979 starben in Westdeutschland 8088 Ausländer, aber 703000 Deutsche[71].

Die Weltwirtschaftsorganisation OECD hat errechnet, daß die Staaten des deutschen Kulturraumes am Ende der Weltgeburtenstatistik stehen. An letzter Stelle liegt die Bundesrepublik, gefolgt von der Schweiz und Österreich. Einzig in der DDR kann man eine Aufwärtsbewegung beobachten[72]. Seit 1972 sterben in der Bundesrepu-

blik mehr Deutsche als geboren werden. Sichtbarster Ausdruck dieses „Totentanzes um die Wiegen:" 1975 und 1976 starben jeweils weit über 200 000 Deutsche mehr, als Geburten zu verzeichnen waren. Damit verschwinden – umgerechnet – jährlich Großstädte wie Lübeck, Kassel oder Osnabrück. Um auch nur den Bestand der Deutschen in der Bundesrepublik zu halten, fehlen 35–40 Prozent der Geburten[73]. Eine solch niedrige Geburtenrate ist, wie das Statistische Bundesamt anmerkt, „im historischen und internationalen Vergleich ein einmaliges Ergebnis"[74]. Jüngste Meldungen scheinen Anlaß zu sein, diese negative Wertung zu überdenken. Angeblich, so heißt es, sei ein „Baby-Boom" zu verzeichnen. Die Wiege und nicht mehr der Sarg sei das Kennzeichen der deutschen Bevölkerungsentwicklung im Westen. Bei näherer Betrachtung erweisen sich derartige Meldungen entweder als oberflächliche Kommentare oder sogar als bewußte Fälschungen. Entweder werden die ausländischen Geburten kurzerhand zu den deutschen gezählt (der Großteil z. B. griechischer oder türkischer Eltern wird sich entschieden dagegen verwahren, daß ihre Neugeborenen per Federstrich von Pressekommentatoren zu „Deutschen" gemacht werden). Dadurch wird die Statistik nicht unerheblich verzerrt. Oder aber man verschweigt bewußt, daß nunmehr die geburtenstarken Jahrgänge vom Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre ins heiratsfähige Alter kommen, daß es also nur ein kurzweiliger, geringer Geburtenaufschwung ist, dem bald ein noch größerer Geburtensturz folgen wird. Oder aber, man mengt sogar beide Täuschungen ineinander. Solche Methoden – die Grenze zum Unredlichen sind zweifelsohne schon überschritten – sprechen der Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit Hohn. Für die meisten Bürger sind die Massenmedien die wesentliche Informationsquelle, und sie erwarten mit Recht korrekte Unterrichtung. Es führt nichts an der Erkenntnis vorbei, daß sich die deutsche Bevölkerung in der Bundesrepublik jährlich um bis zu 200 000 Personen infolge des Sterbeüberschusses vermindert und daß keinerlei Trendwende zu erkennen ist.

Nun ist die Annahme weit verbreitet, die Geburtenzahlen der Ausländer würden sich langsam auf das Niveau der Deutschen hinab-

schrauben. Buttler meint zum Beispiel: „Sollte der größte Teil der jetzt in der Bundesrepublik lebenden Ausländer tatsächlich hierbleiben, ist mit einer Anpassung ihrer Lebensgewohnheiten an die deutschen Verhältnisse zu rechnen, auch was die Kinderzahl betrifft“[75]. Wenn die Entwicklung nicht allen gebotenen Ernst erforderte, könnte man derartigen Überzeugungen unterschieben, hier sei der Wunsch Vater des Gedankens. Was bedeutet dies im Klartext: die Ausländer würden weitaus weniger Kinder gebären als zur Erhaltung ihrer Zahl nötig, es gäbe eine große Anzahl türkischer „Singles“, ein Großteil der italienischen Familien verzichtete auf ihre heißgeliebten Bambini (die Kinderfreundlichkeit als hoher ethischer Wert zeichnet die Ausländer in der Tat aus). Für südeuropäische Ausländer aus dem christlich-abendländisch geprägten Raum scheint eine gewisse Begrenzung der Geburtenzahl, wenn auch nicht in den drastischen Verminderungsbereich, zumindest vage möglich. Aber Erfahrungen mit islamischen Zuwanderern in Großbritannien (Pakistaner) und in Frankreich (Nordafrikaner) lassen diese Vermutung in bezug auf die islamisch-orientalisch geprägten Türken kaum zu. Daß die religiös-kulturelle Komponente bei der Ausländerdebatte oft geflissentlich unterschlagen wird, zeugt von einer unfaßlichen Betriebsblindheit. Übrigens haben die Wirtschaftsflüchtlinge aus der Dritten Welt, auf die wir noch weiter unten zu sprechen kommen, nicht selten neun bis dreizehn Kinder[76].

Hinzu tritt eine steigende Zahl von Abtreibungen bei Deutschen, bei den Türken so gut wie unbekannt. Die Zahl der legalen und meldepflichtigen Abtreibungen betrug 1980 rund 92 000. Hinzuzurechnen sind rund 150 000 nichtgemeldete und im Ausland vorgenommene Abtreibungen[77]. In Städten wie Hamburg und Westberlin kommen auf 1000 Geburten 338 bzw. 305 gemeldete Abtreibungen[78]. Die große Masse der Abtreibungen erfolgt aus sogenannter „sozialer Indikation“, in Großstädten wie Dortmund zum Beispiel 93%[79]. Es gehört zur Realität in der Bundesrepublik Deutschland, daß sie zwar für sich in Anspruch nimmt, ein Sozialstaat zu sein, die maßgeblichen Politiker auch unablässig auf das unerhörte Maß an sozialer Gerechtigkeit und Prosperität hinweisen, gleichzeitig jedoch über 200 000

Abtreibungen vorgenommen werden, der Großteil aus „sozialen Gründen". Es dürfte schwerfallen, diesem Phänomen mit dem geistigen Instrumentarium des materialistischen Fortschrittsglaubens beizukommen, der übrigens auch die Richtlinien der Ausländerpolitik in der Bundesrepublik von Anfang an bestimmte.
Professor Schmidt-Kaler läßt es nicht an Deutlichkeit mangeln, wenn er in einem Artikel einen Krankenhauspfleger zitiert: „Die Ausländerinnen, die ich im Krankenhaus besuche, kriegen ein Baby und die Deutschen eine Ausschabung". Nicht weniger deutlich sieht es jener Türke, der halb fassungslos, halb mitleidig schreibt: „In Deutschland dachte ich zu Anfang, hier würden den Leuten Hunde geboren anstatt Kinder"[80].
In diesem Zusammenhang noch einige kurze Anmerkungen, die eigentlich Gegenstand eigener Bücher sein müßten, aber nicht unerwähnt bleiben dürfen, da auch sie die „Lebensbejahung" der Deutschen unterstreichen:
Die Zahl freiwilliger Sterilisationen steigt „wahnsinnig" an, so der Hamburger Gynäkologe Hans-Joachim Lindemann. Der Kieler Professor Reinhard Wille schätzt sie auf „mindestens dreißig- bis vierzigtausend pro Jahr"[81].
Die in der „Europäischen Gemeinschaft" wirtschaftlich führende Bundesrepublik belegt mit etwa 15 toten Säuglingen je 1000 Lebendgeburten den drittschlechtesten Platz unter den EG-Ländern[82].
1978 gab es nach Angaben des Deutschen Ärztetages vierzehntausend Selbstmordversuche von Kindern und Jugendlichen[83].
1979 wurden 623, vornehmlich jugendliche, Rauschgifttote registriert[84]. Zehntausende junge Deutsche vegetieren als Suchtkrüppel, Hunderttausende sind süchtig.
Familiennachzug, ausländischer Geburtenüberschuß bei deutschem Sterbeüberschuß sind nichts im Vergleich zu den wahren Ausländerwellen, die durch die EG-Mitgliedschaft weiterer Staaten auf uns zukommen werden. Denn mit der Teilhabe an der Europäischen Gemeinschaft verbunden ist die sogenannte Freizügigkeit. Das heißt: Staatsbürger der EG-Mitgliedsstaaten dürfen sich frei in jedem beliebigen Mitgliedsland niederlassen.

Ab 1. Januar 1987 ist der Türkei aufgrund des Assoziierungsvertrages mit der Europäischen Gemeinschaft von 1964 die volle Freizügigkeit einzuräumen. Griechenland ist am 1. Januar 1981 EG-Mitglied geworden und erhält ab 1. Januar 1988 die Freizügigkeit. Auch Spanien und Portugal sollen in den achtziger Jahren die EG-Mitgliedschaft erwerben.

In all diesen Ländern herrscht ein großer Auswanderungsdruck, am stärksten in der Türkei. Eugen Loderer, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall, weist auf die Gefahr einer planlosen Völkerwanderung nach dem EG-Beitritt von Griechenland, Spanien und Portugal hin[85]. Von einer „Völkerwanderung" nach Deutschland im Gefolge der EG-Erweiterung nach Süden ist auch die Wirtschaftsfachzeitschrift „Wirtschaftswoche" überzeugt[86]. In der Zeitung „Parlament", durch die sich der Deutsche Bundestag der deutschen Öffentlichkeit darstellt, heißt es: die Befürchtungen seien „nicht ganz unbegründet", daß es einen erheblichen Zustrom ausländischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik durch den Beitritt weiterer Länder in die EG geben werde[87]. Mit derartig pomadig-zurückhaltenden Allgemeinplätzen kann man natürlich kaum etwas anfangen. Professor Gaugler von der Universität Mannheim, Betriebswirtschaftler und Fachmann auf diesem Gebiet, hat Berechnungen angestellt: Wir müssen mit drei bis sieben Millionen zusätzlichen ausländischen Arbeitnehmern rechnen, die in die Bundesrepublik Deutschland kommen, wenn Griechenland, Portugal, Spanien und die Türkei in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen worden sind[88]. Auch Guratzsch sieht den Druck eines „Millionenheeres" von Arbeitskräften aus dem übrigen Europa. Schon heute würden in der Türkei zwei Millionen Arbeitslose auf den Startschuß zum großen Treck nach Almanya warten. Für 1990 sei, so das Basler Wirtschaftsinstitut Prognos, mit einer europäischen Arbeitskräftereserve von 22 Millionen Menschen zu rechnen[89]. Diese werden dann vor allem Einlaß in die Bundesrepublik Deutschland begehren.

13 Prozent der arbeitsfähigen türkischen Bevölkerung sind arbeitslos, einschließlich der Unterbeschäftigten sind es etwa vier Millionen. 400 000 arbeitsfähige Personen kommen jährlich hinzu, nur 100 000

finden Arbeit. Millionen Arbeiter in den Slums der Städte sowie Bauern in den 35 000 Dörfern stehen auf der Warteliste der Auswanderungswilligen[90].
Jeder zehnte Türke, so eine deutsche Tageszeitung, wolle sein Land verlassen[91]. Das wären schon jetzt viereinhalb Millionen Menschen. Es gibt sogar noch weitaus höhere Schätzungen. Hammer schreibt, daß die Freizügigkeitsprivilegien den dann etwa 10 *Millionen* Arbeitslosen der Türkei die freie Einwanderung nach Zentraleuropa ermöglichen würden.

Das jährliche Bevölkerungswachstum der Türkei liegt mit 2,7% auf dem Stand typischer Entwicklungsländer und ist eines der höchsten der Welt. Die Türkei übertrifft mit ihrem Bevölkerungswachstum Länder wie z. B. Ägypten, Angola, Äthiopien, Bangladesh, Haiti, Indien, Indonesien, Jamaika, Kamerun, Senegal, Sudan, Tansania[92].
Und so explodiert die türkische Bevölkerungszahl:
1935: 16,2 Millionen Einwohner, 1955: 24 Millionen Einwohner, 1979: 45 Millionen Einwohner, 1985: (geschätzt) 55 Millionen Einwohner[93].

Die „Frankfurter Rundschau“ notiert hierzu: „Die Freizügigkeitsklausel würde dazu führen, daß Millionen Türken zusätzlich auf den überlasteten deutschen Arbeitsmarkt strömen, eine Vorstellung, bei der die Phantasie versagt. Die Probleme wären wohl kaum zu bewältigen“[94].

Bundesminister Ehrenberg stellte Mitte 1979 nochmals ausdrücklich klar, daß die Freizügigkeit für die Türkei bis 1986 erreicht sein soll[95]. Auch die türkische Regierung hat wiederholt mit Nachdruck auf die Erfüllung des Assoziierungsabkommens gedrängt. Anfang 1980 schreckte der türkische Außenminister Erkmen die Brüsseler Bürokratenschaft mit einem Vorstoß auf: Sein Land wolle noch vor Ablauf des Jahres Vollmitglied der EG werden[96]. Offensichtlich handelte es sich um ein deutliches Signal, das das unbedingte Interesse der türkischen Seite an der Freizügigkeit in Erinnerung rufen sollte.

Legt man nun die von Professor Gaugler angenommene Zahl von drei bis sieben Millionen neuer ausländischer Arbeitnehmer zugrunde, müßten wir – einschließlich Familienangehörige – mit einem Ansturm von sage und schreibe zwischen *zwölf bis achtundzwanzig Millionen Menschen* rechnen.
In der Tat scheint hier der Punkt erreicht, wo, um mit der „Frankfurter Rundschau“ zu sprechen, die Phantasie versagt. Hier dürfte der Alptraum für viele beginnen.

Die Freizügigkeitsklausel der Europäischen Gemeinschaft birgt den Keim weiterer Fremdenströme nach Westdeutschland in sich. In unseren europäischen Nachbarländern staut sich bereits eine gewaltige Springflut farbiger Völkerschaften. Es handelt sich in erster Linie um die „Erbschaft“ aus den kolonialen Besitzungen.
In Großbritannien leben mindestens 1,8 Millionen, nach anderen Schätzungen gar 3,9 Millionen Farbige[97]. In Frankreich leben 830 000 Algerier, 376 000 Marokkaner, 176 000 Tunesier[98]. In Italien gibt es einige hunderttausend Menschen aus Nordafrika, Ostafrika, den Seychellen und den Philippinen[99]. In den Niederlanden befinden sich 132 000 Bewohner der ehemaligen Kolonie Surinam aus Südamerika, die das Leben bei den einstigen Kolonialherren demjenigen in der Unabhängigkeit vorgezogen haben. Die Surinamesen sind zu 2/5 Kreolen (Neger-Mischlinge), 37 Prozent indischstämmig, 15 Prozent indonesisch, hinzu gesellen sich Chinesen und Neger und ein paar Europäer. Außerdem beherbergen die Niederlande über 100 000 Indonesier[100].
Diese Farbigen haben zumeist die Staatsbürgerschaft ihrer jetzigen Aufenthaltsländer, sie sind also niederländische, britische, französische, italienische Staatsbürger. Daher genießen sie auch die EG-Freizügigkeitsprivilegien. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, wann das jetzt schon feststellbare Rinnsal farbiger Menschen aus den Nachbarstaaten, das nach Westdeutschland fließt, zu einem Strom anschwellen wird. Optimisten rechnen mit höchstens 100 000 zusätzlichen farbigen Einwanderern aus den EG-Staaten, Pessimisten hingegen rechnen im Laufe der achtziger Jahre mit 500 000 bis 800 000.

Über unendlich viele, große und kleine Kanäle kommen Ausländer in die Bundesrepublik. Unser Land gleicht einem Segelschiff mit morschen Planken. Neuerdings melden sich zum Beispiel immer mehr „Studierwillige“ aus der Türkei, Griechenland, Iran und weiteren Ländern an unseren Universitäten. Es geht in erster Linie darum, auf diesem Umweg an die heißbegehrte Aufenthaltsgenehmigung als eingeschriebener Student zu kommen. Obwohl zum Beispiel in Rheinland-Pfalz die zur Vorbereitung der Ausländer eingerichteten Studienkollegs um 50 Prozent erweitert wurden, sind sie dem Ansturm nicht mehr gewachsen. Die rheinland-pfälzische Kultusministerin Laurien: „Ein bundesweites Phänomen“[101]. Der Run auf die deutschen Unis hält an: 3000 Anträge von Ausländern lagen im Wintersemester 1980/81 allein bei der Ruhr-Universität Bochum vor, 5000 Anträge bei der Technischen Hochschule Aachen, 3000 bei der Technischen Hochschule Siegen[102].
Ablehnende Bescheide scheren die ausländischen Bewerber indes wenig. Wenn sie erst einmal in der Bundesrepublik sind, bleiben viele illegal hier. Dazu ist oben vieles gesagt.

Familiennachzug, ausländischer Geburtenüberschuß, neue Ausländerwellen durch EG-Freizügigkeitsbestimmungen, Anwachsen der Zahl der Illegalen – ist das denn immer noch nicht alles? Es ist immer noch nicht alles!
Einer der „dicksten Brocken“ liegt noch vor uns: das Asylanten-/Flüchtlingsproblem.
Die Zahl der Asylbewerber in der Bundesrepublik Deutschland ist bekanntlich in den letzten Jahren um ein Vielfaches gestiegen. Im Jahr 1980 waren es über 100 000. Vielfach unbekannt ist, daß die Gruppe der Asylbewerber aus drei höchst verschiedenen Personenkreisen besteht, die gesondert beachtet werden müssen:
1. Zu einem geringen Teil sind es Flüchtlinge aus den kommunistischen Staaten Osteuropas. Es sind dies also regelmäßig Menschen aus kulturell eng verwandten Völkern, deren Einleben in die Wirklichkeit der Bundesrepublik nie absonderliche Schwierigkeiten mit sich brachte.

2. Einen erheblichen Teil der Asylanten machen die sogenannten „Kontingentflüchtlinge" aus. Hierbei handelt es sich um Flüchtlinge, die „kontingentweise" aufgenommen werden, ohne daß nachgeprüft würde, ob der einzelne nun tatsächlich die Voraussetzungen des Artikels 16 II Grundgesetz (Asylgewährung) erfüllt. Im wesentlichen sind es Flüchtlinge aus Indochina, also größtenteils Chinesen. Rund 18 000 dieser chinesischen Flüchtlinge wurden bislang aufgenommen. Aber schon wird über eine Aufstockung des Kontingentes gesprochen. 30 000, heißt es, seien durchaus tragbar für die Bundesrepublik Deutschland[103]. Natürlich dauerte es auch nicht lange, bis die Forderung nach „Familiennachzug" laut wurde. Das heißt, die in Indochina verbliebenen Familienangehörigen der nunmehr in Deutschland lebenden Chinesen sollen in unser Land nachgeholt werden. Bei einem Stand von derzeit 18 000 rechnet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" mit weiteren 12 000–20 000 Ostasiaten infolge des Nachzugs[104]. Sollten wir demnächst tatsächlich 30 000 Indochina-Flüchtlinge haben, müßte die entsprechende Schätzung bezüglich des Nachzuges auf 20 000 bis etwa 35 000 klettern. Dennoch hat diese Schätzung einen Haken: Sie berücksichtigt nicht den sprichwörtlichen chinesischen Familienzusammenhalt in der Großfamilie, sondern geht lediglich von einer Zusammenführung im Sinne der „Kernfamilie" aus (Eltern/Kinder). Es muß damit gerechnet werden, daß die hier nunmehr lebenden Chinesen alle Hebel in Bewegung setzen werden, um über den Bereich der Kernfamilie hinaus auch die gesamte Sippe in unser Land hereinholen zu können. Wenn die Zahl des „Chinesen-Kontingentes" tatsächlich auf 30 000 oder vielleicht sogar noch mehr ansteigt, dürfte der Familiennachzug von 100 000 weiteren Ostasiaten die Folge sein.

3. Die dritte Gruppe der Asylbewerber neben osteuropäischen Flüchtlingen und den „Kontingentflüchtlingen" sind die sogenannten „Wirtschaftsasylanten", vornehmlich aus der Türkei und den verschiedensten Ländern der Dritten Welt. Sie kommen in aller Regel nicht wegen politischer Verfolgung in die Bundesrepublik, sondern wegen der hier zu erwartenden materiellen Vorteile. Dabei sind es keineswegs diejenigen, die in ihrer Heimat der größten Not ausge-

setzt sind oder gar vor dem Verhungern stehen. Dann wäre es ihnen nämlich nicht möglich, die relativ teuren „Vermittlergebühren" und sogar Flugreisen zu bezahlen. Diese Gruppe ist die weitaus größte der Asylbewerber.
Die Bundesregierung hat einige Maßnahmen zur Straffung des Asylverfahrens getroffen. Denn diesen „Wirtschaftsasylanten" geht es in erster Linie darum, die lange Zeit des Asylverfahrens auszunützen, um die materiellen Segnungen des „Wohlfahrtsstaates" Bundesrepublik auszukosten.
Die meisten Experten aber sehen nur in einer gründlichen Reform des Asylrechtes eine Möglichkeit, den Strom langfristig zu stoppen. Der Gelsenkirchner Verwaltungsgerichts-Präsident Dr. Helmut Schnellenbach sieht in den Maßnahmen der Bundesregierung denn auch keinerlei Erleichterungen; aus ihnen erwüchsen vielmehr „kaum lösbare Probleme" und „totale Verwirrung"[105].
Der Schauplatz der Auseinandersetzungen hat sich in die Gerichtssäle verlagert. Schon 1979 mußte sich das Bundesverwaltungsgericht in Berlin vorrangig mit Fragen des Asylrechtes auseinandersetzen. Die Streitfälle zum Ausländerrecht waren dreimal so häufig wie ein Jahr zuvor. In 1718 Fällen mußte sich das Bundesverwaltungsgericht mit Asylfragen beschäftigen, an zweiter Stelle folgten mit weitem Abstand (332 Fälle) Streitfälle des Rechts vom öffentlichen Dienst[106].
Bei den Verwaltungsgerichten gingen 1980 rund 50000 Klagen wegen abgewiesener Asylanträge ein. Ministerin Vera Rüdiger, Bevollmächtigte des Landes Hessen in Bonn, befürchtet deswegen „die völlige Verstopfung des verwaltungsgerichtlichen Rechtsweges"[107]. Dies kann sehr empfindliche Folgen für den deutschen Bürger haben oder auch etwa für Bürgerinitiativen, die gegen Verwaltungsakte und andere ordnungsbehördliche Maßnahmen Rechtsschutz bei den Verwaltungsgerichten begehren wollen! Es ist schon fast ein Stillstand der Verwaltungsrechtspflege zu besorgen, rechnet der ehemalige Bundesjustizminister Vogel doch mit einer Erledigungsziffer von nur 300–350 Fällen pro Kammer und Jahr[108]. Auch der hessische Justizminister Günther sieht auf die Gerichte wegen der Asylklagen eine „Lawine" zurollen[109].

Die 80er Jahre werden das Jahrzehnt der Flüchtlingsströme. So warnt das Deutsche Rote Kreuz. Schon jetzt sind siebzehn Millionen Flüchtlinge in aller Welt unterwegs (Asien 7,8 Millionen, Afrika 4,8 Millionen, Nahost 3,3 Millionen, Lateinamerika 1,23 Millionen[110]).
Ein Blick auf die Krisenherde in der Dritten Welt zeigt uns: überall brodelt es, überall brechen neue Konflikte aus, die farbigen Kontingente gleichen einem Pulverfaß mit geballter Sprengkraft. Man braucht keineswegs über prophetische Gaben zu verfügen, um festzustellen: Am Ende dieses Jahrzehnts werden wir doppelt so viele Flüchtlinge auf der Welt haben wie zu Anfang der 80er Jahre, also weit über dreißig Millionen. Außenminister Genscher hat vor der Vollversammlung der UNO in New York seine große Besorgnis über diese Entwicklung zum Ausdruck gebracht.
Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, daß das Land mit dem weitestgehenden Asylrecht in der Welt, nämlich die Bundesrepublik Deutschland, geradezu wie ein Magnet auf diese Flüchtlingsströme wirken muß. Selbst geringste Teilhabe am westdeutschen Wohlfahrtsstaat bedeutet für diese Flüchtlinge einen gewaltigen Schritt vorwärts. Trotz aller Nachrichtensysteme dauert es immer noch einige Jahre, bis sich in die entferntesten Länder herumgesprochen hat, wie großzügig die Bundesrepublik – im Verhältnis zu anderen Staaten – Asyl gewährt. Ende der achtziger Jahre wird es aber beinahe jeder der über dreißig Millionen Flüchtlinge mitbekommen haben. Ohne grundlegende Reformierung des Asylrechtes steht eine millionenfache Flut von Wirtschaftsflüchtlingen aus der Dritten Welt bevor.
Unverantwortlich vor diesem Hintergrund sind die Forderungen des „Symposions über Fragen der internationalen Solidarität“ vom Ende 1980. Bei dieser Veranstaltung in Stuttgart, an der neben bundesdeutschen Vertretern Abgesandte aus elf weiteren Ländern teilnahmen, wurde folgendes gefordert:
das Recht auf Asyl solle auch auf „Hunger- und Notsituationen sowie auf bewaffnete Konflikte“ ausgedehnt werden und nicht mehr allein, wie es das Grundgesetz vorsieht, auf den politischen Bereich beschränkt sein[111].

Dies heißt in der Konsequenz: die Bundesrepublik müßte sich bereithalten, rund eine Milliarde Menschen aufzunehmen.

Fassen wir zusammen:

A *Die gegenwärtige Lage*

1. Zwischen fünf- und fünfeinhalb Millionen Menschen fremder Nationalität leben in der Bundesrepublik Deutschland.
2. In vielen Schulen, Kindergärten und ganzen Großstadtbezirken sind die Deutschen bereits in einer Minderheitenposition.
3. Diese Entwicklung greift auch schon auf Mittel- und Kleinstädte über.

B *Die künftige Entwicklung*

1. Die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik wird ohne entschiedene Gegensteuerung stark anwachsen.
2. Der zu erwartende Zuwachs in den achtziger Jahren gliedert sich folgendermaßen:
   a) rund eine Million Ausländer durch Familiennachzug;
   b) bis zu eine Million Ausländergeburten bei deutschem Sterbeüberschuß;
   c) etliche Millionen weitere Ausländer durch die EG-Freizügigkeit;
   d) unbestimmte Zahl von Illegalen;
   e) mehrere Millionen Asylbewerber.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen scheint die Schätzung des Bundesbeauftragten (1995: 20 Prozent der bis 15–18jährigen Ausländer) als abenteuerlich niedrig.

Ohne entscheidende Wende in der Ausländerpolitik muß damit gerechnet werden, daß schon Ende der neunziger Jahre mehr ausländische Kinder und Jugendliche in der Bundesrepublik leben als deutsche. Ohne Kurskorrektur in der Ausländerpolitik werden die Deutschen in wenigen Jahrzehnten zur Minderheit im eigenen Land geworden sein.

Das sind die Fakten, die bei der Erörterung der Ausländerfrage den entscheidenden Stellenwert erhalten müssen. Sie müssen zur Grund-

lage der weiteren Behandlung des Problems werden. Ansonsten ist jede weitere Politik dazu verdammt, Schiffbruch zu erleiden.
Diese Fakten beweisen aber auch die Unmöglichkeit, sich vor dem Ausländerproblem zu drücken. Niemand in der Bundesrepublik kann sich daran vorbeimogeln. Jeder einzelne wird früher oder später mit Notwendigkeit zum Kreis der unmittelbar Betroffenen zählen.
Wenn eine politische Frage eine Abstinenz, ein Unbeteiligtsein verbietet, so ist es diese Ausländerfrage. Gleich, wohin sich einzelne flüchten, das Ausländerproblem wird jeden früher oder später einholen.
Deshalb ist es wichtig, sich schon jetzt eingehend mit der Frage zu beschäftigen, nach Auswegen zu suchen. Noch gibt es in der Tat Möglichkeiten des Ausweges, wie sie zum Beispiel im letzten Abschnitt dieses Buches vorgeschlagen werden.

Nicht wenige erheben die Forderung, die Bundesrepublik müsse sich nunmehr zum Einwanderungsland erklären. Sollte dies die Lösung des Dilemmas sein? Der nächste Abschnitt befaßt sich mit dem Thema „Einwanderungsland Bundesrepublik“.

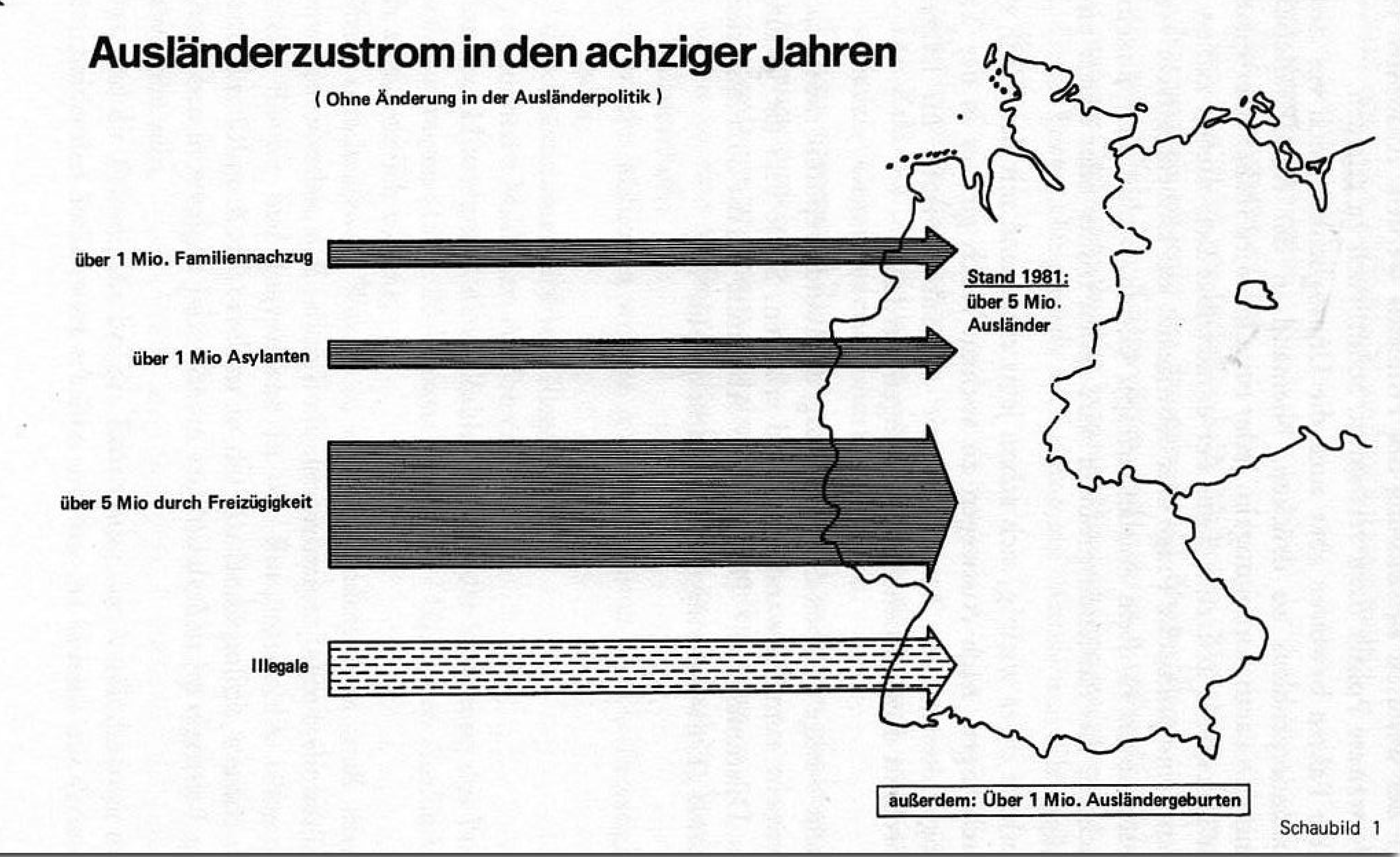

Ausländerzustrom in den achziger Jahren
(Ohne Änderung in der Ausländerpolitik)
über 1 Mio. Familiennachzug
über 1 Mio Asylanten
über 5 Mio durch Freizügigkeit
Illegale
Stand 1981:
über 5 Mio.
Ausländer
außerdem: Über 1 Mio. Ausländergeburten

Schaubild 1

QUELLENHINWEIS

[1] zit. nach „Ruhr-Nachrichten" vom 4. Juni 1980
[2] zit. in „Westfälische Rundschau" vom 15. Dezember 1980
[3] „Quick" vom 13. März 1980
[4] Vortrag am 27. März 1980
[5] „Sonntag" vom 4. März 1979
[6] zit. in „Bild" vom 18. Juni 1980 und im „Kölner Stadt-Anzeiger" vom 16. September 1980
[7] zit. in „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 19. August 1980
[8] „Quick" vom 13. März 1980
[9] im „Pressedienst des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz" vom 26. Juni 1979
[10] „Monitor im Kreuzverhör", WDR, III. Programm, 6. Januar 1981
[11] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Herausgeber): „Gesellschaftliche Daten 1979", Bonn 1980
[12] „Ruhr-Nachrichten" vom 17. Februar 1978
[13] KMK-Dokumentation „Ausländische Schüler in der Bundesrepublik Deutschland 1965–1979", zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 14. November 1980
[14] ebenda
[15] „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 14. November 1980
[16] zit. in: „Pressedienst des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz" vom 27. Juni 1979
[17] Interview mit „Kladderadatsch" Nr. 1/1980
[18] Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung „Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland", September 1979
[19] Professor Dr. Klaus Klemm: „Die demographische Entwicklung in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland", Vortrag bei der Fachtagung des „Deutschen Gewerkschaftsbundes" „Bildungsprobleme der Kinder ausländischer Arbeitnehmer" am 9./10. März 1979 in Gelsenkirchen
[20] „Ruhr-Nachrichten" vom 9. Oktober 1980
[21] „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 14. November 1980
[22] „Welt am Sonntag" vom 16. März 1980
[23] „Welt am Sonntag" vom 5. Oktober 1980
[24] zit. in „Die Welt" vom 31. Mai 1980
[25] in: „Demokratische Gemeinde" Juli/1980

[26] „Ruhr-Nachrichten" vom 21. Februar 1980
[27] „Ruhr-Nachrichten" vom 24. September 1980
[28] „Ruhr-Nachrichten" vom 4. September 1980
[29] „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 24. November 1980
[30] „Süddeutsche Zeitung" vom 10. November 1980
[31] zit. in „Süddeutsche Zeitung" vom 10. November 1980
[32] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 14. Juli 1980
[33] „Frankfurter Rundschau" vom 12. August 1978
[34] „PZ" (Herausgeber: Bundeszentrale f. politische Bildung) August 1980
[35] „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 21. Juli 1980
[36] „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 28. März 1979
[37] „Bild" vom 12. Juni 1980
[38] „Nordsee-Zeitung" vom 8. Oktober 1979
[39] „Altonaer Nachrichten" vom 5. Januar 1980
[40] zit. in „Süddeutsche Zeitung" vom 3. Januar 1980
[41] „NRW-international" (Herausgeber: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung NW), Nr. 1/1979
[42] „Welt am Sonntag" vom 22. April 1979
[43] zit. in: „Kladderadatsch" Nr. 1/1980
[44] zit. in „Welt am Sonntag" vom 8. Juli 1979
[45] zit. in „Mannheimer Morgen" vom 5. Februar 1980
[46] zit. in „Süddeutsche Zeitung" vom 9. Dezember 1980
[47] „Süddeutsche Zeitung" vom 19. Mai 1980
[48] „Münchner Merkur" Nr. 264/1980
[49] „Süddeutsche Zeitung" vom 18. August 1978
[50] zit. in „Nürnberger Nachrichten" vom 19. Juli 1980
[51] „Recklinghäuser Zeitung" vom 9. Juni 1980
[52] „Ruhr-Nachrichten" vom 31. Dezember 1979
[53] so Günter Mick „Schrumpfen sich die deutschen Großstädte krank?" in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 14. März 1977
[54] z. B. in „Neue Rhein/Ruhr Zeitung" vom 26. April 1980
[55] zit. in „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 28. Juni 1979
[56] so zum Beispiel „Der Spiegel" vom 16. Juni 1980
[57] „Deutsch-ausländische Arbeitsgemeinschaft", zit. in: „Harburger Allgemeine Nachrichten" vom 21. Dezember 1979
[58] in „Nürnberger Nachrichten" vom 22. Juli 1980
[59] Prof. Klemm a.a.O.
[60] Memorandum des Bundesbeauftragten a.a.O.

[61] „PZ", August/1980
[62] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 21. Juli 1979
[63] Memorandum des Bundesbeauftragten a.a.O.
[64] „Der Spiegel" vom 28. Januar 1980
[65] „PZ" August 1980
[66] Hansjörg N. Schulz in „Die Zeit" vom 14. November 1980
[67] Prof. Klemm a.a.O.
[68] „sozialpolitische Informationen" (Herausgeber: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung) vom 27. März 1980
[69] Michael Selbmann in „Frankfurter Hefte" Nr. 10/1978
[70] „NRW international" Nr. 1/1979
[71] Prof. Gustav Fochler-Hauke (Herausgeber): „Der Fischer-Weltalmanach 1981. Zahlen, Daten, Fakten, Hintergründe", Spalte 291
[72] zit. in „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 5. Februar 1980 und „Der Tagesspiegel" vom 22. Februar 1980
[73] Professor Dr. Theodor Schmidt-Kaler in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 30. September 1980
[74] zit. in: „Der Spiegel" vom 21. März 1977
zur Geburtenentwicklung der Deutschen und deren Folgen siehe auch: W. Dettling (Herausgeber): „Schrumpfende Bevölkerung – wachsende Probleme", München 1978
derselbe: „Der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik" in „Bankinformationen für Volks- und Raiffeisenbanken", Januar 1980
Dankwart Guratzsch: „Werden wir ein Vielvölkerstaat?" in: „Die Welt" vom 2. Januar 1980
Klaus Jentzsch: „Sterben wir aus? Der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik", Freiburg 1979
[75] Günter Buttler: „Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik. Ausmaß und Konsequenzen", Köln 1979, S. 54 und 59
[76] „Ruhr-Nachrichten" vom 1. August 1980
[77] „Deutsche Gegenwart" vom 13. November 1980
[78] „Der Spiegel" vom 13. August 1979
[79] „Ruhr-Nachrichten" vom 1. März 1980
[80] aus „Fünf Geschichten von Mustapha El Hajaj", zit. in „S wie Schule", Oktober 1979
[81] zit. in „Der Spiegel" vom 31. Januar 1977
[82] „Quick" vom 21. Juni 1979
[83] zit. in „Welt am Sonntag" vom 20. Mai 1979

[84] „Ruhr-Nachrichten“ vom 5. Juli 1980
[85] in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 15. Januar 1979
[86] „Wirtschaftswoche“ vom 22. August 1980
[87] Heinz Werner in „Das Parlament“ vom 16. August 1980
[88] Vortrag bei der Haupttagung der Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands am 6. Mai 1980 in Fulda
[89] Guratzsch a.a.O.
[90] „Der Spiegel“ vom 9. Mai 1977
[91] „Die Welt“ vom 4. Juli 1980
[92] siehe hierzu die entsprechenden Zahlen im „Weltalmanach“ a.a.O.
[93] „Die Welt“ vom 4. Juli 1980, siehe auch: Hans Hammer, „Wirkungen politischer Maßnahmen zur Lenkung der Ausländerbeschäftigung“, Göttingen 1976, Seite 129
[94] „Frankfurter Rundschau“, Ostern 1977
[95] Interview mit „Quick“ vom 10. Mai 1979
[96] „Ruhr-Nachrichten“ vom 7. Februar 1980
[97] „Weltalmanach“ a.a.O. Spalte 326
[98] „Weltalmanach“ a.a.O. Spalte 316
[99] „Der Spiegel“ vom 24. Oktober 1977
[100] „Weltalmanach“ a.a.O. Spalten 472 und 403
[101] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 29. November 1980
[102] „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 19. August 1980
[103] so Ministerpräsident Lothar Späth am 25. Juli 1979
[104] „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 21. November 1980
[105] zit. in „Recklinghäuser Zeitung“ vom 18. Juli 1980
[106] „Welt“ 2. Februar 1980
[107] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 21. November 1980
[108] zit. in „Wuppertaler Zeitung“ vom 27. Oktober 1980
[109] zit. in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 22. November 1980
[110] „Weltalmanach“ a.a.O. Spalten 639/640
[111] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 2. Dezember 1980

Deutschland den Einwanderern

Die Forderung nach dem Einwanderungsland Bundesrepublik

Auf politischer Ebene besteht weitgehende Übereinstimmung darin, die Bundesrepublik Deutschland als „Einwanderungsland" zu sehen. Dies berichtete Ende des Jahres 1980 die Wochenzeitung „Die Zeit"[1]. Will man den Äußerungen einiger führender Politiker unseres Landes Glauben schenken, so handelt es sich hier um eine Falschmeldung: Bundeskanzler Helmut Schmidt betonte nämlich im gleichen Jahr mit Entschiedenheit: „wir wollen kein Einwanderungsland werden"[2]. Sein Widersacher, der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, schlug in dieselbe Kerbe. Strauß warnte ausdrücklich vor einer Entwicklung, die die Bundesrepublik zum Einwanderungsland Nummer 1 mache[3]. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, des bevölkerungsmäßig und wirtschaftlich stärksten Bundeslandes unserer Republik, unterstrich in ihren „Leitlinien zur Ausländerpolitik", daß die Bundesrepublik kein Einwanderungsland sei[4]. Man stellt sich doch hier unweigerllich die Frage: Hat die renommierte Zeitung „Die Zeit", deren Chefredakteur – gleichfalls Ende 1980 – Regierungssprecher in Bonn wurde, die Unwahrheit geschrieben? Oder nehmen es der Bundeskanzler, der bayerische Ministerpräsident und die Düsseldorfer Landesregierung nicht so genau mit der Wahrheit und der Aufklärungspflicht gegenüber der Öffentlichkeit?

Zweifelsohne richtig ist, daß sich die Stimmen derer mehren, die eine Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zum Einwanderungsland fordern. So zum Beispiel Direktor Dieter Mertens vom Forschungsinstitut der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit: „Die Bundesrepublik sollte sich als Einwanderungsland definieren und eine klare strategische Einwanderungspolitik betreiben"[5]. Die Bremer Professoren Heinsohn und Steiger schlagen die „Wandlung von einer Gastarbeiterpolitik in eine gezielte Einwanderungspolitik des westdeutschen

Staates“ vor[6]. Und Lothar Späth, Ministerpräsidentenkollege der Herren Strauß (München) und Rau (Düsseldorf) in Baden-Württemberg, meint, die Bundesrepublik sei zum Einwanderungsland geworden. Späth wörtlich: „Wir müssen das akzeptieren und die Konsequenzen ziehen“[7].

Bundesrepublik Deutschland – ein Einwanderungsland oder nicht?

Vordergründig betrachtet könnte man dies als einen bloßen Wort-Streit unter vielen anderen in der Politik abtun. In Wahrheit geht es hierbei um weitaus mehr!
Bislang lautete nämlich die klare Haltung der Offiziellen in der Bundesrepublik unmißverständlich: „Einwanderungsland? Nein“. Wenn man nun von dieser Haltung abgehen sollte und Westdeutschland ausdrücklich zum Einwanderungsland erklären würde, hätte dies zwei weittragende Konsequenzen:
1. Die bei uns lebenden Ausländer, denen bislang die Zusicherung, sich auf Dauer in unserem Lande niederlassen zu dürfen, versagt blieb, hätten den Freibrief zum zeitlich unbegrenzten Aufenthalt in der Tasche.
2. Eine solche Erklärung hätte Signalwirkung für die gewaltigen Ausländermassen, die den Zuzug hierher planen. Mehr noch. Sie würde zusätzlich Kreise zur Übersiedlung nach Westdeutschland ermuntern.
Diese beiden unmittelbaren Folgen einer Erklärung zum Einwanderungsland muß man sich bei der weiteren Diskussion vor Augen halten. Es wäre also falsch, hier nur einen Hader um Formulierungen zu erkennen. Es geht vielmehr um eine entscheidende Weichenstellung für die Zukunft unseres Landes.

Die Befürworter des „Einwanderungslandes Bundesrepublik“ haben sich mittlerweile ein Arsenal von Argumenten zugelegt, um ihre Forderung zu untermauern, Gegenargumente zu entkräften und Befürchtungen zu zerstreuen. Die vier wichtigsten Argumente, die bei jeder Erörterung des Themas angeführt werden, lauten:

1. Deutschland besitze eine Tradition als Einwanderungsland. Es handle sich keineswegs um eine neue Erscheinung. Die Polen im Ruhrgebiet, die Ende des letzten, Anfang dieses Jahrhunderts kamen, und die Zuwanderung der Hugenotten in Brandenburg/Preußen im 16. und 17. Jahrhundert seien der Beweis dafür.
2. Das gute Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika. Hier sei der Beweis erbracht worden, daß ein Staat in der Rolle eines Einwanderungslandes keineswegs zum Niedergang führe. Die Vereinigten Staaten seien vielmehr durch die Einwanderung zum wirtschaftlich mächtigsten Staat und zur politisch entscheidenden Kraft geworden.
3. Die deutsche Geburtenentwicklung lasse auf die Dauer einen „Raum ohne Volk" erwarten. Dieser „Entleerung deutscher Gebiete" sei durch Einwanderung zu begegnen. Die Ausländer sollten die Deutschen ersetzen.
4. Das Denken in Nationen und Nationalstaaten sei ohnehin überholt. Die Moderne laufe auf das Weltbürgertum hinaus. Die Bundesrepublik könne federführend in diesem fortschrittlichen Prozeß werden und durch die Erklärung zum Einwanderungland beispielhaft wirken.
Soweit die vier geläufigsten und wohl auch gewichtigsten Argumente für das „Einwanderungsland Bundesrepublik". Diese Argumente verdienen eine vorurteilsfreie und gründliche Untersuchung. Gerade weil es sich um eine entscheidende Weichenstellung für die Zukunft unseres Landes handelt, empfiehlt sich weder vorschnelle Ablehnung noch überhastete Zustimmung.
Wir wollen die einzelnen Argumente im folgenden auf ihre Stichhaltigkeit „abklopfen":
1. Deutschland als Einwanderungsland mit Tradition. Beweis: Polen im Ruhrgebiet, französische Hugenotten in Brandenburg/Preußen.
Zuerst einmal gilt es, „des Pudels Kern" in dieser Argumentation herauszustellen: Man behauptet, in der Geschichte Deutschlands habe es Einwanderungswellen gegeben, die mit der heutigen Entwicklung vergleichbar seien. Die im wesentlichen guten Erfahrungen daraus ließen den Schluß zu, daß sich die Bundesrepublik unbesehen und relativ risikofrei zum Einwanderungsland erklären könne.

Es ist gewiß nicht zu leugnen, daß die Nachfahren der zugewanderten Polen oder Hugenotten heute ebenso Deutsche sind wie etwa die Nachfahren alter deutscher Stämme. Aber: läßt sich wirklich eine historische Parallelität zu den heutigen Verhältnissen in der Ausländerfrage herstellen?

Man könnte mit einiger Berechtigung gleich zu Anfang der Betrachtung Leopold von Rankes historisches Gebot anführen, daß jede Zeitepoche ihre eigenen Maßstäbe habe, die geschichtliche Lage Deutschlands vor hundert oder gar dreihundert Jahren eine gänzlich andere war und folglich Rückschlüsse auf heute nur sehr bedingt tauglich seien.

Kann man in der Tat die Verhältnisse im absolutistischen oder „hochkapitalistischen" Deutschland zur Untermauerung heutiger Gegebenheiten heranziehen? Wie dem auch sei, selbst wenn man diese Frage bejaht, ergeben sich doch mannigfache Unterschiede der einstmaligen und der heutigen „Einwanderung":

Wenden wir uns zunächst den sogenannten „Ruhrpolen" zu, die Ende des letzten, Anfang dieses Jahrhunderts in das Revier an Rhein und Ruhr kamen.

Zuerst ein Vergleich der jeweiligen Größenordnung:

Die Zahl der Ruhrpolen vor dem Ersten Weltkrieg wird auf 350 000 bis 450 000 geschätzt[8]. Eine andere Schätzung liegt etwas höher, nämlich zwischen 350 000 und 500 000[9]. Solchen Zahlen haftet eine gewisse Ungenauigeit an, da die Volkstums- und Sprachenverhältnisse im Osten vielfach unübersichtlich waren. Nach Kriegsende 1918 wanderten viele dieser Polen wieder ab in die neugegründete Republik Polen. Besonders das von Polen okkupierte oberschlesische Bergbaugebiet bot für die polnischen Arbeiter neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Ein weiterer Teil der Ruhrpolen wanderte in die Industriegebiete Belgiens und Nordfrankreichs ab. Die allgemeine wirtschaftliche Misere des Deutschen Reiches nach 1918, zwei Stichworte nur: Reparationen und französische/belgische Ruhrbesetzung, begünstigten diese Abwanderung.

Kleßmann notiert hierzu: „Mit der Wiedererstehung des polnischen Staates, mit der Möglichkeit zur Option zwischen deutscher und

polnischer Staatsangehörigkeit und mit der Abwanderung vieler Ruhrpolen nach Nordfrankreich wurde die bislang recht geschlossene polnische Gruppe weitgehend aufgelöst und zerstreut"[10]. Der „Ruhrpolen-Fachmann" Wehler meint, daß durch Rück- und Abwanderung die Zahl der Polen an der Ruhr allein zwischen 1918 bis 1924 „sicher um weit mehr als die Hälfte geschrumpft" sei. Übrigblieben nur noch „Reste der noch vor wenigen Jahren bedeutenden polnischen Minderheit"[11].

Geht man von der höheren Schätzung aus, nämlich 500 000, wären somit weit unter 250 000 Polen hiergeblieben. Setzt man die niedrige Schätzung voraus, betrüge die Zahl der hiergebliebenen Polen erheblich unter 175 000. Der „Mittelwert" läge bei unter 200 000.

Führen wir uns vor Augen: Heute leben schon fünf- bis fünfeinhalb Millionen Ausländer bei uns, also annähernd das Dreißigfache! In Zukunft das Fünfzigfache und mehr. Diese Ausländer sind zudem nicht – wie etwa die Ruhrpolen– auf ein Gebiet beschränkt, sondern durchdringen die gesamte Bundesrepublik.

Außerdem trafen die polnischen Zuwanderer auf eine deutsche Bevölkerung, die infolge eines rasant steigenden Geburtenüberschusses stark anwuchs, während die heutigen „Einwanderer" auf eine deutsche Bevölkerung treffen, die sich fast ebenso rasant vermindert. Auch dieser wesentliche Unterschied muß beachtet werden.

Für besonders wichtig hält Kleßmann den Hinweis, daß es sich bei den Polen im Ruhrgebiet ja keineswegs um Ausländer im staatsrechtlichen Sinne handelte, sondern um deutsche Staatsbürger, um „polnische Preußen"[12].

Vor dem Weltkrieg gab es ja keinen polnischen Staat. Die Ruhrpolen kamen aus dem polnisch bevölkerten Teil Posens und Westpreußens, der damals zum Deutschen Reich gehörte. Damit waren sie Inländer, die innerhalb des Staates den Wohnort wechselten, und keineswegs wie die heutigen Zuwanderer rechtlich Ausländer mit fremdem Paß. Wer das Ausländerproblem vom Standpunkt des Volkstumes sieht, wird hier keinen gravierenden Unterschied gelten lassen. Doch gerade diejenigen, welche im Volkstum nichts sonderlich Beachtens-

wertes erkennen können, sollten doch den Unterschied zur heutigen Zuwanderung von Menschen mit fremdem Paß erkennen.
Weitere gewichtige Unterschiede:
Die Ruhrpolen waren fast ausschließlich katholisch. Schon das verband sie mit einem erheblichen Teil der Deutschen. Sie hatten also keine Religion, die sich von vornherein deutlich abhob. Dies ist heute schon bei rund anderthalb Millionen Muselmanen in der Bundesrepublik der Fall. Während die Polen dem christlich-abendländischen Kulturkreis entstammen wie die Deutschen, kommen immer mehr der heutigen „Einwanderer" aus dem orientalisch-islamischen Kulturkreis oder gar aus dem afrikanischen und ostasiatischen Kulturbereich. Die Polen kamen damals in ein industrielles Neuland mit unverhältnismäßig niedriger Bevölkerungsdichte, die heute durchgängig in der Bundesrepublik nicht vorzufinden ist. Die „Einwanderer" von heute kommen in ein hochindustrialisiertes Land mit einer Bevölkerungsdichte, die in der Welt einen Spitzenplatz einnimmt.
Viele Punkte treffen auch für die französischen Hugenotten zu, die im 16. und 17. Jahrhundert nach Deutschland kamen. Ihre Zahl betrug ungefähr 30 000[13], 20 000 davon gingen nach Brandenburg/Preußen, die restlichen verteilten sich auf das gesamte Reich. Auch für sie gilt die kulturelle und religiöse Verwandtschaft mit dem deutschen Volk. Es war ja gerade ihr protestantischer Glaube, der sie zur Flucht in das protestantische Preußen trieb. Zudem kamen die meisten Hugenotten aus der handwerklichen und geistigen Führungsschicht ihrer Heimat. Auch dies läßt keinen Vergleich zu heute zu.
Angesichts dieser Tatsachen kann nur die völlige Unvergleichbarkeit der vergangenen und heutigen Zuwanderung von Fremden festgestellt werden.
Was wir heute erleben und was durch die Erklärung zum Einwanderungsland Bundesrepublik festgeschrieben werden soll, nämlich die millionenfache völlige Infiltration und Durchdringung durch Fremde hat sich seit Bestehen des Reiches niemals auch nur in annähernd gleicher Form ereignet[14].
Das Argument, Deutschland sei ein traditionelles Einwanderungsland, und der Schluß, Deutschland könne sich aus seinen historischen

Erfahrungen heraus zum Einwandungsland erklären, muß als untauglich zurückgewiesen werden.

2. Das Gute Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika.

Richtig ist, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, obwohl oder weil Einwanderungsland, zum wirtschaftlich mächtigsten und politisch mitentscheidenden Staat der Erde geworden sind. Diese Feststellung jedoch führt gleich unweigerlich zur Frage: um welchen Preis?

Die erste, vornehmlich britische, Einwanderung in Nordamerika brachte den Beginn der nahezu vollständigen Ausrottung der bodenständigen Bevölkerung. Die Einwanderer machten also tabula rasa mit den Einheimischen. Es ist wohl nur schwer vorstellbar, daß hierin die Vorbildfunktion der USA für die Bundesrepublik liegen soll.

Die weiteren Einwanderungswellen in die Vereinigten Staaten waren keineswegs „unkontrolliert". Einwanderer waren vielmehr ausschließlich kulturell verwandte Völkerschaften aus dem europäischen Raum, ein Großteil davon Deutsche. Noch bis vor wenigen Jahren galten in den USA Einwanderungsgesetze, die die Staaten vor der Einwanderung aus bestimmten außereuropäischen Gebieten schützen sollten. Und auch innerhalb Europas wurde sehr wohl unterschieden zwischen „erwünschter" und „unerwünschter" Einwanderung. Einwanderer aus Nordwest- und Mitteleuropa wurden begünstigt, Einwanderer aus Süd- oder Osteuropa sollten möglichst fernbleiben. Damit wollte man sich vor großen kulturellen Konflikten schützen. Auch heute werden strenge Anforderungen an eine Einwanderung in die Vereinigten Staaten geknüpft. Praktisch haben nur ausgebildete Fachkräfte die Chance, dorthin einwandern zu dürfen. Um den ständigen Zustrom spanischsprechender Menschen aus Mexiko zu verhindern, wird die südliche Grenze mehr und mehr hermetisch abgeriegelt. Man installiert elektrische Zäune, die bei Berührung einen Grenzübertritt signalisieren. Tausende von Wachstationen werden errichtet. Das ist die Realität des Einwanderungslandes USA.

Dennoch sind die Vereinigten Staaten vom Fieber ethnischer Auseinandersetzungen befallen. Indem man zum Beipiel die Neger als Sklaven dorthin brachte, züchtete man sich die ethnischen Auseinandersetzungen, die durch gezielte Einwanderungsgesetze verhindert werden sollten. Eben diese Schwarzen, die von afrikanischen und europäischen Sklavenhändlern nach Amerika gebracht wurden, übrigens aus rein materialistischen Beweggründen, und die gleichfalls aus einem anderen Kulturkreis stammenden Latinos (spanischsprechende Süd- und Mittelamerikaner) sind heute das soziale Hauptproblem des Einwanderungslandes USA.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sollten im Gegenteil abschrekkendes Beispiel und nicht Vorbild für die Bundesrepublik sein.

Wer kann denn der Bundesrepublik guten Gewissens einen der USA vergleichbaren „way of life" empfehlen? Denken wir an das Crescendo von Kriminalität, Leid und düsterer Trostlosigkeit in den dortigen Slums! Weite Areale in US-Amerikas Städten gleichen, so der „Spiegel", dem europäischen Trümmerkarst nach dem Zweiten Weltkrieg: verlassen, zerfallen, ausgebrannt, abgeräumt. Ursache vor allem: rassische und ethnische Konflikte[15].

Besteht wirklich so große Lust daran, diese furchtbaren Zustände uns Deutschen in der Bundesrepublik aufzuhalsen?

Wer uns das Einwanderungsland Vereinigte Staaten als Vorbild preist, sollte seinen Ausführungen folgenden Bericht aus dem „gelobten Land" anheften: „In den Gettos werden zahlreiche Kinder von Ratten totgebissen. Allein in Chicago starben in einem Jahr 600 Säuglinge an Rattenbissen und Unterernährung. . ., es gibt nicht viele Orte auf der Welt, wo man so großen aggressiven Ratten begegnet wie in den USA, die – falls mit nichts anderem – in die Geschichte eingehen könnten als das Land, das die größten Ratten gezüchtet hat. . . An bestimmten Straßenecken in Harlem sieht man jeden Tag Tausende von Rauschgiftsüchtigen, die auf Heroin warten. Nachts wagt es die Polizei nicht einmal, in diese Viertel zu fahren. . . Zehn Prozent der Jugendlichen in Harlem sind gefährliche Kriminelle, die ohne Unterschiede morden und es für einen unmöglich machen, sich auf den Straßen zu bewegen. Jedes Jahr werden in Detroit halb so

viele Menschen ermordet, wie in sieben Jahren Bürgerkrieg in Nordirland getötet wurden. . . Kennzeichnend für alle Gettos in den USA ist das Geschäftsviertel in ihrer Mitte mit den hohen Wolkenkratzern; um dieses Zentrum herum liegt – wie ein Gürtel – das schwarze Getto. . . Jedes Jahr werden in Washington über 4000 bewaffnete Raubüberfälle registriert. Die Anzahl der Morde ist in Washington um über 50 Prozent höher als in ganz Großbritannien. Washington ist außerdem die einzige Hauptstadt der Welt, die sich rühmen kann, daß jeder zehnte Einwohner im Zentrum rauschgiftsüchtig ist. . . Es geschieht sogar, daß Leute in ihrer Wohnung verhungert aufgefunden werden, weil sie es nicht wagten, auf die Straße zu gehen, um einzukaufen"[16].

So sieht es aus, das Vorbild des Einwanderungslandes USA. In Frankfurt/Main, der Stadt mit der höchsten Ausländerquote (bzw. „Einwandererquote") in der Bundesrepublik Deutschland, zeichnen sich bereits Entwicklungen wie die in dem vorgenannten Bericht beschriebenen ab. Die „Einwandererstadt" Frankfurt/Main legt beredtes Zeugnis ab für die Zukunft des „Einwanderungslandes" Bundesrepublik nach US-amerikanischem Muster.

Zudem sind die sozialräumlichen Bedingungen grundsätzlich verschieden[17]. Wenn ein Riesenstaat wie die USA schon bei der Bewältigung des Zusammenlebens unterschiedlicher ethnischer Gruppen überfordert ist, wie soll dann die kleine, relativ dicht besiedelte Bundesrepublik damit fertig werden? Müßten nicht die Folgen des „Einwanderungslandes" für die Bundesrepublik um so schwerwiegender sein? Chicago und Harlem hoch zwei?

Der „Weltbund zum Schutz des Lebens" hat in einer Untersuchung über die ökologischen Folgen des millionenfachen Ausländerzustroms errechnet:

Wenn in Beziehung zur Besiedlungsdichte der Bundesrepublik die Grundfläche der USA zugrunde gelegt wird, dürfte auf dem Boden der Bundesrepublik nur eine Bevölkerung von zwei Millionen leben. Umgekehrt müßten – der Bevölkerungsdichte in der Bundesrepublik entsprechend – in den Vereinigten Staaten von Amerika zwei Milliarden Menschen angesiedelt werden, also nahezu die Hälfte der jetzt

lebenden Menschheit[18]. Ein einziger US-Staat wie North-Dakota ist halb so groß wie die Bundesrepublik Deutschland und hat 652 000 Einwohner.
Das „gute Vorbild USA“ auf die Bundesrepublik projizieren hieße, unser Land einer ungeheuerlichen Gefahr auszusetzen.
Im Unterschied zu allen Einwanderungsländern klassischen Zuschnitts ist die Bundesrepublik Deutschland denkbar ungeeignet, rassisch und kulturell verschiedene Gruppen zu beheimaten.

3. Die Ausländer sollen die Deutschen ersetzen, damit kein „Raum ohne Volk“ entsteht.

Geburtenrückgang und Sterbeüberschuß sind nicht zu leugnende Tatsachen der deutschen Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik (siehe hierzu auch weiter oben).
Nun sind zwei verschiedene Wege grundsätzlich und theoretisch denkbar, dieser Entwicklung, die sich langfristig verheerend auswirken muß, zu begegnen: man könnte einerseits alle Kraft aufbieten, um die deutsche Lebenskurve wieder in den positiven Bereich zu bringen. Dies würde ohne Zweifel nur durch ein Gemenge von sozial-materiellen und sozial-psychologischen Maßnahmen möglich sein und eine große Herausforderung für die bundesdeutsche Gesellschaft bedeuten. Der andere Weg ist, den fehlenden Nachwuchs aus anderen Ländern zu „importieren“. Diesen anderen Weg schlagen die Befürworter des Einwanderungslandes Bundesrepublik vor.
Elisabeth Dessai schreibt: „Wenn es bei dem Trend zur Ein-Kind-Ehe bleibt, wird die BRD schon bald wieder Gastarbeiter importieren und sich als Einwanderungsland bekennen müssen“[19].
Dieselbe Autorin weiter: „Die Füllung der entleerten Räume mit Menschen aus überfüllten Räumen böte sich als ideale Lösung an, wenn die Weißen nicht national und/oder rassistisch empfänden, sondern sich als Weltbürger fühlten“[20]. Herbert Becker sekundiert: die fehlenden deutschen Kinder könnten nur durch Ausländer ersetzt werden, es sei an der Zeit, die national formulierte zugunsten einer europäischen Bevölkerungspolitik aufzugeben[21]. Buttler meint, daß

der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik durch Zuwanderung aus den Nachbarländern zu mildern sei, schließlich werde die Freizügigkeit in der Europäischen Gemeinschaft dafür sorgen, daß kein größeres Vakuum in unserem Land entstehe[22]. An anderer Stelle gebraucht er den Terminus „Bevölkerungsausgleich“[23]. Auch Hammer registriert, daß zunehmend die Frage gestellt werde, ob nicht die ausländischen Arbeitnehmer als Sicherung der Bevölkerungszahl dienen könnten, hierin läge ein Nutz-Aspekt der Ausländerbeschäftigung[24].

Es ist offensichtlich, daß hier zwei grundsätzlich verschiedene Anschauungen aufeinanderprallen. Die Befürworter des Einwanderungslandes Bundesrepublik halten das deutsche Volk für eine Ansammlung beliebig austauschbarer Menschengruppen. Es macht eben keinen Unterschied, ob hier Deutsche im herkömmlichen Sinne wohnen oder aber Italiener, Griechen, Spanier, Portugiesen, Jugoslawen, Türken, Algerier, Marokkaner, Schwarzafrikaner, Asiaten oder welche Völkerschaften auch immer.

Das und nichts anderes steht hinter der Vorstellung, man könne die fehlenden Deutschen durch Ausländer „ersetzen“.

Der Planungschef im Bundeskanzleramt, Müller, wurde im Dezember 1980 befragt, ob es ihn gleichgültig lassen würde, wenn in 100 Jahren hier lauter Mustaphas, Mohammeds und Alis lebten, in orientalischen Gewändern, mit entsprechender Folklore und einem Deutsch mit Akzent. Müller antwortete: „Wenn die Entwicklung dahin friedlich verliefe, kann ich persönlich nichts Schlimmes daran finden“[25]. Damit hat Müller die oben beschriebene Anschauung mit bemerkenswerter Offenheit bestätigt. Bezeichnenderweise berichteten die Massenmedien über das der an Müller gestellten Frage zugrundeliegende Streitgespräch zwischen ihm und Professor Schmidt-Kaler recht ausführlich, ließen aber diesen entscheidenden Satz regelmäßig weg.

Man kann diese Auffassung auch um der Deutlichkeit willen wie folgt charakterisieren:

Wem es im Grunde gleich ist, wer in unserem Lande lebt, dem ist auch das deutsche Volk gleichgültig. Solchen Befürwortern des Ein-

wanderungslandes Bundesrepublik gelten denn auch Begriffe wie „Deutschtum" als „Nazi-Begriffe", die aus dem „Wörterbuch des Unmenschen" stammen[26].
Gefordert wird der „Abschied vom sprachlich und kulturell geschlossenen Nationalstaat"[27], der Schulunterricht solle von „nationalen Verengungen" fernbleiben[28]. Immer wieder mengt sich bewußtes Herabspielen des Umfanges der Einwanderung in die Argumentation: „Was ist denn so großartig an der deutschen Eigenständigkeit, daß sie nicht ein paar Farbtupfer aus anderen Kulturen vertrüge: Lebhaftigkeit und Freundlichkeit, den exotischen Anblick türkischer Frauen, die Gastfreundschaft griechischer Kollegen, die Hilfsbereitschaft italienischer Nachbarn"[29]. Hier tut man so, als gehe es nicht etwa um über fünf Millionen Fremde, die schon bei uns leben und weitere Millionen, die noch kommen werden, sondern vielmehr um kleinere „Kontingente", die unser Straßenbild lebendiger und farbenreicher gestalten. Ein weiteres ähnliches Beispiel: „Warum soll es uns schaden, wenn es künftig mehr Deutsche mit gelockten Haaren und dunklerer Hautfarbe gibt?"[30].

Verdeutlichen wir uns nochmals die Zahlen:
Wenn die Bundesrepublik Deutschland den Schritt zum Einwanderungsland vollzieht, werden wir Deutschen schon balb die Minderheit sein! Wer von ein „paar Farbtupfern" aus anderen Kulturen spricht, streut den Bürgern bewußt Sand in die Augen.
Ehrlicher sind da schon Heinsohn und Steiger, die beiden bereits zitierten Professoren aus Bremen. In ihrer Vision entsteht in der Bundesrepublik „ein vielfältiges Gemisch, das einander mehr Anregung und Abwechslung bereiten könnte als die Öde massierter Teutonenhaufen"[31]. Dieses sei die aus „wirtschaftlichem, aber nicht unaufgeklärtem Kalkül geborene Perspektive". Es wäre gewiß nicht ganz verkehrt, den beiden Herren ins Gedächtnis zu rufen, daß eben dieser „massierte Teutonenhaufen" durch sauer verdientes und erarbeitetes Steuergeld ihre Tätigkeit finanziert.
Ein Raum ohne Volk soll durch die Einwanderung verhindert werden.

Doch was wird dann entstehen? um dies zu beschreiben, werden die merkwürdigsten Begriffe erfunden:

Hartmut Kriege erläutert, daß die Anwesenheit der Gastarbeiter auf die Dauer auch unsere Gesellschaft verändern werde, „hin zu einer multikulturellen Gesellschaft“[32]. Auch Andres Lopez-Biasco vom „Deutschen (!) Jugendinstitut“ in München hat es mit dem „Konzept einer multikulturellen Gesellschaft“[33]. Man begegnet der „multinationalen Schule“, dem „multinationalen Kindergarten“. Es geht nunmehr um die Frage, ob wir in Zukunft „interkulturellen Unterricht“ brauchen oder „bikulturelle Erziehung“. Nicht zu verachten ist die „multi-ethnische Pluralität“ einer „europäischen Gesellschaft“ in der Bundesrepublik. Das alles diene dem „multikulturellen Miteinander“, welches schließlich in eine „internationalen Solidargesellschaft“ münden solle.
Man sucht vergeblich nach Aussichten für die Zukunft der *Deutschen*, des *deutschen* Volkes, der *deutschen* Jugend.
Warum soll man sich denn auch darum den Kopf zerbrechen, wenn es doch ohnehin vollends gleichgültig ist, welches Völkerkonglomerat gerade den Raum zwischen Flensburg und Friedrichshafen, Rhein und Elbe bewohnt?
Folgerichtig erheben solche Befürworter des Einwanderungslandes Bundesrepublik die Forderung, Ausländern die Möglichkeit einzuräumen, per Postkarte Deutsche zu werden[34]. Somit ist das deutsche Volk zu einem vereinsähnlichen Gebilde geraten, welchem man gegen eine verhältnismäßig geringere Gebühr beitreten kann als etwa einem Kegelclub.
Dieser Anschauung steht die Warnung vor dem „Ausverkauf der Nationalität“ gegenüber[35]. „Die Folge müssen“, so Professor Schmidt-Kaler, „gesellschaftliche Konflikte von bisher undenkbarem Ausmaß sein“. Die Kulturtradition reißt ab, ein anderes Volk mit anderer ethnischer und geistiger Substanz bewohnt eines Tages unser Land“[36]. Schmidt-Kaler weiter: „Was nützt aller Wohlstand der gegenwärtigen Generation, wenn die Identität, das Weiterleben des deutschen Volkes in künftigen Generationen gefährdet ist? Die letzte

Frage ist nicht, wie Politiker sich aus Wahlkämpfen und Affären ziehen, sondern wie die kommende Generation weiterleben soll"[37].
Weitermachen wie bisher bedeute Pseudomorphose: Aushöhlung unseres Volkes und Zusammenbruch aller bisherigen sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Zielvorstellungen[38].
Professor Schröcke weist darauf hin, daß es inhuman sei, Angehörige anderer Völker zu entfremden. Ganz besonders inhuman sei es, Kinder in fremde Umgebungen zu verpflanzen[39].

Die beiden divergierenden Grundpositionen lauten also:
Ein Volk ist beliebig austauschbar, daher Einwanderungsland Bundesrepublik ./. jedes Volk hat seine Eigenart, die bewahrt werden soll; die Eigenständigkeit des deutschen Volkes wird durch die Einwanderung gefährdet oder gar zerstört.
Es erleichtert gewiß die Urteilsfindung in diesem Grundsatzstreit, wenn man die Schlüsselworte näher untersucht, die von den Befürwortern des Einwanderungslandes Bundesrepublik in die Diskussion gebracht werden:
Die Beleuchtung von Wortwahl und Stil läßt sehr oft die hinter den Äußerungen stehenden Absichten und Grundeinstellungen deutlicher werden.
Da ist zum Beispiel das Wort vom „Gastarbeiterimport" oder auch vom „Import des Nachwuchses". Das Schlüsselwort heißt „Import". Hier wird also ein Wort in bezug auf den Menschen gebraucht, das normalerweise nur Anwendung auf Sachen, nämlich Güter und Waren findet.
Der Mensch wird auf eine Stufe gestellt mit irgendwelchen „Importwaren". Der Mensch ist ebenso Gegenstand reiner wirtschaftlicher Einfuhrmaßnahmen wie Erdöl, Kaffee, Tee, Südfrüchte, Tabak, Fette, Wolle oder Leder.
Diese Sprache ist kalt und berechnend, rein materialistisch. Da ist freilich kein Raum für kulturelles Empfinden, für Volkstum und ähnliches. Mehr noch. Wer Menschen, ja sogar „Nachwuchs" (sprich: Kleinkinder) zum Gegenstand von Im- und Export macht, der ist auch blind für das Individuelle im Menschen. Das Volk ist

schon längst abgeschrieben, aber auch der einzelne Mensch ist nicht mehr als eine Nummer, eine Importware wie eben Weinfässer und Tonnen mit schmierigem Erdöl.
Ist man hier nicht tatsächlich versucht zu äußern, ein derartiges Vokabular stamme aus dem Wörterbuch des Unmenschen?
Ein ähnlicher Geist spricht aus dem Wort „Nutz-Aspekt" der Ausländerbeschäftigung oder „Nutz-Aspekt" der Einwanderung. Auch hier werden Menschen erniedrigt zum Gegenstand einer Kosten-Nutzen-Berechnung. Bezeichnenderweise unterläßt man es aber gleichzeitig, den Bürgern unseres Landes eine Auflistung der Kosten, die durch die Ausländerinvasion entstehen, vorzulegen. Wer schon in diesen bedenklichen Bahnen argumentiert, der muß die Dinge auch offen darlegen, nämlich dem „Nutz-Aspekt" auch den „Kosten-Aspekt" gegenüberstellen. Auf die „Kosten-Nutzen-Relation" werden wir weiter unten eingehend zurückkommen.
Wir begegnen weiterhin Schlüsselworten wie „entleerte Räume" und „Vakuum". Mit diesem rein mechanistisch-materialistischen Vokabular wird ein ganzes Völkerschicksal abgetan. Es geht ja um nicht weniger als den Totentanz um die Wiegen im deutschen Volk, das ständige Absinken der deutschen Lebenskurve. Wer angesichts der Tatsache, daß hunderttausende Deutsche jährlich mehr sterben als geboren werden, von „Entleerung" eines Gebietes spricht, hat zweifelsohne jede Beziehung zum deutschen Volk, die über rein materialistische Anschauungen hinausgeht, abgebrochen.
Schließlich taucht immer wieder der Vorwurf auf, die Deutschen würden falsch denken, nämlich national oder gar rassistisch, daher seien sie gegen das Einwanderungsland Bundesrepublik. Es zeugt schon von einer nicht unerheblichen Arroganz, wenn man seine eigene Meinung absolut setzt und Einwände dagegen als rassistisch abtut. Es liegt auf der Hand, daß es in erster Linie der „kleine Mann" sein wird, der die Folgen eines Einwanderungslandes Bundesrepublik zu spüren bekommt. Diejenigen, die das Einwanderungsland Bundesrepublik herbeisehnen, kommen ja kaum in den „Genuß", in oder in der Nähe eines der entstehenden Ausländerslums leben zu müssen. Auch dazu weiter unten mehr.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß aus solchen Argumenten für ein Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland ein bedenklicher völker- und menschenverachtender Materialismus spricht. Es ist letztlich eine Frage des Gewissens, ob man einer derartigen Argumentation zustimmen kann.
In diesem Zusammenhang sollte man sich auch die Frage stellen, ob denn die einwandernden Ausländer selbst willens sind, die Funktion als Zeugungs- und Gebärmaschinerie für die Deutschen zu übernehmen. Wollen die Ausländer die „Lückenbüßer" für die Deutschen sein? Sind die Ausländer bereit, ihre Kinder als „Deutschenersatz" aufwachsen zu lassen?
Dafür spricht sehr wenig. Es ist eher anzunehmen, daß gerade unter den Ausländern die schärfsten Gegner derartiger materialistischer Anschauungen anzutreffen sein werden. Die Haltung nämlich, dem eigenem Volk keinen Wert beizumessen und es für beliebig austauschbar zu erklären, ist außerhalb des deutschen Volkes so gut wie gar nicht anzutreffen.
Verschiedentlich wurde auch angeführt, die Erklärung der Bundesrepublik zum Einwanderungsland stehe im Widerspruch zum Grundgesetz. Jürgen Schilling, Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, schreibt hierzu:
„Es ist ein Gebot des Grundgesetzes, den gefährlichen Tendenzen einer Verschmelzung extrem fremder Minderheiten entgegenzuwirken, die das Profil der deutschen Nation nachhaltig verändern, und zu verhindern, daß beide deutsche Staaten schon deswegen nicht mehr zueinander finden, weil sich die Bundesrepublik in eine andere Nation verwandelt". Neben die politische trete auf diese Weise auch noch eine ethnische Spaltung[40].
In der Tat verpflichtet das Grundgesetz die deutsche Politik, die Einheit des gespaltenen Deutschlands anzustreben. Das höchste rechtsprechende Organ der Bundesrepublik, das Bundesverfassungsgericht, leitet daraus das Verbot jeglicher Politik ab, die eine Neuvereinigung Deutschlands erschweren könnte. Wie groß wäre aber noch die Motivation einer „multikulturellen Gesellschaft" in der Bundesrepublik, die Vereinigung Deutschlands anzustreben? Welche Bezie-

hung hätte ein Gemenge unterschiedlichster Völkerschaften und Kulturen zum Einheitsgedanken? Fänden es unsere Landsleute in der DDR wirklich noch erstrebenswert, mit einer „multi-ethnischen Gesellschaft" zusammenzukommen, in der die Deutschen nur noch eine Minderheitsposition haben, nur noch unter „ferner liefen" geführt werden?
Ein Einwanderungsland Bundesrepublik würde voraussichtlich die Neuvereinigung Deutschlands für alle Zeiten zunichte machen.
Wer im eigenen Volk ohnehin keine erhaltenswerte Größe sieht, wird hier ein achselzuckendes „na und?" von sich geben. Der muß aber auch bekennen, daß er sich in Widerspruch zur obersten Norm des Grundgesetzes befindet und somit verfassungsfeindlich handelt.
Aus dem Argument, durch die Erklärung zum Einwanderungsland könnten die „fehlenden Deutschen" durch Ausländer „ersetzt" werden, spricht also ein menschen- und völkerverachtender Materialismus. Dieses Argument stellt ein Feigenblatt für die kinder- und familienfeindliche Gesellschaftsverfassung in der Bundesrepublik dar. Ein Volk, das sich dieser Argumentation anschließt, hat praktisch abgedankt. Zudem werden die Ausländer selbst nicht bereit sein, als lückenbüßerische Zeugungs- und Gebärmaschinen der Deutschen zu fungieren. Diese Argumentation steht darüber hinaus im Widerstreit zur obersten Grundgesetz-Norm, nämlich dem Gebot, die Einheit Deutschlands anzustreben.
4. Das Denken in Nationen und Nationalstaaten sei überholt. Die Moderne laufe auf das Weltbürgertum hinaus. Ein Einwanderungsland Bundesrepublik könne hier beispielhaft sein.

Vordergründig scheint einiges für diese Behauptung zu sprechen. In der Tat gab es wohl kaum eine Zeit, in der soviel von „Multinationalität", „Supranationalität", Überwindung der Nationen gesprochen wurde wie heute.
Nur: steht die tatsächliche Entwicklung im Einklang mit diesen Worten?
Dieter Zimmer schreibt: „So sehr unsere Kultur uns dazu drängt und unser Verstand uns dazu rät – es will uns nicht recht glücken, unsere

Gruppenloyalität durch eine Loyalität der ganzen Menschheit gegenüber zu ersetzen"[41].
Schauen wir uns nur die UNO an, jene supranationale Organisation, die ja im Ursprung das „Weltbürgertum" zum Ziele hatte. Als in der UNO solche Gedanken entworfen wurden, kurz nach ihrer Gründung im Jahre 1945, waren dort 51 Länder vertreten. Allzuviel mehr gab es damals auf der Welt nicht. Zwischenzeitlich sind 153 Länder mit Sitz und Stimme in den Vereinten Nationen vertreten. Dreimal soviel unabhängige Länder also wie vor etwas mehr als dreißig Jahren. Welches Prinzip hat sich denn durchgesetzt? Das Prinzip der Mannigfaltigkeit oder der Vereinheitlichung?
Überall in der Welt setzt sich die Vielfalt durch. Am 5. August 1980 wurde im belgischen Parlament ein Autonomiegesetz verabschiedet, das den beiden hauptsächlichen Volkstumsgruppen im Staate, nämlich den Flamen und Wallonen, mehr Selbstbestimmung gewähren soll. In Frankreich besinnen sich Bretonen, Elsässer, Okzidentale auf ihre kulturelle Eigenständigkeit und revoltieren gegen „suprakulturellen Zentralismus". Ähnliches geschieht in Spanien mit den Basken und Katalanen. Schotten, Waliser und Iren drängen auf verstärkte Beachtung ihres Volkstums, sogar die 41 000 Grönländer pochen auf das Gesetz der Vielfältigkeit, gegen Egalisierung.
Nicht nur in Europa, überall in der Welt wird die Behauptung, die Moderne führt zur Vereinheitlichung, zum „melting pot of nations", ad adsurdum geführt. Am 30. Juli 1980 erlangten die Neuen Hebriden in der Südsee unter den Namen „Republik Vannata" ihre Unabhängigkeit.

Der „Spiegel" berichtet: „Afrikaner besinnen sich auf ihre Stammestraditionen, Asiaten und Lateinamerikaner entdecken ihre alten Kulturen wieder. . . Nun trägt auch der westlich gebildete Nigerianer die wallende Agbada, singt der Inder mit Oxford-Examen Lieder seiner Heimat"[42].
Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" ergänzt: „Die Völker der Dritten Welt beharren heute auf der Verschiedenheit der Völker und Kulturen und dem Recht, sich ihre Eigenart zu bewahren"[43].

Sogar in Kanadas hohem Norden führen Indianer und Eskimos einen zähen Kampf für die Identität ihre Volkstums. Ihre Hauptgegner sind Großindustrielle und US-amerikanische multinationale Konzerne, die diesen Freiheitsbestrebungen mit dem Argument begegnen, Volksidentität behindere den „Fortschritt“[44].
Wer zählt die Völker, kennt die Namen? Maori, Jivaro, Iko, Abulam, Bhil, Oglala, Bambuti, Tobo-Batak. In diesen Namen spiegelt sich der Reichtum menschlicher Vielfalt wider. Welt der tausend Völker — oder nivellierte Welteinheitszivilisation durch Vernichtung anderer Lebensarten. Vor diesen erbarmungslosen Alternativen stehen wir heute. In ihrem Buch „Rettet die Naturvölker“ haben Baumann und Uhlig das Problem fachkundig und eindringlich beschrieben[45].
Schlüsselworte des Buches sind „Entwurzelung“ und „Entfremdung“ auf der einen, „Erhaltung der Eigenart“, „angestammte Lebensform“ auf der anderen Seite. Engagiert wird die fehlende Einsicht in die andere Mentalität fremder Völkerschaften angeprangert[46]. „Was nicht kontrollierbar ist, soll in dieser Welt vernichtet werden“[47]. Dieser „Fortschritt über Leichen“[48] geschieht heute weniger durch brutale Ausrottung als vielmehr durch „Akkulturation“ und „Integration“, also Vernichtung der Kulturen durch Gleichmacherei. Zitiert wird ein Spezialist für Industriegroßbauten: „Unzeitgemäße Lebensformen müssen eliminiert werden“[49]. Ein deutscher Legationsrat fügt hinzu, es sei „nicht human, diese primitiven Stämme auf die Dauer in ihrer Eigenart zu erhalten“[50]. Ziel sei die zur „weltweiten materialistischen Konsumentengemeinschaft nivellierte Menschheit“[51]. Das Ergebnis aber seien seelisch deformierte, in Wellblechbaracken und Elendsvierteln am Rande der großen Städte dahinvegetierende Menschen. Die Autoren charakterisieren die „Integrationsfetischisten“ als „Schreibtischtäter“ ohne Kenntnis von und Verständnis für andere Kulturen. Immer wieder wird deutlich, daß nicht die naturgegebene Distanz zwischen den Kulturen Haß und Gewalt erzeugt. Zum „großen Knall“ kommt es, wenn eine Lebensart die andere zu überfremden droht, die Distanz verletzt wird.
Die Autoren fordern die Erhaltung der Vielfalt menschlichen Lebens und menschlicher Kultur[52]. „Wir bringen uns um eine farbige, erle-

benswerte Welt, wenn wir die ganze Erde den Gesetzen ökonomischen Nutzens unterwerfen“[53].

Jeder Kultur solle das *eigene* Rezept zur Entwicklung überlassen werden[54]. Jeder Stamm, jedes Volk solle die Lebensform wählen, die ihm behagt, unabhängig von Planern, Managern und „Marketing-Experten“[55]. Der Widerstand gegen die menschen- und völkerverachtende Gleichmacherei wächst.

Die Autoren zitieren eine indianische Stimme: „Wenn Kinder Identität besitzen, wenn sie wissen, wer sie sind, und darauf stolz sind, werden sie fähig sein, jede Auseinandersetzung zu bestehen. . . Ein Mensch ohne Identität ist so gut wie tot“[56].

Diese Betrachtung verdeutlicht, wie falsch und verderblich das Egalitätsdenken, die Nivellierung ist. Konrad Lorenz, Nobelpreisträger und „Vater der Verhaltensforscher“, ohne Zweifel einer der größten Forscher unserer Zeit, schreibt, daß es die Unterschiedlichkeit der Kulturen sei, die für die Höherentwicklung der Menschheit die Verantwortung trage[57]. Es ist somit kein Fortschritt, wenn durch das Einwanderungsland Bundesrepublik die nationale Identität der Deutschen einer „internationalen Solidargesellschaft“ Platz machen muß.

Auch Lorenz kongenialer Schüler Eibl-Eibesfeldt sorgt sich um die „human-ethologischen Folgen der Masseneinwanderung“ in die Bundesrepublik Deutschland[58]. Eibl-Eibesfeldt sieht eine potentielle Gefahr für unsere Zukunft, falls die Intensität der Einwanderung anhalte. Er spricht von einer „Landnahme“ durch die Neuen, die dann stattfinde, und von einem „Wettbewerb der Wiegen“ mit verheerenden Folgen für den inneren Frieden des Gemeinwesens.

Schon Immanuel Kant hat festgestellt, daß das Prinzip der Individuation, der Besonderheit, einer der tragenden Pfeiler der Schöpfung, der „Baugedanke“ des Fortschritts und der Entwicklung ist.

Wer so gegen das „Weltbürgertums-“ und Nivellierungsargument Stellung bezieht, sieht sich sofort dem Verdacht ausgesetzt, Rassist zu sein. Wer in der Erhaltung der nationalen Identität einen hohen Wert erblickt, dem wird unterschoben, er werte die anderen Völker ab.

Das Gegenteil jedoch ist richtig. Wer die nationale Identität seines eigenen Volkes ablehnt, sie bewußt in einer „multikulturellen Ein-

wanderergesellschaft" aufgehen lassen will, kann auch kaum Verständnis aufbringen für das Streben anderer Völker nach kultureller und nationaler Identität. Solche Prediger des Einwanderungslandes Bundesrepublik geraten nur allzuleicht in Gefahr, mit den grundlegenden Überzeugungen in allen anderen Völkern zu kollidieren. Anton Madler schreibt, daß das Problem der nationalen Identität in der Luft liege. Gerade durch den nicht nachlassenden Zustrom von Ausländern in die Bundesrepublik wird es auch sehr bald bei uns zu einem „heißen" Thema werden[59]. Die Ausländer selbst, die auf Bewahrung ihrer nationalen Identität bestehen, werden die ärgsten Gegner bundesdeutscher „Weltbürgertum"-Schwärmereien werden.
Es ist das eine, ethnische Verschiedenheiten zu konstatieren. Es ist etwas ganz anderes, die eine ethnische Gruppe für minderwertiger, die andere für wertvoller zu halten. Nur dies aber ist Rassismus.
Wir sollten vielmehr lernen, daß wir ungleich sind, daß das aber kein verhängnisvoller Nachteil ist, sondern das Gegenteil: Unsere große Variabilität gehört zum Reichtum der Spezies Mensch[60].
Manfred Bangemann, liberaler Abgeordneter im Europa-Parlament, sagte am 31. Mai 1979 im Deutschen Bundestag: „Wir sind auch für ein Europa, das sich seine kulturelle Vielfalt erhält . . . Ich kann mir gar nicht vorstellen, daß jemand eine besondere Attraktion in einer Gemeinschaft sehen könnte, die so aussieht, wie es in den großen zentralistischen Staaten beinahe schon der Fall ist. Nämlich mit einer Einheitskultur, mit einem Einheitsbrei, mit Städten und Landschaften, die alle einheitlich aussehen"[61].
Unsere Zeit läuft keineswegs auf Vereinheitlichung hinaus. Das tragende Prinzip unserer Zeit ist vielmehr die Differenzierung, die Aufgliederung der Menschheit in vielfältige Kulturen, Nationen, Staaten. Einwanderungsland Bundesrepublik hieße „melting pot", Schmelztiegel der Völker, mit dem Ergebnis, um die Worte des liberalen Politikers Bangemann zu benutzen, eines „Einheitsbreis". Hierin ist kein Fortschritt zu erkennen, sondern vielmehr Rückschritt.
Weder aus der deutschen Geschichte noch unter Heranziehung des Beispiels der Vereinigten Staaten von Amerika läßt sich die Forde-

rung nach einem Einwanderungsland Bundesrepublik untermauern. Weder kann das rein materialistische Argument des Ersatzes der Deutschen durch Ausländer verfangen, noch stimmt es, daß der „Zug der Zeit" in Richtung auf eine Welteinheitszivilisation gehe, deren Vorhut ein „Einheitsbrei" verschiedenster Völker und Kulturen in der Bundesrepublik sein soll.

Die maßvolle Aufnahme anderer Kulturelemente war fruchtbar und kann weiterhin fruchtbar bleiben. Das Einbringen dicker Brocken, die nicht verdaut werden können, hingegen zerstört.

Wenn hier die Forderung nach einem Einwanderungsland Bundesrepublik abgelehnt wird, geht es also keineswegs darum, das deutsche Volk zu mumifizieren, auf daß es Gegenstand eines völkerkundlichen Freilichtmuseums wird.

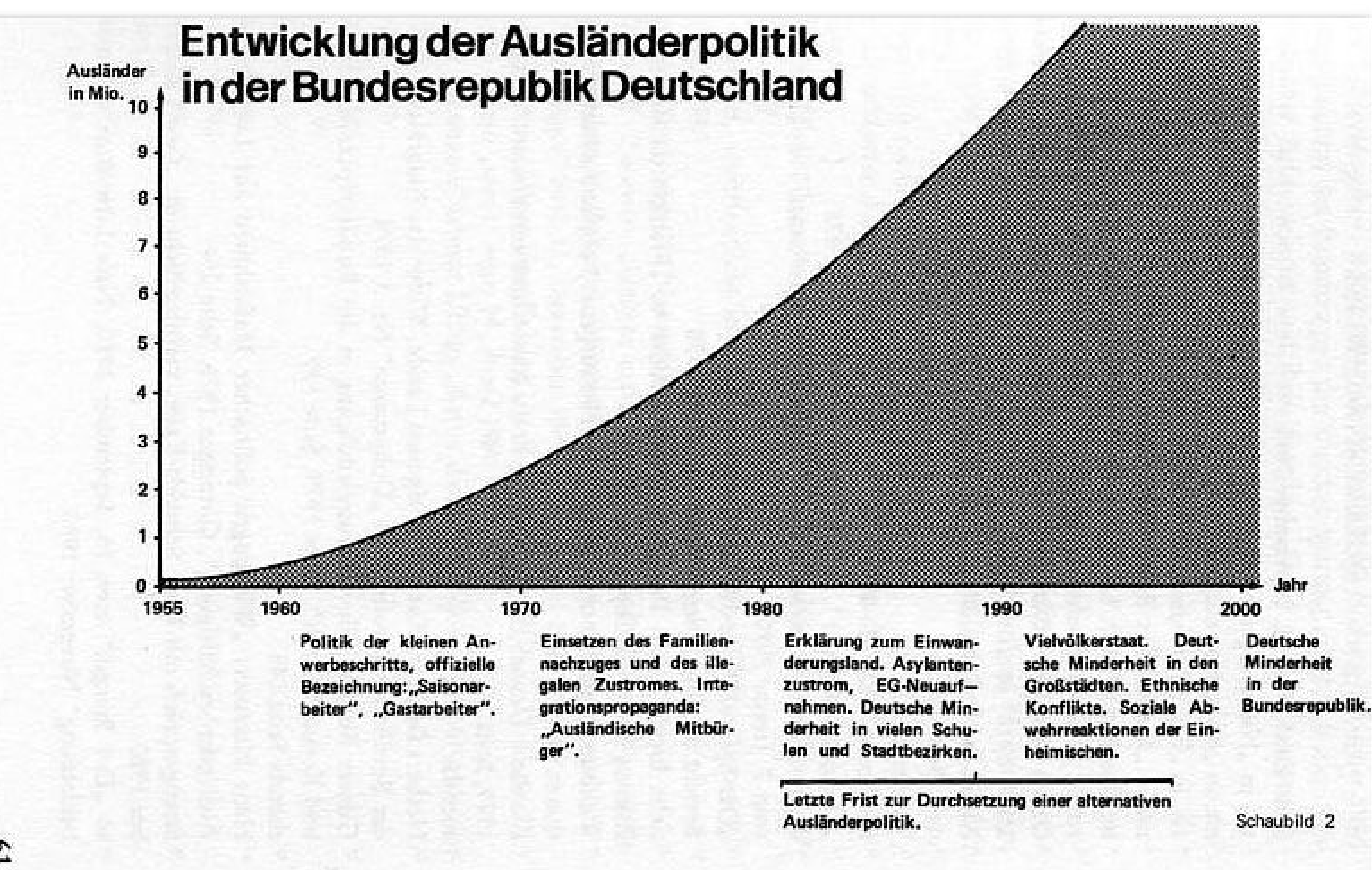
Es hat immer wieder beschränkte Aufnahme fremder Menschen in unser Volk gegeben. Darin kann nichts Schädliches erblickt werden. Ein Volk, das solches nicht verkraftet, ist gleichfalls innerlich schwach.

Darum geht es nicht bei der Diskussion Einwanderungsland um ja oder nein. Es geht um Millionenmassen fremder Menschen, zum großen Teil aus Kulturkreisen, die mit dem unsrigen nicht das geringste zu schaffen haben.

Die glasklare Konsequenz des Einwanderungslandes Bundesrepublik heißt: Überschwemmung mit Fremden; die Deutschen werden zur Minderheit im eigenen Land.

„Jede Nation hat nämlich das Recht, soweit es in ihrer Macht steht, ihre Zukunft und ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Dies ist nicht Rassismus, sondern bloß gesunder Menschenverstand".

So urteilt Salvador de Madariaga, spanischer Schriftsteller und Philosoph, laut „Brockhaus", „einflußreicher Vertreter und Interpret westeuropäischer Kultur und Liberalität".


Entwicklung der Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland
Ausländer in Mio.
10
9
8
7
6
5
4
3
2
1
0
1955
1960
1970
1980
1990
2000
Jahr
Politik der kleinen Anwerbeschritte, offizielle Bezeichnung: „Saisonarbeiter“, „Gastarbeiter“.
Einsetzen des Familiennachzuges und des illegalen Zustromes. Integrationspropaganda: „Ausländische Mitbürger“.
Erklärung zum Einwanderungsland. Asylantenzustrom, EG-Neuaufnahmen. Deutsche Minderheit in vielen Schulen und Stadtbezirken.
Vielvölkerstaat. Deutsche Minderheit in den Großstädten. Ethnische Konflikte. Soziale Abwehrreaktionen der Einheimischen.
Deutsche Minderheit in der Bundesrepublik.
Letzte Frist zur Durchsetzung einer alternativen Ausländerpolitik.
Schaubild 2

QUELLENNACHWEISE

[1] „Die Zeit" vom 21. November 1980

[2] zit. in „Nürnberger Nachrichten" vom 1. Januar 1980

[3] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 17. Januar 1979

[4] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 24. Oktober 1980

[5] zit. in „Frankfurter Rundschau" vom 8. Januar 1977

[6] in „Kursbuch", Nr. 62, Dezember 1980, Seite 142

[7] zit. in „Hannoversche Allgemeine Zeitung" vom 6. April 1979

[8] Ulrich Wehler: „Die Polen kamen aus Preußen. Ruhrpolen zwischen 1880–1918" in „Ruhrgebiet" Nr. 5/1961

[9] Kleßmann in: „Kursbuch" a.a.O. S. 61

[10] ders. Seite 68

[11] Wehler a.a.O.

[12] Kleßmann a.a.O. S. 61

[13] „Der große Herder", 7. Band, Freiburg 1955, Seite 938

[14] so Dankwart Guratzsch „Werden wir ein Vielvölkerstaat?" in: „Die Welt" vom 2. Januar 1980

[15] „Der Spiegel" vom 19. Juni 1978

[16] Bericht in „Der Spiegel" vom 13. März 1978

[17] siehe hierzu auch: Professor Schmidt-Kaler in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 30. September 1980

[18] Weltbund zum Schutz des Lebens (Herausgeber) „Lebensschutzinformationen" Nr. 8/1980

[19] Elisabeth Dessai: „Auf dem Weg in die kinderlose Gesellschaft", Reinbek 1979, Seite 12

[20] ebenda

[21] Herbert Becker: „Europa im eigenen Lande. Wider das Autarkiedenken in der Bevölkerungspolitik" in „Dokumente" Nr. 3/1978

[22] Günter Buttler: „Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik, Ausmaß und Konsequenzen", Köln 1979, Seite 139

[23] ebenda Seite 145

[24] Hans Hammer: „Wirkungen politischer Maßnahmen zur Lenkung der Ausländerbeschäftigung", Göttingen 1976, Seite 254

[25] Streitgespräch mit Prof. Schmidt-Kaler, veröffentlicht in: „Geo", Dezember 1980

[26] so „Der Spiegel" vom 15. September 1980, Nele Löw-Beer in „textil, bekleidung" November 1980

[27] „PZ“ (Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung), August 1980
[28] Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung zur Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien „Stand und Weiterentwicklung der Integration“, September 1979
[29] Nele Löw-Beer a.a.O.
[30] Otto Köhler in „metall“, Dezember 1980
[31] in „Kursbuch“ a.a.O. Seite 142
[32] in „Ruhrwort“ vom 12. Juli 1980
[33] zit. in „Der Tagesspiegel“ vom 10. Juni 1979
[34] diesen Vorschlag brachte u. a. der ehemalige Bundesbeauftragte für die Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien, Heinz Kühn, ein. Siehe hierzu: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 12. Oktober 1979
[35] Guratzsch a.a.O.
[36] in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 30. September 1980
[37] ebenda
[38] Schmidt-Kaler, Leserbrief, veröffentlicht in „Ruhr-Nachrichten“ vom 17. Juni 1977
[39] Leserbrief, veröffentlicht in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 22. Januar 1980
[40] in „Die Zeit“ vom 21. November 1980
[41] Dieter E. Zimmer: „Unsere erste Natur. Die biologischen Ursprünge menschlichen Verhaltens“, München 1979, Seite 276
[42] „Der Spiegel“ vom 11. Dezember 1978
[43] „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 23. August 1980
[44] siehe hierzu „stern“ vom 24. April 1980
[45] Peter Baumann/Helmut Uhlig: „Rettet die Naturvölker“, Frankfurt/Main 1980
[46] dies. S. 79
[47] dies. S. 29
[48] dies. S. 139
[49] dies. S. 139
[50] dies. S. 36
[51] dies. S. 193
[52] dies. S. 19
[53] dies. S. 9
[54] dies. S. 188
[55] dies. S. 63

[56] dies. S. 147

[57] Konrad Lorenz: „Die Rückseite des Spiegels. Versuch einer Naturgeschichte menschlichen Erkennens", München 1973, Seite 257

[58] zit. in „Die Welt" vom 12. Januar 1981

[59] in „Die Welt" vom 21. Februar 1980

[60] Zimmer a.a.O., Seite 174

[61] zit. in „Pressedienst der Bundestagsfraktion der Freien Demokatischen Partei" vom 31. Mai 1979

DRITTER ABSCHNITT

Zauberformel Integration

Wollen, können, sollen die Ausländer „integriert" werden?

Langsam scheint sich in der Bundesrepublik Deutschland die Erkenntnis durchzusetzen, daß das Ausländerproblem nicht mehr als bedeutungslos oder von minderer Tragweite angesehen werden kann. Immer mehr Politiker, Publizisten und Wissenschaftler nehmen sich dieses Problems an. Dieser Prozeß ist an sich sehr zu begrüßen. Die Sorglosigkeit, mit der man diesen Dingen jahrelang gegenüberstand, wurde zusehend unerträglich. Leider gibt es immer noch Kreise, die es an gebührender Beachtung mangeln lassen, die sogar eine unverantwortliche Gleichgültigkeit an den Tag legen.
Der Deutsche Bundestag zum Beispiel als Repräsentanz des deutschen Volkes hat in den Jahren 1965 bis 1980 nicht *eine* grundsätzliche Debatte über dieses gewichtige Problem erlebt. Während zum Beispiel Aussprachen über die Importkontingentierung von Erdnüssen Gegenstand von Bundestagsdebatten waren, man heiße Wortgefechte über einen vier- oder sechsspurigen Ausbau bestimmter Bundesautobahnen verfolgen konnte, hüllte sich das Hohe Haus über das Problem mehrerer Millionen fremder Menschen in unserem Land weitgehend in Schweigen. Seit Verabschiedung des Ausländergesetzes im Jahre 1965 gab es in der Tat zum Ausländerproblem keine Generaldebatte, obwohl sich die Zahl der Ausländer seitdem verfünffacht hat, das Problem zwischenzeitlich Größenordnungen erreicht, die irgendwelche Lösungsvorschläge immer undurchführbarer erscheinen lassen.
Obwohl kaum noch Zweifel darüber besteht, daß es sich beim Ausländerproblem um die entscheidende gesellschaftliche Frage der 80er und 90er Jahre handelt, bemühten sich die verantwortlichen Politiker mit Energie, dieses Problem „aus den Wahlkämpfen herauszuhalten".

Noch im Bundestagswahlkampf 1980 hieß es oftmals, das Ausländerproblem dürfe nicht in diesen „gezogen“ werden.
Auch das ist eine recht merkwürdige Haltung. Wie lautet denn das Verständnis eines Wahlkampfes in einem demokratisch verfaßten Staat? In einem solchen Wahlkampf sollte es doch darauf ankommen, daß den Bürgern offengelegt wird, wie die maßgeblichen Politiker sich den weiteren politischen Weg vorstellen. Wahlkampf sollte Entscheidungshilfe sein, damit die Bürger wissen, „wo es langgeht“, wenn sie Partei „X“ oder „Y“ beziehungsweise diese oder jene politische Persönlichkeit wählen.
Gerade das Ausländerproblem als entscheidende Zukunftsfrage hätte nicht aus dieser Diskussion ausgeklammert bleiben dürfen.
Nicht allein die deutschen Bürger der Bundesrepublik haben ein Anrecht auf umfassende Information über Absichten und Ziele der weiteren Ausländerpolitik. Auch die Ausländer selbst haben ein Recht darauf zu erfahren, welche Möglichkeiten und Wege für sie in der Zukunft bestehen.
Indem man seit nunmehr anderthalb Jahrzehnten einer entsprechenden Grundsatzdiskussion bewußt ausweicht, hat man ein Klima der Verunsicherung, der Ratlosigkeit und der vorschnellen Patentrezepte geschaffen.
Wenn heute beklagt wird, daß vielfach abstruse, wirre, ja gefährliche Vorschläge zum Ausländerproblem herumgeistern, so liegt dies nicht zuletzt daran, daß die verantwortlichen Politiker versäumt haben, das Problem in Parlamentsdebatten zu rationalisieren und das vielbeschworene „Gespräch mit den Bürgern“ zu suchen.
Erfreulich bleibt, daß hier eine gewisse Veränderung in Gang gekommen ist. Endlich beschäftigt man sich mit dieser Frage in gebührender Ausführlichkeit, wenn auch in unterschiedlicher Qualität.
Ein Wort wurde mittlerweile zu dem am meisten strapazierten in der Diskussion um das Ausländerproblem. Dieses Wort hat zum Teil schon den Charakter einer „Zauberformel“ angenommen. Man will Glauben machen, daß allein schon sein Gebrauch die Probleme einer Lösung näherbringt. Es ist das Wort „Integration“.
Es taucht unablässig auf. Kaum ein Zeitungsartikel über das Auslän-

derproblem mündet nicht in die Forderung nach „Integration". Kaum eine Politikerrede, die nicht zum Abschluß, als deus ex machina, die „Integration der Ausländer" anböte.
Klaus Reinmöller schreibt mit einem Schuß Ironie: „Jede anständige Universität hat schon einen Ausländerbericht vorgelegt, immer wieder heißt es am Ende: Integration"[1].
Und darin liegt auch schon das Hauptproblem. Am Ende heißt es immer wieder „Integration", und dann hören die Berichte, die Kommentare, die Meinungsäußerungen auch schon auf, ohne daß gesagt würde, was Integration denn nun eigentlich bedeutet. Es müßte eigentlich andersherum sein. Wenn die „Integration" die Lösung des Ausländerproblems darstellte, müßte dies am Anfang stehen und dann näher erklärt werden. So aber ist es leider nicht. Das Ergebnis ist, daß sich jeder unter Integration etwas anderes vorstellt, daß keine klare Linie vorhanden ist, daß Integration zur typischen Worthülse zu werden droht.
Es gibt die absonderlichsten Variationen:
Das Leitthema der Westberliner Ausländerpolitik heißt „bedarfsorientierte Integration", der sozialdemokratische Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit, Udo Fiebig, stellt eine „echte Integration" dem Publikum vor[2]. Dann gibt es da noch eine „zu erstrebende kulturpluralistische Integrationspolitik"[3]. Wir hören von Frau Professor Meistermann-Seeger, daß es gleich drei verschiedene Sorten von „Integration" gebe, nämlich die „monistische Integration", die „pluralistische Integration" und die „interaktionistische Integration"[4]. Daneben tritt noch die „Vollintegration", die „Integration auf Zeit", „Integration auf Dauer", „wirkliche Integration". Undsoweiter undsofort.
Das Wort „Integration" an sich ist also wenig tauglich, zur Lösung des Ausländerproblems beizutragen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob der inflationäre Gebrauch dieses Wortes nur dazu dient, sich keine weitergehenden, tiefschürfenderen Gedanken machen zu müssen.
Selbstverständlich ist eine derartige Haltung der Ernsthaftigkeit des Problems nicht angemessen.

Nun wäre es unredlich, diese Haltung all jenen zu unterschieben, die von „Integration der Ausländer" reden. Wir wollen gerne unterstellen, daß sich die meisten von ihnen sehr wohl tiefere Gedanken machen, daß ihr Integrationsvorschlag von ernsthafter Sorge um die Zukunft zeugt.

Was aber heißt nun „Integration"?
Man kann festhalten, daß Integrationspolitik sich auf die bei uns lebenden Ausländer bezieht. Es geht also nicht in erster Linie, wie bei der Forderung nach dem Einwanderungsland Bundesrepublik, um das Einströmen weiterer Fremder, sondern um die Behandlung derer, die schon hier sind.
Es gibt im wesentlichen zwei unterschiedliche Vorstellungen dessen, was Integration bedeuten soll:
1. Die Teilhabe der Ausländer am gesellschaftlichen Leben, ohne ihnen die eigene Identität zu nehmen.
2. Die Eingliederung oder auch Einschmelzung der Ausländer in das deutsche Volk.
Die erste Vorstellung umschreibt der bayerische Ministerialrat Gerhart Mahler so, daß man die Ausländer zwar motivieren solle, unser Kulturangebot anzunehmen, ihnen aber gleichzeitig ihre kulturelle Identität lassen möge[5]. Ähnlich Dr. Manfred Leve von der Bundesanstalt für Arbeit: „Gesellschaftliche Eingliederung, soziale Integration, ohne dabei die nationale und kulturelle Identität der ausländischen Jugendlichen zu zerstören"[6].
Was muß die Konsequenz daraus sein? Jürgen Schilling, Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, sieht es wie folgt: „Von Integration im Gegensatz zur Assimilierung könnte man nur sprechen, wenn beabsichtigt wäre, den heute 1,3 Millionen Türken 600 000 Jugoslawen, 600 000 Italienern, 300 000 Griechen, 200 000 Spaniern, sowie den Chinesen und Vietnamesen eine Existenz als völkische Minderheit mit weitgehender kultureller Autonomie einzuräumen"[7].
Es muß bezweifelt werden, daß dies in der kleinen, dichtbesiedelten Bundesrepublik Deutschland möglich ist. Denkbar wäre dies allenfalls, wenn es um jeweils einige Zehntausend Personen ginge, wohl

kaum bei Volksgruppen, die zum Teil schon die Halbmillionen- oder gar die Millionengrenze überschritten haben.
Diese Vorstellung einer „teilweisen Integration“ befindet sich auf dem Rückzug. Sie wird inzwischen von den meisten Integrationstheoretikern verworfen. Der Deutsche Städtetag sieht keine Möglichkeit, die Ausländerkinder gleichzeitig auf eine Teilnahme an unserem gesellschaftlichen Leben und auf eine eventuelle Rückkehr in die Heimat vorzubereiten. Wolle man dennoch beides, erreiche man beide Ziele nicht[8]. Auch der Bundesbeauftragte für die Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien meint, daß eine „Integration auf Zeit“ in sich widersprüchlich und unrealistisch sei. Die „Doppelstrategie“ einer gleichzeitigen Hinführung zu den Bildungszielen des Aufenthaltslandes und des Herkunftslandes müsse daher aufgegeben werden[9]. Es sei, so Heinz Kühn weiter, eine Illusion, zugleich die Integration in den deutschen Lebensbereich und die Verwurzelung in die Kultur des elterlichen Heimatlandes anstreben zu wollen[10]. Nicht anders sieht es Ritter: die Eingliederung in zwei Kulturen gelinge selten. Häufiger sei es so, daß die Betroffenen sich in keiner der beiden Kulturen mehr heimisch fühlen[11]. Gehmacher stimmt dem gleichfalls zu. Heraus kämen lediglich „Analphabeten in zwei Sprachen“[12].
Die meisten Integrationstheoretiker verfolgen inzwischen das Konzept der „vollständigen Integration“, d. h. letztendlich Assimilierung, Einschmelzung der Ausländer in das deutsche Volk. Um es noch deutlicher zu sagen: Die Ausländer sollen zu Deutschen werden oder „gemacht“ werden.
Diese Vorstellung wird an folgenden Äußerungen deutlich:
In seinen „Grundannahmen und Thesen zur Ausländerpolitik“, versehen mit einem Vorwort des Ministerpräsidenten Dr. Späth, schreibt das baden-württembergische Staatsministerium: „Eine Integration auf Dauer ist ohne einen zumindest teilweisen Verlust an kultureller Identität nicht denkbar“[13]. Genauso sieht es der Bericht einer soziologischen Forschungsgruppe, die im Auftrag des Bonner Forschungs-Ministeriums tätig wurde: wirkliche Assimilation und der langfristige Aufenthalt in der Bundesrepublik seien auf Dauer ohne einen zumin-

dest teilweisen Verlust der kulturellen Identität der Ausländer nicht möglich[14]. Aus Ausländern sollen „Deutsche" werden. Für den Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Geißler, muß folglich „das Angebot der Einbürgerung am Ende des Integrationsweges stehen"[15]. Ausländische Jugendliche sollen mit dem 18. Lebensjahr ein Einbürgerungsrecht erhalten[16].

Es geht um nicht weniger als die „kulturelle Einbindung der Ausländerkinder"[17]. Der frühere Bürgermeister Klose konkretisiert diese Vorstellung so: „Wenn Integration das Ziel ist, muß in der Schule der mutterprachliche Unterricht und die Vermittlung von Kenntnissen über die Heimat zurückstehen"[18]. Die Erlangung des Hauptschulabschlusses und das Erlernen der deutschen Sprache seien vorrangige Ziele, die auch der Wahrung der nationalen Identität vorgehen müßten, fordert der „Deutsche Städtetag"[19].

Meier-Braun sieht im Konzept der Bundesregierung, erstellt auf der Grundlage des Memorandum des Ausländerbeauftragten, die Tendenz, Integration als Assimilation zu verstehen, wobei die Minderheit sich einer Mehrheit unterwirft und ihre Eigenart fast völlig aufgibt[20]. Und im Kühn-Memorandum selbst sieht er die „Neigung zur Eindeutschung"[21]. Auch Dr. Schilling meint, daß im Kühn-Memorandum indirekt die „Assimilierung der Ausländer" verkündet werde. Dies müsse unausweichlich in einer „Entfremdung" enden, weil der kulturelle Zusammenhalt der ethnischen Gruppen zersetzt werde[22].

Der Vorstellung einer vollständigen Einfügung, einer Einschmelzung der Ausländer ins deutsche Volk entspricht auch der umgangssprachliche Gebrauch des Wortes „Integration". Im „Bertelsmann-Lexikon" heißt es unter „Integration allgemein": „Herstellung oder Wiederherstellung eines Ganzen, Vereinigung, Verbindung, Einordnung eines Gliedes in ein Ganzes"[23]. Dazu „Meyers Enzyklopädisches Lexikon": „Wiederherstellung eines Ganzen, einer Einheit, durch Einbeziehung außenstehender Elemente, Vervollständigung"[24], in der Völkerkunde bedeute Integration die Aufnahme von ethnischen Minderheiten, sozialen Gruppen desselben Volkes und Kulturkomplexen in eine größere ethnische Einheit[25]. Das „Universal-Lexikon" defi-

niert „Integration“ als „Schaffung oder Wiederherstellung eines Ganzen aus seinen Teilen“[26]. Der „Große Brockhaus“ sieht in der „Integration“ den „einigenden Zusammenschluß, die stetige Selbsterneuerung, das ständige Bewußtwerden einer gesellschaftlichen, staatlichen oder überstaatlichen Ganzheit, auch die innere Angleichung und Einschmelzung eines neugewonnenen Gebietes oder einer aufsteigenden Bevölkerungsschicht in ein übergeordnetes Ganzes“[27]. Der „Duden“ schließlich: „Integration, von Lateinisch integratio = Wiederherstellung eines Ganzen. Wiederherstellung einer Einheit aus Differenziertem... Einbeziehung, Eingliederung in ein größeres Ganzes... Verbindung einer Vielheit von einzelnen Personen oder Gruppen zu einer gesellschaftlichen und kulturellen Einheit“[28].

Solange nicht vollständige Klarheit über den Sinn einer Integrationspolitik geschaffen worden ist, muß davon ausgegangen werden, daß unter Integration heute durchgängig Einschmelzung der Ausländer in das deutsche Volk verstanden wird.

Sollte dies nicht der Auffassung etwa des Bundespräsidenten Professor Carstens entsprechen, der in seiner Weihnachtsansprache 1980 ausführte, „wir müssen die Ausländer in unsere Gemeinschaft aufnehmen“[29], so wäre es an der Zeit, daß er ein klärendes Wort spricht. Sollte Assimilation nicht im Sinne von Heinz Kühn sein, der im Düsseldorfer Landtag forderte, alle Anstrengungen seien zu unternehmen, um die vier Millionen Ausländer zu integrieren[30], so fehlt bislang eine entsprechende Klarstellung.

Es muß doch möglich sein, in prägnanter Form zu definieren, was man unter Integration wirklich versteht. Schließlich taucht die Forderung nach „gesellschaftlicher Eingliederung der Ausländer als Zielvorstellung“ – natürlich undefiniert – schon im Jahresbericht der Bundesregierung 1970 auf[31]. Sollen Deutsche und Ausländer weiter im Dunkeln tappen, wenn etwa der Hamburger Schulsenator Grolle „außerordentliche Kraftanstrengungen zur Eingliederung der ausländischen Kinder“ verlangt[32]? Was soll man mit einem Satz anfangen wie diesem: „Integration ist ein Prozeß, der Veränderung für alle Beteiligten erfordert“[33]? Und woran ist der Bürger, wenn er die Drohung des Geschäftsführenden Gesellschafters der Friedrich Flick

AG, Eberhard von Brauchitsch, hört, man werde es nicht hinnehmen, wenn die Verwirklichung der Integration auf die lange Bank geschoben werde[34]?
Solange keine klare Begriffsbestimmung vorliegt, müssen alle Forderungen nach Integration als untauglich zurückgewiesen werden. Das Ausländerproblem ist viel zu wichtig und ernst, als daß es mit unsauber definierten Schlagworten angegangen werden könnte. Schließlich geht es um das weitere Schicksal von Millionen Menschen. In keinem der bislang offiziell vorgebrachten Integrationspapiere finden wir eine befriedigend klare Definition dessen, was Integration bedeuten soll.
Die „Bund-Länder-Kommission" forderte 1977: „Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien sollen ein in ihrem sozialen und rechtlichen Status gesichertes und in die Gesellschaft integriertes Leben führen können. Die Bemühungen um die soziale Integration der im Bundesgebiet lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien sollten in der Zukunft verstärkt fortgeführt und von den Betroffenen durch eigene Anstrengungen unterstützt werden"[35]. Begriffsbestimmung für Integration: Fehlanzeige.
Der Bundesmininister für Arbeit und Sozialordnung ließ 1979 verlautbaren: „Zur Integration der jungen Ausländergeneration gibt es deshalb keine Alternative". Es komme darauf an, daß Staat und Gesellschaft in einer vereinten Anstrengung „Ernst mit der Integrationspolitik" machen[36]. Eine Definition für Integration sucht man vergebens.
Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft räumt in einem Papier ebenfalls 1979 ein, daß die Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien, insbesondere der zweiten und dritten Generation, eine der wichtigsten und zugleich schwierigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben sei[37], drückt sich aber um eine Klarstellung des Wortes „Eingliederung".
Im Memorandum des Ausländerbeauftragten ist ständig von „Integration" die Rede, nirgends wird diese jedoch in ausreichender Klarheit definiert[38]. Die Bundesregierung sieht in einem Papier aus

dem Jahre 1970 die „soziale Integration" als „zukünftige Schwerpunktaufgabe der Ausländerpolitik"[39]. Klarheit über den Terminus „Integration" wird nicht geschaffen.
In den Leitlinien der Landesregierung Nordrhein-Westfalen zur Ausländerpolitik heißt es: „Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen ist primäres Ziel der Ausländerbeschäftigungspolitik und eine gesellschaftspolitische Aufgabe". Und an anderer Stelle: „Die soziale Integration der hier heranwachsenden Kinder ist Aufgabe aller gesellschaftlich relevanten Gruppen, insbesondere auch der Einrichtungen der Jugendhilfe und Jugendbildung"[40]. Integration wird wie folgt „definiert": „Integration in diesem Sinne ist die Erlangung der Fähigkeit des einzelnen, in einer fremden Gesellschaft selbständig zu handeln. Sie ist kein einmaliger Akt, sondern ein stetiger Vorgang in unserer Gesellschaft, der den Abbau gegenseitiger Vorurteile, aktives Handeln und entsprechende Leistungen der deutschen und ausländischen Wohnbevölkerung voraussetzt". Alles klar?

In einem Punkt scheint weitgehend Einigkeit bei den Integrationstheoretikern zu bestehen: Integration, was auch immer das nun konkret sein soll, sei nur möglich, wenn die Zahl der Ausländer in unserem Land nicht mehr bedeutend ansteigt.
Die Sozialkammer der Evangelischen Kirche in Deutschland meint, daß die „Integrationskraft" schon durch vier Millionen Ausländer „überfordert" sei[41]. Auch der ehemalige Ausländerbeauftragte, Heinz Kühn, meint, daß wir schon das Maximum an Ausländern erreicht hätten, die unser Volk integrieren könne[42]. In einem Interview Anfang 1981 mahnt Kühn: „Keine Ausländer mehr aufnehmen". Die Möglichkeiten der Bundesrepublik, weitere Ausländer aufzunehmen, seien erschöpft[43]. Die Situation der 2. Ausländergeneration werde sich nur dann nachhaltig bessern, so Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg, wenn die Ausländer-Bevölkerung in etwa konstant bleibe[44]. Ehrenbergs Ministerium hierzu: „Echte Fortschritte in der Ausländerintegration sind nur möglich, wenn die ausländische Bevölkerung in der Bundesrepublik nicht mehr wesentlich ansteigt"[45]. Die

Landesregierung von Nordrhein-Westfalen stimmt dieser Auffassung zu: „Weitere Belastungen des deutschen Arbeitsmarktes durch Zuzug von Arbeitskräften aus dem Ausland müssen im Interesse deutscher und hier lebender ausländischer Arbeitnehmer vermieden werden. . . Durch Maßnahmen zur Konsolidierung soll der Umfang der Ausländerbeschäftigung begrenzt werden, damit es den Betroffenen möglich ist, sich beruflich und sozial zu integrieren"[46].
Dies kann in der Konsequenz ja nur bedeuten, daß die geplante „Integration" einen weitgehenden Ausländerstopp zur Voraussetzung hat. Damit stehen diese Integrationsvorstellungen im klaren Widerspruch zur Forderung nach einem Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland. Einwanderungsland und Integration schlössen sich somit notwendig aus. Merkwürdigerweise befürworten nicht wenige der Integrationstheoretiker die Erklärung zum Einwanderungsland. Damit widerlegen sie sich selbst. Einwanderungsland bedeutet ja neuen und erheblichen Zustrom von Fremden.
Wenn es so ist, wie die Integrationstheoretiker erklären, daß nämlich Integration einen weitgehenden Ausländerstopp bedinge, so werden ihre Vorstellungen an der Realität scheitern. Wie im ersten Abschnitt aufgezeigt, müssen wir in den nächsten Jahren mit einem millionenfachen Zustrom weiterer Ausländer rechnen. Konsequent wäre einzig, wenn sich die Integrationstheoretiker an die Spitze derer stellen würden, die Ausländerstopp fordern. Konsequent wäre es, wenn die Bundesregierung Ausländerstopp-Maßnahmen beschließen würde, um eine Integrationspolitik in ihrem Sinne durchführen zu können. Eine solche Konsequenz ist aber weder bei den Integrationstheoretikern noch bei der Regierung feststellbar.
Hierin liegt einer der eklatantesten Widersprüche in der herrschenden Ausländerpolitik. Wer kann denn allen Ernstes behaupten, eine irgendwie geartete „Integration" könne bei fünf, zehn oder noch mehr Millionen zusätzlichen Ausländern klappen?
Wie bereits oben angeführt, verdichtet sich die Annahme, daß unter Integration mehr und mehr „Assimilation", also Entfremdung der Ausländer von ihrem eigenen Volkstum und „Eindeutschung" verstanden wird.

Der bereits zitierte Forschungsverbund „Probleme der Ausländerbeschäftigung" sieht in der Aufrechterhaltung der eigenen kulturellen Identität bei den Ausländern eine Gefahr. Dadurch nämlich würde die Chancengleichheit der Ausländer verhindert[47]. Chancengleichheit dürfte ohne eine „weitgehende Orientierung an dem Verhaltensstandard der Aufnahmegesellschaft" unmöglich sein. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen sieht in der Integration die „Voraussetzung zur Assimilation"[48]. Die Erhaltung der nationalen Identität und der kulturellen Eigenständigkeit könne zu einer Überforderung der Kinder führen und sei daher im Verhältnis zur Integration nachrangig. Die Integration könne die kulturelle Eigenständigkeit und die nationale Identität einschränken oder sogar zu ihrem Verlust führen[49]. Gegen die Assimilation, die Eindeutschung oder Germanisierung der Ausländer und vor allem ihrer Kinder aber gibt es gewichtige Einwände:

Wer den ausländischen Kindern die nationale und kulturelle Identität streitig macht, befindet sich im Widerspruch zum geltenden Menschen- und Völkerrecht. Das Recht auf nationale und kulturelle Identität gehört ebenso zu den allgemein anerkannten Menschenrechten wie die Integrität der Persönlichkeit. Die Völkergemeinschaft hat oftmals Bestrebungen angeprangert, Minderheiten zu assimilieren. 1978 fand in Genf ein „Weltkongreß gegen Rassismus und Rassendiskriminierung" unter Vorsitz des UNO-Generalsekretärs Kurt Waldheim statt. In dem dort erstellten Bericht mit Empfehlungen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Rassengruppen heißt es klar und unmißverständlich: die Einstellung jeder Politik, die eine Assimilierung von Minderheiten durch beherrschende Gruppen erzwingen will, wird gefordert[50]. Das „Internationale Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus", in dessen Präsidium u. a. der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, sowie die Professoren Ermacora (Wien), Kimminich (Regensburg) und Lobkowicz (München) sitzen, hat eine Initiative für international gültigen Volksgruppen- und Minderheitenschutz eingebracht. Nationale oder ethnische Gruppen oder Minderheiten sollen danach das unabdingbare Recht haben, als nationale, ethnische oder kulturelle

Einheiten anerkannt zu werden. Das Recht auf ethnische und kulturelle Identität müsse durchgesetzt werden[51].
Menschen- und Völkerrecht schreiben die Achtung der nationalen und kulturellen Eigenständigkeit zwingend vor. Die Assimilation ist unvereinbar mit diesen entscheidenden Normen.
Papst Johannes Paul II., in den Augen von Millionen Repräsentant eines mit höchster moralischer Autorität versehenen Amtes, forderte anläßlich des traditionellen Neujahrsempfanges für das beim Heiligen Stuhl akkreditierte diplomatische Korps 1981, daß das „Vorrecht der Erhaltung der kulturellen Identität" eines jeden Volkes berücksichtigt werden müsse[52].
Während seines Deutschland-Besuches sagte das Oberhaupt der katholischen Kirche wörtlich: „Meine Hände mögen verdorren, wenn ich mein Volk, meine Heimat vergesse". Und an Delegationen ausländischer Familien in der Bundesrepublik gerichtet, meinte der Papst: „Es gilt also, das, was innerlich in einem geschrieben ist, zu behüten, zu entziffern und zu entfalten. Das bedeutet: Es gilt, an den Mutterboden zu denken, an die Erbfaktoren, die mitgegeben sind, die uns gestaltet haben, die einen unverzichtbaren Teil der Psyche und der Persönlichkeit darstellen"[53]. Ein klarer Appell also an die Ausländer, ihre nationale Identität zu wahren.
Gerade das deutsche Volk hat Anlaß, die Eindeutschung von Fremden zu vermeiden. Es gehört zu den schwerwiegendsten Anklagen gegen das Dritte Reich, eine systematische Germanisierungspolitik in besetzten Ländern betrieben zu haben. Der Vorwurf lautet, Deutschland habe dadurch unmenschlich und völkerrechtswidrig gehandelt. Muß nicht der Eindruck entstehen, die heutige Assimilationspolitik orientiere sich an dem verderblichen Satz, am deutschen Wesen möge die Welt genesen?
Erklärt man fremde Kulturen nicht für minderwertig, wenn deren Erhaltung als schädlich und hinderlich für die Integration dargestellt wird? Ist Eindeutschung und damit verbunden die Zerstörung der nationalen Identität der Ausländer nicht Ausdruck einer verdammenswerten Herrenmenschen-Ideologie? Woher nimmt man, so fragen die Kritiker der Assimilation, eigentlich das Recht, italienischen,

türkischen, griechischen, portugiesischen, spanischen, jugoslawischen Kindern die nationale und kulturelle Eigenständigkeit zu rauben? Liegt hierin nicht ein versteckter Rassismus? Die Erkenntnis der Verschiedenartigkeit der Völker, so diese Kritiker weiter, dürfe nicht zur Schlußfolgerung führen, andere Lebensarten seien minderwertig und könnten bedenkenlos in Frage gestellt werden.
Es ist offensichtlich, daß hinter den Assimilationsplänen einmal mehr eine pure materialistische Weltanschauung steckt, der die Erhaltung von Volkstum, verschiedenartigen Kulturen usw. nur hinderlich im bedingungslosen Profitstreben ist. Der Mensch soll – losgelöst von allen immateriellen Bindungen – nur noch „Im- oder Exportgut" und „Produktionsfaktor" sein. Eine solche Weltanschauung sollte auf den Widerstand eines jeden verantwortungsbewußten Deutschen treffen.
Eine Assimilations- oder germanisierungspolitik birgt für das deutsche Volk eine besondere Gefahr: Seit Jahren und Jahrzehnten wehren sich deutsche Volksgruppen außerhalb der staatsrechtlichen Grenzen Deutschlands gegen eine Integration, eine Einschmelzung, gegen den Verlust ihrer nationalen Identität. Die Südtiroler widerstehen unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker nunmehr über ein halbes Jahrhundert den Romanisierungsversuchen des italienischen Staates. Die deutschen Volksgruppen im europäischen Osten sehen sich seit 1945 einem unerhörten „Slawisierungsdruck" ausgesetzt, der bis zur Verweigerung des Gebrauchs der deutschen Sprache in Schule und Gottesdienst reicht und nicht selten Formen der brutalen Unterdrückung annimmt.
Wie könnte nun eine deutsche Politik noch glaubwürdig das Anliegen dieser Deutschen vertreten, wenn sie selbst die Einschmelzung fremder Volksgruppen betreibt? Hier fällt man Millionen Deutschen, die einen harten Kampf um das völkerrechtlich verbriefte Selbstbestimmungsrecht führen, verantwortungslos in den Rücken.
Wie ist die Haltung der in unserem Land lebenden Ausländer zu derartigen Bestrebungen? Besteht etwa bei ihnen die Neigung, sich freiwillig zu assimilieren? Dafür gibt es kaum Hinweise. Eher trifft das Gegenteil zu.

Rolf Weber von der „Bundesvereinigung der Arbeitgeber“ stellt fest, daß die Ausländer wenig bereit seien, sich mit unserem Gemeinwesen und unserer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ordnung zu identifizieren. Die Erfahrungen würden zeigen, daß die „sogenannten Integrationsbestrebungen“ bei der Masse der Ausländer kaum eine Resonanz finden[54]. Der Jurist Fritz Franz, der sich seit Jahren eingehend mit dem Ausländerrecht beschäftigt und eher zu den Befürwortern einer Integration zu zählen ist, schreibt: „Die Ausländer sind als Spanier oder Türken gekommen und wollen das auch bleiben“[55]. Professor Maier, Kultusminister von Bayern, bestätigte, daß die Eltern der ausländischen Kinder um die Bewahrung der nationalen und kulturellen Identität ihres Nachwuchses bemüht seien[56]. Folglich, so ein Integrationstheoretiker, müsse die Integration der zweiten Ausländergeneration im Elternhaus beginnen. Hier seien manche Widerstände zu überwinden[57].

Weil die ausländischen Eltern zum allergrößten Teil Integration in Form der Eindeutschung ablehnen, sollen sie entsprechend „bearbeitet“ werden. Man unterschiebt den ausländischen Eltern sogar, sie seien „rückständig“, „reaktionär“, wenn sie auf die Bewahrung der eigenen Nationalität und Kultur ihrer Kinder pochen. Auch dies ist sehr bedenklich. Woher nimmt man eigentlich die nicht geringe Überheblichkeit zu behaupten, das alleinseligmachende Rezept in der Tasche zu haben, während den ausländischen Eltern die Fähigkeit abgesprochen wird, über Wohl und Wehe ihrer eigenen Kinder zu entscheiden?

Besonders ausgeprägt ist die Ablehnung jeder Integration bei den Griechen. Ein griechischer Schulrat bekennt offen: „Wir wollen keine Germanisierung unserer Kinder. Sie sind Griechen und sollen es bleiben“[58].

Je mehr denn auch von Integration die Rede ist, desto stärker wird die Gegenbewegung bei den Ausländern. Ein Journalist stellt treffend fest: „Die Kluft zwischen Türken und Deutschen wird immer tiefer“[59], Jan Vink ortet eine „zunehmende Segregation (=Absonderung, Gegenteil von Integration d. Verf.) im gesellschaftlichen, sozialen, ökologischen und schulischen Bereich“[60].

Daß diese Kluft eher ab- als zunimmt, ist kaum zu erwarten. Die Entwicklung der letzten Jahre zeugt vom Gegenteil. Kramer konstatiert sehr richtig, daß Exodus und Exil, Flucht und Vertreibung, soweit die Überlieferung zurückreicht, Situationen heraufbeschworen haben, in denen die durcheinandergewirbelten Völker und Ethnien ihre Identität durch überprägnante Abgrenzungen zu wahren suchten[61]. Das heißt: es kann keineswegs mit einer zwangsläufigen Integration gerechnet werden. Eher ist es wahrscheinlich, daß die Zeit nicht etwa „Wunden heilt", wenn man schon die Bewahrung der Eigenständigkeit als Makel auffassen will, sondern die „Wunden" weiter offenhält.

Dies wird aus den Erfahrungen anderer Länder durchweg deutlich. Überall erlitten die Versuche, kulturell völlig andersartige Menschen in größerer Anzahl zu „integrieren", Schiffbruch. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" lesen wir hierzu: „Es gelang weder den Briten mit ihrem Traum von der britischen Völkergemeinschaft noch den ihren moralischen Idealismus und Rigorismus übertreffenden Holländern, die Nachkriegs-Einwanderer aus den ehemaligen Kolonien zu „integrieren"[62]. Und Dr. Jürgen Schilling, Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, ergänzt: „Muß es nicht nachdenklich stimmen, daß ein Land wie Großbritannien, das sich ernsthaft bemüht, die eingewanderten Commonwealth-Bürger zu integrieren, Rassenkrawalle erlebt, tiefgreifende soziale Konflikte, die sich bis zu Haßgefühlen gesteigert haben, obwohl die Einwanderer der englischen Sprache mächtig sind und obwohl ihnen die Briten ihre Teilhabe an einem wesentlichen Stück gemeinsamer Geschichte und eine gewisse moralische Anwartschaft auf Integration zugestehen? Auch die französischen Erfahrungen bei der Aufnahme ethnischer Algerier vermögen nicht zu überzeugen, so wenig wie die isolierte Existenz der Molukker in den Niederlanden oder der Einwanderer aus Puerto Rico in den Vereintigten Staaten. Alle diese Minderheiten werden mit Mühe erduldet, erlitten, und der Freiraum, den sie finden, ist regelmäßig von Absetzbewegungen der einheimischen Bevölkerung gekennzeichnet, die eher ihre alten Wohnviertel aufgibt, als sich mit

den Neusiedlern abzufinden. Resignation statt Integration"[6]. Soweit der Beitrag des DRK-Generalsekretärs zur Integrationsdebatte.

Mit welcher Oberflächlichkeit viele Integrationstheoretiker an das Ausländerproblem herangehen, erhellt die Tatsache, daß von der Integration *der* Ausländer die Rede ist. Man ist unfähig einzusehen, daß es sehr wohl erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ausländergruppen in unserem Lande gibt.

Die bei uns lebenden Ausländer aus dem christlich-abendländischen Kulturbereich mit derselben Elle messen wie Ausländer aus dem orientalisch-muselmanischen Bereich oder gar dem afrikanischen oder ostasiatischen Kulturbereich, zeugt von einer unheilvollen Realitätsferne. Damit wird man am allerwenigsten den spezifischen Problemen der einzelnen Ausländergruppen gerecht.

Es drängt sich doch die Frage auf: wie soll eine einvernehmliche Integration von Türken und Griechen stattfinden, die in den letzten Jahren wiederholt erbitterte Kriege gegeneinander führten, denen ein Auskommen miteinander selber so unerträglich erschien, daß in diesem Jahrhundert Hunderttausende von ihnen flüchteten, um nur nicht im selben Staat mit dem tief verachteten anderen Volk leben zu müssen. Wie soll eine einvernehmliche Integration von Türken und Kurden, Türken und Armeniern in der Bundesrepublik funktionieren? Zwischen diesen Völkerschaften besteht eine Jahrhunderte währende Feindschaft. Während Armenier und Kurden alles daransetzen (einschließlich Bombenterror und Partisanenkampf), um aus dem gemeinsamen Staatsverband der Türkei, die übrigens keinerlei besondere Minderheitenrechte gelten läßt, herauszukommen, sollen diese Völkerschaften in trauter Eintracht im gemeinsamen Staat Bundesrepublik „integriert" werden. Trauen sich die Integrationstheoretiker wirklich zu, einen Weg zu finden, um Basken und Katalanen und Spanier zur gemeinsamen Integration in der Bundesrepublik zu führen, während daheim bei ihnen die Bomben fliegen? Darf man wirklich soviel Vertrauen in die Integrationskraft unseres Gemeinwesens haben, daß es gelänge, die sich in Todfeindschaft gegenüberstehenden Inder und Pakistani bei uns zu befrieden? Solche Beispiele sind beliebig fortzuführen.

Eine Gesellschaft wie die bundesrepublikanische, unfähig, die eigenen Randgruppen wie Nichtseßhafte, Rauschgiftsüchtige usw. zu integrieren, will sich daranmachen, unterschiedlichste, wie die Geschichte gezeigt hat, unvereinbare Ethnien zu integrieren. Es kann doch hier wohl nur von einem Wunschtraum, von einer – bei vielen gewiß idealistisch verklärten – Wahnvorstellung gesprochen werden, die von der Realität Lichtjahre entfernt ist.

Eine derartige Realitätsferne und – deutlicher gesprochen – Traumtänzerei, birgt, wie leicht einzusehen ist, den Keim schwerer zukünftiger Enttäuschungen und gewaltiger Konflikte. Das Schicksal unseres Landes, das Schicksal von vielen Millionen Fremden aber ist zu wichtig, als daß man es der Traumtänzerei von Integrationstheoretikern überantworten dürfte.

Es ist unverantwortlich, die in unserem Land lebenden Ausländer „über einen Kamm“ zu scheren, gerade was eine mögliche Einfügung in unsere Gesellschaft anlangt.

Hier seien nur zwei Beispiele herausgegriffen:

Die rund anderthalb Millionen Türken in der Bundesrepublik Deutschland stammen aus dem orientalisch-islamischen Kulturkreis. Zu diesem Kulturkreis unterhält Deutschland traditionell gute Beziehungen. Die Türkei zählte im Ersten Weltkrieg zu den militärischen Verbündeten Deutschlands, im Zweiten Weltkrieg kamen aus der Türkei für die Kriegsmaschinerie entscheidend wichtige Chromlieferungen. „Pro forma“ erklärte der türkische Staat dem Deutschen Reich dann erst in den letzten Monaten des großen Völkerringens den Krieg.

Diese traditionelle Freundschaft zum orientalisch-islamischen Raum ändert nichts an der Tatsache, daß die Türken kulturell und ethnisch in keinerlei Beziehung zum deutschen Volk stehen. Sie sind also in keiner Weise Niederländern, Engländern, Franzosen oder auch Italienern vergleichbar.

Resigniert schreibt der „Spiegel“: „Jahrelang gehegte Hoffnungen, die Integration der Türken werde sich mit der Zeit schon automatisch ergeben, haben getrogen. Der aus Touristensicht so idyllische Kiez in

Westberlin ist zum Getto geworden"[64]. Dieses kann nur jemanden verwundern, der in unserer Welt der tausend verschiedenartigen Völker und Kulturen Scheuklappen trägt. Allein die Renaissance des Islam (siehe dazu auch weiter unten) wird dafür sorgen, daß die Integration der muselmanischen Türken ein Traum bleibt. Professor William E. Griffith, ein Islam-Fachmann: „Die islamische Renaissance erklärt sich ganz allgemein als Reaktion auf den Versuch, die moslemischen Länder nach westlichen Grundsätzen zu modernisieren"[65]. Das Beispiel des Iran liefert für diese Behauptung den im wahrsten Sinne des Wortes schlagenden Beweis. Verstärkte Entislamisierungsversuche werden nur das Gegenteil erreichen, nämlich eine verstärkte Islamisierung und daraus resultierend das Gegenteil von Integration. Zudem muß beachtet werden, daß die bislang bei uns ansässigen Türken noch aus dem Europa mehr zugewandten Teil ihres Vaterlandes kommen. Dies erklärt sich daraus, daß die Anwerbestelle in Istanbul arbeitete. Im Zuge der EG-Freizügigkeit werden Millionen Türken aus Anatolien und den anderen asiatischen Provinzen zu uns kommen. Alle Integrationsbemühungen werden dann dem Versuch einer Ameise gleichen, einen Elefanten zu erwürgen.
Das zweite Beispiel sind die Asiaten aus Indochina, von denen ja bereits annähernd 20000 in der Bundesrepublik leben und bis zu 100000 (siehe erster Abschnitt) noch kommen werden. Auch ihr Kulturkreis hat aber auch nicht das geringste mit dem europäischen zu schaffen.
Die meisten von ihnen sind Chinesen, aber man findet auch Vietnamesen, Kambodschaner und Laoten. Was von Integrationstheoretikern in bekannter leichtfertiger Oberflächlichkeit „vietnamesisches Flüchtlingskontingent" genannt wird, ist in Wahrheit eine vielfältig zusammengesetzte Gruppe[66]. Unter diesen Völkerschaften gibt es erhebliche ethnische Unterschiede, die in ihrer Heimat zu ständigen Konflikten und Auseinandersetzungen führten.
Vietnamesen und Kambodschaner stehen sich in der Regel mit verbissener Feindschaft gegenüber, gemeinsam ist der Haß auf die Chinesen. Schon gab es die ersten handfesten Auseinandersetzungen in einigen bundesdeutschen Aufnahmelagern. Die integrationstheoreti-

schen Traumtänzer waren sprachlos darüber. Für sie gab es ja nur „vietnamesische Flüchtlinge“, und da sich ihr allein schon physiognomischer Unterschied dem in asiatischen Verhältnissen ungeübten Auge des Europäers nicht sofort erschließt, wurden sie eben zusammengelegt. Natürlich ließen die Integrationisten nicht lange auf sich warten. Kaum waren die Ostasiaten in der Bundesrepublik, gründeten die Bundestagsabgeordneten Pieroth und Wissmann eine „Aktion für Vietnamflüchtlinge“. Schwergewicht der Arbeit dieser Aktion sollte sein die „volle Eingliederung der Menschen in der Bundesrepublik“[67]. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht, der sich besonders für die Aufnahme der Indochinesen eingesetzt hatte, sprach flugs von „unseren vietnamesischen Neubürgern“[68]. Es wäre die Pflicht verantwortungsvoller Politiker gewesen, wenn sie schon Ostasiaten nach Deutschland holen, über deren vollständig anderes kulturelles Umfeld aufzuklären. Aber manche Politiker sahen nur die – kurzfristige – Publikumswirksamkeit, tätschelten den kleinen Chinesen die Wangen und badeten in einem Lichtermeer der Pressekameras. Es schien, wie eine Zeitung schrieb, tatsächlich nur *eine* Schwierigkeit zu geben, daß nämlich die Anzüge der Ostasiaten zu klein seien für deutsche Kleiderhaken. Man bemerkte offenbar kaum, daß es sich bei diesen Flüchtlingen um fremdländische Menschen mit ihren ureigenen Anschauungen und Problemen handelte und nicht etwa um Spielzeug für die bundesdeutsche gesellschaftliche Kinderstube. „Vietnam-Flüchtlingshilfe-Initiativen“ sprossen nur so hervor, die die Forderung nach „Integration, Chancengleichheit und freier Entfaltung“ der „neuen Mitbürger“ erhoben[69].

Den Gipfel des Unverständnisses markierte eine Erklärung des Diakonischen Werkes, in der es hieß: die Flüchtlinge aus Südostasien böten besonders gute Voraussetzungen für eine Integration in die Gesellschaft der Bundesrepublik, weil sie chinesischer Abstammung seien[70].

Jedermann, der sich eingehender mit den Verhältnissen in Südostasien beschäftigt hat, kann hier nur den Kopf schütteln. Es ist bekannt, daß die Chinesen in der asiatischen Diaspora sich nirgendwo integriert haben. Überall in Südostasien gibt es chinesische

Exklaven. Obwohl dieser Kulturkreis den Chinesen weitaus verwandter ist als der unsrige, zogen und ziehen sie es vor, unbedingt unter sich zu bleiben, sich streng von der Umwelt abzusondern. Wie ein einsamer Warnruf, wie eine Insel der Vernunft in einem Ozean des Unsinns, nimmt sich die Äußerung des Bremer Innensenators Fröhlich aus. Fröhlich wörtlich: „Die sind in 50 Jahren noch nicht integriert"[71]. Und auch der „Spiegel" mußte einräumen: „Bislang wurde noch jeder Versuch zunichte gemacht, die Chinesen im Ausland zu assimilieren oder auch nur zu kontrollieren"[72]. Der bereits mehrfach zitierte Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Schilling, verdeutlichte: „In Westeuropa wird sich nur ein Mensch eingliedern lassen, der nicht seine Persönlichkeit preisgeben muß, um den hier herrschenden Standards gerecht zu werden. Asiaten wären nur um den Preis ihrer kulturellen Selbstaufgabe zu Neueuropäern umzuwandeln"[73].
Das Beispiel der indochinesischen Flüchtlinge offenbart eine grenzenlose Naivität und eine gefährliche Realitätsferne bei unseren Integrationstheoretikern. Es ist im Grunde unverantwortlich, solche Theoretiker auf die Angehörigen femder Völker „loszulassen". Wenn in unserem Lande Menschen unterschiedlichster Kultur und Nationalität leben, so obliegt uns Deutschen eine gewisse Obhutspflicht für sie. Daher dürfen sie nicht zu Versuchskaninchen von wirklichkeitsfremden Integrationsfetischisten werden.

Als „Musterknabe" der deutschen Integrationsbestrebungen sollte von Anfang an die Schule gelten. Schon 1964 entschied sich die Kultusministerkonferenz gegen die Einführung von nationalen Schulen und bekräftigte dies im Dezember 1971. Die Ausländerkinder, die ab Mitte der 60er Jahre der deutschen Schulpflicht unterliegen, sollten in die deutsche Schule „integriert" werden.
Dies ist heute noch gängige Doktrin der bundesdeutschen „Integrationsstrategie". Der Gesprächskreis „Bildungsplanung" beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft fordert eindringlich: „Ausländische Schüler sollten grundsätzlich in Regelklassen mit deutschen und ausländischen Kindern unterrichtet werden. Muttersprachliche

Ausländerklassen werden abgelehnt"[74]. Heinz Kühn verlangt in seiner Denkschrift die „Ablösung aller segregierenden Maßnahmen, im Schulsektor z. B. der ‚Nationalklassen' und ähnlicher Unterrichtsformen"[75]. Auch die Bundesregierung bekräftigt in ihren Beschlüssen von Anfang 1980, daß es um die „volle Integration der Ausländerkinder in die deutschen Kindergärten und Schulen" gehe[76]. Ebenso meint der Deutsche Städtetag: „Grundsätzlich ist der Unterricht aller Schulformen gemeinsam für ausländische und deutsche Schüler in den Schulen der jeweiligen Schulbezirke durchzuführen"[77]. Und an anderer Stelle: „Möglichst früh einsetzende Integration in die deutsche Schule durch unmittelbare Einschulung in die Regelklasse"[78].
Was ist aber zwischenzeitlich aus dem Musterfall schulischer Integration von Ausländern geworden? Gibt es wenigstens hier Ansätze einer gelungenen Integration mit Modellcharakter für die Gesamtgesellschaft?

Hierzu einige bezeichnende Zitate:
Josef Krings, Oberbürgermeister in Duisburg schreibt: „In den Schulen mit besonders hohem Ausländeranteil entsteht eine ernste Benachteiligung der deutschen Kinder"[79]. Die „Welt am Sonntag": „Verheerende Konsequenzen der Integrationsbemühungen für die deutschen Kinder an den von Ausländern überfluteten Schulen: Sie lernen, dem Tempo ihrer ausländischen Mitschüler angepaßt, langsamer Lesen und Schreiben, schlechter Rechnen und Reden – mit katastrophalen Folgen"[80]. Der Bundestagsabgeordnete und Bildungsexperte der christdemokratischen Fraktion, Volker Rühe: „Um den ausländischen Kindern auch nur ein minimales Maß an Betreuung zukommen zu lassen, müssen die deutschen Kinder zwangsläufig vernachlässigt werden". Daher fordert er reine Nationalitätenklassen[81].
Anfang 1979 klagte Kurt Wacker, Direktor des staatlichen Schulamtes, über die Schulsituation in Mannheim: In Mannheim gebe es Grundschulklassen, in denen mehr kleine Ausländer säßen als deutsche Kinder. Die Folge: weder die deutschen noch die ausländischen Schüler erfahren die Förderung, wie sie in anderen Schulen möglich

ist. Chancengleichheit sei für beide nicht mehr gegeben. Die Lehrer stünden vor unlösbaren Problemen in Klassen, in denen sechs verschiedene Nationen säßen[82]. Zwischenzeitlich wurden in Mannheim getrennte Klassen eingerichtet. „Jetzt werden die deutschen Kinder doch nicht mehr so gebremst“, lobt ein Direktor die günstigeren Unterrichtsbedingungen. Gemeinsam mit den vielen Ausländern war das Pensum immer weniger zu schaffen. „In der Grundschule haben wir nur noch das Niveau der dritten Klasse erreicht“. Die Trennung scheine in begrenztem Maße auch den Ausländern eher gerecht zu werden[83].

Stellen wir – zur Illustration – zwei Äußerungen nebeneinander!

Ruth Herrmann schreibt in der eher integrationsfreundlichen „Zeit“: „Die ausländischen Schulkinder belasten seit zehn und mehr Jahren die Hauptschulen, und die Schule ist eine Last für sie... Wo die Hälfte der Kinder im Unterricht schwer oder gar nicht folgen kann, ist kein gedeihliches Klima zu schaffen. Die Fremden hindern die Deutschen. Die werden aggressiv. Animositäten und Feindseligkeiten sind an der Tagesordnung, die Lehrer sind überfordert“[84].

Hingegen der Gesprächskreis „Bildungsplanung“ beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: „Die Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland bekommt schon durch ihre Zusammensetzung eine europäische Dimension. Die Bereicherung, die darin insbesondere in kultureller Hinsicht liegt, sollte auch von der Schule für deutsche und ausländische Kinder und Jugendliche genutzt werden“[85].

Auf der einen Seite begegnen wir der nüchternen Beschreibung eines total fehlgeschlagenen Integrationsmodells, auf der anderen Seite einer floskelhaften Sprache, die Wunschtraum und Wirklichkeit durcheinanderwirbelt.

Das Modell „Schulintegration“ hat ein „Babylon in der Klasse“[86] geschaffen. Wieder einmal haben die Realitäten das Luftschloß der Integrationstheoretiker zum Einsturz gebracht. Der gewaltige Anstieg der Ausländerzahlen läßt mittlerweile die Frage aufkommen, ob in vielen Schulen nicht besser die deutschen Kinder integriert werden sollten.

Dennoch sehen sich die Integrationisten keineswegs veranlaßt, ihr gescheitertes Experiment abzubrechen. Ihre Haltung versteift sich zusehends. Sie schließen messerscharf, daß nicht sein kann, was nicht darf. Und so geht es denn munter weiter mit der „Integration" an unseren Schulen, zum Schaden der deutschen und der ausländischen Kinder.

Um zu retten, was angeblich zu retten sei, setzt man neuerdings auf „Bussing". Wenn die Ausländer in bestimmten Schulen einen hohen Prozentsatz erreicht haben, so werden sie per Bus in andere Schulen mit geringem Ausländeranteil verfrachtet. So wird das Problem gleichmäßig verteilt, und selbst Schulen in Stadtgebieten mit niedrigerem Ausländeranteil kommen in den „Genuß" der Integrationsruine. Derartig untaugliche Rettungsversuche erinnern in der Wortwahl zudem fatal an das „busing" in den Vereinigten Staaten. Auch dort wurden die Farbigen zwangsweise in weiße Schulbezirke verfrachtet, um den „Integrationsplänen" gerecht zu werden, die vom Großkapital abhängige und bezahlte Theoretiker entworfen hatten. Diese Projekte endeten in furchtbaren blutigen Rassenkonflikten, die den Giganten USA erzittern ließen. Es ist schon bezeichnend, daß die bundesdeutschen Verhältnisse bis in die Wortwahl hinein sich US-amerikanischen Zuständen angleichen.

Selbstverständlich ficht es die Integrationstheoretiker in keiner Weise an, daß der Ruf nach Beendigung des Integrationsmodelles Schule bei Deutschen und Ausländern immer lauter wird. Menschheitsbeglükker sind, wenn die Leute mit ihren Ideen nicht einverstanden sein können, regelmäßig der Auffassung, die Menschen und nicht etwa ihre eigenen Ideen müßten sich ändern.

Selbst die integrationistische „Frankfurter Rundschau" kommt nicht um die Feststellung herum, daß „nicht wenige" ausländische Elternvertreter separate Schulen und Klassen wünschen[87]. Gualtiero Zamboni, Redakteur für ausländische Sendungen im deutschen Rundfunk, merkt an, daß der „Ruf nach nationalen Schulen in der Bundesrepublik auch bei den Italienern immer lauter wird"[88]. Gleiches wird bei den Türken wahrgenommen: reine Ausländerklassen sind bei den Türkeneltern sehr beliebt, denn sie sichern den Kindern jene kultu-

relle und sprachliche Homogenität, um die die Eltern als gläubige Muslims so sehr bemüht sind"[89].
Besonders die Griechen wehren sich gegen die aufoktroyierte Schulintegration ihrer Kinder. Der Gewerkschafter Karl Schwab weiß zu berichten, daß griechische Elternvereine in München und Umgebung eigene Schulen und ein eigenes Gymnasium für ihre Kinder fordern[90]. Eine Umfrage der griechischen Zeitung „Akropolis" bei einigen hundert griechischen Eltern ergab deren Wunsch nach Verstärkung des griechischen Unterrichts für ihre Kinder[91]. Verschiedentlich kam es schon zu Schulstreiks griechischer Eltern, ja sogar zu Hungerstreiks, so zum Beispiel in Wuppertal. Die Griechen sehen den Unterricht in ihrer Heimatsprache und die Vermittlung ihres Kulturgutes durch die Bemühungen des Schulamtes, die Kinder möglichst schnell in die Regelklassen zu integrieren, gefährdet. Die griechische Gemeinde Wuppertals ließ verlautbaren: „Unsere Kinder haben nicht den Wunsch, die Heimat freiwillig aufzugeben"[92]. Bei einem Besuch in der Bundesrepublik im November 1979 verlangte der griechische Erziehungsminister Ioannis Varvitsiotis, daß bei der Schulbildung griechischer Kinder der Elternwille respektiert und Auswahlmöglichkeit geschaffen werde. Der griechische Minister betonte, daß die Mehrzahl der griechischen Eltern die in der Bundesrepublik überwiegende Tendenz zur Zwangsintegration in deutsche Regelklassen ablehne[93].
Gehmacher notiert, daß die Intentionen der griechischen, türkischen und spanischen Regierung gegen eine Integration der Kinder ausländischer Arbeitnehmer in das deutsche Schulsystem gerichtet sei[94].
Auch die deutsche Elternschaft lehnt die Integration der Ausländer in die deutsche Schule zunehmend ab. „Viele deutsche Eltern protestieren gegen die Anwesenheit der Ausländerkinder in unseren Schulen und gegen den gemeinsamen Unterricht mit ihren Kindern", schreibt Günther Pieroth in der „Frankfurter Rundschau".
Dies gipfele in dem Wunsch, Ausländerkinder in separaten Schulen zusammenzufassen, wenn man sie nicht schon ganz in ihre Heimatländer abschieben könne. Solche Wünsche, so Pieroth weiter, „werden von nicht wenigen ausländischen Eltern unterstützt"[95]. Auch

Joachim Neander stellt eine wachsende Unzufriedenheit der deutschen Elternschaft mit der Schulintegration fest. Er schreibt in der „Welt": „Die deutschen Arbeiterfamilien sehen durch die Übermacht der ausländischen Kinder die Bildungs- und Lernchancen ihrer eigenen Kinder gefährdet"[96].
Eine Umfrage des Münchner Infratest-Institutes brachte im April 1980 folgendes Ergebnis: 41 Prozent der deutschen Eltern sind dafür, daß Ausländerkinder in eigenen Klassen unterrichtet werden[97]. Wenn man den erfahrungsmäßig um 20 Prozent herum liegenden Anteil von Unentschiedenen bei solch einer Befragung einkalkuliert, ergibt sich damit eine relative Mehrheit für eigene Ausländerklassen unter der deutschen Elternschaft. Zudem muß noch der nicht ganz unerhebliche Prozentsatz derer hinzugerechnet werden, die die Frage verneinen, weil sie am liebsten überhaupt nicht mit dem Ausländerproblem in der Bundesrepublik konfrontiert werden wollen.
Wie ist nun aber die Reaktion des zuständigen Bundesministers Schmude auf diese Meinungsumfrage? Schmude lapidar: für eine solche Forderung gebe es keine triftigen Gründe[98]. In einem Interview wurde Bildungsminister Schmude folgende Frage gestellt: „Eine große deutsche Tageszeitung in Nordrhein-Westfalen schrieb: immer mehr Eltern wollen eine Schule ohne Ausländer. Stimmt das?" Darauf Schmude: „Selbst wenn dem so wäre, müßten alle Verantwortlichen mit aller Kraft gegenhalten"[99].
Aus derartigen Äußerungen spricht in der Tat ein recht distanziertes Verhalten zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Gerade ein Mann wie Minister Schmude sollte sich daran erinnern, daß er sich nach dem Willen der Mehrheit der Bürgerschaft zu richten hat und nicht etwa umgekehrt. Leider ist es mal wieder an der Zeit, gewissen Verantwortlichen ins Gedächtnis zu rufen, daß nicht etwa das Volk für die Regierenden, sondern vielmehr die Regierenden für das Volk „da" sind!

Fazit: auch der zunehmende Wunsch deutscher und ausländischer Eltern, die Integrationsbemühungen an den Schulen aufzugeben und stattdessen gesonderte nationale Schulen und Klassen einzurichten,

veranlaßt die Integrationstheoretiker keineswegs, auch nur ein Jota von ihren Vorstellungen abzurücken.

Lassen wir noch einmal Dr. Schilling vom Deutschen Roten Kreuz zu Wort kommen: „Weit entfernt, die bisherigen Mißerfolge zum Anlaß zu nehmen, ihre gesellschaftspolitischen Ziele zu überprüfen", würden die Befürworter einer umfassenden Ausländerintegration die Werbung für ihre Ziele noch verstärken, so daß die Belehrung gelegentlich in Agitation umzuschlagen beginne[100].

Zur Realitätsferne der Integrationisten gesellt sich nunmehr auch noch Uneinsichtigkeit, eine gefährliche Ignoranz-Sprengladung, die irgendwann explodieren wird. Leidtragende sind dann Ausländer wie Deutsche.

Zusammenfassung

Nach Jahren der ungenügenden Beachtung kommt nun endlich eine tiefer schürfende Diskussion um das Ausländerproblem zustande.

In dieser Diskussion wird als Lösungsvorschlag immer häufiger die „Integration" der Ausländer angepriesen. Dabei wird versäumt, „Integration" überhaupt oder mit der hier notwendigen Klarheit zu definieren. Im Grunde stellt sich nahezu jeder irgend etwas anderes unter Integration vor.

Einig ist man sich darin, daß die Voraussetzung jedweder Integration die Unterbindung eines größeren Ausländerstromes ist. Dennoch weicht man der Konsequenz aus und verfügt keine Maßnahmen für einen Ausländerstopp.

Auf der anderen Seite wird immer deutlicher, daß die meisten Integrationstheoretiker unter Integration Assimilation verstehen, das heißt Verlust der nationalen und kulturellen Identität der Ausländer, Eindeutschung oder auch „Germanisierung". Das international gültige Völkerrecht widerspricht diesen Assimiliationsbestrebungen. Aus ihnen spricht eine Herrenmenschen-Ideologie und ein umgekehrter Rassismus. Für die Deutschen ist eine Assimilationspolitik besonders gefährlich, weil viele Millionen Landsleute außerhalb der Grenzen selbst einem Assimilationsdruck ausgesetzt sind.

Je mehr von Integration gesprochen wird, desto größer wird in Wahrheit die Kluft zwischen Deutschen und Ausländern.

Diese Erfahrung wurde auch in vergleichbaren Ländern gesammelt. Die Integrationsbemühungen müssen schon allein deshalb scheitern, weil sie undifferenziert auf alle Ausländer angewandt werden sollen. Tatsächlich setzt sich die Ausländerbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland aus den unterschiedlichsten Völkern und Kulturkreisen zusammen, deren Probleme grundverschieden sind.

Eine Integration dieser unterschiedlichen Völkerschaften, die in ihrer Heimat strikte Distanz wahren oder sogar kriegerische Auseinandersetzungen führen, überschreitet die Integrationskraft einer Gesellschaft, die nicht einmal mit ihren eigenen Randgruppen fertig wird. Das Integrationsmodell der westdeutschen Schule muß als gescheitert angesehen werden. Sowohl Ausländer als auch Deutsche nehmen Schaden.

Dennoch lassen sich die Integrationstheoretiker von ihrer einmal gefestigten Anschauung nicht abbringen, sondern versteifen ihre Haltung sogar noch.

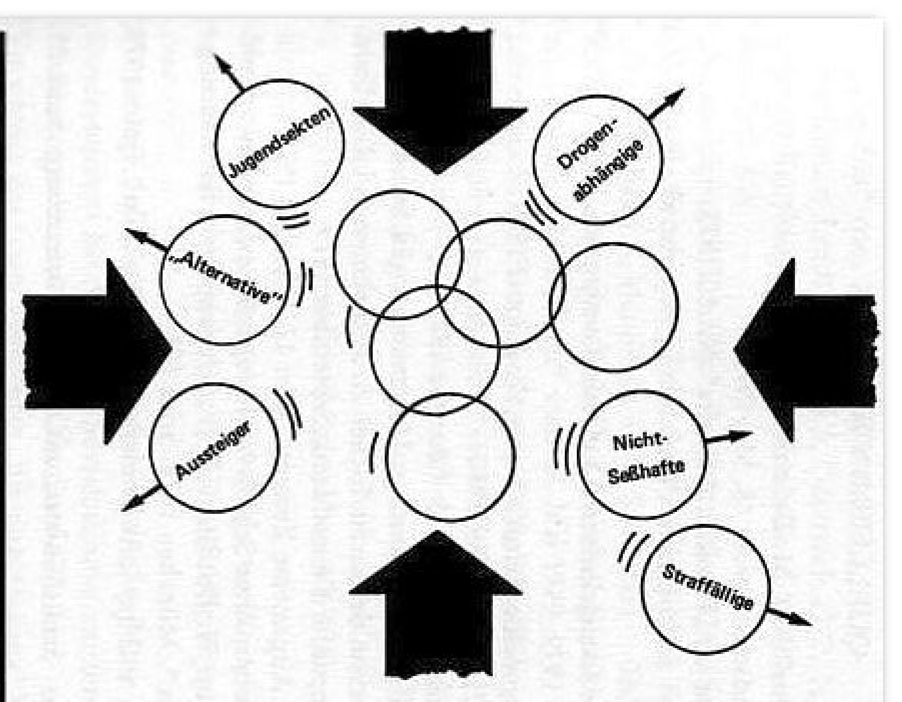
Drei Zitate zum Abschluß:

„Im Namen der Konjunktur wurde Alis Familie zerrissen, ihre kulturelle Identität zerbrochen, die Lebensperspektive seiner Kinder aufs Spiel gesetzt. In Kauf genommen wurde die Hilflosigkeit von Menschen, die sich unvermittelt und unvorbereitet einer ihnen fremden und im wörtlichen Sinne ‚unverstehbaren Welt' ausgesetzt sahen, vor deren Andersartigkeit und Feindseligkeit sie nur an deren Ränder flüchten konnten. In Kauf genommen wurde kalt, uninteressiert, rechenhaft nicht weniger als die psychische Verelendung Alis"[101].

„So wird Hunderttausenden Kindern ihre Sprache verweigert und eine andere aufgezwungen. Viele Kinder scheitern daran. Sie verlieren ihre Sprache und gewinnen die fremde nicht. Dem seiner Sprache beraubten ausländischen Kind wird die Möglichkeit verbaut, sich später einmal zu entscheiden, ob es hierbleiben oder heimkehren will"[102].

„Jede Zeit, jede Kultur, jede Sitte und Tradition hat ihren Stil, hat ihre ihr zukommenden Zartheiten und Grausamkeiten, hält gewisse Leiden für selbstverständlich, nimmt gewisse Übel geduldig hin. Zum

wirklichen Leiden, zur Hölle, wird das menschliche Leben nur da, wo zwei Zeiten, zwei Kulturen und Religionen einander überschneiden. . . Es gibt nun Zeiten, wo eine ganze Generation so zwischen zwei Zeiten, zwischen zwei Lebensstile hineingerät, daß ihr jede Selbstverständlichkeit, jede Sitte, jede Geborgenheit und jede Unschuld verlorengeht". Hermann Hesse, „Steppenwolf".



REALITÄTSFERNER TRAUM DER INTEGRATIONS – THEORETIKER:
Maßvolle Ausländerströme treffen auf eine pluralistische, dennoch festgefügte Gesellschaft. Die Ausländer können eingebunden werden, gestalten die Gesellschaft etwas „farbiger".

DIE WIRKLICHKEIT:
Gewaltige Ströme fremder Menschen treffen auf eine Gesellschaft, die nicht einmal im Stande ist, die eigenen sozialen Randgruppen zu integrieren, der sogar große Teile der eigenen Jugend davonlaufen.

„Integration" – Traum und Wirklichkeit

Schaubild 3

QUELLENHINWEISE

[1] in „Ruhr-Nachrichten“ vom 31. Dezember 1979

[2] in „Frankfurter Rundschau“ vom 18. Mai 1978

[3] so Michael Selbmann in: „Frankfurter Hefte“ Nr. 10/1978

[4] auf einer Tagung der katholischen Akademie in Bayern, zit. in „Nation Europa“, Februar 1980

[5] auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing, zit. in „Die Welt“ vom 17. November 1979

[6] in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 17. August 1978

[7] in „Die Zeit“ vom 21. November 1980

[8] zit. in „Ruhr-Nachrichten“ vom 25. Oktober 1980

[9] Der Beauftragte der Bundesregierung: Memorandum zu Stand und Entwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland, September 1979

[10] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 12. Oktober 1979

[11] Raimund Ritter: „Lehrer ohne Schüler? Bildungssystem und demographische Entwicklung“ in: W. Dettling (Hg.): „Schrumpfende Bevölkerung – wachsende Probleme“, München 1978, Seite 128

[12] Ernst Gehmacher u. a. (Hg.): „Ausländerpolitik im Konflikt“, Bonn 1978, Seite 133

[13] Pressemitteilung des Staatsministeriums Baden-Württemberg vom 31. Januar 1980

[14] Professor Hermann Korte u. a.: „Forschungsverbund ‚Probleme der Ausländerbeschäftigung‘ integrierter Endbericht“, Bochum, Juli 1979, Seite 252

[15] zit. in „Union in Deutschland“, Nr. 14/1980

[16] NW-Innenminister Dr. Hirsch, zit. in: „Bonner Kaleidoskop“ vom 30. September 1979

[17] so unter anderem Wilhelm Sahrhage von der Industrie- und Handelskammer Dortmund, zit. in: „Ruhr-Nachrichten“ vom 5. Februar 1980

[18] beim Ausländerforum der SPD Altona am 26. Januar 1980, zit. in: Auswertungsbericht des Ausländerforums S. 8

[19] zit. in „Ruhr-Nachrichten“ vom 25. Oktober 1980

[20] Karl-Heinz Meier-Braun: „Gastarbeiter oder Einwanderer? Anmerkungen zur Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland“, Frankfurt/Main 1980, Seite 95

[21] ders. S. 76

[22] in „Die Zeit“ vom 21. November 1980
[23] „Bertelsmann-Lexikon“, Band 5, Gütersloh 1973, Seite 62
[24] „Meyers Enzyklopädisches Lexikon“, Band 12, Mannheim 1974, Seite 637
[25] ebenda S. 638
[26] „Neues Universal-Lexikon“, Band 2, Köln 1974k, Seite 867
[27] „Der große Brockhaus“, Band 5, Wiesbaden 1954, Seite 702
[28] „Duden“, Band 3, Mannheim 1977, Seite 1351
[29] in beiden Hauptprogrammen des Deutschen Fernsehens gesendet
[30] zit. in „Ruhr-Nachrichten“ vom 17. Mai 1979
[31] Jahresbericht der Bundesregierung 1970, Seite 382
[32] zit. in „schülerpresse aktuell“ Nr. 11/1979
[33] Doris Diamant: „Ausländische Arbeiterkinder in der deutschen Schule“ in: Ernst Klee (Hg.): „Gastarbeiter. Analysen und Berichte“, Frankfurt/Main 1972, Seite 101
[34] u. a. verlangt v. Brauchitsch generellen Verzicht auf reine Ausländerklassen
[35] Bund-Länder-Kommission: „Vorschläge zur Fortentwicklung einer umfassenden Konzeption der Ausländerbeschäftigungspolitik“ vom 28. Februar 1977
[36] Vorschläge des Koordinierungskreise „Ausländische Arbeitnehmer“ beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung zur Integration der Zweiten Ausländergeneration vom 18. Oktober 1979
[37] Vorschläge des Gesprächskreises „Bildungsplanung“ beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft zur Eingliederung ausländischer Kinder und Jugendlicher in das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem vom 14. März 1980
[38] Memorandum des Bundesbeauftragten a.a.O.
[39] Beschlüsse der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Ausländerpolitik vom 19. März 1980
[40] Landesregierung von Nordrhein-Westfalen: „Leitlinien zur Ausländerpolitik“ vom 15. April 1980
[41] Studie der EKD-Sozialkammer: „Bevölkerungspolitik und Rentenlast“, veröffentlicht in „Frankfurter Rundschau“ vom 9. Mai 1978
[42] in Fernsehsendung „III nach 9“ am 1. Juni 1980
[43] zit. in „Ruhr-Nachrichten“ vom 14. Januar 1981
[44] zit. in „sozialpolitische informationen“ (Hg. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung) vom 27. März 1980
[45] Koordinierungskreis „Ausländische Arbeitnehmer“ a.a.O.

[46] Leitlinien zur Ausländerpolitik a.a.O.
[47] Korte a.a.O. S. 252
[48] Leitlinien zur Ausländerpolitik a.a.O.
[49] ebenda
[50] zit. in „Frankfurter Rundschau" vom 14. August 1978
[51] zit in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 21. November 1980
[52] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 13. Januar 1981
[53] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 18. November 1980
[54] in „der arbeitgeber" Nr. 3/1980
[55] Fritz Franz in: „Kursbuch" Nr. 62/Dezember 1980, Seite 165
[56] zit. in „Nürnberger Nachrichten" vom 7. Februar 1980
[57] Ministerialrat Dr. Rosenmöller vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in „der arbeitgeber" Nr. 3/1980
[58] zit. in „Nürnberger Nachrichten" vom 22. Juli 1980
[59] Klaus Belde in „Stader Tageblatt" vom 22. September 1980, ebenso in „Hessische Allgemeine" vom 4. Oktober 1980
[60] Jan Vink: „Die Zerstörung von Lebensaussichten ausländischer Kinder und Jugendlicher – eine Negativbilanz" in: Johannes Esser (Hg.): „Wohin geht die Jugend? Gegen die Zukunftslosigkeit unserer Kinder", Reinbek 1979, Seite 115
[61] Kramer in „Kursbuch" Nr. 62/Dezember 1980, Seite 18
[62] Günther Gillessen: „Die Orientalisierung Europas" in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 7. April 1980
[63] in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 20. September 1979
[64] „Der Spiegel" vom 28. Januar 1980
[65] in „Das Beste", August 1979
[66] über die rassische und ethnische Vielfalt Indochinas berichtet sehr anschaulich Peter Scholl-Latour: „Der Tod im Reisfeld. 30 Jahre Krieg in Indochina", Stuttgart 1980
[67] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 3. März 1979
[68] zit. in „Der Spiegel" vom 4. Dezember 1978
[69] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 23. Februar 1980
[70] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 21. November 1980
[71] zit. in „Der Spiegel" vom 30. Juli 1979
[72] „Der Spiegel" vom 25. Juni 1979
[73] in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 20. September 1979
[74] Gesprächskreis „Bildungsplanung" a.a.O.
[75] Memorandum des Bundesbeauftragten a.a.O.

[76] Beschlüsse der Bundesregierung a.a.O.

[77] Ergebnisse eines Erfahrungsaustausches unter Städten mit besonders hohem Ausländeranteil, „Die Zweite Ausländergeneration", Band 11, 1980

[78] „Ausländische Kinder und Jugendliche im deutschen Bildungs- und Ausbildungssystem" in „Die Zweite Ausländergeneration", Band 12/1980

[79] in „Demokratische Gemeinde" Nr. 7/1980

[80] „Welt am Sonntag" vom 5. Oktober 1980

[81] zit. in „Welt am Sonntag" vom 5. Oktober 1980

[82] zit. in „Rhein-Neckar-Zeitung" vom 18. Januar 1979

[83] zit. in „Süddeutsche Zeitung" vom 9. Dezember 1980

[84] Ruth Herrmann: „Die vertürkte Schule" in „Die Zeit" vom 23. Juni 1978

[85] Gesprächskreis „Bildungsplanung" a.a.O.

[86] so „Die Zeit" vom 12. September 1980

[87] „Frankfurter Rundschau" vom 10. Februar 1978

[88] in „PZ" (Hg. Bundeszentrale für politische Bildung), August 1980

[89] Klaus Reinmöller in „Ruhr-Nachrichten" vom 31. Dezember 1979

[90] Karl Schwab, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf der DGB-Fachtagung zum Ausländerproblem am 9./10. 3. 1979 in Gelsenkirchen

[91] so Dr. Koulopoulos in einem Leserbrief, veröffentlicht in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 20. März 1979

[92] zit. in „Wuppertaler Generalanzeiger" vom 26. April 1980

[93] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 23. November 1979

[94] Gehmacher a.a.O. S. 133

[95] in „Frankfurter Rundschau" vom 10. Februar 1978

[96] in „Die Welt" vom 12. Januar 1980

[97] zit. in „Welt am Sonntag" vom 27. April 1980 und „Ruhr-Nachrichten" vom 28. April 1980

[98] zit. ebenda

[99] Interview mit „Kladderadatsch" Nr. 1/1980

[100] in „Die Zeit" vom 21. November 1980

[101] Pea Fröhlich/Peter Märthesheimer (Hg.): „Ausländerbuch für Inländer. Bausteine zum Begreifen der Ausländerprobleme", Frankfurt/Main 1980, Seite 11

[102] Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 21. Juli 1979

Harlem vor unserer Haustür

Gesellschaftliche Folgen des Ausländerproblems

„Bestialischer Gestank dringt aus dem Ascheimerraum, Ratten huschen über das Innenhofpflaster, das vor Dreck nicht mehr zu erkennen ist, und in all dem Schmutz spielt munter ein Kind. . . Ein Bewohner: ‚Ich habe gesehen, wie die Leute hier mit Beilen aufeinander losgegangen sind'"[1].

„Die Menschen ersticken im eigenen Dreck. . . Bestialisch stinkende, vollgeschissene Treppenhäuser in meist verlotterten Wohnungen. Familienstreitereien, Sippenfehden und Straßenschlachten"[2].

Das erste Zitat beschreibt die Zustände im entstehenden Ausländer-Slum von Hamburg, das zweite befaßt sich mit Harlem, der „Pestbeule von New York". Die Ähnlichkeit der Wortwahl signalisiert eine verheerende Entwicklung: Westdeutschland ist auf dem besten Wege, Zustände wie in den Slums der Vereinigten Staaten von Amerika zu erhalten. „Harlem in Hamburg ist im Entstehen"[3]. Und nicht nur in Hamburg, sondern in allen Städten der Bundesrepublik Deutschland.

Gab es wirklich irgend jemand in unserem Land, der meinte, man könne „mal eben" ein paar Millionen Menschen aus Südeuropa, Afrika und Asien hereinlassen, ohne daß sich daraus besondere Schwierigkeiten ergäben?

Wie konnte man nur so leichtsinnig sein anzunehmen, daß das Zusammenwürfeln der unterschiedlichsten Menschengruppen auf engem Raum nicht zu schwerwiegenden Konflikten führen muß?

Es kommt der Verdacht auf, daß die vielen von vornherein zum Scheitern verurteilten „Integrations"konzepte nur eine Flucht vor der Realität darstellen. Diese Realität heißt: Harlem oder Chicago vor unserer Haustür!

Es ist schon Ausdruck einer geradezu abenteuerlichen Verantwor-

tungslosigkeit, daß man dieser schrecklichen und in ihrem Ausmaß noch gar nicht voll erkennbaren Entwicklung seit nunmehr über zehn Jahren tatenlos zusieht.
Es wäre die Pflicht und Schuldigkeit der verantwortlichen Stellen gewesen, sofort nachdem eine Entwicklung zum Slum erkennbar wurde, konkrete Gegenmaßnahmen zu treffen. Stattdessen bewegte man sich im luftleeren Theorie-Raum und träumte trotz allem den Integrations-Traum weiter.
Die christlichen Kirchen veranstalten – mit allem anerkennenswerten Idealismus und sozialem Engagemant – seit Anfang der 70er Jahre alljährlich einen „Tag des ausländischen Mitbürgers". Während dort über die Brüderschaft aller Menschen vor Gott gepredigt wurde, verslumten die Wohngebiete der Ausländer immer mehr. Von „Mitbürger" keine Spur.
Die ganze Unsicherheit und Verfahrenheit der Behandlung des Ausländerproblems wird daran deutlich, daß die Regierung mit Enthusiasmus alljährlich „Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Eingliederung" der Ausländer (MSBE) anpries. Im Jahre 1980 hieß es dann, hier werde es eine Änderung geben. Manche Beobachter rechneten nun mit der längst fälligen Kurskorrektur in Bonn. Doch, was war das Ergebnis der angekündigten „Änderung"? Es hieß fortan „Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer" (MBSE). Die Änderung erschöpfte sich also in dem Tausch eines Buchstabens in der Abkürzung. Aus MSBE wurde MBSE. . .
Slums sind nicht nur der ideale Nährboden für Rattenverseuchung, sondern auch für gefährliche Kriminalität. „New York schreckt", warnte zutreffend der Bundestagsabgeordnete Hasinger[4]. Berlin-Kreuzberg ist zum Synonym für die Folgen der Ausländerüberflutung geworden: „Depremierend, häßlich-abstoßend, entsetzlich. . . Klein-Anatolien mit Getto-Geruch, mit allen Zeichen des Verfalls, der Verwahrlosung, des Elends"[5].
Das ist der Zustand in vielen Ausländerslums der Bundesrepublik. Das Slum und die Kriminalität gehören zwillingsgleich zusammen. Joachim Worthmann stellte schon 1977 fest: „Die Tage bundesdeut-

scher Wohlstandsidylle sind auf absehbare Zeit dahin. . . Amerikanische Großstädte liefern für diesen Teufelskreis die abschreckenden Vorbilder"[6].

Daß sich hier Schreckliches anbahnt, ist zwischenzeitlich mancherorts erkannt worden. Wunschträume zerplatzen wie Seifenblasen.

Die linksstehende „Frankfurter Rundschau" schreibt vom „ernst zu nehmenden sozialen Sprengsatz"[7]. Der türkische Neurologe Kartal gibt zu bedenken: „Es ist zu befürchten, daß die zweite Ausländergeneration aus Menschen mit Neurosen oder, noch schlimmer, aus psychisch und körperlich verkümmerten Menschen besteht"[8]. Heinz Kühn sieht hierin „das entscheidende Gesellschaftsproblem der 80er Jahre"[9]. Dr. Leve pflichtet ihm bei: „gesellschaftlicher Zündstoff großen Ausmaßes"[10]. Heinz Richter, beim DGB für die fremdländischen Menschen zuständig, fürchtet: „Das werden die Molukker der Bundesrepublik"[11]. Bischof Wittler, Beauftragter der Bischofskonferenz in Ausländerfragen, sieht in den ausländischen Kindern ein „neues Proletariat" entstehen[12]. Bundesfamilienministerin Huber spricht von einem „hochexplosiven sozialen Konfliktstoff", der ehemalige nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Hirsch von einem „Potential, das als Minderheit das Bild der Kriminalität in der Zukunft mitbestimmen könnte"[13]. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel schließlich: „Wenn nicht bald eine Änderung eintritt, werden sich Ausländergettos slumähnlicher Prägung mit allen sozialen, hygienischen und kriminellen Folgen bilden. Die ersten Anzeichen machen sich bereits bemerkbar"[14].

Was der Slum bedeutet, konnte Innenminister Gerhart Baum bei seinem Besuch Anfang 1980 in Harlem ausgiebig studieren. Dort wollte er „Erfahrungen sammeln"[15]. Offensichtlich hat man sich in Bonn schon darauf eingestellt, daß US-Zustände bevorstehen.

Wohl kaum ein Thema ist derart mit Emotionen belastet wie die Ausländerkriminalität. Wer die Ausländerkriminalität bewußt herunterspielt, wird als fortschrittlicher Ausländerfreund gelobt, wer die Realität beschreibt und vor weiterem Anstieg warnt, sieht sich dem Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit ausgesetzt. Es ist richtig, wenn vor einer Kriminalisierung der Ausländer gewarnt wird. Die große

Mehrheit der in unserem Land lebenden Ausländer ist rechtschaffen und hat mit Kriminalität nichts zu tun. Dennoch ist es gleichermaßen gefährlich, dieses Problem zu verniedlichen. Eine vorurteilsfreie Bestandsaufnahme der Wirklichkeit ist vonnöten, damit geeignete Gegenmaßnahmen getroffen werden können.

Wie gefährlich es sein kann, die Ausländerkriminalität zu verharmlosen, zeigt ein Beispiel aus der westfälischen Metropole Dortmund. Am 22. August 1979 berichtete die Dortmunder Presse unter der Überschrift „Ausländer sind fast alle brav", daß die Ausländerkriminalität unterhalb derjenigen der Deutschen liege[16]. Solche Pressemeldungen haben zur Folge, daß man sich in einer trügerischen Sicherheit wiegt. Sie verleiten dazu, die Hände in den Schoß zu legen und zur Tagesordnung überzugehen. Tatsächlich sieht es in Dortmund so aus: Die Stadt ist eine Schaltzentrale für Rauschgiftkriminalität. „Die Türken liegen im Drogen-Geschäft im Vergleich zu anderen Sparten der Kriminalität weit vorne"[17]. Nirgendwo hat es, wie die Statistik des Landeskriminalamtes auswies, 1978 in Nordrhein-Westfalen so viele Rauschgiftdelikte gegeben wie im Bereich des Polizeipräsidiums Dortmund[18]. Anfang 1980 beschlagnahmte die Dortmunder Polizei eine der größten Mengen Rauschgift, die je in der Bundesrepublik Deutschland festgestellt wurden. Die Polizei nahm neun Türken fest. Es handelte sich um 27,5 Kilogramm Heroin im Wert von 13 Millionen Mark [19].

Nur knapp zwei Monate nach den Presseberichten, die Ausländer seien fast alle „brav", mußte dieselbe Presse berichten: „Mafia-Ableger im Ruhrgebiet". Eine mafiaähnliche Bande terrorisierte italienische Landsleute in Dortmund. Unter Androhung von Schlägen wurde eine „Schutzgebühr" kassiert[20].

Es liegt auf der Hand, daß die deutsche Bevölkerung doppelt erschrocken reagiert, wenn man vorher die Ausländerkriminalität herunterspielt.

Die Gefahr unkontrollierbar sozialer Abwehrreaktionen wird dadurch geradezu provoziert.

Bei der Diskussion um die Ausländerkriminalität müssen folgende Tatsachen die gebührende Beachtung finden:

1. Die erste Ausländergeneration bei uns hat noch die festen Normengebäude der Heimat mitgebracht. Diese Normen geraten bei der zweiten Ausländergeneration und den folgenden zusehends in Konflikt mit den deutschen. Durch die gescheiterten Integrationsversuche haben wir es bereits mit der Tatsache und dem Begriff des „integrationsgeschädigten Kindes" zu tun. Ein- und dasselbe Verhalten kann unterschiedliche Bedeutung haben; die Wohnungstür ist für die ausländischen Kinder, besonders die Türken, zur Schwelle in eine andere Welt geworden. Ein italienischer Jugendlicher drückt dies wie folgt aus: „Ich bin kein Italiener mehr, ich bin auch kein Deutscher, ich weiß nicht, was ich bin"[21]. Eine psychologische Untersuchung zur Schulsituation der Ausländerkinder zeigt, daß sie stärker als deutsche unter Verhaltensstörungen leiden[22]. Albrecht/Pfeiffer weisen in ihrer bislang einzigartigen Untersuchung über die Kriminalität ausländischer Kinder und Jugendlicher nach, daß die Folgen eines Wechsels des „kulturellen Bezugsrahmens" Orientierungslosigkeit und Verunsicherung im täglichen Verhalten außerhalb des vertrauten Bereichs der Familie seien. Die soziale Identität könne somit nicht störungsfrei aufgebaut werden[23]. Die Autoren weiter: „Solange die außerfamiliären Einflüsse den Einflüssen der Familie nicht unterlegen sind . . . so lange werden die Konflikte der Kinder sowohl mit der Fremd- als auch mit der Eigenkultur in Grenzen gehalten. Der Konflikt mit der deutschen Umwelt wird dann aber in dem Maße in die ausländischen Familien hineingetragen, wie die ausländischen Kinder sowohl im Umgang mit deutschen Kindern als auch durch Kindergarten- und Schulbesuch partiell in das deutsche Normen- und Kultursystem hineinsozialisiert werden"[24]. „Wenn je ein soziales Problem voraussehbar war", so Albrecht und Pfeiffer, „dann das in der vorliegenden Studie beschriebene"[25]. Die nordrhein-westfälische Justizministerin Donnepp zieht Erfahrungen aus den USA heran: diese deuten darauf hin, daß bei den Nachfolge-Generationen von ausländischen Einwanderern die Kriminalitätsraten steigen. Grund dafür sind die Schwierigkeiten bei der Ausbildung und bei der sozialen Anpassung[26]. Es kann nach Ansicht der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe sowie dem Bundes-

verband der Arbeiterwohlfahrt folglich kaum bezweifelt werden, daß die Bundesrepublik in den nächsten Jahren ein sprunghaftes Ansteigen der Kriminalität ausländischer Jugendlicher erleben werde[27].
Neben den Kulturkonflikt tritt die wachsende Diskrepanz zwischen sozialer Erwartungshaltung und wirklicher sozialer Stellung. Die erste Ausländergeneration vergleicht ihre materielle Lage mit derjenigen in ihrer Heimat. Die Nachfolgegenerationen werden sich damit nicht zufrieden geben. Sie vergleichen ihre Lage mit derjenigen ihrer deutschen Altersgenossen. Die Ansprüche werden zwangsläufig steigen. Nur 80 Prozent der schulpflichtigen Ausländerkinder aber gehen zur Schule, nur 40 Prozent verlassen die Hauptschule mit einem Abschluß, weniger als die Hälfte erfüllen die Berufsschulpflicht[28]. Nur ein Viertel der ausländischen Jugendlichen wird in einem Betrieb ausgebildet[29]. Bei einer Umfrage des bayerischen Sozialministeriums und der Stadt München bei ausländischen Jugendlichen ergab sich ein noch düstereres Bild: nur 30 Prozent haben einen deutschen Schulabschluß geschafft, nur 20 Prozent haben eine Ausbildungsstätte, 30 Prozent sind arbeitslos[30]. Nach den Statistiken der Arbeitsämter gehen vier von fünf ausländischen Jugendlichen einer ungelernten, allenfalls angelernten Tätigkeit nach[31]. Zum gleichen Ergebnis kommt das Memorandum des Bundesbeauftragten: soweit die ausländischen Jugendlichen und Heranwachsenden in ein Beschäftigungsverhältnis gelangen, dürfte dies bei vier von fünf eine ungelernte, allenfalls angelernte Tätigkeit sein[32]. Der damalige Bundesbildungsminister Jürgen Schmude schildert die Lage so: Nur jeder fünfte ausländische Jugendliche in der Bundesrepublik bemühe sich um einen Ausbildungsplatz[33]. Die Kluft zwischen Erwartungshorizont und der Realität wird also in Zukunft größer werden. Ein hoher Bonner Ministerialbeamter: „Der Weg in die Arbeitslosigkeit und die Kriminalität ist vorgezeichnet. Wir sind auf dem besten Wege, in der Bundesrepublik ein neues Subproletariat entstehen zu lassen"[34]. Im Kühn-Memorandum lesen wir, daß gravierende Bildungs- und Ausbildungsnachteile einen großenTeil der ausländischen Jugendlichen in eine Außenseiterrolle gedrängt hätten. Dies sei bereits „in den Kriminalitätsstatistiken evident geworden"[35]. Der Leiter des Landeskrimi-

nalamtes von Nordrhein-Westfalen, Werner Hamacher, sekundiert: „Kinder ausländischer Gastarbeiter laufen wegen fehlender Schulbildung und Ausbildungsplätzen am ehesten Gefahr, kriminell zu werden“[36].

Auch dieser gewaltigen Gefahr eines analphabetisierten Subproletariats schaut man seit über einem Jahrzehnt tatenlos zu. Schon 1971 erklärte der damalige Bundeskanzler Brandt in einer Rede anläßlich der Eröffnungsveranstaltung der „Woche der Brüderlichkeit“: „Wir dürfen es nicht zulassen, daß sich diese Gesellschaft eine Art Leihproletariat für die minderen Arbeiten schafft“[37]. Tatsächlich wird die zweite und dritte Ausländergeneration zu diesem Leih- oder Subproletariat erniedrigt. „Die Analphabeten im eigenen Land, das ist kein so sicher entferntes Problem wie die Hungernden in der Dritten Welt“, mahnt eine Journalistin zutreffend[38].

Michael Selbmann ruft uns ins Gedächtnis: „Auch das müssen wir uns einmal vorstellen: daß die unzähligen, heute noch kleinen und niedlichen Ausländerkinder dereinst als ein Heer von schlecht ausgebildeten und deshalb arbeitslosen und verbitterten ausländischen beziehungsweise heimatlosen Jugendlichen das Straßenbild vor allem in den Ballungsgebieten unserer Städte bestimmen könnten“[39]. Und Barbara Veit sorgt sich um die rund 500 000 ausländischen Straßenkinder, die „unbemuttert und hordenweise in Berlin-Kreuzberg, München-Haidhausen und sonstwo herumlungern“[40].

So ist es kaum verwunderlich, daß die Zahl der jungen Ausländer, die in die Kriminalität gedrängt werden, bedrohlich ansteigt[41]. „Bisher noch vereinzelt auftretende Rocker-Bildung bei Ausländern“, heißt es in einer Studie des Deutschen Jugendinstitutes, „wird in Zukunft zu einem Massenphänomen werden, wenn der Teil der Jugendlichen zu dominieren beginnt, der in dieser regressiven Umgebung aufgewachsen ist. . . Die Zeitbombe, so scheint es, tickt schon“[42]. Vor allem bei ausländischen Kindern sei z. B. in Köln eine fortschreitende Kriminalisierung zu beobachten, berichtete die Polizei vor der Presse. Die Gruppe der ausländischen Kinder erreichte innerhalb eines Jahres einen Kriminalitätszuwachs von knapp 77 Prozent[43]. Der Münchner Kreisverwaltungsreferent und Stadtrat Hahnzog sieht eine

„bedrohliche Entwicklung" der Kriminalität bei 14- bis 18jährigen Ausländern[44]. Beispiel Stuttgart, das den Erfahrungen anderer Großstädte ähnelt: 20 Prozent der jugendlichen Ausländer der Altersgruppe 14 bis 18 wurden polizeilich registriert, aber nur acht Prozent der deutschen Vergleichsgruppe[45].
Albrecht/Pfeiffer stellen in ihrer bereits erwähnten Studie unter den 14-21jährigen eine „erheblich größere Kriminalitätsbelastung der Ausländer" fest. Bei den 14-18jährigen werde sogar ein „absolutes Höchstmaß an Kriminalitätsbelastung gegenüber Deutschen wie Ausländern erreicht[46].
Kulturkonflikt, Integrationsschäden und Scheitern im bundesdeutschen Bildungs- und Ausbildungssystem lassen folglich eine Kriminalitätswelle bei ausländischen Jugendlichen befürchten. Keine der vorliegenden Tatsachen läßt die Vermutung zu, daß sich die Kriminalitätsbelastung mittel- oder langfristig verringern werde. Eher muß das Gegenteil angenommen werden.
2. Die Kriminalität mit den meisten Beschaffungs- und Folgevergehen und -verbrechen, der Rauschgitfthandel, befindet sich zum großen Teil in Händen ausländischer Täter.

Hierzu einige Zitate:
„Die Drahtzieher des Rauschgifthandels sind in erschreckendem Maße unter Ausländern zu finden"[47].
„Der westdeutsche Heroinmarkt wird neuerdings von Türken beherrscht. Sie haben – so in Frankfurt – . . . den Rauschgifthandel derart intensiviert, daß Westdeutschland als Umschlagsplatz schon mit den führenden Niederlanden konkurriert. . . Die Türken beherrschen, wie Bundeskriminalamts-Fahnder schätzen, derzeit 85 Prozent des Heroinmarktes im Bundesgebiet. . . In den Türkenvierteln der Großstädte, hinter dem Frankfurter Hauptbahnhof oder in Berlin-Kreuzberg ist für die Dealer gut unterkommen"[48].
In seinem „Bericht zur Rauschgiftkriminalität" stellt der Innenausschuß des Bundestages 1979 fest: „Als Schmuggler und Händler sind vor allem Türken tätig"[49].
„Auf dem Rauschgiftmarkt Frankfurt/Main machten sich Türken

breit, die eine Waffe schon allein zum Zeichen ihrer Männlichkeit tragen, Afrikaner auch, die den für Gewalttätigkeiten einkalkulierten Gefängnisaufenthalt, so schrieb ein inhaftierter nigerianischer Heroinhändler nach Haus ‚wie im Hotel' empfinden"[50]. „Immer mehr Türken steigen in das Geschäft mit Rauschgift ein, und zwar bevorzugt in den Handel mit Heroin, der härtesten und gefährlichsten Droge in Deutschland. . . Verantwortlich für die Heroin-Schwemme sind die Türken"[51]. „Nach Erkenntnissen des hessischen Innenministers Gries wird der Heroinmarkt in Frankfurt fast ausschließlich von türkischen Kurden beherrscht, die den Vertrieb des weißen Giftes gewissermaßen als Geschäft der Großfamilie betreiben"[52]. „Auf dem Heroinmarkt, mal von Chinesen, mal von Persern beherrscht, haben sich türkische Kurden mit einer Giftmischung von besonderer Reinheit durchgesetzt"[53].

„Nach Ansicht der Polizei und der Düsseldorfer Zollfahnder ist im Gebiet von Ruhr, Rhein und Main ein Brennpunkt des internationalen Rauschgifthandels entstanden. Zunehmend türkische Dealer hätten die schmutzige ‚Szene' übernommen"[54].

„Wenn der Mann mit dem Koks (Kokain) kommt, ist es fast immer ein Italiener. Wohl nicht nur deshalb, weil in den USA die Mafia auch im Kokain-Geschäft tätig ist, sondern eher, weil der amerikanische Markt neuerdings auf dem Umweg über Westeuropa bedient wird"[55].

Zu den Opfern dieser Rauschgifthändler zählen Hunderte von deutschen Jugendlichen, ja sogar Kindern, die an den Folgen ihrer Sucht jährlich elend sterben. Zehntausende werden zu Suchtkrüppeln, Hunderttausende sind süchtig. Auch immer mehr ausländische Jugendliche greifen zur Droge und werden zu Opfern des schmutzigen Geschäftes.

Zu den Opfern zählen aber auch diejenigen, die durch ihre Sucht zu Straftaten getrieben werden. Alle Sorten von Gewaltvergehen und -verbrechen werden begangen, um an das nötige Geld zur Beschaffung von Rauschgift heranzukommen. Jeder dritte Insasse der Berliner Haftanstalten ist süchtig, unter den Jugendlichen in hessischer Untersuchungshaft fixt jeder zweite, in der Frauenvollzugsanstalt Frankfurt-Preungesheim „hängen" nahezu 70 Prozent „an der

Nadel"[56]. Die westdeutschen Strafanstalten sind überfüllt mit Rauschgifttätern. In Hessen sind nach Ermittlungen des Wiesbadener Justizministers Herbert Günther schon jede zweite verurteilte Frau und 40 Prozent der männlichen Untersuchungsgefangenen drogenabhängig[57].

Es ist nicht übertrieben, für den allgemeinen Kriminalitätsanstieg in der Bundesrepublik Deutschland im wesentlichen den von Ausländern fast monopolisierten Rauschgifthandel verantwortlich zu machen.

3. In den polizeilichen Kriminalstatistiken wird nur das „Hellfeld" ausgewiesen, also die bekanntgewordenen Straftaten. Manche Kommentatoren nehmen dies zum Anlaß zu behaupten, die Statistiken würden die Ausländerkriminalität überzeichnen, da das Fehlverhalten von Ausländern „sozial auffälliger" sei und daher häufiger zur Anzeige komme. Andererseits aber muß vermutet werden, daß das „Dunkelfeld" bei ausländischen Straftaten sehr groß ist.

Der „Spiegel" hierzu: „Zu fremd und undurchsichtig ist für westdeutsche Ermittler jenes orientalische Beziehungsgeflecht aus Frömmigkeit und Fanatismus, nationalem Stolz und wirtschaftlichem Elend, in dem Türken zu Terrortätern und Opfern werden"[58]. Vor massiver staatlicher Verfolgung seien Türken gut geschützt, da ihnen ihre Landsleute, die in der Bundesrepublik gemeldet sind, und ungezählte illegale Einwanderer Deckung gäben[59].

Es wäre ungerecht, auf diese Weise alle Ausländer zu Komplizen abzustempeln. Dennoch kommen wir nicht an der Erkenntnis herum, daß die konventionellen Fahndungsmethoden oftmals an der vollständig anderen Mentalität der Fremden scheitern.

Hierzu besteht durch das Instrument der Ausweisung ein zusätzliches Disziplinierungsmittel. Bei Straftaten im „sozialen Nahraum" vermeiden es Ausländer, Anzeige zu erstatten, da sie auf keinen Fall in irgendeiner Weise Bekanntschaft mit der bundesdeutschen Justiz machen wollen.

Es ist überhaupt nicht auszuschließen, daß bei einem Fortfall der Ausweisungsmöglichkeit, wie sie mancherorts gefordert wird, die Kriminalitätsbelastung abermals steigen wird, da ja die über das

Strafgesetzbuch hinausgehende Sanktion der Ausweisung dann nicht mehr existiert.

Zusammenfassend muß festgestellt werden:

Die große Masse der bei uns lebenden Ausländer hat mit Kriminalität nichts zu tun. Der Rauschgifthandel ist jedoch nahezu vollständig unter Kontrolle ausländischer Banden. So gehen sehr viele Beschaffungs- und Folgetaten von deutschen Süchtigen mittelbar auf das Konto von Ausländern.

Ohne gravierende Änderungen der Ausländerpolitik wird sich allerdings die ausländische Kriminalitätsbelastung in Zukunft erheblich steigern bis hin zu Verhältnissen, die aus den US-Slums bekannt sind.

Besondere Erwähnung verdient eine weitere Tatsache: daß nämlich die Bundesrepublik Deutschland zunehmend zum Tummelplatz der Austragung ausländischer Konflikte wird.

Es mußte für jeden verständigen Menschen klar sein, daß ein millionenfaches Einströmen fremder Menschen zugleich den Import externer Streitigkeiten nach Deutschland bedeutet.

Auch in Bonn war man sich dieser Folge durchaus bewußt. Bundeskanzler Helmut Schmidt warnte 1975 vor einem „Nationalitätenproblem in der Bundesrepublik". In diesem Zusammenhang übrigens äußerte der Kanzler die Ansicht, daß beim Zuzug von Gastarbeiter-Angehörigen die zulässige Grenze inzwischen erreicht und in manchen Fällen sogar schon überschritten sei[60].

Es ist beinahe schon überflüssig zu erwähnen, daß diesen Worten keinerlei entsprechende Taten folgten, daß man die Fehlentwicklung gewähren ließ.

1979 und 1980 eskalierte die Gewalt zwischen verfeindeten türkischen Gruppen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland. Schon im Juni 1979 gab es Schießereien zwischen diesen Gruppen[61]. Eine westdeutsche Tageszeitung notierte Ende des Jahres: politisch motivierte Gewalt zwischen Türken sei an der Tagesordnung. „Die gewalttätigen Auseinandersetzungen gewinnen an Schärfe. Die im Verfassungsschutzbericht 1978 geäußerte Befürchtung, die Terrorwelle in der Türkei könne auch auf die über eine Million Türken in der Bundesrepublik überschwappen, scheint sich zu bestätigen"[62].

Zu Weihnachten 1979 gab es einen ersten Sprengstoffanschlag, der durch innertürkische Rivalität verursacht wurde[63].
Anfang 1980 berichtete eine Illustrierte, daß der Terror in der Türkei nun auf Deutschland übergreife. Zitiert wird ein Bericht von „amnesty international“: „Die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in der Türkei finden als unsichtbarer Krieg hier in der Bundesrepublik ihre Fortsetzung“[64].
Der Krieg blieb nicht lange unsichtbar. Im Februar 1980 hieß es: auch im Ruhrgebiet mehren sich gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten türkischen Gruppen. Andersdenkende werden auf offener Straße von hinten niedergeschlagen und verprügelt. Sogar Folterungen sollen schon vorgekommen sein[65].

Sprecher des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz und auch des Bundesamtes für Verfassungsschutz warnten: „Bereitschaft zur Gewalt, Re-Islamisierung und nicht zuletzt ein schwer disziplinierbarer Volkscharakter ergeben eine brisante Mischung und stellen eine wachsende Bedrohung der inneren Sicherheit dar“[66].
Es kam unter anderem zur Straßenschlacht in Hamburg, wobei fünf deutsche Polizeibeamte verletzt wurden[67]. In Augsburg tobte ein regelrechter „Türkenkrieg“. 70 Polizisten mußten aufgeboten werden, neun Personen kamen – zum Teil schwerverletzt – ins Krankenhaus[68]. Ein mit Maschinenpistolen ausgerüstetes 40köpfiges Spezialkommando der Polizei (SEK) mußte in Bielefeld eingreifen, um Türken-Krawalle mit Mühe zu beenden. Kommentar des Bielefelder Polizeipräsidenten Funk: „bürgerkriegsähnlicher Zustand“[69].
Auch innerhalb anderer Ausländergruppen kam es zu brutalen Zusammenstößen. Inder und Pakistani befehden sich blutig, persische Studenten verlegten einen Teil der iranischen Revolution auf die Straßen und Plätze Westdeutschlands.
Deutsche Polizeibeamte und unbeteiligte Passanten wurden in Mitleidenschaft gezogen. Die „latente Feindschaft zwischen Vietnamesen chinesischer Abstammung und Vietnamesen vietnamesischer Abstammung“[70] machte sich in Schlägereien Luft. Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Bremen, Diekmann, konstatierte bei

den Asylbewerbern „bis zu 600prozentige Steigerung krimineller Aktivität gegenüber Normaldeutschen“[71].

Mit einem Anflug von Resignation schreibt Peter Boenisch: „Irgendetwas müssen wir doch falsch machen, daß Ausländer unser Land immer wieder als Übungswiese für Genickschußkommandos mißbrauchen“[72].

Die Jahre 1979 und 1980 brachten den bisherigen Höhepunkt blutiger Konflikte zwischen Ausländergruppen in der Bundesrepublik Deutschland.

Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, daß eine Beruhigung eintreten wird. Mit dem Zustrom immer neuer Völkerschaften wird sich das Konfliktpotential sogar noch erhöhen.

Die 80er Jahre werden verstärkt im Zeichen derartiger Konflikte stehen. Dieses muß bei künftigen Vorschlägen zur Ausländerproblematik unbedingt beachtet werden. Es ist in der Tat unerfindlich, wie eine noch so gutgemeinte Integrationspolitik in einem Klima blutiger Auseinandersetzung zwischen verfeindeten Ausländergruppen Früchte tragen soll.

Jede gedeihliche Ausländerpolitik innerhalb der Bundesrepublik Deutschland muß zwangsläufig fehlschlagen, wenn sie von Mord und Terror begleitet wird.

Die wachsende Ausländerkriminalität und die besorgniserregenden Gruppenkonflikte unter Ausländern bedingen zugleich eine wachsende Ablehnung bei den Deutschen. Mögliche Vorurteile werden zementiert, Distanz zu den Ausländern droht in offenen Haß umzuschlagen.

Dies wäre ohne Zweifel die verheerendste Auswirkung der millionenfachen Überflutung unseres Landes durch fremde Menschen.

Es ergäben sich schlimme Konsequenzen für die Beziehungen unseres Volkes zu fremden Völkern überhaupt. Die Folgerungen sind gar nicht auszudenken für ein Volk wie das unsrige, das aufgrund seiner geographischen Lage und seiner geschichtlichen Erfahrung wie kein zweites ein lebenswichtiges Interesse an der Freundschaft zu möglichst allen Völkerschaften der Welt hat. Hier kommt ein europapolitischer, ja sogar weltpolitischer Aspekt in die Erörterung des Pro-

blems, der von vielen in seiner Tragweite nicht einmal annähernd erfaßt worden ist. Wir werden weiter unten dazu Stellung beziehen.

Es gibt ein ehernes Gesetz in der Völkergeschichte:
Kontakt zu fremden Menschen löst im Anfang neugieriges Interesse aus. Man begegnet den Fremden mit Gastfreundschaft, gewährt ihnen eine gewisse Dauer des Aufenthaltes im eigenen Bereich. Wenn die Zahl der Fremden größer wird, sich jedoch in Grenzen hält, ist man sogar bereit, sie endgültig aufzunehmen, aber auch nur, wenn sie sich dem Lebensstil der Einheimischen anpassen. Übersteigt die Zahl der Fremden ein gewisses Maß, so löst eine Distanzierung die Gastfreundschaft ab. Steigt die Zahl der Fremden noch weiter, droht sogar eine Überfremdung, schlägt die Distanz in Ablehnung, schließlich sogar in offene Gewalt um.
Solange die Völker sich weitgehend in Ruhe lassen, ein begrenzter Austausch von Menschen und Ideen stattfindet, hat es noch nie größere Konflikte gegeben. Fremdenfeindschaft, sogar Fremdenhaß entsteht dann, wenn einer dem anderen „zu nahe rückt", sei es durch Annexion oder Invasion. Dieses Gesetz in der Völkergeschichte läßt sich auf die Formel bringen: Distanz macht Frieden möglich, Eindringen macht Krieg möglich.
Es geht hier gar nicht darum, zu philosophieren, ob dies gut oder schlecht, gut oder böse ist. Man kann nur festhalten, daß die Geschichte dieses Gesetz tausendfach bestätigt hat und weiterhin bestätigt.
Wer Glück und Frieden für die Völker will, muß dem Rechnung tragen.
Bruno Dechamps schreibt in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" sehr richtig: „Vorsicht und Klugheit gebieten, dafür zu sorgen, daß das in jedem Volk schlummernde Ungeheuer der Fremdenfeindlichkeit nicht geweckt wird"[7]. Hierin sollten alle verantwortungsbewußten Männer und Frauen unseres Volkes übereinstimmen.
Befinden wir uns in der Bundesrepublik aber nicht schon auf dem Wege, das oben aufgezeigte eherne Gesetz der Völkergeschichte zu verletzen?

Das Gesetz anzuerkennen, hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu schaffen. Das Gegenteil stimmt doch. Wenn an seine Einhaltung gemahnt wird, dann geschieht dies, um das „Ungeheuer der Fremdenfeindlichkeit“ nicht zu wecken. Wir erleben in der heutigen Diskussion eine merkwürdige Gedankensperre bei einigen Beteiligten. Anstatt die Sorge derer anzuerkennen, die vor noch mehr Ausländern warnen, weil sie um die Gefahren für Deutsche und Ausländer wissen, welche sich daraus ergeben können, wirft man ihnen Ausländerhaß vor. Diejenigen aber, die das Einwanderungsland Bundesrepublik fordern, gelten als Ausländerfreunde, obwohl ihre Haltung eine furchtbare Gefahr auch für die fremden Menschen heraufbeschwören kann.
Wer sich von einer solchen Gedankensperre nicht befreien kann, wird nie zu einer vernünftigen Diskussionsbasis gelangen.
Jürgen Schilling vom Roten Kreuz hat dies erkannt, wenn er schreibt: „Man kann hohen Respekt vor ethnisch Andersartigen haben, ohne daß daraus die Bereitschaft zu folgern wäre, deren Ausdrucksformen täglich erleben zu müssen“[74]. Salvador de Madariaga, der große liberale Denker aus Spanien, meinte: „Es ist nicht das gleiche, wenn einheimische Individuen mit Individuen von auswärts zu tun haben oder wenn eine nationale Gemeinschaft mit einer fremdartigen Gemeinschaft in ihrer Mitte leben muß. Nicht nur Qualität spielt in dieser Frage eine Rolle, sondern auch Quantität“. Eben das ist es!
Heinz Kühn, dessen Forderung nach „Einbürgerung per Postkarte“ zu Recht auf harte Kritik gestoßen ist, machte sich gleichfalls Gedanken hierzu, die sehr beachtlich sind: „Wenn die Zahl der Ausländer, die als Minderheit in einer Nation leben, eine bestimmte Grenze überschreitet, gibt es überall in der Welt Strömungen des Fremdheitsgefühls und der Ablehnung, die sich dann bis zur Feindseligkeit steigern. . . In dem Augenblick, wo der Prozentsatz der Ausländer eine Grenze von etwa 12 bis 15 Prozent der Bevölkerung überschreitet, beginnen die Probleme. Dann wird die Unlust gegenüber dem Ausländer zur Feindseligkeit gesteigert. . . Allzuviel Humanität ermordet die Humanität. Eine bestimmte Zahl von Ausländern wird die Bevölkerung im Zusammenleben akzeptieren können. Wenn

jedoch eine Grenze überschritten ist, wird sich die Feindseligkeit auch auf jene erstrecken, die wir sogar gern bei uns haben möchten"[75]. Solche von Verantwortungsbewußtsein gekennzeichneten Äußerungen sind gewiß sehr zu begrüßen. Ohne entsprechende Maßnahmen bleiben sie jedoch Lippenbekenntnisse. In vielen Stadtgebieten ist die von Heinz Kühn erwähnte Marke von 12 bis 15 Prozent Ausländer längst überschritten. Der im ersten Abschnitt aufgezeigten weiteren Zuwanderungsentwicklung eingedenk, müßte doch – um die von Kühn dargelegten Gefahren zu vermeiden – ein weitgehender Ausländerstopp verfügt werden. Diese Konsequenz wäre zwingend.
Ab 1. April 1975 gab es für wenige Monate eine „Zuzugssperre", die das Eindringen von Ausländern in Gebiete mit einem ausländischen Anteil von mehr als 12 Prozent verhindern sollte. Selbst diese Maßnahme, die des „Wurzels Übel", nämlich den Zustrom über die bundesdeutschen Grenzen an sich, nicht anfaßte, aber immerhin wenigstens eine Maßnahme war, wurde schon bald wieder sang- und klanglos fallengelassen. Es erwies sich, daß die bundesdeutsche Administration entweder nicht willens oder unfähig war, hier zu überprüfen und notfalls dirigistisch einzugreifen. Ein untrügliches Zeichen dafür, daß sich dieses Land mit den etlichen Millionen Ausländern offensichtlich jetzt schon vollends übernommen hat.
Dr. Vetter aus Berlin sieht den „Schwellenwert" der Distanzüberschreitung bei „bis zu zehn Prozent": „Was darüber hinausgeht, schafft Verdruß, Abneigung und schließlich Aggressionen. Diese Auffassung vertraten auch meine indischen und türkischen Gesprächspartner in ihrer Heimat. Die Entwicklung zur gegenseitigen Aggressivität und sozialen Unrast ist in Berlin-Kreuzberg, aber auch in vielen westdeutschen Stadtvierteln, wo teilweise der Ausländeranteil noch größer ist als in Berlin-West, vorprogrammiert"[76].
Vor allem in den Sanierungsgebieten trägt die Nähe zwischen Berlinern und Ausländern nicht zu einem besseren Verständnis zwischen den Bevölkerungsteilen bei, meint Hans-Herbert Götz in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", sondern verstärkt die Distanzierung und Abkapselung[77].
Nochmals Dr. Vetter: „Alle, die nicht in diesen Ausländer-Arbeiter-

vierteln wohnen, sollten aus mangelnder Sachkompetenz gefälligst zu Ausländerfragen im Sinne von Ermunterung zur Integration und zum Hierbleiben für alle den Mund halten und sich lieber Gedanken zu einer geordneten, auch finanziell unterstützten Rückführung der überwiegenden Mehrheit dieser Menschen in ihre Heimatländer machen"[78].

Es soll an dieser Stelle noch nicht auf den Vorschlag zur Rückführung eines Großteils der Ausländer eingegangen werden. Die obige Meinungsäußerung ist von besonderem Gewicht, weil sich dort jemand zu Wort meldet, der die Stimmung unter den Deutschen in Ausländer-überlasteten Wohngebieten kennt.

Der Autor der vorliegenden Abhandlung konnte selbst genügend Erfahrungen in der Dortmunder Nordstadt sammeln, wo er über 15 Jahre gewohnt hat. Diese Gegend hat sich zwischenzeitlich zu einem Mischgebiet ausländischer und deutscher Wohnbevölkerung entwikkelt. In einigen Straßenzügen, so zum Beispiel um den Borsigplatz herum, gibt es nur noch Ausländer, in der Regel Türken. Es läuft immer wieder nach dem gleichen Schema ab:

Die ersten Ausländer wurden mit Interesse und Neugier empfangen. Nirgends war eine Feindlichkeit oder gar ein Haß feststellbar. Dann wurden es immer mehr, wieder belegten sie eine leerstehende Wohnung, wieder zog eine türkische Familie hinzu. Daraufhin verließen die ersten deutschen Familien den Häuserblock, weil sie – nach eigenem Bekunden – mit der Lebensart der Türken nicht zurechtkamen. Es gab schon negative Werturteile über die Fremden, wohlgemerkt, nicht bevor sie da waren, auch nicht, als wenige da waren, sondern erst nachdem sie 20, 30 oder noch mehr Prozent der Nachbarn ausmachten, die Deutschen also einige Jahre Erfahrungen subjektiver Natur gemacht hatten.

Diejenigen, die wegziehen, sind die sozial Mobilen. Sie sind vielfach regelrechte „Flüchtlinge" vor der wachsenden Fremdheit ihrer Umgebung. Zurückbleiben die sozial Immobilen, darunter vor allem alte Menschen und die sozial schwächsten Deutschen. Besonders die Alten vereinzeln nun vollkommen. Es gibt etliche alte Menschen in

bestimmten Straßenzügen der Dortmunder Nordstadt, denen die Heimat zur Fremde geworden ist.
Ihre gesamte Nachbarschaft spricht in einer Sprache, die für sie nur ein vollends unverständliches Kauderwelsch ist (dem Autor liegt es fern, die türkische Sprache abzuwerten; es geht hier lediglich darum, Verständnis für die Sicht der Deutschen zu wecken). Die Geschäfte, die diese Alten zu Fuß erreichen können, sind gleichfalls türkisch. Selbst die „Kneipe an der Ecke", früher wichtigste Kommunikationsstätte, wird von Türken geführt und frequentiert.
Die Alten fügen sich in dieses Schicksal und begehren kaum auf, wenn sie auch hinter vorgehaltener Hand schimpfen.
Die wenigen Jungen hingegen werden zunehmend aggressiv.
So sind in Umrissen die Erfahrungen des Autors, die durch viele Berichte aus anderen Städten mit vergleichbaren Problemen bestätigt werden. Es zeugt von Asozialität, wenn man die Sorgen und Beschwernisse der Deutschen in einem Türkenviertel mit einer Handbewegung vom Tisch fegen will. Es ist schon ein gewaltiger Unterschied, in der Theorie von der Verbrüderung aller Menschen auf dem Territorium der Bundesrepublik zu schwärmen und in der Praxis als einer von wenigen Deutschen unter tausenden Menschen völlig anderer Lebensart und Mentalität leben zu müssen.
Heute wird alles „kritisch hinterfragt". Warum wird so wenig die Sachkompetenz aller möglicher Leute, die sich zum Ausländerproblem auslassen, hinterfragt? Hat die Forderung nicht eine gewisse Berechtigung, jeder „Ausländerfachmann" müsse – bevor er sich als solcher zu Worte meldet – zuerst einmal ein mindestens einjähriges „Praktikum" in einer Etagenwohnung des Türkenviertels von Berlin-Kreuzberg oder auch der Dortmunder Nordstadt absolvieren?
Vor allem natürlich solche „Fachleute", die der Auffassung sind:
a) es sollen ruhig noch viel mehr Ausländer hereinkommen,
b) die Deutschen sind sowieso nur vollgestopft mit Vorurteilen.
Es muß doch die Frage erlaubt sein, ob Liselotte Funcke, seit 1981 Nachfolgerin von Heinz Kühn im Amt des „Bundesbeauftragten für die Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien", wirklich die nötige Erfahrung zu ihrem Amte mitbringt, das ja durch

die Wortwahl schon ein Programm, nämlich die Integration, darstellt. Über Frau Funke ist bekannt, daß sie langjährige Parlamentarierin ist, Vorstandsmitglied des Deutschen Akademikerinnenbundes, väterlicherseits aus einer großunternehmerischen, mütterlicherseits aus einer Bankiersfamilie stammt. Von irgendeiner Beziehung zu den Sorgen und Nöten der deutschen Arbeiter und Rentner in den Ausländerslums ist nichts zu entdecken. Wird sie wenigstens mal mit den Deutschen dort sprechen? Wird sie die Deutschen aufsuchen, sich anschauen, wie es in Wirklichkeit um „Integration", „Einwanderungsland Bundesrepublik" usw. steht?

Wenn manche Deutsche in diesen Ausländerslums die Forderung nach Einwanderungsland, Integration, „mehr Toleranz der Deutschen gegenüber den Ausländern" (die umgekehrte Forderung wurde übrigens noch nie vernehmlich gestellt) hören, dann reagieren sie immer häufiger mit dem Satz: Sollen die doch mal ihre Villen mit unseren Wohnungen hier tauschen. Oder auch: ist denn einer von denen bereit, Ausländer bei sich zu Hause aufzunehmen, seine Kinder in Schulen zu schicken, in denen Türkisch Umgangssprache ist?
Joachim Neander hat sich in solche Gebiete von Duisburg getraut. Dort berichtet er, habe er die ersten ungelenken antideutschen Mauerinschriften gefunden. Beispiel: „Deutsche Schweine – Türken gut"[79].
Schon gibt es heftige Keilereien zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen. Die Polizei konnte im November 1980 nur knapp einen „Rachefeldzug" deutscher Jugendlicher im Ruhrgebiet stoppen, der sich gegen türkische Jugendliche richtete[80].

Es ist hier gar nicht Frage, wer „schuld" ist – Deutsche oder Ausländer. Es ist übrigens auch ein Vorurteil zu sagen, die Deutschen hätten Vorurteile. Es ist weiterhin ein Vorurteil zu sagen, die Ausländer seien verträgliche und leicht umgängliche Menschen.
Solche Stereotypen und Vorurteile führen nicht weiter. Ebensowenig diejenigen mit umgekehrtem Vorzeichen.

Die Verantwortung trägt allein eine Politik, die unkontrolliert, unüberlegt, rücksichtslos und ohne jede Vorsorge Millionen fremde Menschen nach Westdeutschland einströmen ließ.
Verbale Bekundungen, es anders machen zu wollen, gab es auch hier genug. Zwei Bundeskanzler wurden in diesem Abschnitt schon entsprechend zitiert. Nehmen wir ein weiteres Beispiel hinzu:
Ende 1976 stand in der Presse: „Angesichts des hohen Ausländeranteils in Ballungsgebieten und der drohenden Gefahr der Überlastung des Arbeitsmarktes fordern die Sozialdemokraten eine Begrenzung des Familiennachzuges von Gastarbeitern. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ausländerpolitik der SPD-Fraktion, Urbaniak, warnte ausdrücklich vor der Gefahr ‚Sozialer Aggressionen', weil ein zu hoher ausländischer Bevölkerungsteil „auf die Dauer von der einheimischen Bevölkerung nicht hingenommen" würde[81].
Geschehen ist hingegen nichts. Die Ausländerinvasion ging unvermindert weiter, nicht ein einziges Gesetz, nicht eine einzige Maßnahme wurde seitdem beschlossen, um den als gefährlich erkannten Zustrom zu stoppen. Das Gegenteil geschah. Der Familiennachzug wurde forciert, der drohenden Völkerwanderung durch den EG-Beitritt weiterer Länder stillschweigend zugestimmt!
Es sei deshalb an dieser Stelle noch einmal eine ernsthafte Warnung ausgesprochen: schon jetzt „brodelt" es unterschwellig im deutschen Volk wegen der Ausländerflut. Keiner weiß genau, wann der Tropfen fällt, der das Faß zum Überlaufen bringt. Doch der Zeitpunkt scheint bedrohlich nahe. Wer Schlimmes verhindern will, muß sich in die Front derer einreihen, die ein entschlossenes „Bis-hierhin-und-nicht-weiter" formulieren. Es darf nicht zu deutsch-ausländischen Konflikten in der Bundesrepublik kommen.

„Für ein Land gibt es nicht nur Grenzen der Integrationsfähigkeit, es gibt auch Grenzen der Toleranz", meint ein Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung". „Liberalität muß da ihre Grenze haben, wo das Zusammenleben der Gesellschaft in Frage gestellt wird. Der Bogen wird überspannt, wenn in unserer Mitte immer mehr Menschen leben, die wir nicht verstehen, die uns nicht verste-

hen und die mit uns nicht wirklich zusammenleben wollen – oder können"[82].

Schon 1976 warnte Professor Kirchhoff von der Universität Göttingen: „Ich kann mir aber andererseits nicht vorstellen, daß auf lange Sicht gesehen eine zunehmende Einwanderung von für unsere Bevölkerung doch letztlich fremden Menschen nicht einmal zu beachtlichen Unruheherden führen wird"[83].

Dr. Wolfgang Bodenbender sieht für die Zukunft zwei Tendenzen: zuerst einmal – Phase 1 – eine zunehmende Abwanderung Deutscher („Phase der sozialen Distanzierung") und – Phase 2 – die Angst vor Überfremdung und der Übergang zu sozialen Abwehrprozessen („Phase der sozialen Aggression")[84]. Dies entspräche im Ablauf genau dem oben beschriebenen Gesetz der Völkergeschichte.

Professor Schmidt-Kaler: „Selbst bei den vorsichtigsten Modellen wird bereits 1990 die Schwelle von 10 Prozent Ausländern überschritten. Von einer solchen Grenze ab ist es kalkulierbar, daß sich Minderheitenprobleme explosiv entladen"[85]. Es werden „Elementargefühle und Kräfte frei, von denen unsere Integrationstheoretiker gewiß keinen Schimmer haben"[86].

Der Leitartikler des französischen „Figaro" sieht den „Sättigungsgrad" in Orten oder Stadtteilen mit zwölf Prozent Ausländern erreicht. Dann könne Unvorhergesehenes geschehen, das am Ende „niemand gewollt" habe[87].

Erfahrungen in anderen Ländern und in anderen Zeiten machen durchaus „vorhersehbar", was hier in Deutschland, in unserer Mitte, geschehen könnte, wenn die Ausländerquoten weiter ansteigen.

Kann man einer solchen Gefahr sehenden Auges und zugleich tatenlos gegenüberstehen?

Was muß denn erst geschehen, bis gehandelt wird?

Wir fassen zusammen:

1. Die Kriminalität der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland wird aller Voraussicht nach erheblich ansteigen. Schon jetzt übertrifft die Kriminalitätsbelastung der jugendlichen Ausländer diejenige der Deutschen. Aufgrund der sich verschlechternden

sozialen Bedingungen (Slumbildung, gescheiterte Integration, Ausbildungsmisere) wächst die Unzufriedenheit bei den nachfolgenden Ausländergenerationen.

2. Schon jetzt ist die Bundesrepublik Deutschland Austragungsort ausländischer Gruppenkonflikte. Da der Ausländerzustrom unvermindert anhält und immer neue Völkerschaften hereinkommen, werden die 80er Jahre von blutigen Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Ausländergruppen gekennzeichnet sein.
3. Verschiedentliche soziale Abwehrreaktionen der Deutschen sind bereits vorhanden und werden sich steigern. Kommt als zusätzlicher Katalysator noch ein allgemeiner wirtschaftlicher Niedergang hinzu, sind ethnische Auseinandersetzungen großen Ausmaßes zu befürchten.

Noch ist Gelegenheit zur Umkehr.
Die vielzitierte „soziale Zeitbombe" Ausländerproblem tickt.
Auf dieser Bombe sitzen wir alle – Deutsche und Ausländer.

Marsch in den Bürgerkrieg. Alles deutet darauf hin,daß die jetzige Ausländerpolitik spätestens Mitte der 90er Jahre zur sozialen Explosion führt. Diese für Deutsche und Ausländer verheerende Entwicklung muß verhindert werden!

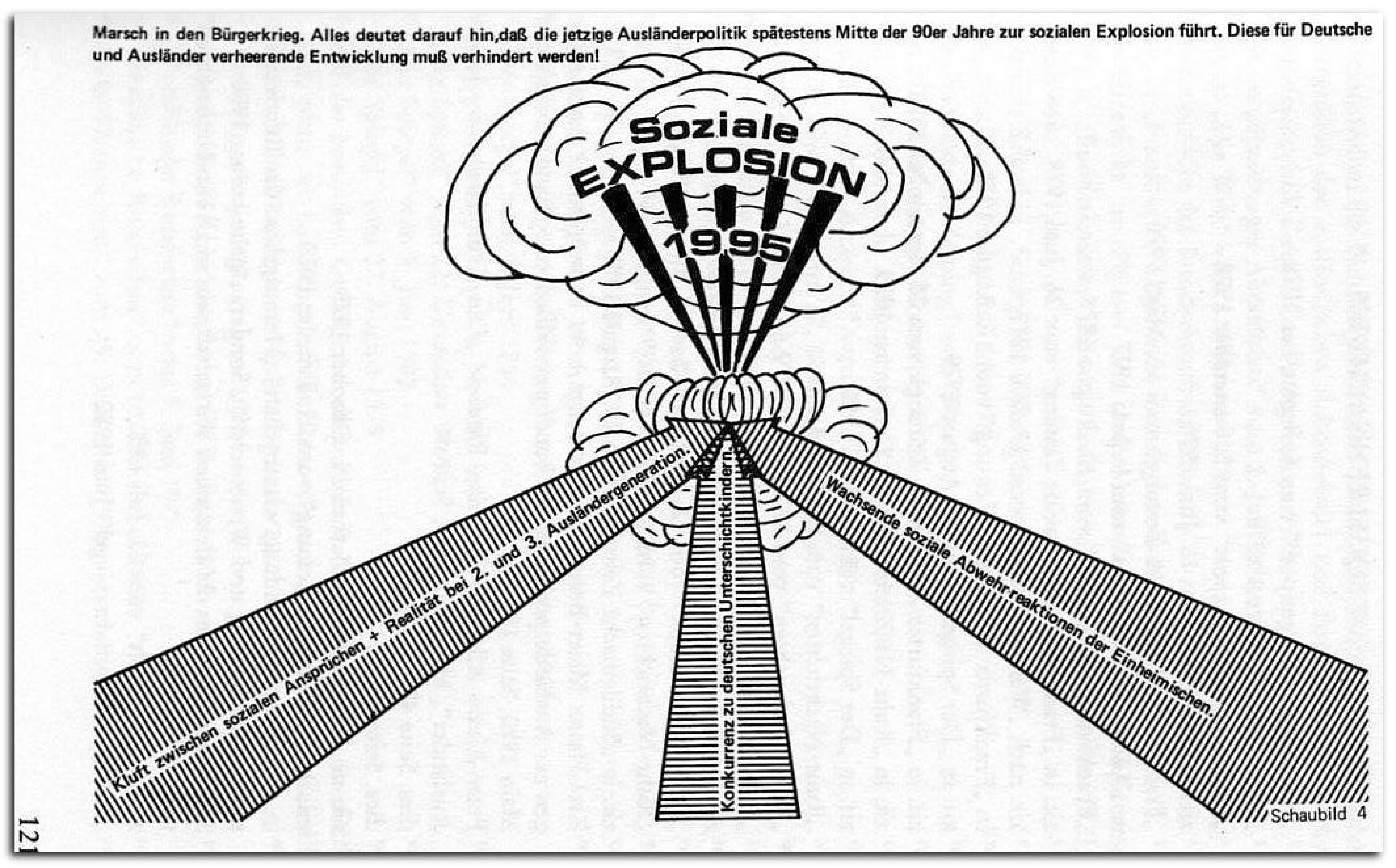


Schaubild 4

QUELLENNACHWEIS

[1] „Hamburger Morgenpost" vom 5. September 1978
[2] „stern" vom 3. August 1978
[3] „Hamburger Morgenpost" vom 5. September 1978
[4] zit. in „Die Zeit" vom 16. Juni 1978
[5] „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 13. März 1976
[6] in „Kölner Stadtanzeiger" vom 8. Juni 1977
[7] „Frankfurter Rundschau" vom 12. August 1978
[8] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 26. Juni 1978
[9] zit. nach „Welt der Arbeit" vom 17. Mai 1979
[10] in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 17. August 1978
[11] zit. in „Der Spiegel" vom 27. August 1979
[12] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 25. September 1978
[13] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 27. Februar 1979
[14] zit. in „Der Spiegel" vom 16. Juni 1980
[15] „Ruhr-Nachrichten" vom 25. Februar 1980
[16] „Ruhr-Nachrichten" vom 22. August 1979
[17] „Ruhr-Nachrichten" vom 25. August 1978
[18] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 13. September 1979
[19] „Ruhr-Nachrichten" vom 12. Januar 1980
[20] „Ruhr-Nachrichten" vom 12. Oktober 1979
[21] zit. in „Süddeutsche Zeitung" vom 18. August 1978
[22] Karl-Heinz Meier-Braun: „Gastarbeiter oder Einwanderer? Anmerkungen zur Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland", Frankfurt/Main 1980, Seite 18
[23] Peter-Alexis Albrecht/Christian Pfeiffer: „Die Kriminalisierung junger Ausländer", München 1979, Seite 46
[24] dies. Seite 49
[25] dies. Seite 7
[26] zit. in „Rheinische Post" vom 18. Oktober 1978
[27] zit. in „Süddeutsche Zeitung" vom 21. Februar 1978
[28] in „Informationen bildung wissenschaft" (Herausgeber: das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft), Sonderausgabe Januar 1980
[29] Studie des Institutes der deutschen Wirtschaft, zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 4. Juli 1980
[30] zit. in „Die Welt" vom 22. Juli 1980
[31] „Kleiner Wirtschaftsspiegel" Juni 1980

[32] Memorandum des Bundesbeauftragten „Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland“, September 1979

[33] zit. in „Hamburger Abendblatt“ vom 2. Juli 1980

[34] zit. in „Die Welt“ vom 8. Februar 1978

[35] Memorandum des Bundesbeauftragten a.a.O.

[36] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 26. April 1980

[37] veröffentlicht in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): „Bundeskanzler Brandt. Reden und Interviews“, Bonn 1971, Seite 448

[38] Daniela Scheel in „Stuttgarter Zeitung“ vom 20. Mai 1978

[39] in „Frankfurter Hefte“ Nr. 10/1978

[40] in „Süddeutsche Zeitung“ vom 17. März 1979

[41] so „Die Zeit“ vom 3. November 1978

[42] zit. in „Süddeutsche Zeitung“ vom 19. September 1978

[43] zit. in „Soester Anzeiger“ vom 13. Februar 1979

[44] zit. in „Die Welt“ vom 17. November 1979

[45] „Die Zeit“ vom 3. November 1978

[46] Albrecht/Pfeiffer a.a.O. Seite 31

[47] „Ruhr-Nachrichten“ vom 25. August 1978

[48] „Der Spiegel“ vom 21. November 1977

[49] zit. in „Ruhr-Nachrichten“ vom 16. Februar 1979

[50] „Der Spiegel“ vom 13. März 1979

[51] „Welt am Sonntag“ vom 19. August 1979

[52] „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 20. September 1979

[53] „Der Spiegel“ vom 9. Juni 1980

[54] „Ruhr-Nachrichten“ vom 4. November 1980

[55] „Der Spiegel“ vom 22. Dezember 1980

[56] „Der Spiegel“ vom 9. Juni 1980

[57] „Der Spiegel“ vom 27. August 1979

[58] weil die hessischen Gefängnisse derart mit Rauschgiftsüchtigen überfüllt sind, plant der hessische Justizminister Günter gar einen Strafaufschub, zit. in „Ruhr-Nachrichten“ vom 17. Januar 1981

[59] „Der Spiegel“ vom 27. August 1979

[60] zit. in „Ruhr-Nachrichten“ vom 13. Februar 1975

[61] „Westfälische Rundschau“ vom 5. Juni 1979

[62] „Westfälische Rundschau“ vom 10. Dezember 1979

[63] „Ruhr-Nachrichten“ vom 25. Dezember 1979

[64] „Quick" vom 31. Januar 1980
[65] „Ruhr-Nachrichten" vom 2. Februar 1980
[66] zit. in „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 9. August 1980 (Verfassungsschutz Niedersachsen), „Ruhr-Nachrichten" vom 11. Juni 1980 (Bundesamt)
[67] „Die Welt" vom 19. Mai 1980
[68] „Nürnberger Nachrichten" vom 19. Juni 1980
[69] zit. in „Neue Rhein/Ruhr Zeitung" vom 30. Juni 1980
[70] so „Der Spiegel" vom 30. Juli 1979
[71] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 17. Juli 1980
[72] in „Bild am Sonntag" vom 22. Juli 1979
[73] in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 21. April 1979
[74] in „Die Zeit" vom 21. November 1980
[75] in einem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung", veröffentlicht am 13. September 1980
[76] in einem Leserbrief, veröffentlicht in „Die Welt" vom 14. Januar 1980
[77] in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 13. März 1976
[78] Leserbrief, Dr. Vetter, Berlin a.a.O.
[79] in „Die Welt" vom 12. Januar 1980
[80] „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 24. November 1980
[81] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 1. Dezember 1976
[82] Axel Schnorbus in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 12. April 1980
[83] in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 21. Dezember 1976
[84] Wolfgang Bodenbender, vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Referat auf der Tagung der Südosteuropa-Gesellschaft in der Akademie Tutzing am 16. November 1976
[85] in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 30. September 1980
[86] so Joachim Neander in „Die Welt" vom 12. Juli 1980
[87] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 25. Juni 1979

FÜNFTER ABSCHNITT

Revolution der Farbigen?

Holen wir uns die künftigen Brandherde der Welt ins eigene Haus?

In der Bundesrepublik Deutschland leben über anderthalb Millionen Menschen islamischen Glaubens. Sie stammen aus Jugoslawien, Pakistan, Nordafrika, vor allem aus der Türkei.
Schon in fünf Jahren wird jeder zehnte Schüler in der Bundesrepublik ein Moslem sein. Die Zahl der Moscheen und islamischen Gebetshäuser in unserem Land liegt bei über eintausend.
Ganze Stadtviertel deutscher Metropolen werden von Muselmanen bevölkert. Wenn die derzeit in Auftrag gegebenen Gutachten zum Ergebnis kommen, daß der Ruf des moslemischen Muezzin dem Glockengeläut christlicher Kirchen gleichzusetzen ist, wird die Präsenz des Islam den Deutschen auch akustisch deutlich.
Die Geburtenfreudigkeit der Mohammedaner übersteigt selbst diejenige der bei uns ansässigen Südeuropäer noch bei weitem. Die Zahl der Menschen islamischen Glaubens wird in den nächsten Jahren stark ansteigen:
Hunderttausende Familienangehörige der hier lebenden Türken planen die Einreise nach Westdeutschland. Im Zuge der EG-Erweiterung werden etliche Millionen türkische Muslime zu uns kommen.
Zur gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und ethnischen Komponente des Ausländerproblems gesellt sich auch noch die religiöse.
Diese Komponente gewinnt besondere Bedeutung, wenn man sich einer historischen und einer sehr aktuellen Tatsache bewußt wird:
1. Das deutsche Volk hat in seiner Geschichte wie kein zweites die Bitternis religiöser Auseinandersetzungen auskosten müssen. Die Entzweiung *innerhalb* der christlichen Glaubensgemeinschaft war zumindest Anlaß, wenn nicht gar Ursache eines dreißig Jahre währenden Krieges, der zwei Drittel der deutschen Bevölkerung ausrot-

tete. Mehrere Jahrhunderte waren nötig, um die Folgen einigermaßen zu überwinden. Erst in unserem 20. Jahrhundert kann – mit einigen Abstrichen – von einer Heilung der Wunden gesprochen werden. Die geschilderten furchtbaren Konflikte fußen wohlgemerkt auf der Entzweiung des Christentums. Es handelte sich also nicht einmal um das Aufeinandertreffen verschiedenartig geprägter Religionen wie etwa Christentum und Islam.

2. Der Islam erfährt in unserer Zeit eine ungeheure Renaissance. Er ist neben Marxismus und westlichem Liberalismus zur dritten weltbewegenden internationalen Ideologie geworden.

Nur unverbesserliche Utopisten können der Auffassung sein, dies alles habe keine Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland. Nur realitätsferne Schwärmer verkennen die Entwicklung zu einer neuen Religiosität in aller Welt, auch in Industriestaaten.

Woher nimmt man die Ignoranz, die religiöse Komponente des Ausländerproblems geringzuschätzen in einer Zeit, da hunderttausende junge Menschen in den westlichen Industrieländern auf der Suche nach religiöser Erfüllung sektenartigen Jugendreligionen in die Fänge geraten, Millionen Polen unter dem Banner der Heiligen Jungfrau von Tschenstochau gegen das kommunistische Imperium rebellieren, viele Millionen Schwarze in Lateinamerika in innigster Zuneigung zu dem Glauben ihrer Vorväter aus Afrika zurückkehren, die muselmanische Revolution unter der grünen Fahne des Propheten den ganzen Erdgürtel zwischen Marokko und den Philippinen erschüttert?

Wir begegnen – wie so oft schon – auch hier realitätsfernen Schwarmgeistern, die die wirklichen Zeichen der Zeit entweder nicht erkennen können oder nicht erkennen wollen, weil sie sich in ihren Luftschlössern gemütlich eingerichtet haben.

Diese Leute schlagen entsprechende Warnungen leichtfertig in den Wind und sind dann völlig perplex, wenn die Koranschulen in der Bundesrepublik Deutschland wie Pilze aus dem Boden sprießen. Dann stimmen sie wehleidiges Geschrei an und werfen den Koranschulen, die ja nur ein Zeichen der Reislamisierung sind, Intoleranz, Brutalität, reaktionäre Haltung vor. Sie übersteigern ihre Vorwürfe

sogar zu unerhörten Haßtiraden gegen die islamische Religion, schon wegen der tiefen Enttäusschung darüber, daß die Realität ihre abstrusen Traumtänzereien einmal mehr grundlegend widerlegt hat.
Man schimpft über die zunehmende religiöse Bekenntnisfreude der Türken in der Bundesrepublik, befürchtet durch sie gar eine „Faschisierung" der Gesellschaft.
Anstatt aus den Fehlern zu lernen, anstatt nunmehr denen Gehör zu schenken, die vor den Gefahren schon jahrelang warnen, macht man sich daran, den Türken und anderen Muselmanen das Recht zu bestreiten, nach eigener Façon selig zu werden. Die Koranschulen sollen – selbst unter Einsatz von Zwangsmaßnahmen – geschlossen werden, Organisationen, die sich dem Erhalt und der Verbreitung des Islams verschrieben haben, sollen als „faschistisch" und „staatsgefährdend" verboten werden.

Dabei handelt es sich um eine Don Quichotterie mit gefährlicher Konsequenz: Alle Versuche, die Islamisierung zu vereiteln, provozieren das Gegenteil. Selbst ein so mächtiges Potentat wie der Schah scheiterte letztendlich an dem Experiment, seinem Land einen „westlichen" Stempel aufzudrücken. Er wurde in einer gewaltigen Empörung der Massen vom Thron gefegt mit dem schließlichen Ergebnis einer islamischen Theokratie.
Wenn es nicht um derart ernste Probleme ginge, wäre es schwierig, angesichts der naiven Versuche, die islamische Renaissance zu stoppen, keine Satire zu schreiben.
Die Welt ist durch die islamische Revolution in Bewegung geraten, und einige Integrationisten in der Bundesrepublik vertreten weiterhin die Meinung, ausgerechnet wir Deutschen könnten Millionen Moslems einfach „schlucken", eingliedern, integrieren. Dies soll in einer Gesellschaft gelingen, die in keiner Weise mit der Re-Integration deutscher Jugendlicher fertig wird, welche vor ihr in die Arme fernöstlicher Gurus flüchten.
Ist eine solche Anschauung nicht Ausdruck einer abgrundtiefen Selbstüberschätzung, um schlimmere Vokabeln zu vermeiden?
Die Integrationisten werden schon durch die jetzt hier lebenden über

anderthalb Millionen Moslems in Zukunft allerhand „Überraschungen“ erleben.

Überraschungen, die ihnen erspart geblieben wären, wenn sie auf die Warner gehört hätten, die schon seit Jahren sagen:

Das Hereinholen von Millionen Moslems schafft – in Erkenntnis des islamischen Aufbruchs überall in der Welt – eine erhebliche soziale Unrast in unserm Volk, die die Gesellschaft in der Bundesrepublik in ihrer derzeitigen Verfassung unmöglich verkraften kann.

Ihrem amöbenhaften Lernvermögen entsprechend befürworten die Integrationisten auch noch die Öffnung der bundesdeutschen Tore für weitere Millionen Gläubige des Islams. Die Gewährung der EG-Freizügigkeit für die Türkei nämlich wird das Problem potenzieren. Kamen bislang vorwiegend Türken aus den mehr laizistisch geprägten Landesteilen zu uns, werden es in Zukunft solche aus den streng islamischen Kernregionen der Türkei sein.

Wer es gut meint mit Deutschen und Ausländern, mit Christen und Moslems, wird anerkennen, daß unsere Gesellschaft schon mit über anderthalb Millionen Muselmanen schier unüberwindliche Schwierigkeiten hat. Daraus ergibt sich mit zwingender Logik, daß das Hereinströmen zusätzlicher Millionen Moslems bei verantwortungsbewußten Bürgern keine Befürwortung finden kann.

Die christlichen Kirchen in Deutschland befinden sich hier in keiner beneidenswerten Position.

Unter der vorgehaltenen Hand wird wachsender Mißmut über die Islamisierung in unseren Großstädten geäußert. Koranschulen und Moscheen platzen vor Überfüllung, die christlichen Kirchen beklagen leere Stuhlreihen beim Gottesdienst. Der vorwärtsstrebende Islam könnte ja auch eine Konkurrenz werden. Vielleicht wird er für manchen jungen Menschen, der nach Alternativen zum Materialismus sucht und sie in den christlichen Amtskirchen nicht findet, in seiner Festigkeit und Geschlossenheit zum verlockenden religiösen Angebot.

Auf der anderen Seite bemüht man sich darum, die „Mauer des Schweigens“, welche die Moslems in der Bundesrepublik umgebe, zu durchbrechen.

Man kann sich auch bei solchen Formulierungen nicht des Eindrucks erwehren, daß eine gewisse Torschlußpanik vorherrscht. Denn für die Durchbrechung dieser Mauer des Schweigens werden die Moslems selbst sicherlich sorgen; den Beistand der christlichen Kirchen brauchen sie dafür gewiß nicht. Schon fordern sie ja die Anerkennung, die „Offizialisierung" des Islams mit dem Recht, Kirchensteuer zu kassieren usf.

Endlich gibt es Bestrebungen bei den christlichen Kirchen, besonders „ausländerfreundlich" zu sein, indem man sich an die Spitze der Integrationsbestrebungen und der Forderung nach Deutschland als Einwanderungsland stellt.

Man darf gespannt sein, wie die christlichen Kirchen hier weiter verfahren. Nehmen sie ihren durch Religionsstifter Jesus und die Apostel aufgegebenen Auftrag zur christlichen Missionierung ernst, muß ja die Christianisierung der hier lebenden Moslems, zumindest die Eindämmung der weiteren Ausbreitung des Islam ihr Ziel sein.

Es wäre gewiß unredlich, den christlichen Glaubensgemeinschaften ein ironisches „na, dann viel Glück dabei" zuzurufen. Schließlich gehört das christliche Element zu den integralen Kulturüberlieferungen unseres Volkes. Die Aussicht, daß wir vielleicht schon in wenigen Jahrzehnten mehr gläubige Moslems als Christen in der Bundesrepublik haben, kann gewiß niemand gleichgültig lassen, der in der Erhaltung unserer Kultur einen großen Wert sieht.

Ohne zu schulmeistern, sei den christlichen Kirchen der dringende Rat gegeben, zu überprüfen, ob Integrationsträumerei und die Forderung nach dem Einwanderungland ihren eigenen Interessen entspricht, wenn schon Rücksichtnahme auf deutsche Kultur und Volkstum wenig gefragt ist.

Millionen Moslems in unserem Land. Dies hat auch eine weltpolitische Bedeutung. Die europäische Geschichte kennt mehrfaches Übergreifen des islamischen Orients. Mauren drangen über die Meerenge von Gibraltar ein, eroberten Spanien und überschritten die Pyrenäen nach Frankreich hinein, wo sie schließlich gestoppt wurden. In Süditalien und Südosteuropa, vor Wien standen die islami-

schen Türken, bis sie in einer gewaltigen europäischen Kraftanstrengung entscheidend geschlagen wurden.
Vor fünfhundert Jahren, 1481, tobte der Kampf gegen Granada, das letzte maurische Reich auf spanischem Boden. Im gleichen Jahr kapitulierten die Osmanen in Süditalien, hatten aber kurz zuvor (1453) das stolze Ostrom (Konstantinopel) erobert.
Natürlich lassen sich die muselmanischen Kolonialreiche auf europäischem Boden nicht mit dem heutigen Eindringen von Millionen Moslems in Europa vergleichen.
Dennoch ist es zumindest interessant festzustellen, daß etlichen Generationen europäischer und besonders deutscher Schüler vermittelt wurde, welch großes Heil die Abwehr des islamischen Ansturms auf Europa bedeutet habe, daß dadurch unsere Kultur gerettet worden sei, die abendländische Lebensweise vor der orientalischen. Während nunmehr das Einfluten etlicher Millionen Muslime, ihre Prägung ganzer Stadtviertel und demnächst sicherlich ganzer Großstädte plötzlich eine erstrebenswerte Bereicherung unserer Kultur sein soll.
Es gibt doch nur zwei Möglichkeiten, diesen Sinneswandel zu erklären: Entweder haben die vielen Historiker, Kulturphilosophen und auch Religionswissenschaftler der letzten Jahrhunderte den baren Unsinn verbreitet.
Oder aber der abendländisch-europäische Selbsterhaltungsgeist ist verlorengegangen, abgeschlafft, ohne jede Widerstandskraft gegen den lebensprallen Orient.
Hierauf eine schlüssige Antwort zu finden, würde den Rahmen dieser Abhandlung sprengen. Jeder sei aufgefordert, die Alternativen zu durchdenken.

Zurück zur weltpolitischen Bedeutung:
Dazu ist eine kurze Abschweifung in die weltpolitischen Tendenzen seit 1945 nötig.
Nach 1945 wurde die Welt in zwei Machtbereiche aufgeteilt. Die westliche Hemisphäre wurden zum Interessengebiet der Vereinigten Staaten von Amerika, die östliche zu demjenigen der Sowjetunion.

Diese Zweiteilung war eine Folge des Zweiten Weltkrieges, durch den Kerneuropa als weltpolitischer Machtfaktor ausgeschaltet wurde. Die Aufteilung der Welt in Interessengebiete der USA und der Sowjetunion geschah bei verschiedenen Konferenzen, unter anderem in Jalta. Daher wird auch vom „System von Jalta" gesprochen.

Dieses System blieb in den über drei Jahrzehnten seither nicht starr. Trotz der Zweiteilung der Welt gab es noch mancherlei strittige Freiräume. Andererseits begann das Heranwachsen neuer weltpolitischer Kräfte. Die beiden „Supermächte" erwiesen sich trotz allem mit der Aufgabe überfordert, den gesamten Globus unter Kontrolle zu halten. Ein derart gigantisches Unterfangen wie die Aufteilung der Welt konnte nicht gelingen.

Einer dieser Freiräume war zunächst Afrika. Afrika wurde ja erst in den fünfziger, sechziger, zum Teil sogar siebziger Jahren (portugiesische Besitzungen) von den europäischen Mächten entkolonialisiert und wurde dann frei für das Machtstreben Moskaus und Washingtons. Zu den Freiräumen gehörte übrigens auch das Gebiet von Afghanistan und Persien, welches schon seit Jahrhunderten zwischen den Großmächten dieser Welt besonders strittig ist. Ein Blick auf die Karte genügt, und man erkennt, daß Iran und Afghanistan die Mitte der Alten Welt darstellen. Die beiden genannten Regionen liegen im Zentrum der afro-eurasischen Landmasse und haben daher eine Schlüsselstellung.
Wenden wir uns nunmehr den aufkeimenden neuen Weltmächten zu! Während infolge des Zweiten Weltkrieges Kerneuropa in seiner Machtstellung abgelöst wurde durch zwei – vom eurozentristischen Weltbild aus gesehen – Randmächte kontinentalen Zuschnitts, die aber im Grunde „Ableger" Europas waren, kommen seit 1945 farbige Völker ins Rampenlicht der Macht.
Aller Voraussicht nach werden es vornehmlich drei Gebiete sein, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die Welt in Atem halten.
Diese neu anwachsenden Machtzentren schicken sich an, das System von Jalta zu zersprengen.

Es sind dies:

1. Ostasien, insbesondere China
2. der islamische Raum
3. Lateinamerika

In diesen Gebieten reift das Ferment der Dekomposition, der Sprengsatz für das System von Jalta heran.

Weitere künftige Brennpunkte des Weltgeschehens: Schwarzafrika, Indien, Hinterindien.

China mit seiner Milliardenbevölkerung gleicht jetzt noch einem schlafenden Riesen, der sich aber bereits unruhig hin- und herwälzt. Wenn auch die angestrebte wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit zwischen China und Japan Wirklichkeit wird, könnte sich dort ein Machtkartell ungeheuren Ausmaßes bilden.

Den islamischen Raum hat ein gewaltiges Beben erfaßt. Ein untrügliches Zeichen hierfür sind die Schlagzeilen in der Weltpresse. 80 Prozent dieser Meldungen werden schon vom islamischen Raum bestimmt, sei es das Öl, sei es Nahost, sei es Iran, sei es Afghanistan. Dieser Raum birgt eine Menschenmasse von derzeit 600–700 Millionen.

Bliebe noch Lateinamerika. Dieses platzt wirtschaftlich und vor seinen Menschenmassen aus allen Nähten. Brasilien wird schon Ende dieses Jahrhunderts an die 200-Millionen-Menschen-Marke heranreichen, Mexiko wird diese Marke nur wenige Jahrzehnte später erreichen. Lateinamerikanische Städte wie Mexiko-Stadt oder Sao Paulo haben dann – nach Berechnungen der Weltbank – 32 bzw. 40 Millionen Einwohner.

Die beiden Träger des Systems von Jalta spüren die kommenden Dinge schon recht deutlich. Die Schüsse am Ussuri und in Afghanistan einerseits, wachsende Unruhe in Lateinamerika andererseits belegen dies ganz eindeutig. Besonders die Sowjetunion, umgeben vom Gürtel der Halbkontinente im Süden, Osten und Westen und von der Arktis im Norden, wird sich auf eine Mehrfrontenauseinandersetzung in langfristigen Zeiträumen gefaßt machen müssen. Im Osten die Front zu China, im Süden der unruhige islamische Raum. Hinzu kommt ein widerspenstiges Europa im Westen.

Die Fronten zwischen den Jalta-Mächten und den aufstrebenden neuen Weltmächten laufen jedoch nicht nur entlang der Staats- und Einflußgrenzen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten. Diese Fronten laufen auch mitten durch die beiden Staatsgebiete.
In den Vereinigten Staaten haben sich in den letzten beiden Jahren wahre Heerscharen lateinamerikanischer Einwanderer angesiedelt. Ihre Zahl wird bereits auf zwischen 20 und 30 Millionen geschätzt. Dieser Zustrom hält trotz aller massiven Gegenmaßnahmen an. Die Fruchtbarkeitsrate dieser Völkerschaften ist gewaltig. Im Verein mit den sich ebenso rasch ausbreitenden Negern in den USA werden die „Latinos" die künftige Front mitten ins Herz der Vereinigten Staaten von Amerika verlegen.

Nicht besser ist die Sowjetunion dran:
Die asiatischen und islamischen Völkerschaften vermehren sich in einem weitaus größerem Maße als die Europäer in der Sowjetunion. Bereits im Jahr 2000 wird jeder dritte Sowjetbürger Moslem sein, wenige Jahrzehnte später werden die Europäer dort nur noch eine Minderheitenposition haben.

Islamische und asiatische Völkerschaften werden dafür sorgen, daß die künftige Front auch innerhalb der Sowjetunion verläuft.
Die kommenden mit Zwangsläufigkeit ablaufenden Zusammenstöße zwischen den Jalta-Mächten und den aufstrebenden farbigen Mächten werden also sowohl zwischen- als auch innerstaatlich vonstatten gehen.
Die Wucht des Zusammenstoßes wird so groß sein, daß das System von Jalta zerbricht. Die zweigeteilte Welt wird unmittelbar zuvor einer brüchigen Staumauer gleichen, die die gewaltig aufgestauten Wassermassen nicht mehr zurückhalten kann.
Schon die 80er Jahre werden das Gesicht der Erde in geradezu revolutionärer Weise verändern. Am Ende der 90er Jahre schließlich wird kaum noch etwas so sein wie heute.

Die Welt ist in einem gigantischen Wandel begriffen.

Europa hat hierbei eine großartige Chance.
Zuerst einmal gilt es festzustellen, daß Europa keine unmittelbaren Berührungspunkte mit den aufstrebenden Welt-Mächten hat. Sie liegen geographisch tausende Kilometer weit weg. Bedenklich nahe liegt allenfalls der islamische Raum. Auch hat Europa eigentlich nicht zu befürchten, „innere Fronten“ der kommenden Auseinandersetzungen zu erleben.
Aber: man ist dabei, uns die künftigen Weltbrandherde ins eigene europäische und deutsche Haus zu holen. Durch die massenhafte Zuwanderung islamischer, asiatischer und demnächst auch afrikanischer und südamerikanischer Menschen nach Europa drohen die künftigen Konflikte inmitten unseres Kontinentes abzulaufen.
Damit wird Europas Chance verspielt, sich aus dem künftigen Welthändeln herauszuhalten. Damit beschwört man Konfliktgefahr in unserem eigenen Kontinent, unserem eigenen Land herauf.
Dieser weltpolitische Aspekt der Ausländerüberflutung darf keineswegs außer acht gelassen werden.
Die große europäische Aufgabe der kommenden Jahrzehnte könnte sogar darin liegen, Vermittlungs- und Friedensdienste in der großen Auseinandersetzung zu übernehmen.
Diese Aufgabe kann aber nur erfüllt werden, wenn wir nicht selber belastet sind mit aufbegehrenden farbigen und orientalischen Volksgruppen in millionenfacher Zahl.

Im Interesse des Friedens darf Europa hier nichts verbaut werden!

SECHSTER ABSCHNITT

Der deutsche Ruf

Haben die Deutschen die Ausländer „gerufen"?
– wie man mit dem obersten Souverän im Staat umspringt

Am 20. Dezember 1955 wurde zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien eine Anwerbevereinbarung für italienische Arbeiter geschlossen. Mit dieser ersten Anwerbevereinbarung begann eine Entwicklung, in deren Folge Millionen Ausländer nach Westdeutschland strömten.
1960 folgte eine Anwerbevereinbarung mit zwei weiteren Mittelmeer-Anrainern, Spanien und Griechenland, ein Jahr darauf mit der Türkei. Nach Kleinasien war Nordafrika an der Reihe: 1963 Anwerbevereinbarung mit Marokko, 1965 mit Tunesien, im Jahr dazwischen mit Portugal.
Im Oktober 1968 schloß der Rat der Europäischen Gemeinschaft die „Freizügigkeitsvereinbarung", d.h. volle Freizügigkeit für Arbeiter aus den Mitgliedsländern der Gemeinschaft. In den Genuß dieser Freizügigkeitsvereinbarung kam als „Gastarbeiter-Exportland" zunächst Italien, das bereits der „Europäischen Gemeinschaft" angehörte. Mit der EG-Aufnahme weiterer Mittelmeerländer, die Arbeitsemigranten stellen, im Verlaufe der 80er Jahre wird diese Freizügigkeit auch für Griechenland, Portugal, Spanien und die Türkei gelten.
Über die Konsequenzen der Anwerbevereinbarungen und schließlich der EG-Freizügigkeit wurde die deutsche Öffentlichkeit nur unzureichend unterrichtet. Kamen dennoch kritische Fragen, so wurde der Öffentlichkeit in den 50er Jahren versichert, es handele sich lediglich um „Saisonarbeiter", die angeworben werden. In den sechziger Jahren schaltete man dann um auf den Terminus „Gastarbeiter", um den vorläufigen Charakter der Ausländerbeschäftigung herauszustreichen. Die politisch verantwortlichen Kräfte betonten einhellig, es

finde keinesfalls eine Einwanderung statt, es handele sich ausschließlich um eine zeitlich begrenzte Aufnahme fremder Arbeiter.
Ungeachtet dessen wird vielfach die Meinung vertreten, die Westdeutschen selbst hätten das Millionenheer der Ausländer „gerufen", die Deutschen in der Bundesrepublik hätten gar bewußt der Entwicklung zum Einwanderungsland zugestimmt, diese zumindest billigend in Kauf genommen.
So wird regelmäßig jeder Forderung nach Stopp des Ausländerzustroms oder dem Verlangen nach Abbau der Ausländerzahlen das Argument entgegengehalten, die Deutschen selbst hätten die Fremden hereingerufen, die Deutschen selbst hätten den millionenfachen Zustrom von Ausländern zugestimmt.
Dieses Argument verdient in der Tat Beachtung und sorgfältige Untersuchung. Denn eine Berufung auf den obersten Souverän im Staate, den Staatsbürger, wiegt in einem demokratisch verfaßten Gemeinwesen schwer.
Bei der Untersuchung der hier vorliegenden Frage taucht jedoch eine große Schwierigkeit auf. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland kennt mit Ausnahme der Neugliederung des Bundesgebietes nicht die Möglichkeit der direkten Einwirkung der Staatsbürger auf Gesetzgebung und Politik durch Volksentscheid oder Volksbegehren. Es entspricht dem Wesen der ausschließlich repräsentativen Demokratie, daß die Wähler sich allgemein und nicht spezifisch entscheiden müssen. Aus dem Votum der Wählerschaft für eine Regierungskoalition kann also nicht unbedingt geschlossen werden, daß sie nun mit jedem Teilaspekt von deren Politik einverstanden sind. Es wäre also problematisch zu behaupten, daß die Wählerentscheidung der vergangenen Jahre für Regierungen, die millionenfache Ausländerbeschäftigung initiierten, zugleich auch eine spezifische Zustimmung zu solcher Ausländerpolitik bedeutete. Wie bereits oben dargelegt, wurde die Ausländerpolitik sogar bedauerlicherweise aus der wahlpolitischen Diskussion bewußt herausgehalten.
Einige Bundesländer jedoch kennen per Verfassung die Möglichkeit des Volksbegehrens und des Volksentscheides, so zum Beispiel das Bundesland Nordrhein-Westfalen. Hier wurde von der parlamentari-

schen Opposition im Jahre 1979 durch Volksbegehren ein bestimmtes Schulmodell der Regierung zu Fall gebracht. Dennoch entschieden sich die Wähler bei der Wahl 1980 für die Partei, die hinter diesem Schulmodell stand. Somit wurde der Beweis erbracht, daß die Wahlentscheidung in der repräsentativen Demokratie summarisch, nicht jedoch spezifisch ausfallen muß, man also aus einer bestimmten Wahlentscheidung nicht die Zustimmung zu jeder Politik der Gewählten herauslesen kann.
Ebenfalls in Nordrhein-Westfalen wurde der bislang einzige Versuch gestartet, per direkte Demokratie Einfluß auf die Ausländerpolitik zu nehmen. Eine als „rechts" eingestufte „Bürgerinitiative Ausländerstopp" brachte 1980 einen Gesetzentwurf zur „Rückkehrförderung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien" ein, versehen mit der gesetzlich vorgeschriebenen Zahl von Unterschriften[1]. Nach Artikel 68 Landesverfassung hatte nunmehr die Landesregierung darüber zu entscheiden, ob dieser Gesetzentwurf Gegenstand eines Volksbegehrens werden solle. Die nordrhein-westfälische Landesregierung lehnte dies jedoch mit der Begründung ab, ein solches Gesetz berühre die Bundeszuständigkeit und könne daher nicht Gegenstand der Gesetzgebung des Bundeslandes werden.[2] Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" kommentierte seinerzeit: „Sehr ernst nimmt die Düsseldorfer Landesregierung das Treiben einer ‚Bürgerinitiative Ausländerstopp', die per Volksentscheid gesetzliche Maßnahmen zur Verminderung der Ausländerzahlen erzwingen will. Aus Angst, die rechten Fremdengegner könnten die erforderlichen 2,5 Millionen Stimmen zusammenbringen, flüchtet die Regierung Rau zu Tricks: Das Thema soll, wenn schon, in einem Bundesrahmengesetz geklärt und damit auf dem Zuständigkeitsweg abgewimmelt werden"[3].

Somit war der Versuch einer direkten Befragung der Staatsbürger zur Ausländerpolitik vereitelt, vor allem jedoch der Beweis, daß die Bürger tatsächlich der herrschenden Behandlung der Ausländerfrage zustimmen.
Träfe allerdings die Analyse des „Spiegels" zu, so ließe sich schließen, daß die Regierenden zumindest im Bundesland Nordrhein-Westfalen

vor einer Prüfung der Übereinstimmung ihrer Ausländerpolitik mit dem Willen der Staatsbürger ganz offenbar zurückschrecken.
Weder geben also die Wahlentscheidungen stichhaltigen Anlaß für die These, die Deutschen würden dem millionenfachen Zustrom von Ausländern zustimmen, noch liegen entsprechende Volksentscheide vor.
Welche Möglichkeit verbleibt, um die Richtigkeit der These nachzuprüfen?
Die einzig verbleibende Möglichkeit sind demoskopische Untersuchungen, Meinungsumfragen. Selbstverständlich können auch diese keine abschließende Beurteilungsgrundlage liefern – über die Problematik demoskopischer Untersuchungen wurde andernorts vielfach diskutiert. Es sei auf die entsprechenden Untersuchungen hingewiesen. Dennoch können sie wichtige Anhaltspunkte liefern, und da die Verfechter der These, die Deutschen selbst hätten die Ausländer gerufen, nur die Behauptung selbst, jedoch keinerlei Beweise anführen können, sollen hier einschlägige Meinungsumfragen dargelegt werden:
Im März 1956, mithin nur ein Vierteljahr nach Abschluß der ersten Anwerbevereinbarung, fragte das Institut für Meinungsforschung in Allensbach einen repräsentativen Querschnitt der westdeutschen Bevölkerung:
„Sind Sie dafür oder dagegen, daß italienische Arbeiter nach Deutschland geholt werden?"
Dagegen sprachen sich 55 Prozent aus, dafür nur 20 Prozent. Sechs Prozent äußerten „kommt darauf an", 18 Prozent hatten davon noch nichts gehört, ein Prozent äußerten „sonstige Meinung"[4].
Diese und die folgenden Meinungserhebungen wiegen um so schwerer, als man – wie bereits oben betont – den Deutschen ausdrücklich versicherte, es handele sich bei den angeworbenen Ausländern lediglich um Saisonarbeiter, die bald wieder in ihre Heimat zurückkehren. Wohl nicht einmal im Traum dachten die Deutschen an Familiennachzug der Ausländer, an Millionenzahlen, gar an ein Einwanderungsland. Die populäre Ansicht der Deutschen war eben, daß eine baldige Heimkehr der Fremden zu erwarten sei[5].

1961 legte das Emnid-Institut den Befragten folgende Äußerung vor: „In Deutschland gibt es zuwenig Arbeitskräfte, die deutsche Wirtschaft braucht Ausländer, um die freien Stellen zu besetzen".
Trotz der Suggestion dieser Äußerung stimmte nicht einmal die Hälfte der Befragten dafür (48 Prozent)[6].
1963 wollte das Institut dür Markt- und Verbrauchsforschung die Einstellung der Westberliner zur Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte in der Stadt ermitteln. Trotz der besonderen Lage Berlins (infolge der Isolierung und Abschnürung großes Interesse an internationaler Zugänglichkeit), ergab sich auch hier keine Mehrheit für „Gastarbeiter". 40 Prozent der Befragten sprachen sich gegen, ebenso viele für die Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte aus. Bei den befragten Arbeitern der Stadt waren sogar nur 33 Prozent dafür, 45 Prozent jedoch dagegen (22 Prozent Unentschiedene).[7]
Der „Spiegel" berichtete im folgenden Jahr, daß die steigende Zahl von Gastarbeitern Anlaß zu Mißmut bei den deutschen Belegschaften gebe[8].
Im Dezember 1964 fragte das Wickert-Institut:
„Wenn die Arbeitszeit in der Bundesrepublik Deutschland pro Woche eine Stunde länger sein würde und dadurch keine Gastarbeiter in Deutschland wären, würden Sie das begrüßen oder nicht begrüßen?"
70 Prozent der befragten Männer, 64 Prozent der befragten Frauen würden dies begrüßen[9].
1965 richtete das Emnid-Institut für Meinungsforschung an eine repräsentative Zahl von Bundesdeutschen die Frage:
„Was halten Sie davon, daß die Bundesrepublik Ausländer als Gastarbeiter nach Deutschland holt? Sind Sie eher dafür oder eher dagegen?"
51 Prozent äußerten sich gegen das Hereinholen von Gastarbeitern, nur 27 Prozent dafür (22 Prozent keine klare Stellungnahme). Besonders hoch war die Ablehnung des Gastarbeiterzustroms bei Arbeitern und Bauern, niedriger hingegen bei Angestellten und Selbständigen[10].
Ende März 1966 gab die „Bild-Zeitung" die Meinung wieder, Ausländer seien fleißigere Arbeiter als Deutsche. Dies hatte Arbeitsniederle-

gungen, Streiks und Proteste der deutschen Belegschaft in den Betrieben zur Folge[11].

Ebenfalls im März 1966 führte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Bonn-Bad Godesberg eine „Informationstagung" zum Thema „Probleme der Ausländerbeschäftigung" durch. Bei dieser Gelegenheit bedauerte K. W. Herbst, Abteilungsleiter der Bundesvereinigung, daß, wie „eingehende Beobachtungen" zeigten, das „Unbehagen der deutschen Bevölkerung gegenüber der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte noch immer nicht einer vernünftigen und sachgerechten Einstellung Platz gemacht" habe[12].

Hier taucht also ein vollends anderes Argument auf, welches in den folgenden Jahren eine verstärkte Rolle spielen wird: man beruft sich nicht auf das „Volk", sondern unterschiebt diesem in seiner Beurteilung der Ausländerfrage „Unvernunft", „Unsachlichkeit" usw.

In einer Fernsehsendung des „Westdeutschen Rundfunks" 1967 hieß es: „Nach einer Umfrage sind 73 Prozent der Deutschen der Meinung, man solle die Gastarbeiter erst gar nicht nach Deutschland hereinlassen"[13].

Gleichfalls 1967 ließ das Meinungsforschungsinstitut Infratest verlautbaren, daß 51 Prozent der Deutschen die Auffassung hätten, die Gastarbeiter nähmen den deutschen Arbeitnehmern die Arbeitsplätze weg, wir könnten auch ohne sie auskommen. Begleitet wurde diese Nachricht von dem Kommentar, die Mehrheit der Deutschen sei also beladen mit „Ressentiments und nationalen Stereotypen"[14].

Ende der 60er Jahre unternahmen die Massenmedien große Anstrengungen, der Öffentlichkeit die Vorstellung einer „Integration" der Ausländer nahezubringen. Dennoch mußte in einer 1970 veröffentlichten Untersuchung festgestellt werden, es entspreche der „Grundeinstellung von 85 Prozent der Deutschen", daß die Ausländer Fremde bleiben sollen[15].

Im gleichen Jahr brachte eine Umfrage der Gewerkschaften folgendes Ergebnis: Während jeder zweite Angestellte oder Beamte die große Ausländerzahl akzeptiere, gehe dieser Anteil bei Facharbeitern auf 38 Prozent und bei den übrigen Arbeitern auf 30 Prozent zurück[16].

Die 70er Jahre brachten eine gehörige Steigerung der Anstrengungen, die Verfestigung der millionenfachen Ausländerbeschäftigung und die „Integration" der Ausländer zu propagieren. Gegenteilige Auffassungen sahen sich fortan dem vehementen Vorwurf der „Ausländerfeindlichkeit" ausgesetzt, wenn nicht gar noch massivere Vokabeln verwendet wurden.
Trotzdem mußte der „Spiegel" in einer Umfrage 1972 (vor Eintritt wirtschaftlicher Rezession und Massenarbeitslosigkeit) feststellen:
Gefragt wurde, ob die Zahl der Gastarbeiter in der Bundesrepublik verringert werden solle. 71 Prozent der Befragten stimmten einer Verringerung der Gastarbeiterzahl zu, nur 27 Prozent antworteten mit „nein".
Interessanterweise kommentierte der „Spiegel" dieses Umfrageergebnis mit den Worten: „Wie eh und je (!) sind drei von vier Deutschen der Ansicht, die Zahl der Gastarbeiter solle vermindert werden"[17].
Der griechische Sozialwissenschaftler Wassilios Germotsis schrieb zu dieser Umfrage: „Es liegt wohl auf der Hand, daß die Zahl (der Ablehnung – d.Verf.) wesentlich größer läge, wenn die deutsche Bevölkerung nach der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und nicht nur nach deren Beschäftigung befragt werden würde"[18].
Im „Bundesarbeitsblatt" war im folgenden Jahr (1973) zu lesen, daß eine „kürzliche Meinungsumfrage" zeige, die deutsche Bevölkerung sei in ihrer Mehrheit für Gastarbeiterstopp[19]. Im gleichen Jahr berichtete wiederum der „Spiegel", jeder zweite Berliner wünsche, nichts mit Türken zu tun zu haben[20].

Im Juli 1974 startete das Institut für Demoskopie in Allensbach eine Befragung zum Thema Ausländer/Gastarbeiter. Gefragt wurde: „Wenn Gastarbeiter für dauernd hierbleiben wollen – sollte ihnen das ermöglicht werden, oder sollten sie nach einer bestimmten Zeit wieder in ihr Land zurückkehren?" 42 Prozent äußerten, die Ausländer sollten zurückkehren, 37 Prozent meinten, sie sollten hierbleiben können, 15 Prozent Unentschiedene, sechs Prozent „kommt darauf an". Die meisten Befürworter einer Ausländer-Rückkehr befanden sich unter den Arbeitern (49 Prozent) und unter den Landwirten (59

Prozent). Die befragten leitenden Angestellten und Beamten hingegen waren mehrheitlich für die Möglichkeit des Hierbleibens[21].
Eine relative Mehrheit will also sogar die Rückkehr derjenigen Ausländer, die den Wunsch haben, auf Dauer in der Bundesrepublik Deutschland zu bleiben.
Diese Mehrheit ist um so schwerwiegender, als die Bundesregierung wenige Monate zuvor einen Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer außerhalb der EG verkündet hatte. Diese Meldung wurde in den Massenmedien so dargestellt, als sei damit die Ausländerflut beendet.

Allensbach fragte weiter:
„Man hat jetzt vorgeschlagen, daß Gastarbeiter Vertreter aus ihren Reihen als Abgeordnete in den Gemeinderat oder Stadtrat wählen sollen. Finden Sie diesen Vorschlag gut oder nicht gut?"
Lediglich 26 Prozent der Befragten fanden diesen Vorschlag gut, 53 Prozent fanden dies nicht gut (21 Prozent unentschieden)[22].
In seinem Buch „Die ungeliebten Gäste" resümierte Otto Uhlig 1974: „Die deutsche Gesellschaft will auf keinen Fall einen Bevölkerungszuwachs durch Ausländer in Kauf nehmen"[23].
Im Juli 1975 stellt das Allensbacher Institut den Befragten folgende Aufgabe:
„Auf diesen Karten sind verschiedene Wünsche aufgeschrieben. Wenn es nach Ihnen ginge, was sollte die Regierung *in nächster Zeit* (Hervorhebung durch Verf.) in Angriff nehmen, und was davon halten Sie nicht für so dringend oder für unnötig?" Es fanden sehr wichtig, daß man die Zahl der Gastarbeiter in der Bundesrepublik verringert, 38 Prozent der Befragten. Diese Forderung rangierte damit vor „Ausbau der EG", „mehr Mitbestimmung für Arbeitnehmer in Betrieben", „Gleichberechtigung der Frau" usw.[24]
Zu beachten ist hierbei besonders die Einfügung „in nächster Zeit". Selbst entschiedene Gegner der herrschenden Ausländerpolitik sind sich darüber bewußt, daß ein möglicher Abbau der Ausländerzahlen nur ein allmählicher Vorgang sein kann.
Eine Umfrage 1976 ergab, daß 52 Prozent der Westdeutschen die

Gastarbeiter in erster Linie für die Arbeitslosigkeit verantwortlich machen[25]. Im gleichen Jahr heißt es in einer Ausländerschrift der Christlich-Demokratischen Union: „Nach einer vor kurzem durchgeführten Repräsentationsumfrage macht jeder zweite Bundesbürger die große Zahl der Gastarbeiter für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich. Immer mehr Deutsche erwarten, daß ausländische Arbeitnehmer die Bundesrepublik verlassen“[26].

Der bereits zitierte griechische Sozialwissenschaftler Germotsis notiert 1977: „Es gibt sehr viele Anzeichen dafür, daß die Deutschen zur Integration der Ausländer eine negative Einstellung haben“[27]. Ähnliches fiel auch dem „Mannheimer Morgen“ auf: „Der Ruf wird laut, die ausländischen Arbeitnehmer wieder nach Hause zu schikken“[28]. Bremens Bürgermeister Koschnick bemängelte 1977, daß die Unterstützung der Bevölkerung für die herrschende Ausländerpolitik weithin fehle. Koschnick wörtlich: „Stimmen wurden laut, die der Meinung waren, die ausländischen Arbeitnehmer sollten im Wege der Rotation häufig ausgetauscht, die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer müsse ohnehin drastisch verringert werden, die Familienzusammenführung müsse beschränkt und der Integration der Ausländerfamilien in unseren Städten mit allen Mitteln begegnet werden“[29].

1978 hieß es in Claessens „Sozialkunde“: „Vor die Frage gestellt, ob man in Krisenzeiten den Gastarbeitern kündigen oder bei der Entlassung allein nach der Tüchtigkeit gehen und gute Gastarbeiter behalten sollte, sprechen sich 62 Prozent der Befragten für die Kündigung der Gastarbeiter aus“[30].

Gleichfalls 1978 mokierte sich der Bundestagsabgeordnete Hasinger über die „erschreckende Verständnislosigkeit“ der deutschen Bevölkerung gegenüber der Ausländerpolitik. Ihm sei unter anderem gesagt worden: „Denken Sie daran, daß Sie nicht von Türken, sondern von Deutschen gewählt werden“[31].

Ein anderer Politiker dachte laut darüber nach, ob es denn opportun sei, die Wähler „durch unerwünschte Ausländermassen zu verärgern“. Die ihn zitierende Wochenzeitung gibt zu: Wählerstimmen seien mit der Integrationspolitik nicht zu gewinnen[32].

1979 heißt es in einem Buch mit dem bezeichnenden Titel „Sind die

Deutschen faschistoid?“: Über die Hälfte der Befragten sind für die Reduzierung der Ausländerzahl in der Bundesrepublik[33].
Im März des Jahres gab der damalige nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Hirsch das Ergebnis einer von der Landesregierung offiziell in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage an Rhein und Ruhr bekannt:
„19 Prozent der Bürger an Rhein und Ruhr wollen den Ausländern die Möglichkeit der Einbürgerung verwehren. 50 Prozent plädieren für eine Rückkehr dieser Ausländer in ihre Heimat. Nur eine kleine Gruppe von 13 Prozent der Bevölkerung tritt dafür ein, diese Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben und als Deutsche mit uns leben zu lassen. Dieses Urteil wird nur um eine Nuance freundlicher, wenn es um Kinder der Ausländer geht, die bereits in der Bundesrepublik geboren sind. 38 Prozent der Befragten wünschten auch diese Kinder am liebsten ins Heimatland zurück. 16 Prozent wollen sie als Ausländer tolerieren, nur 27 Prozent befürworten die volle Integration dieser Ausländerkinder in unsere Gesellschaft“[34].
Der Minister kommentierte dieses Ergebnis mit folgenden Worten: „Diese Untersuchung weist Stimmungen aus. Sie gibt damit keine Grundlage für eine rationale Ausländerpolitik“[35].
Ein solcher Satz könnte zu der Überzeugung verführen, daß den Bürgern Verstand und Urteilskraft abgesprochen werden, wenn ihre Meinung der herrschenden widerspricht. Es ist wohl unschwer zu erraten, wie der Kommentar des Ministers gelautet hätte, wenn durch die Umfrage das gegenteilige Ergebnis zutage gefördert worden wäre.
Im Mai bis Juli 1979 führte Professor Sochatzy eine Umfrage bei 867 Jugendlichen des Großraums Frankfurt durch. 41,3 Prozent der 13–18jährigen fordern: „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeiter“, besonders Hauptschüler, so die „Frankfurter Rundschau“, seien mehr als andere an der Rückführung der Gastarbeiter interessiert[36].
1980 holte der Berliner Senat die Meinung der Bürger zum Ausländerproblem ein: Nur 17 Prozent befürworten ein allgemeines Wahlrecht für Ausländer, knapp 25 Prozent das kommunale Wahlrecht für die Fremden, weniger als die Hälfte, nämlich 44 Prozent stimmen der Familienzuführung der Ausländer in Deutschland zu; je weiter ent-

fernt Deutsche von Vierteln mit hohem Ausländeranteil wohnen, desto mehr befürworten sie Kontakte zu ihnen[37].

Eine Leserbriefumfrage der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" zeigte 1980, daß die „weitaus meisten Leser, die schrieben", ein nachbarschaftliches Zusammenleben mit Türken nicht wünschen. Nur wenige Stimmen hätten sich zu Fürsprechern der Türken gemacht[38].

„Der Spiegel" schließlich im September 1980: „Wo immer eine Wohnstätte für Ausländer geplant oder auch nur eine provisorische Notunterkunft für Flüchtlinge vorgesehen ist, zetern die Bürger"[39].

Auch demoskopische Untersuchungen also geben kaum Anlaß für die Behauptung, die Deutschen hätten die Ausländer gerufen, die Deutschen seien für die Millionenzahlen der Ausländer, die Deutschen befürworten sogar ein Einwanderungsland. Es liegen vielmehr reihenweise Fakten vor, die das Gegenteil belegen.

Es sei noch einmal betont, daß diese Ergebnisse um so erstaunlicher sind, als die Massenmedien seit Jahren konzentriert und nahezu ausschließlich Propaganda für die Verfestigung der millionenfachen Ausländerzahlen, für die Integration und für das Einwanderungsland Bundesrepublik betreiben.

Kein Wunder daher, daß Bundeskanzler Schmidt „ungeheure Anstrengungen" zur Integration der Ausländer für nötig hält, besonders bei der „Überzeugungsarbeit im eigenen Volk"[40].

Eine solche Äußerung wird ja nur dann sinnvoll, wenn der Bundeskanzler eben nicht davon überzeugt ist, daß die Staatsbürger der Bundesrepublik in ihrer Mehrheit eine Integration der Ausländer befürworten. Eine solche Äußerung legt die Vermutung nahe, der Bundeskanzler wisse sehr wohl, daß die Bürger mehrheitlich diese Integration ablehnen. Dann aber sollte doch die Frage erlaubt sein, warum denn diese Erkenntnis zwingend zu dem Schluß führen muß, daß sich die Bürger der Auffassung der verantwortlichen Politiker anzuschließen hätten? Spricht in einer Demokratie nicht eher mehr für den Schluß, die Politiker hätten sich nach der Meinung des Volkes zu richten?

Die Überschwemmung der Bundesrepublik mit Ausländern, so der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Schilling, habe stattgefunden, ohne daß die Nation jemals bewußt dazu „ja" gesagt habe. Der schlafende Volkssouverän sei von der Technik der kleinen Anwerbeschritte überlistet worden[41].

Es spricht einiges dafür, daß nicht etwa der „Ruf des deutschen Volkes" für das jetzige Ausländerproblem haftbar zu machen ist, sondern vielmehr das Verlangen vornehmlich aus den Chefetagen der Großindustrie. Schröer schreibt hierzu: Die Richtlinien der Ausländerpolitik habe lange Zeit die Wirtschaft bestimmt. „Sie äußerte ihre Wünsche, die politisch Verantwortlichen haben reagiert"[42].
Die „Überlistung" des Volkssouveräns geschah auch durch eine bewußte Verbannung der Erörterung dieses Ausländerproblems aus den in einer parlamentarischen Demokratie dafür letztlich verantwortlichen Gremien, nämlich den Parlamenten. Weder der Bundestag noch irgendein Landtag erlebte bislang eine Grundsatzdebatte dieses in den letzten Jahren so unerhört aktuell gewordenen Problems.
Warum wurde im Bundestag nicht über ein Problem diskutiert, das allgemein als das wichtigste soziale Zukunftsproblem angesehen wird?
Liegt der Grund etwa darin, daß es im Bundestag nicht eine einzige Stimme gibt, die sich zum Sachwalter der Ansichten eines Großteils im deutschen Volke aufschwingen mag? Oder liegt – wohl noch schlimmer – eine Problemscheu vor? Wären die verantwortlichen Politiker von der Richtigkeit und Überzeugungskraft ihrer Argumente für die herrschende Ausländerpolitik eingenommen, so müßten sie doch allergrößten Wert darauf legen, auch die Parlamente zum Forum dieser Frage zu machen.
Stattdessen, so bemerkt Meier-Braun, ein Autor, der der Integration positiv gegenübersteht, kamen die Beratungen und Verabschiedungen zur Ausländerpolitik bislang in „merkwürdig zusammengesetzten" Arbeitsgruppen und Kommissionen zustande. Die Parlamente seien dabei weitgehend ausgeschaltet worden[43].

Meier-Braun berichtet über einen solchen „Arbeitskreis": seit 1973 gebe es zwischen Deutschem Gewerkschaftsbund und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände einen Expertenkreis, der in der Öffentlichkeit fast unbekannt sei. „An ihm nehmen Vertreter des Bundesarbeitsministeriums – manchmal auch aus anderen Ministerien – und aus der Bundesanstalt für Arbeit teil. Dabei geht es offensichtlich nicht nur um Austausch von Informationen, sondern auch darum, daß die Meinungen der verschiedenen Institutionen weitgehend abgestimmt werden"[4].

Was unbedingt vonnöten ist, das sind keine exklusiven Zirkel, die die Meinung abstimmen, nötig ist eine breit geführte Diskussion der Ausländerfrage unter Berücksichtigung des Für und Wider und vor allem auch unter Einschluß der Parlamente. Das Schein-Argument, die Deutschen selbst seien im Einklang mit der Ausländerpolitik, dient vorrangig dazu, einer solchen Diskussion auszuweichen.

Ein mögliches – wenn auch nicht sehr wahrscheinliches – Ergebnis der entsprechenden Grundsatzdiskussion, wird voreiligerweise vorweggenommen und als Argument angeführt, daß eine solche Diskussion gar nicht erforderlich sei.

Nun ist auch zu vernehmen, daß eine solche breite Erörterung nur die Emotionen anstacheln, einer vorgeblichen Ausländerfeindlichkeit neue Nahrung geben werde. Eine solche Haltung ist vom Grad ihres Demokratieverständnisses natürlich schon mehr als bedenklich, zudem trifft sie nicht zu.

Wenn tatsächlich Emotionalisierung und verurteilenswerte Ausländerfeindlichkeit vorherrschen sollten, dann ist dies zweifelsohne das Ergebnis einer mangelhaften Rationalisierung des Problems durch entsprechende Diskussion.

Die geforderte öffentliche und kontroverse Erörterung der Frage bedingt zweierlei: zum einen müssen alle Daten und Fakten schonungslos auf den Tisch gelegt werden, die für die Frage von Bedeutung sind, zum anderen sollte e i n e Zielrichtung zumindest vorgegeben werden, nämlich die klare Verhinderung jeglichen Fremdenhasses.

Wer Ausländerhaß betreibt, mit dem ist nicht mehr zu diskutieren,

der ist zu bekämpfen. Gerade die Kritiker der herrschenden Ausländerpolitik werden größtes Interesse daran haben zu verdeutlichen, daß ihnen engagierte Frontstellung gegen jeglichen Ausländerhaß angelegen ist.

Kehren wir zum Ausgangspunkt des Abschnittes zurück! Es gibt also keinerlei Beweis für die Behauptung, die Deutschen hätten die Ausländer gerufen, oder die Deutschen stünden hinter der herrschenden Ausländerpolitik. Etliche Indizien sprechen für das Gegenteil.

Es ist sehr aufschlußreich, wie sich diejenigen verhalten, die diese Behauptung beständig verbreiten, wenn Meinungsumfragen das Gegenteil zutage fördern.

Diejenigen, die sich gerade noch auf das Volk berufen haben, erklären es dann kurzerhand für „vorurteilsvoll", „fremdenfeindlich" usw.

Wir erleben also eine bemerkenswerte Umkehrung: zuerst nimmt man den obersten Souverän im Staat, das Volk, zur Untermauerung seiner Politik in Anspruch, dann jedoch schaltet man blitzschnell um und spricht dem Volk die Souveränität des klaren und überlegten Denkens ab.

Die entsprechende Äußerung des Ministers Hirsch aufgrund der Meinungsumfrage von März 1979 in Nordrhein-Westfalen wurde bereits zitiert. Im Zusammenhang mit dieser Meinungsumfrage, deren Ergebnis ja eine klare Ablehnung der herrschenden Ausländerpolitik war, spielten sich weitere Merkwürdigkeiten ab:

Eigentlich hätte eine solche offiziell in Auftrag gegebene Umfrage ins Düsseldorfer Parlament gehört, in die Volksvertretung. Die Bekanntgabe erfolgte aber erstaunlicherweise vor einer Gruppe von Kaufleuten aus Schweden! Statt eines Lobes dafür, daß der Minister seiner Aufklärungspflicht gegenüber der Öffentlichkeit nachkommt, wenn auch auf merkwürdigen Umwegen, kassierte Dr. Hirsch massive Schelte von seinen Kabinettskollegen und von der parlamentarischen Opposition. Man warf ihm vor, die Bekanntgabe der Umfrage-Ergebnisse sei „unverantwortlich" gewesen[45]. Die Meinung der Bürgermehrheit wurde keineswegs akzeptiert, sondern von vielen Presseorganen schlimm angegriffen. „Fremdenfeindlichkeit wie eh", hieß es, die Bürger würden „tiefsitzende Vorurteile und Ressentiments"

bewegen[46]. Und nur wenige Tage nach Bekanntwerden der Umfrage-Ergebnisse meldete die Presse, daß Wirtschaft und Gewerkschaften sich „verstärkt" für die volle Eingliederung der über eine Million ausländischer Kinder einsetzen wollen[47].

„Vox populi – vox Rindvieh" – Volkes Stimmes ist Rindviehs Stimme, hieß es schon einmal in Deutschland. Es steht der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland nicht gut zu Gesicht, daß dieser verhängnisvolle Satz wiederum zu „Ehren" kommt.

Selbst wenn Politiker und Massenmedien zu der Überzeugung gelangen, daß eine bestimmte Meinung im Volke abzulehnen sei, so verlangt es der Respekt vor den Staatsbürgern, sich ernsthaft und sachlich damit auseinanderzusetzen.

Alles andere zeugt von bedenklicher Ferne zu demokratischen Grundüberzeugungen. Allerorts wird vermerkt, daß eine zunehmende Distanz der Bürger, insbesondere der Jugend, zu den „staatstragenden politischen Kräften" feststellbar sei. Beschimpfungen und Bevormundungsversuche könnten diese Distanz zu einer Abkehr von unserem Staatswesen an sich provozieren. Eine solche Entwicklung jedoch muß auf den Widerstand eines jeden verantwortungsbewußten Bürgers stoßen.

Leider vergaloppierte sich auch der damalige Bundesbeauftragte für die Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien, Heinz Kühn, indem er von "primitiver, kleinbürgerlicher Ablehnungsbereitschaft" gegenüber den Ausländern in der Bundesrepublik sprach[48]. So kann man gewiß keinen vernünftigen demokratischen Dialog mit den Bürgern führen.

Ebensowenig dazu geeignet sind Äußerungen wie diese:

„Die deutsche Bevölkerung hat noch nicht gelernt, mit anderen Völkern in einem partnerschaftlichen Verhältnis, frei von Über- und Unterordnungstendenzen zu leben" (Deutscher Städtetag), was den Autor eines Ausländerbuches zu folgendem Kommentar hinriß: „Bei einem Volk, das in diesem Jahrhundert bereits Millionen von Fremden zur Zwangsarbeit kommandierte und dessen mittlere und ältere Generation in dem Glauben erzogen wurde, der besseren Rasse

anzugehören und im ausländischen Arbeiter den ‚Minderwertigen' zu sehen, erscheint das nicht ungewöhnlich"[49].

Obzwar die Enttäuschung darüber, daß große Teile des deutschen Volkes der herrschenden Ausländerpolitik die Gefolgschaft verweigern, bei den Integrationstheoretikern verständlich ist, wird der Bogen überspannt, wenn diese Volksmeinung als verspätete „Folge der NS-Propaganda" gewertet wird[50].

Es liegt schon an der Grenze der Unverschämtheit, wenn der so oft beschworene „mündige Bürger" im Falle der Verweigerung seiner Zustimmung zu bestimmter Politik als „nationalsozialistisch verseucht" verdammt wird.

Im Grunde zeigen solche Beschimpfungen nur das Problem etlicher Integrationstheoretiker: Wie so oft haben sie sich auch hier in der weltfernen Abgeschiedenheit ihrer theoretischen Luftschlösser ein bestimmtes Bild zurechtgezimmert. Dazu gehört eben die Einvernahme des Mehrheitswillens im Volk.

Wenn eben diese Volksmehrheit sich erfrecht zu widersprechen, dann verwandeln sich die Integrationstheoretiker in wilde Derwische, die hemmungslos und bedingungslos diejenigen verwünschen, die ihnen eben noch als Kronzeugen gedient haben.

Es sei noch auf das Argument eingegangen, die Mehrheit der Deutschen stecke in ihrer Wertung der Ausländerfrage voller Vorurteile.

Erstens: wenn man dem Volk in dieser Frage die Urteilsfähigkeit derart abspricht, ist es dann nicht bedenklich, daß dieses vorurteilsbeladene Volk in Wahlen und Abstimmungen Abgeordnete in Gemeinde, Land und Bund wählt, die dann Gesetze erlassen! Ist eine solche Haltung überhaupt vereinbar mit Grundgesetz und demokratischen Prinzipien an sich?

Zweitens: selbst wenn Vorurteile in der Bewertung der Ausländerfrage mitschwingen, dann ist ihnen gewiß nicht durch Publikumsbeschimpfungen beizukommen. Eher wird eine Verhärtung der Vorurteile die Folge sein. Einzig sinnvoll vom Standpunkt der Integrationstheoretiker wäre eine sachliche Auseinandersetzung mit der Meinung im Volke. Wer allerdings schimpft und beleidigt, muß sich selbst dem Vorwurf ausgesetzt sehen, vorurteilsbeladen zu sein.

Drittens: Ist es nicht aufschlußreich, daß gerade solche Volksschichten, die jahrelange Erfahrungen mit der Ausländerüberflutung in ihren Wohngebieten, in den Betrieben haben, zu den stärksten Gegnern einer Integration, eines Einwanderungslandes gehören? Währenddessen rekrutieren sich die Befürworter der Integration und weiterer Zuwanderung vorrangig aus solchen Schichten, die die Probleme vielfach nur vom Hörensagen kennen. Wer hat denn hier Vorurteile, Urteile ohne Erfahrung?

Über einen Punkt jedoch sollte kein Zweifel bestehen: Eine menschen- und sachgerechte Behandlung der Ausländerfrage läßt sich nur mit der Mehrheit der deutschen Bürger, nicht jedoch gegen eine Mehrheit erreichen. Wer darauf keine Rücksicht nimmt, handelt auch in höchstem Maße unverantwortlich gegenüber den Ausländern.

QUELLENHINWEISE

[1] Presseerklärung der „Bürgerinitiative Ausländerstopp" vom 2. Sept. 1980
[2] Bescheid der Landesregierung vom 22. Oktober 1980
[3] „Der Spiegel" vom 15. September 1980
[4] Elisabeth Noelle, Erich-Peter Neumann (Hg.): „Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957", Allensbach 1957
[5] so auch Otto Uhlig: „Die ungeliebten Gäste. Ausländische Arbeitnehmer in Deutschland", München 1974, Seite 37
[6] „Emnid-Informationen" Nr. 49/1965
[7] „Zeitschrift für Markt- und Meinungsforschung", Tübingen 1963, S. 1524
[8] „Der Spiegel" vom 7. Oktober 1964
[9] zit. in Homer Anagnostidis: „Gewerkschaften und Ausländerbeschäftigung" in Ernst Klee (Hg.): „Gastarbeiter. Analysen und Berichte", Frankfurt/Main 1972, S. 111
[10] Emnid-Information Nr. 49/1965
[11] siehe: „Magnet Bundesrepublik. Probleme der Ausländerbeschäftigung" Schriftenreihe der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Bonn 1966, Seite 6
[12] daselbst S. 99
[13] zit. in Michael Bartelt: „Distanz-Integration-Partnerschaft" in René Leudesdorff/Horst Zilleßen (Hg.): „Gastarbeiter = Mitbürger", Gelnhausen 1971, S. 135
[14] zit. in Klaus-Martin Beckmann: „Kirchliche Verkündigung angesichts ethnischer Vorurteile" in Leudesdorff/Zilleßen a.a.O. S. 206
[15] Bingemer/Meistermann-Seeger/Neubert (Hg.): „Leben als Gastarbeiter. Geglückte und mißglückte Integration", Köln 1970, Seite 22
[16] zit. in Anagnostidis a.a.O. S. 127
[17] „Der Spiegel" vom 23. Oktober 1972
[18] Wassilios Germotsis: „Die ausländischen Arbeitnehmer in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland", Bochum 1977, Seite 70
[19] zit. in Hermann Ernst: „Künftig noch mehr ausländische Arbeitnehmer?" in „Bundesarbeitsblatt" Nr. 7/8 1973
[20] „Der Spiegel" Nr. 31/1973
[21] Elisabeth Noelle-Neumann (Hg.): „Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974–1976" Band IV, München 1976
[22] ebenda
[23] Uhlig a.a.O. S. 17

[24] „Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974–1976" a.a.O.

[25] zit. in Friedrich Heckmann: „Einwanderung als Prozeß" in Jochen Blaschke/Kurt Greussing: „Dritte Welt in Europa. Probleme der Arbeitsimmigration", Frankfurt/Main, 1980, Seite 117

[26] CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): „Zum Thema: Ausländerpolitik", Bonn, August 1976, Seite 4

[27] Germotsis a.a.O. Seite 69

[28] „Mannheimer Morgen" vom 24. November 1977

[29] Hans Koschnick: Referat vor der katholischen Akademie Hamburg am 8. Mai 1977

[30] in Dieter Claessens u. a.: „Sozialkunde in der Bundesrepublik Deutschland", Düsseldorf 1978, Seite 308

[31] Interview mit der „Zeit" vom 16. Juni 1978

[32] „Die Zeit" vom 11. August 1978 und vom 3. November 1978

[33] Werner Habermehl: „Sind die Deutschen faschistoid?", Hamburg 1979, Seite 119

[34] Referat von Burkhard Hirsch am 2. März 1979, veröffentlicht in Friedrich Naumann-Stiftung (Hg.): „Beschlüsse und Materialien der FDP zur Ausländerpolitik", Bonn 1980, Seite 17 f.

[35] ebenda

[36] zit. nach „Frankfurter Rundschau" vom 16. September 1980

[37] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 9. April 1980

[38] „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 16. August 1980

[39] „Der Spiegel" vom 15. September 1980

[40] zit. in „Westfälische Rundschau" vom 8. Oktober 1980

[41] in „Die Zeit" vom 21. November 1980

[42] Hubertus Schröer: „Was man wissen sollte. Ausländerbeschäftigung in Deutschland", in Pea Fröhlich/Peter Märtesheimer: „Ausländerbuch für Inländer. Bausteine zum Begreifen der Ausländerprobleme", Frankfurt/Main 1980, Seite 137

[43] Karl-Heinz Meier-Braun: „‚Gastarbeiter' oder Einwanderer? Anmerkungen zur Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland", Frankfurt/Main 1980, Seite 99

[44] ebenda Seite 108

[45] „Landtag intern" vom 9. März 1979

[46] z. B. „Ruhr-Nachrichten" vom 3. März 1979, „Westfälische Rundschau" vom 3. März 1979

[47] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 16. März 1979

[48] Interview mit der „Deutschen Welle", zit. in „Westfälische Rundschau" vom 1. Oktober 1980

[49] Ernst Klee a.a.O. Seite 30

[50] u. a. Castles/Kosack, zit. in: Ray C. Rist: „Die ungewisse Zukunft der Gastarbeiter. Eingewanderte Bevölkerungsgruppen verändern Wirtschaft und Gesellschaft", deutsch Stuttgart 1980, Seite 63

SIEBENTER ABSCHNITT

Der umgekehrte Rassismus

Ausländer als „Dreckarbeiter“?

Während es bei dem Argument, die Deutschen hätten die Ausländer gerufen, durchaus zu einer sachlichen Diskussion kommen kann, fällt dies bei einem anderen Argument zur Rechtfertigung des millionenfachen Ausländerzustroms ungleich schwerer. Und dennoch bleibt Sachlichkeit oberstes Gebot bei der Erörterung jedes Gesichtspunktes der Ausländerfrage.
Es geht um die Behauptung, man brauche die Ausländer zur Erledigung der „Dreckarbeiten“ in der Bundesrepublik Deutschland.

Warum fällt es schwer, hierbei sachlich zu bleiben?
Dieses Argument nämlich erniedrigt die Angehörigen anderer Völker zu bloßen Kulis unserer bundesdeutschen Gesellschaft. In einer Diskussion wurde kürzlich dem „Dreckarbeit-Argument“ – freilich überzogen – entgegengehalten, mit ähnlicher Begründung hätten die Römer früher Angehörige anderer Völker an die Ruder ihrer Galeeren gezwungen.
Wer das Dreckarbeit-Argument verbreitet, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, einem gefährlichen Herrenmenschen-Denken verfallen zu sein. Wenn der Vorwurf des Rassismus zutreffen mag, dann in diesem Fall. Es ist fast schon makaber, daß Publizisten, die dem deutschen Volk in seinem Denken gegenüber den Ausländern Rassismus unterschieben, zugleich zu den eifrigsten Verfechtern des rassistischen Dreckarbeit-Arguments gehören.
Kein verantwortungsbewußter Bürger, Politiker oder Publizist sollte sich aus prinzipiellen Erwägungen des Dreckarbeit-Argumentes bedienen. Man muß sich darüber im klaren sein, daß diese Behauptung alle sachlichen Begründungen für die Notwendigkeit der Ausländerbeschäftigung moralisch diskreditiert.

In einem Arbeitspapier griechischer Sozialarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland heißt es hierzu: „Einen Menschen aufgrund seiner ethnischen Zugehörigkeit einer Hilfsarbeiterklasse zuzuweisen (Straßenkehrerfunktion), bedeutet Rassismus"[1]. Und von Krockow stellt die gefährliche Frage: „Brauchen wir die Ausländer insgeheim vielleicht auch, damit wir an ihnen unser beschädigtes herrschaftliches Selbstbewußtsein wieder aufrichten, damit wir Leute haben, an denen wir unsere Überlegenheit demonstrieren, auf die wir herabsehen, die wir verachten können?"[2]

Das Dreckarbeit-Argument anzuführen heißt, diese gefährliche Frage zu bejahen. Nichts jedoch ist verderblicher, als andere Völker geringzuschätzen, auf sie herabzusehen, sie letztlich zu verachten. Dem Widerstand zu leisten, muß vornehmste Aufgabe aller sein, sowohl der Befürworter als auch der Gegner der herrschenden Ausländerpolitik.

Hinter dem Dreckarbeit-Argument steckt wiederum ein menschen- und völkerverachtender Materialismus. Es ist der gleiche Geist, der Menschen zu Im- oder Exportwaren erniedrigt, der nationale, kulturelle und religiöse Eigenarten ablehnt, gar zerstören will.

Nicht minder bedenklich ist das Dreckarbeit-Argument, weil es eine unzulässige Herabstufung der körperlichen Arbeit bedeutet. Es sollte doch wohl kein Zweifel daran bestehen, daß die Arbeit des Müllwerkers oder Bauarbeiters oder eines „Kumpels" in den Bergwerken für die Gemeinschaft mindestens ebenso wichtig ist wie die Lehrtätigkeit von Professoren an bundesdeutschen Universitäten. Daher ist es untunlich, eine soziale Deklassierung solcher Arbeiten vorzunehmen. Die einseitige Überbewertung nichtkörperlicher Arbeit hat zweifelsohne zu einem wirtschaftlich ungesunden Ungleichgewicht in der Bundesrepublik Deutschland geführt. Ein Ausdruck dieser Überbewertung ist die Überflutung der Universitäten bei letztlich entstehender akademischer Arbeitslosigkeit. Ein zweiter Ausdruck ist das Anschwellen der Bürokratie. Dem Arbeiter wurde jahrelang vorgegeben, es bedeute einen sozialen Aufstieg, wenn er aus der Produktion scheide und dafür zum Verschieber irgendwelcher Aktenberge werde.

Erstaunlicherweise ging derartige Propaganda oftmals von denjenigen aus, die ansonsten gern von der hervorragenden Rolle der Arbeiterschaft im historischen Prozeß sprechen.
Selbstverständlich muß hier ein Umdenken Platz greifen. Kade und Schiller fragen sehr zu Recht nach dem „Selbstverständnis einer Gesellschaft, die viele wichtige Funktionen bis hin zu den Pflegeberufen einkommens- und ansehensmäßig so weit deklassiert, daß sie von der einheimischen Bevölkerung gemieden werden“[3].
Das Dreckarbeit-Argument taucht dennoch beständig bei nahezu jeder Erörterung der Ausländerfrage auf. Wenn es auch aus obengenannten Gründen schwerfällt sich überhaupt mit einer solchen Argumentationshaltung gemein zu machen, so soll dennoch versucht werden, dieses Argument nunmehr von der rein sachlichen Seite anzugehen:

Das deutsche Volk dürfte in seiner Geschichte wiederholt bewiesen haben, daß es durchaus in der Lage ist, auch die sog. „Dreckarbeiten“ zu verrichten.
Noch bevor auch nur eine nennenswerte Zahl von Gastarbeitern in die Bundesrepublik gekommen war, hatte das deutsche Volk in einer unerhörten Kraftanstrengung den Schutt und die Trümmer eines furchtbaren Weltkrieges weggeräumt und eine materielle Wohlstandsgesellschaft geschaffen.

Obzwar Gastarbeiter in den sozialpsychologisch planmäßig deklassierten Berufszweigen überrepräsentiert sind, läßt sich dadurch in keiner Weise das Heer von fünfeinhalb Millionen Ausländern bei uns erklären.
Die Ausländer-Erwerbsquote lag noch 1972 bei 67 Prozent, sie sank in den folgenden Jahren beständig (1974: 57 Prozent, 1977: 49 Prozent)[4].
Seit 1977 liegt also die Ausländer-Erwerbsquote bei unter 50 Prozent. Das heißt konkret: über die Hälfte der hier lebenden Ausländer arbeiten nicht, sondern sind nichterwerbstätige Familienangehörige. Ausgehend von den annähernd viereinhalb Millionen registrierten

Ausländern bedeutet dies: über zweieinviertel Millionen arbeiten nicht.
Noch deutlicher wird dies bei den Türken:
Von den rund 1,3 Millionen registrierten Türken sind nur 500 000 Arbeiter, der Rest (=800 000) Familienangehörige[5].
Allein durch diese Zahlen wird das Argument, die millionenfache Ausländerüberschwemmung sei bedingt durch fehlende deutsche Arbeitsbereitschaft, stark relativiert. Auch das Bild vom Ausländer, der uns – als Müllwerker – den Dreck wegschafft, ist schief. Uhlig behauptet, daß in der Straßenreinigung der Bundesrepublik nie mehr als 1000–4000 Ausländer beschäftigt gewesen seien[6]. Diese Zahl mag etwas niedrig gegriffen sein. Unter der Rubrik „Reinigungsarbeiten" sind bei Schlettenbrunner für die Jahre 1966/1967/1968 je 12 000 Ausländer angegeben[7], Kunkel nimmt für 1973 29 824 Ausländer in diesem Bereich an[8]. Seitdem ist die Zahl jedoch erheblich gesunken. So heißt es in einem Zeitungsbericht aus dem Jahr 1978: „Drängelei an den Abfalltonnen. Immer mehr Deutsche suchen Arbeit bei der Müllabfuhr. In Dortmund stehen über 50 Bewerber auf einer Warteliste. Das Landesarbeitsamt NRW: es gibt kaum noch Ausländer in diesem krisensicheren Job. Vor fünf Jahren arbeiteten bei der Dortmunder Müllabfuhr 56 Ausländer, heute sind es noch fünf"[9].
Diese Entwicklung ist allenthalben feststellbar.
Die Zahl der ausländischen Müllwerker hat jedenfalls nie mehr als nur einige Promille-Werte im Vergleich zur gesamten Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland ausgemacht. Sie wird sogar von der Zahl der ausländischen Akademiker übertroffen.
Selbst wenn man die ausländischen Bauarbeiter hinzunimmt, kommen nur Prozentwerte in Betracht, die angesichts des Millionenheeres von keinem überragenden Gewicht sind.
Über 90 Prozent der ausländischen Arbeiter gehen denselben Beschäftigungen nach wie Millionen ihrer deutschen Kollegen auch. Sie stellen keineswegs einen Sonderfall dar. Es ist ein Unsinn sondergleichen zu behaupten, wir hätten die vielen Millionen Ausländer im Lande, weil diese unsere Mülltonnen leeren oder Straßen bauen würden.

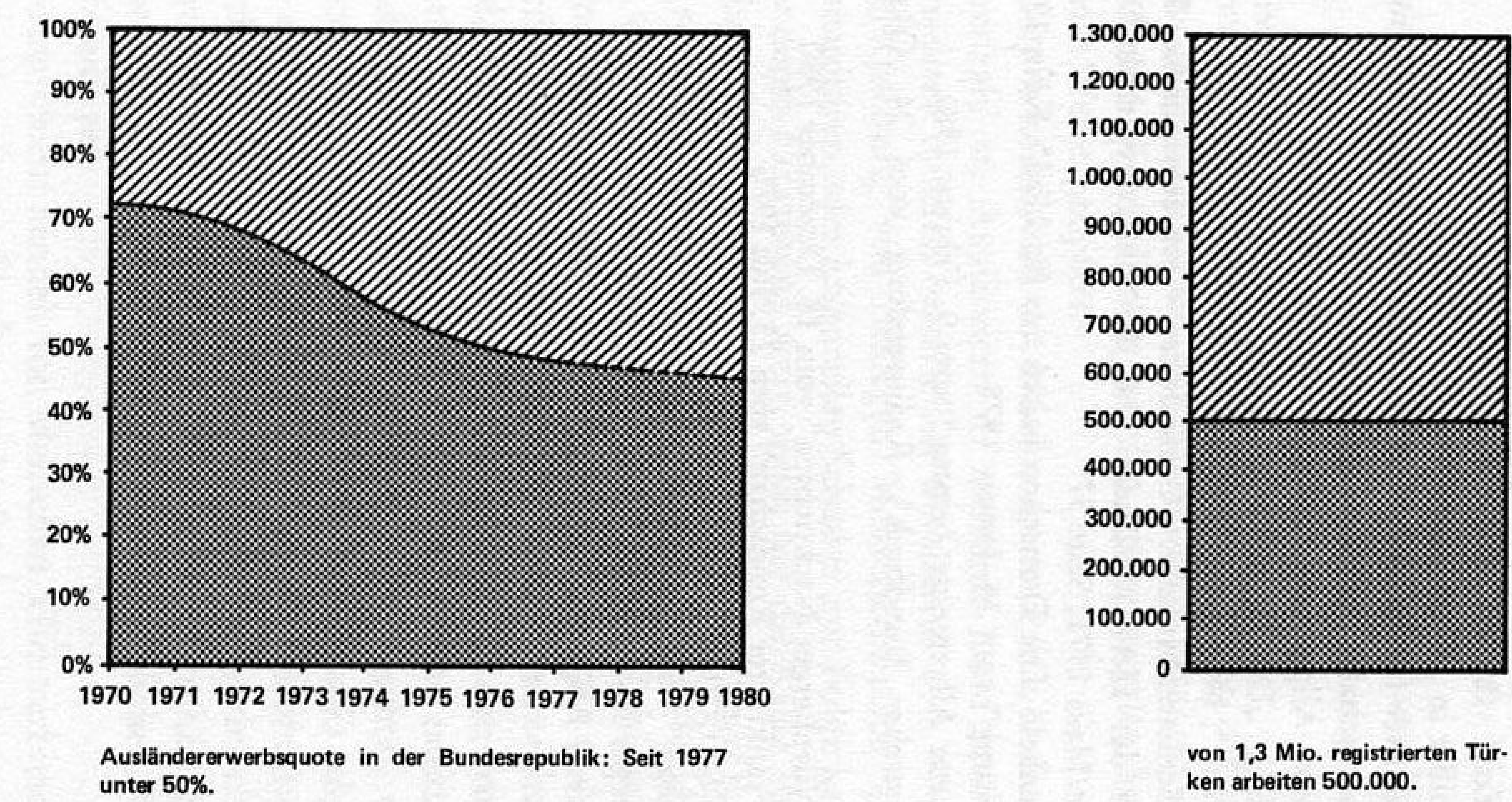
Nehmen wir als Beispiel noch die Ausländerbeschäftigung im Bergbau! Zigtausende deutsche Kumpel wurden planmäßig aus dem Kohlebergbau hinausmanövriert. Man behauptete, die Kohle habe keine Zukunft, rette sich, wer kann. Aus derselben Ecke ertönt dann der Ruf nach ausländischen Arbeitern, weil die Deutschen angeblich nicht mehr in die Schächte einfahren wollen. Eine perfide Logik!

Nicht selten sind es denn auch die sogenannten „feineren" Berufszweige, in welchen Ausländer überrepräsentiert sind. Daß nahezu jeder zweite Opernsänger an den großen bundesdeutschen Ensembles ein Ausländer ist, sei hier nur am Rande erwähnt.
Fast jeder zehnte Arzt im Bundesland Niedersachsen zum Beispiel ist ein Ausländer. Die Liste wird angeführt von Türken, Persern und Syrern[10]. Die allgemeine Beschäftigungsquote von Ausländern aber beträgt in Niedersachsen knapp sechs Prozent. Jeder achte Arzt im Bundesland Nordrhein-Westfalen ist ein Ausländer[11]. Damit übertrifft die Ausländerbeschäftigungsquote bei den Ärzten viele Quoten in anderen Wirtschaftsbereichen. Der Marburger Bund gab bekannt, daß in vielen Krankenhäusern noch immer oft mehr als die Hälfte der Planstellen mit Ärzten aus anderen Ländern besetzt sei[12]. Schon 1976 ließ der Hartmannbund und das Bonner Entwicklungshilfeministerium verlautbaren, daß über 6000 Ärzte aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik Deutschland tätig seien[13].
Es muß doch in diesem Zusammenhang die Frage erlaubt sein, warum gleichzeitig Tausende junger Deutscher, die gern den Arztberuf ergreifen wollen, daran durch einen drakonischen numerus clausus gehindert werden?!
Immer lauter wird die Klage vieler Entwicklungsländer, daß eine große Zahl der dringend benötigten einheimischen Fachkräfte nach der Ausbildung nicht heimkehrt. In der Bundesrepublik Deutschland studierten 1979 über 32 000 Studenten aus 108 Ländern der Dritten Welt. Rund 20 Prozent dieser Gaststudenten (zwischenzeitlich noch mehr) kehren nach dem Hochschulabschluß nicht in ihre Heimat zurück. Knapp 20 000 Hochschulabsolventen aus der Dritten Welt (Stand: 1979) sind bislang hiergeblieben, davon 7000 Ärzte, 10 000

Ingenieure und Techniker[14], Fachkräfte also, die in ihrer Heimat so dringend gebraucht werden.
Gewiß hat Deutschland eine bewährte Tradition darin, ausländischen Studenten eine Hochschulausbildung zu ermöglichen. An dieser guten Tradition darf nicht gerüttelt werden. Voraussetzung allerdings ist, daß keine Deutschen verdrängt werden. Der Sinn der Ausbildung wird jedoch ins Gegenteil verkehrt, wenn die Ausländer nach Abschluß in der Bundesrepublik bleiben, anstatt ihren eigenen Landsleuten daheim zu helfen.
Den über 20 000 Akademikern aus der Dritten Welt in der Bundesrepublik stehen – Gipfelpunkt des Widersinns – dann 5000 bundesdeutsche Entwicklungshelfer gegenüber. Diese jungen idealistischen Deutschen versuchen redlich, das Elend in den unterentwickelten Ländern zu lindern, während eine vierfache Anzahl von Fachkräften aus diesen Ländern bei uns tätig ist.

Zudem drängen immer mehr Ausländer ins freie Unternehmertum. In München haben Ausländer bereits ein Viertel der Gaststätten unter Kontrolle[15]. Gleichfalls 25 Prozent der Nürnberger gastronomischen Betriebe werden von Ausländern geführt[16]. Nicht anders sieht es in Frankfurt, Stuttgart oder in Westberlin aus[17].

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Dreckarbeit-Argument keinesfalls tauglich ist, die millionenfache Überschwemmung unseres Landes durch Ausländer zu erklären oder gar zu rechtfertigen.


Vom Gastarbeiter - zum Ausländerproblem
100%
90%
80%
70%
60%
50%
40%
30%
20%
10%
0%
1970 1971 1972 1973 1974 1975 1976 1977 1978 1979 1980
Ausländererwerbsquote in der Bundesrepublik: Seit 1977 unter 50%.
1.300.000
1.200.000
1.100.000
1.000.000
900.000
800.000
700.000
600.000
500.000
400.000
300.000
200.000
100.000
0
von 1,3 Mio. registrierten Türken arbeiten 500.000.
SCHRAFFIERTE FLÄCHEN: Nicht berufstätige Familienangehörige der Ausländer
Schaubild 5

QUELLENHINWEISE

[1] zit. in Ernst Klee: „Gastarbeiter. Analysen und Berichte", Frankfurt/Main 1972 Seite 35
[2] in „Die Zeit" vom 21. Dezember 1979
[3] Kade/Schiller in „Wirtschaftsdienst"Nr. II/1973
[4] Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hg.): „informationen bildung/wissenschaft", Sonderausgabe Januar 1980
[5] „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 28. Mai 1980
[6] Otto Uhlig „Die ungeliebten Gäste. Ausländische Arbeitnehmer in Deutschland", München 1974, Seite 124
[7] Helmut Schlettenbrunner: „Gastarbeiter – ein europäisches Problem aus der Sicht der Herkunftsländer und der Bundesrepublik Deutschland" Frankfurt/Main 1971, Seite 37
[8] Klaus Kunkel: „Die Deutschen halten uns für blöd", Köln 1975, Seite 14
[9] „Bild-Zeitung" vom 24. Januar 1978
[10] „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 9. Februar 1981
[11] „Westdeutscher Rundfunk", Radiosendung vom 24. Oktober 1978, WDR I
[12] zit. in „Nürnberger Nachrichten" vom 18. Dezember 1980
[13] zit. in „Frankfurter Rundschau" vom 23. Juli 1976
[14] „Ruhr-Nachrichten" vom 10. März 1979
[15] „Der Spiegel" vom 12.September 1977
[16] „Nürnberger Nachrichten" vom 3. Juli 1980
[17] „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 9. Oktober 1980

Das Geld im Kasten klingt, wenn der Fremde nach Deutschland springt?

Wohlstandsmehrung durch Ausländer – Dichtung und Wahrheit

Kennzeichnend für den Materialismus unserer Zeit ist, daß so gut wie alles nur aus dem Blickwinkel des Bankkontos gesehen wird. Auf dem Talar dieses Materialismus werden bedingungslos humanitäre und kulturelle Werte geopfert.
So verwundert es kaum, daß das Hauptargument zur Rechtfertigung der Millionenzahl an Ausländern in unserem Land lautet: Diese Ausländer mehren unseren materiellen Wohlstand.
Ob die Verschiebung von riesiegen Menschenmassen in fremde Gebiete humanitären oder kulturellen Schaden zur Folge hat, scheint keiner besonderen Erörterung wert, wenn nur die Kasse stimmt.
Wie schon beim Dreckarbeit-Argument, so sind auch hier moralische Bedenken gegen eine derart ausschließlich materialistische Denkweise angebracht. Obzwar das Streben nach materiellem Wohlstand an sich selbstverständlich nichts Verwerfliches ist, darf es doch nicht absolut gesetzt werden. Dieses Streben muß da seine Grenze haben, wo grundlegende Menschenrechte in Gefahr geraten. Zu den grundlegenden Rechten des Menschen gehört aber auch seine nationale und kulturelle Identität. Die Grenzen werden nicht beachtet, wenn die Ausländerfrage vom rein materialistischen Standpunkt angegangen wird, wenn also nur gefragt wird: Was „nutzen" uns die Ausländer?
Kade und Schiller bezweifeln, daß mit Hilfe der volkswirtschaftlichen Theorie eine Entscheidung über die Gastarbeiterbeschäftigung herbeigeführt werden könne, da sie „Fragen der menschlichen Wohlfahrt gegenüber blind" sei[1].
Das Ausländerproblem handelt von Menschen. Hier verbietet es sich, rein ökonomisches Profit-Denken als Maßstab zu nehmen (obwohl

auch von diesem Gesichtspunkt, wie unten gezeigt werden wird, die Kritik an der Ausländerüberflutung wächst). Diese notwendige Klarstellung sollte zu Anfang jeder „Kosten-Nutzen-Analyse" der Gastarbeiter stehen.

Mit nicht geringem Eifer behaupten die Verfechter der herrschenden Ausländerpolitik, die Ausländer würden die materielle Lebensqualität der Bundesrepublik verbessern[2]. So untermauerte Ministerialrat Rosenmöller, ein leitender Mann in der bundesdeutschen Ausländerpolitik, diese Behauptung wie folgt: „So haben die Ausländer im Vergleich zu deutschen Arbeitnehmern einen niedrigeren Infrastrukturbedarf. Der größte Teil der Ausländer ist nur im produktiven Alter bei uns. So entfallen vor allem die hohen Heranbildungskosten für die Jugendlichen und darüber hinaus auch ein Teil der Alterskosten"[3].

Wir werden sehen, daß die Entwicklung zwischenzeitlich (Rosenmöllers Aussage liegt über ein Jahrzehnt zurück) so verlaufen ist, daß diese Untermauerung der „Wohlstandsmehrung"-These zweifelhaft wurde.

Auch heutzutage, sechsundzwanzig Jahre nach Abschluß der ersten Anwerbevereinbarung, wird als Hauptargument für das Hereinströmen von Millionen Ausländern angeführt, daß dadurch unser Wohlstand gemehrt würde.

Gleichzeitig jedoch entzieht man diese Behauptung der konkreten Nachprüfbarkeit. Es gibt nämlich keine offizielle Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen der Ausländerwelle. Dies stimmt verdächtig. Entweder ist es unmöglich, eine solche Analyse zu fertigen, dann aber beruht das Hauptargument sicher auf reiner Vermutung. Oder aber man scheut davor zurück, wohl wissend, daß die Zahlen eine andere Sprache sprechen könnten. In jedem Falle ist es gewagt, ohne Kosten-Nutzen-Analyse einfach zu behaupten, die Nutz-Aspekte würden überwiegen. An der Grenze zur Unredlichkeit liegt es, wenn dies auch noch als Hauptargument zur Rechtfertigung der herrschenden Ausländerpolitik herangezogen wird.

Ursula Mehrländer meint dazu: „Die Analyse des wirtschaftlichen

Bereichs zeigte, daß die Beurteilung des Einsatzes der ausländischen Arbeitskräfte überaus schwierig ist, da den Vorteilen auf der einen Seite Nachteile auf anderen Gebieten gegenüberstehen"[4]. Eben. Auch andere Autoren sehen eine „Beweisnot" bezüglich der Vor- und Nachteile der Ausländerbeschäftigung[5]. Die Informationsmängel bei sozialen Indikatoren und sozialen Kosten der ausländischen Wohnbevölkerung scheinen „groß und unüberwindbar"[6]. Nicht nur die wachstumspolitische Beurteilung der Gastarbeiterbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland sei sehr kontrovers[7], die Wirtschaftswissenschaft an sich sei anscheinend noch nicht in der Lage, die ökonomischen Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung in allen ihren Verästelungen darzulegen[8]. Schon 1973 meinte Theo Sommer: „Früher galt es als Axiom, die Beschäftigung ausländischer Arbeiter bringe uns nur Vorteile. Heute muß hinter diese Argumentation ein dickes Fragezeichen gesetzt werden"[9].

Im Memorandum des Bundesbeauftragten für die Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien lesen wir, daß der ausländerbezogene Anteil an dem allgemeinen Infrastrukturaufwand bislang gesondert in der Regel nicht ausgewiesen werde[10].

Es ist also schon von vornherein Skepsis angebracht, wenn behauptet wird, die Wohlstandsmehrung durch Ausländer sei „klar bewiesen", da gebe es keine Zweifel. Man sollte da ehrlich sein und als Vertreter der herrschenden Ausländerpolitik um der Glaubwürdigkeit willen lieber formulieren: „Uns liegen keine gesicherten Erkenntnisse dafür vor, daß die Ausländerbeschäftigung und ihre Folgen von materiellem Nutzen für die Bürger der Bundesrepublik Deutschland sind. Wir vermuten aber, daß dies der Fall ist. Folgende Fakten sprechen dafür. . ."

Mit wissentlich falschen Behauptungen jedenfalls ist der sachlich zu führenden Diskussion nicht geholfen. Sowohl Befürworter als auch Gegner der herrschenden Ausländerpolitik sollten gemeinsamen Druck auf die verantwortlichen Stellen in Staat und Wirtschaft ausüben, endlich alle Zahlen auf den Tisch zu legen. Sowohl was die bisherige als auch was die zu erwartende Entwicklung anlangt. Schließlich hat der Bürger der Bundesrepublik Deutschland ein gutes

Recht darauf, auch in diesem Bereich umfassend aufgeklärt zu werden.

Natürlich sollten die Gegner der herrschenden Ausländerpolitik in gleicher Weise verfahren. Hier kann es nur heißen: „Es mangelt an einer deutlichen offiziellen Kosten-Nutzen-Analyse. Die uns vorliegenden Fakten lassen uns eher vermuten, daß die Ausländerbeschäftigung und deren Folgen mehr materielle Nach- als Vorteile mit sich bringt“.

Schröer, ein Befürworter der Ausländer-Integration, läßt sich wie folgt dazu vernehmen: „War jedoch in den ersten Jahren ihres Aufenthaltes der Beitrag zu unserem Wirtschaftswachstum, also der Nutzen, deutlich höher als die Kosten, die uns die Ausländer verursachten, so ist das heute nicht mehr so eindeutig der Fall. . . Eine ‚Kosten-Nutzen-Analyse‘, sofern überhaupt möglich, mag nun plötzlich aufzeigen, daß die Kosten der Ausländerbeschäftigung deren Nutzen übersteigen“[11].

Etwas schlangenlinienförmiger meinte der damalige Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Arendt, im Jahre 1973: „Bei sich abschwächenden Vorteilen und steigenden Folgekosten wird schließlich ein Punkt erreicht, wo die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer für eine Volkswirtschaft per Saldo keine neuen Wachstumsmöglichkeiten eröffnet“[12].

Dabei gehörte Walter Arendt zu den ersten, die vor den materiellen Folgen der Ausländerbeschäftigung warnten. 1964, noch Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, forderte er, die Zahl der unter Tage arbeitenden Ausländer zu reduzieren, mit der Begründung, daß ihr effektiver Nutzen gering sei und ihre produktiven Leistungen in keinem Verhältnis zu den Kosten stünden. Er schlug vor, die in der Ausländerbeschäftigung investierten Gelder künftig für die Besserstellung der deutschen Arbeiter zu verwenden und damit mehr deutsche Arbeiter zu gewinnen[13]. Daß sich diese Lageeinschätzung innerhalb der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie nicht sonderlich in Richtung auf größere Bewertung des Nutz-Aspektes der Ausländerbeschäftigung verschoben hat, beweist ein Interview mit Arendt-Nachfolger Adolf Schmidt 16 Jahre später.

Schmidt wörtlich: „Mir scheint, mit ein paar Sonderzügen aus Anatolien sind unsere Kohleprobleme nicht zu lösen. Es ist nicht so einfach. Die neuen ausländischen Kollegen könnten möglicherweise die Problematik der Betriebe beseitigen, aber sie begründen zugleich in den Kommunen gesamtwirtschaftlich neue Probleme. Unterm Strich wird das teurer"[14].
Natürlich war Walter Arendt nicht der einzige, der frühzeitig vor einer Überbewertung des Nutz-Aspektes gewarnt hat. Tatsächlich jedoch wurden diese mahnenden und warnenden Stimmen bei weitem übertönt von einer gewaltigen Propaganda.
Uwe Harms zum Beipiel meinte 1966: „Unter langfristigem Aspekt ist die Beschäftigung von Gastarbeitern ungünstig zu beurteilen, da sie die Umstrukturierung der Wirtschaft im Zeitablauf verzögert und somit das Wirtschaftswachstum hemmend beeinflußt. Allerdings dürfte diese nachteilige Wirkung erst ins Gewicht fallen, wenn eine gewisse Zahl von Gastarbeitern überschritten wird"[15]. Damals gab es anderthalb Millionen Ausländer, heute über fünf Millionen.
Die „Süddeutsche Zeitung" berichtete 1972: der Zustrom von Gastarbeitern sei am kritischen Punkt angelangt. Bischöfe und Berufsgenossenschaften würden Drosselung fordern, denn „jeder Zuwachs wird teurer"[16].

Bezeichnend, was im Handelsblatt nunmehr vor zehn Jahren abgedruckt wurde: „Angesichts des bereits erreichten und sich abzeichnenden künftigen Niveaus der Ausländer-Beschäftigung bleibt die Aufgabe der Integration auch bestehen, wenn ihre Kosten die ganze Ausländerbeschäftigung als Fehlinvestition ausweisen sollten. Für eine Umkehr ist es zu spät"[17]. Ein klares Rückzugsgefecht, aber von Ehrlichkeit gezeichnet.
Deutlicher wird Dr. Joachim Lemelsen, Stadt- und Regionalplaner in Darmstadt: „Mit steigender Verweildauer und abnehmender Rückkehrbereitschaft der ausländischen Familen spitzen sich die Sozialprobleme nun auch noch insgesamt erheblich zu"[18]. Noch deutlicher Dr. Wolfgang Philipp in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung": „Was ursprünglich für beide Partner Vorteile brachte oder

zu bringen schien, wird jetzt nicht selten für beide zur Plage, ja zur Not"[19].
Hin- und wieder berichtete die Presse über Millionenkosten bezüglich der ausländischen Wohnbevölkerung. Niemand jedoch außer dem Staat selbst mit seiner Verwaltungsmaschinerie kann diese Einzelmeldungen zu einem Gesamtbild fügen. Die staatlichen Organe jedoch unternehmen hier keine Anstrengungen.

Man liest:
– Bundesbeauftragter Kühn verlangt einen Etat von 600 Millionen Mark pro Jahr zur Eingliederung der Ausländerjugend[20].
– Der Verwaltungsetat des Bundesbeauftragten wurde 1981 von 30 000 DM auf 300 000 DM verzehnfacht[21].
– München hat ein „Haus des Ausländers" für 5,8 Millionen Mark gebaut, als „zentrale Informations- und Auskunftsstelle"[22].
– Für Modellversuche zur Förderung junger Ausländer in den Betrieben wurden 1980 10 Millionen Mark ausgegeben, wovon der Bund zwischen 75 und 90 Prozent finanziert[23].
– Im Haushalt allein des Bundeslandes Baden-Württemberg sind 1980 62 Millionen Mark für Ausländerfragen vorgesehen[24].
– Die Stadt Essen errichtet Notunterkünfte für Ausländer. Kostenpunkt: sieben Millionen Mark[25]. Essens Oberbürgermeister Katzor: die Asylbewerber stellen die Städte des Landes vor „unerträgliche Probleme" bei der Unterbringung[26].
– Die Stadt Dortmund muß monatlich 100 000 Mark allein für die Unterbringung von Asylbewerbern in Hotels und Pensionen hinblättern[27].
– Der Westberliner Sozialamtsleiter Hodapp errechnet, daß man im Bezirk Schöneberg für Asylbewerber in einem Monat soviel ausgeben müsse wie im ganzen Jahr für die Rauschgiftsüchtigen – 350 000 Mark[28].
– Der „Spiegel" schrieb schon im Jahr 1977: „Allein in diesem Jahr blätterten die Berliner Sozialämter ausländischen Asylanten anspruchsgemäß insgesamt zehn Millionen Mark hin"[29].
– Die Stadt Frankfurt muß 1980 20 Millionen Mark für die Asyl-

bewerber ausgeben[30]. Oberbürgermeister Wallmann: „Wir sind mit den Finanzen am Ende“[31].

– Der Freistaat Bayern beschließt ein „Sonderprogramm zur Eingliederung der Indochina-Flüchtlinge“. Kostenpunkt: 10 Millionen[32].

– Ein Bundestagsabgeordneter errechnet: Die Asyllasten der öffentlichen Hand betrugen schon 1978 400 Millionen Mark[33].

Dutzende, wenn nicht gar hunderte weitere Beispiele solcher Art wären anzuführen. Wobei zu beachten ist, daß die Asylkosten ja nur ein kleiner Teilbereich der gesamten Ausländerkosten sind, welche aber in der Öffentlichkeit ungleich stärker diskutiert werden als diese. Stuttgarts Oberbürgermeister Rommel: „Die Bundesrepublik wurde gewissermaßen zum Selbstbedienungsladen für Asylbewerber“[34].

Was kostet ein einzelner Ausländer die bundesdeutsche Gesellschaft? Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin gibt Berechnungen wieder, wonach sich die Folgekosten für die Asylgewährung an eine Einzelperson in einer Generation auf weit über zwei Millionen Mark belaufen können[35].

Professor François Schaller von der Universität Bern errechnete für die Schweiz 1969, daß jeder Ausländer Global-Investitionen von 200 000 Franken beanspruche[36]. 1973 wurden in der Bundesrepublik Deutschland einige Berechnungen bekannt: Theo Sommer schätzte Investitionskosten bei voller Integration und voller Inanspruchnahme der Infrastruktur in Höhe von 150 000–200 000 Mark pro Ausländer[37]. Bundeswirtschaftsministerium 1973: „Für Integration und Infrastruktur sind Beträge von 30 000 DM je ‚Kurzzeit-Gastarbeiter‘ bis zu 200 000 DM je ‚Langzeit-Gastarbeiter‘ erforderlich“[38].

Dr. Kreuzaler meinte im gleichen Jahr im „Bundesarbeitsblatt“: „Bei einer angemessenen gesellschaftspolitisch zufriedenstellenden Integration dürften die dann relativ kurzfristig (!) anfallenden Aufwendungen mit rund 200 000 DM zusätzlicher ausländischer Arbeitskraft nicht zu hoch gegriffen sein“[39].

Selbst wenn man diese Zahlen aus 1973 zur Berechnungsgrundlage macht (ohne die seitdem eingetretene Verteuerung), ergäbe sich schon

für nur eine Million voll integrierter Ausländer die ungeheure Summe von 200 000 000 000 DM (= zweihundert Milliarden Deutsche Mark) an Lasten für die Gesellschaft.
Das entspricht ungefähr dem derzeitigen Volumen des Bundeshaushaltes. Angenommen, nur die jetzt schon hier lebenden über fünf Millionen Ausländer seien voll zu integrieren (weiterer Zuzug ausgeschlossen), würde die Summe auf 1 000 000 000 000 Mark anwachsen (= eine Billion Deutsche Mark).
Wohlgemerkt, basierend auf den Berechnungen des Jahres 1973, ohne Teuerungszuschlag.
Diese geschätzten Summen sollten zum mindesten dazu anspornen, die Behauptung von der Wohlstandsmehrung durch Ausländer kritischer zu betrachten.
Und die Integrationstheoretiker wollen jetzt ja erst richtig „loslegen“.
Schauen wir uns an, was sich eine einzige Stadt, nämlich Duisburg, da so alles vorgenommen hat, um die Ausländer zu integrieren (entnommen dem Ausländergesamtplan der Stadt, und das auch nur auszugsweise!):
– Einrichtung weiterer Kindergartenplätze für alle Kinder von 3–6 Jahren durch Erweiterung vorhandener Einrichtungen, Schaffung von Provisorien oder Bau neuer Einrichtungen,
– Einrichtung von Bus-Zubringerdiensten bei zu starker Ausländerkonzentration,
– Einsatz von zwei Fachkräften bei Ausländeranteil von 20 Prozent im Elementarbereich,
– Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit,
– Zusätzliche Finanzmittel für Schulkindergärten,
– Einrichtung von Sprachkursen und Auffangklassen, entsprechende Mittel und Lehrerstellen,
– Einrichtung einer Projektgruppe zur Erarbeitung geeigneter Unterrichtsmaterialien und Bereitstellung von Mitteln für ergänzende örtliche Initiativen,
– Erstattung von Schülerfahrkosten, wenn die Situation an Schulen mit mehr als 25–30 Prozent ausländischen Schülern nachdrücklich verbessert werden kann,

– Stundenermäßigung für Lehrer in Ausländerklassen
– Erweiterung und Vertiefung der Lehreraus- und -weiterbildung,
– Studienangebot „Turkologie und Islamwissenschaft“,
– Einstellung weiterer türkischer Lehrer,
– Ausbildungsangebote für ausländische Jugendliche ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse und ohne Hauptschulabschluß durch überbetriebliche Träger (z. B. in angemieteten Ausbildungsstätten),
– Internationales Zentrum,
– Stadtteilzentren,
– Weiterbildungskurse für Ausländer,
– Alphabetisierung,
– jährliche Kulturwochen,
– kulturelle Programme in deutscher und in der Heimatsprache,
– Kulturveranstaltungen, die der Integration dienen,
– Ausbau der Bibliotheksversorgung für Ausländer,
– Soziale Beratung in städtischen Beratungsstellen,
– Ausbildung von ausländischen Familienhelferinnen,
– Einstellung von Fachkräften in den Heimen der Offenen- und der Teil-Offenen-Tür für verstärkte Integrationsarbeit,
– Einstellung von sprachlich ausgebildeten türkischen Hilfskräften,
– Verstärkung der Programme für Kinder und Jugendliche, Hausaufgabenhilfen, Freizeiten usw.,
– Familienberatung,
– Unterstützung sportlicher und integrativer Veranstaltungen ausländischer Vereine,
– Ausweisung weiterer Sanierungsgebiete,
– Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserug in Ausländervierteln,
– Verbesserung der Wohnraumversorgung durch Erweiterung des Angebots von größeren Wohnungen,
– Erhöhung des Anteils ausländischer Einwohner bei der Vergabe von Wohnungen,
– Verstärkte Beratung von Ausländern in Wohnungsangelegenheiten“ usw. usf.[40].

Das und noch etliches mehr hat sich also allein die Stadt Duisburg zur

Integration der Ausländer vorgenommen. Bleibt nur noch die „nebensächliche“ Frage: Wer soll denn eigentlich diese ehrgeizigen Pläne finanzieren?

Wenn schon in Sachen Integration in den letzten beiden Jahrzehnten keine besonderen Fortschritte erzielt werden konnten, überall die Integrations-Ruinen die sozialpolitische Landschaft verschandeln, als die Kassen noch randvoll waren, wie soll dies denn zukünftig geschehen bei Riesenlöchern in den Kassen?

In letzter Zeit wird man doch nicht müde, dem Bürger zu bedeuten, daß das kommende Jahrzehnt eher im Zeichen von Schmalhans Küchenmeister stehen wird. Der mittelfristigen Finanzplanung des Bundeslandes mit dem Hauptkontingent an Ausländern, Nordrhein-Westfalen, ist zu entnehmen, daß schon 1983 die Gesamtverschuldung zum erstenmal das geplante Etatvolumen übersteigen wird[41]. Eine Stadt wie Dortmund zum Beispiel mit nicht weniger ehrgeizigen Plänen zur „Integration“ der Ausländer ist „absolut blank“, Defizit 1980: 27,7 Millionen Mark, kein Pfennig mehr in der Rücklage[42]. In nahezu sämtlichen anderen Gemeinden, vor allem aber in den mit Ausländern überschwemmten Großstädten sieht es nicht anders, eher noch schlimmer aus.

Hilfe vom Bund? Für Zins- und Tilgungszahlungen mußte der Bund allein 1980 fast 51 Milliarden DM aufbringen. Das bedeutet einen Schuldendienst von 142 Millionen DM pro Tag, sechs Millionen pro Stunde[43].

So, als ob sie das alles gar nichts angehe, entwerfen die Integrationstheoretiker am grünen Tisch einen Integrationsplan nach dem anderen, wobei die aufzuwendenden Steuergelder immer höher werden. Daß die Integrationsverfechter sich dabei selbst belügen, macht freilich gar nichts. Daß sie aber den deutschen Steuerzahler belügen, indem sie ihm bewußt die Folgekosten der Ausländerüberschwemmung verschweigen, ist mehr als nur ärgerlich. Daß sie dann jedoch auch noch völlig falsche und überzogene Erwartungen bei den Ausländern erwecken, ist in höchstem Maße gefährlich.

Die zweite Ausländergeneration wird ohnehin ihre Lage nicht mehr im Verhältnis sehen zu derjenigen in der Heimat. Diese Generation

wird dasselbe verlangen, was ihre deutschen Altersgenossen auch haben. Wie kann man dann so unvernünftig sein, den Erwartungshorizont dieser Menschen noch weiter nach oben zu schrauben, wohl wissend, daß hier realitätsferne Träumerei vorliegt? Die Folgen der zwangsläufig eintretenden Enttäuschungen bei den Ausländern werden alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland wohl zu spüren bekommen.
Wir wollen uns erinnern, womit Ministerialrat Rosenmöller den Nutzen der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland begründete:

Rosenmöller führte an:
Ausländer haben niedrigeren Infrastrukturbedarf als Deutsche,
die Ausländer-Erwerbsquote ist sehr viel höher als die deutsche,
die Heranbildungskosten für die Jugendlichen entfallen,
ebenso ein Teil der Alterskosten.

Alle vier Argumente wurden durch die Entwicklung seit 1971 widerlegt. Daß die Ausländer einen niedrigeren Infrastrukturbedarf (Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen wie z. B. Schulen, Krankenhäuser usw.) hätten, trifft nur zu, wenn ihr Aufenthalt in der Bundesrepublik auf wenige Jahre beschränkt ist. Tatsächlich wächst die Aufenthaltsdauer unaufhörlich, was ja hinwiederum von den Befürwortern des Einwanderungslandes wärmstens begrüßt wird. Fazit: „Ausländer beanspruchen als Dauergäste praktisch dieselben Lebensverhältnisse und Dienstleistungen wie die Einheimischen“[44].
Wie im siebenten Abschnitt gezeigt, ist die Ausländer-Erwerbsquote zwischenzeitlich rapide gesunken. Unter den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern, so das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, befanden sich Ende Juni 1979 2,01 Millionen unselbständige Erwerbspersonen bei insgesamt 4,14 Millionen Fremden[45]. Auch hier trifft Rosenmöllers Prämisse nicht mehr zu.
Durch die demographische Verschiebung innerhalb der ausländischen Wohnbevölkerung entfallen auch nicht mehr die „Heranbildungskosten“ für die Jugendlichen. Durch Familienzusammenführung und

Ausländergeburten drängen sie in unser Schul- und Ausbildungssystem. Ihre Heranbildung wird im Gegenteil zum wohl größten Kostenfaktor werden. Im Juli 1980 drückte der Gesamtpersonalrat der Frankfurter Lehrer beim Oberbürgermeister seine „große Besorgnis" aus über die „wachsenden sozialen Belastungen und Gefahren" für die Kinder an Schulen mit hohem Ausländeranteil[46]. Die Soziologin Dr. Ursula Boos-Nünning von der Essener Forschungsgruppe „Ausbildung von Lehrern für Ausländerkinder" sieht einen „enormen finanziellen Aufwand" auf die Gesellschaft zukommen, „den bislang niemand bezahlt"[47].
Zu den mittelbaren Folgelasten der Ausländerbeschäftigung zählt auch die sinkende Qualifikation deutscher Kinder in Schulen mit hohem Ausländeranteil. Dies wird sich nicht nur im sozialen Fortkommen der einzelnen Schüler bemerkbar machen, sondern auch in demjenigen der gesamten Gesellschaft.
Ist die Einwanderungsgesellschaft Bundesrepublik erst einmal Wirklichkeit geworden, so fällt selbstverständlich auch das Argument einer mangelnden Belastung durch Abwanderung älterer Menschen.

Man muß sich natürlich schon hier die Frage stellen, ob dies nicht alles vorauszusehen war. Zumindest die Möglichkeit einer solchen Entwicklung hätte doch die verantwortlichen Kräfte zur frühzeitigen Intervention veranlassen müssen. Wenn nichts Entscheidendes geschah, so müssen schon mächtige Interessen für die Aufnahme eines Millionenheeres von Ausländern gestanden haben.
Höpfner mag den Dingen auf der Spur sein, wenn er in seiner Untersuchung über die Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung auf die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland zu dem Schluß kommt:
„Bei der einzelnen Unternehmung dürfte der Nutzen der Ausländerbeschäftigung – rationales Verhalten bei der Anwerbung vorausgesetzt – die Kosten bei weitem überwiegen. . . Bei den Kommunen scheint es eher umgekehrt zu sein. Hier liegen die Infrastruktur-Mehrausgaben in der Regel erheblich über den Mehreinnahmen"[48]. So sieht es auch Hammer: „Bisherige Anwerbemethoden sind in erster

Linie an den Bedürfnissen der Arbeitgeber ausgerichtet, neue Probleme im gesellschaftlichen Bereich sind entstanden"[49].

Kade/Schiller meinen: „Die Verteilungsnormen für das Sozialprodukt führen dazu, daß der Gewinnzuwachs, der das Antriebsmotiv für die Ausländerbeschäftigung bildet, den Unternehmungen zusteht. . ., während die Lasten von der Allgemeinheit getragen werden müssen"[50].

Helmut Rittstieg fühlt sich „ans 19. Jahrhundert erinnert", da „in diesem System in geradezu verblüffender Weise eine Dienstbarkeit der Behörden gegenüber privatwirtschaftlichen Wünschen zum Ausdruck" komme[51]. Frei nach dem Motto: In den Chefetagen der Großindustrie wird angeordnet, was in Sachen Ausländerpolitik zu geschehen habe, und die Politiker spuren. Auch Leggewie kommt zu diesem Schluß: „Unterdessen scheinen sich aber die Kassandrarufe aus der Pionierzeit der Ausländerbeschäftigung zu bewahrheiten, wonach zwar ‚auf der Seite der Gewinnbezieher bemerkenswerte Zusatzgewinne zu erwarten' sind, aber die von den Unternehmen auf den Staat abgewälzten Folgekosten den gesamtwirtschaftlichen Ertrag negativ gestalten"[52].

Rittstieg weiter: „Der Wunsch der Wirtschaft nach billiger und abhängiger Arbeitskraft steht anstelle staatlicher Politik. Die Behörden leisten prompt das Ihre zur Erfüllung dieses Wunsches"[53]. Die Arbeitgeber hatten in der Tat nichts weiter zu tun, als eine Vermittlungsgebühr von DM 165.– (ab 1972: DM 300.–, ab 1973: DM 1000.–) zu entrichten und einen Arbeitsvertrag einzureichen; schon wurde der gewünschte Türke, Grieche, Spanier usw. „frei Haus" geliefert, ausgesondert von den deutschen Anwerbebüros in den Heimatländern.

Einige wenige also mit gewaltiger Macht haben durch die Ausländerbeschäftigung einen Mordsreibach gemacht. Die Zeche hierfür allerdings zahlen alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland durch ihre Steuergelder.

Bei dieser klaren Interessenlage ist es schon merkwürdig, daß Kräfte, die sich „antikapitalistisch" zu nennen pflegen, ausgerechnet reihenweise Argumente der Großindustrie für die Ausländerinvasion über-

nehmen. Vorgebliche „Klassenstandpunkte“ geraten hier doch arg durcheinander.
Es dürfte unerfindlich sein, wie eine Politik glaubhaft antikapitalistisch sein will, die in trauter Eintracht mit Managern und von der Großindustrie abhängigen Propagandisten in vielen Massenmedien Ausländerinvasion und -integration befürwortet.
Natürlich wurde immer wieder Kritik an der Richtigkeit der Wohlstandsmehrungs-Propaganda zugelassen. 1975 zum Beispiel sagte der wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium: „Die Wohlfahrt der Bevölkerung in der Bundesrepublik dürfte bei einer Begrenzung der Ausländerbeschäftigung . . . eher höher sein als bei einem Verzicht auf eine solche Begrenzung“[54].
Ein Jahr darauf brachte die baden-württembergische Arbeitsministerin Annemarie Griesinger zum Ausdruck: „Es kann davon ausgegangen werden, daß die Ausländerbeschäftigung von betrieblichem Nutzen ist. Andererseits setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, daß die Belastungen der öffentlichen Haushalte für die notwendigen Infrastrukturaufwendungen zunehmend größer werden und kaum mehr verkraftet werden können“[55].
Doch die Interessenlage war eben anders, und die, die Möglichkeiten haben, ihre Ansichten auch auf unkonventionelle Weise durchzusetzen, saßen einmal mehr am längeren Hebel.
Vielleicht machen diese Zusammenhänge auch deutlich, daß die Ausländerpolitik von Beginn an über sämtliche Stufen bis zur heutigen Entwicklung entscheidend völlig außerhalb der Einflußnahme der Staatsbürger lag. Mit einer bemerkenswerten Konsequenz wurden gewisse Wirtschaftsinteressen durchgedrückt. Ab und an empfahlen sich zwar einige verbale Rücksichtnahmen auf den wachsenden Unmut im Volk, ab und an wurden kosmetische Korrekturen vorgenommen, doch die grobe Richtung wurde schon eingehalten.
Dieses ist auch von Belang für die im sechsten Abschnitt verhandelte Frage: „Haben die Deutschen die Ausländer gerufen?“
Ohne Umschweife zu machen, sei gesagt, daß die herrschende Ausländerpolitik reinen Wirtschafts- und Profitinteressen entspricht, gespeist eben von purem materialistischem Denken.

Willkommene Nützlichkeit für diese materialistischen Interessen erweisen diejenigen, die jede Forderung nach Beendigung einer solchen Politik, zu der ja ein Stopp der Zuwanderung zwingend gehört, vom idealistischen Standpunkt bekämpfen. Man kommt gar nicht daran vorbei, der Kunstfertigkeit einer Propaganda seine Referenz zu erweisen, die es geschafft hat, die Unterstützung für eine kapitalistische Politik zu einem besonders fortschrittlichen Antikapitalismus zu machen. Es ist allerdings höchste Zeit, daß dieser Trick allenthalben durchschaut wird.

Wer die Ausländerbeschäftigung rechtfertigt, die Einwanderungsgesellschaft fordert, jedes Begehren nach Zuwanderungsstopp als „faschistisch" bekämpft, macht sich gewollt oder ungewollt zum Handlanger kapitalistischer Interessen. Muß es nicht zu denken geben, daß der geschäftsführende Gesellschafter der Friedrich Flick KG, Eberhard von Brauchitsch, droht, man werde es nicht hinnehmen, wenn die Verwirklichung der vollen Integration der Ausländer auf die lange Bank geschoben wird?[56].

Muß es nicht zu denken geben, daß eben dieser Herr in einem Gespräch mit dem Bundeskanzler vorschlug, das große „Reservoir" (!) der in Berlin lebenden ausländischen Arbeiterkinder in die langfristige Planung „einzubeziehen"[57]?

Man soll doch die wahren Interessen erkennen, die hinter der Forderung der Integration stecken. „Der deutschen Wirtschaft werden bald deutsche Facharbeiter fehlen. Also müssen wir die ausländischen Jugendlichen integrieren", sagt Dr. Josef Siegers, Geschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, bei einer Podiumsdiskussion des Deutschen Städtetages zum Ausländerproblem[58]. Man muß doch den wahren Hintergrund erkennen für die Propaganda zugunsten einer freien Zuwanderung nach Westdeutschland. Die Hamburger Arbeitgeberverbände meinen, es sei allerhöchste Zeit, den Stopp für ausländische Arbeitskräfte außerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu „überdenken"[59]. Gegen eine Einschränkung oder ein Verbot der Leiharbeit spricht sich die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände aus[60]. Das Bundesinnenministerium gibt bekannt, daß es eine Reihe von deutschen

Unternehmen gebe, die an Arbeitskräften aus der Türkei interessiert seien, so daß von der Bundesrepublik ein reger Werbeverkehr in jenes Land ausgehe[61]. Die Wirtschaft begrüße den Asylantenstrom, meint „Zentralmarkt. Fachorgan für Fabrikation und Wiederverkauf" und ergänzt: „VW schickt seine italienischen Arbeiter mit der Bitte in die Heimat, mit arbeitswilligen Freunden zurückzukommen"[62].
Daß die Großindustrie hier ihre Interessen durchsetzen will, mag verständlich sein. Es kann aber von niemandem hingenommen werden, daß dies auf Kosten der gesamten Gesellschaft geschieht.

Im Gegensatz zu den Großindustriellen und ihren Hilfstrupps unter den Integrationstheoretikern spüren die Bürger die Folgen der Ausländerinvasion direkt.
Ihnen ist es nicht möglich, sich im Zweifelsfall vielleicht auch mal ins Ausland abzusetzen. Die Bürger müssen die Suppe auslöffeln.
Es kommt wohl nicht von ungefähr, daß gerade ein renommierter Kriminologe, Horst Müller-Springorum, formuliert: „Träger des Profits durch die ausländischen Arbeiter ist die Wirtschaft, Träger der Folgelasten die ganze Gesellschaft"[63]. Denn die Kriminalität gehört auch zu den sozialen Folgelasten der Ausländerpolitik. Obzwar sie kaum in Mark und Pfennig gefaßt werden kann, darf sie nicht unberücksichtigt bleiben. Wir werden unten darauf zurückkommen.

Viel zu wenig beleuchtet wird im allgemeinen, welche volks- und außenwirtschaftlichen Folgen durch die Ausländerpolitik der letzten Jahre entstanden sind, Folgen, die sich sehr wohl auch in der materiellen Lebensqualität auswirken.
Nimmt es sich nicht schon bedenklich aus, daß eine Volkswirtschaft, die ohnehin mannigfaltig abhängig, damit anfällig und erpreßbar ist, sich auch noch in die Abhängigkeit vom Zustrom fremder Arbeitskräfte bringt?
Daß eine solche Abhängigkeit offensichtlich bereits vorhanden ist, zeigen ja die häufigen Behauptungen, die deutsche Wirtschaft komme ohne Gastarbeiter nicht mehr aus. Kann eine Witschaftspolitik, die in immer neue Abhängigkeiten führt, damit immer mehr Unabhängig-

keit und Freiheit aufgibt, verantwortungsbewußt genannt werden? Jährlich werden ungeheure Milliardensummen in die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland gesteckt. Berücksichtigt man eigentlich im „Kriegsbild", daß im Falle einer drohenden Kriegsgefahr die Türken und Jugoslawen zum Beispiel ihre Wehrpflichtigen zurückrufen würden? Ganze Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik wären in der Produktion schlimm betroffen. Wie soll dann die Verteidigungsbereitschaft gegeben sein?[64]

Verschiedentlich wird auch die Sorge vorgetragen, die millionenfache Ausländerbeschäftigung trage zur deutschen Arbeitslosigkeit bei. Die Behauptung, Ausländer nähmen Deutschen in Zeiten der Rezession die Arbeitsplätze weg, würden sie ihnen zumindest streitig machen, stößt auf energischen Widerstand in Wirtschaftskreisen. Ist aber diese Behauptung wirklich völlig aus der Luft gegriffen?
Daß ein Zusammenhang zwischen Ausländerzustrom und Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik besteht, wurde bei Verhängung des Anwerbestopps für ausländische Arbeitnehmer außerhalb der EG 1973 deutlich. Dieser Anwerbestopp war nach Ansicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßenswert und notwendig, um die Arbeitsplätze von deutschen und ausländischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik zu schützen[65]. Dieser Anwerbestopp, so die Bundesregierung, führte zu einer „spürbaren Entlastung" des deutschen Arbeitsmarktes[66]. Auch der Bundestagsabgeordnete Alfred Dregger sieht im Anwerbestopp 1973 eine Maßnahme, „um die deutschen Arbeitnehmer vor Arbeitslosigkeit zu schützen"[67].
1975 stellte die „Zeit" dem Mitarbeiter des Ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung, Oscar-Erich Kuntze, die Frage: „Ist es in einem EG-Land gelungen, die Arbeitslosigkeit unter der einheimischen Bevölkerung durch Entlassung von Ausländern zu mildern?" Kuntze: „. . . Tendenzielle Ansätze in dieser Richtung sind zweifellos da, wie verschiedene Beispiele zeigen"[68]. Gleichfalls 1975 gab die Bundesregierung in einer Pressekonferenz bekannt, sie wolle ihre „Rückwanderungspolitik" fortsetzen, um mehr Arbeitsplätze für Deutsche bereitstellen zu können[69]. Zwar war und ist von einer

„Rückwanderungspolitik" nicht viel zu spüren, dennoch hat die Bundesregierung hier einen gewissen Zusammenhang zwischen deutscher Arbeitslosigkeit und Ausländerbeschäftigung eindeutig zugegeben. 1976 zitierte Kühl die „deutschen Arbeitgeber": jeder zweite Arbeitsplatz könnte alternativ von einem In- oder Ausländer besetzt werden[70]. Im April 1976 wurde in der Presse eine Äußerung des Leiters der Kölner Arbeitvermittlung bekannt, wonach „zuziehende ausländische Arbeitnehmer ansässige ungelernte Arbeitnehmer aus ihren Arbeitsplätzen verdrängen"[71]. Ende 1976 forderten die Sozialdemokraten durch den Vorsitzenden ihrer Arbeitsgruppe Ausländerpolitik in der Bundestagsfraktion, Urbaniak, eine „Begrenzung des Familiennachzuges von Gastarbeitern". Begründung: wegen des hohen Ausländeranteils in Ballungsgebieten und der „drohenden Gefahr der Überlastung des Arbeitsmarktes"[72].
Im Mai 1977 äußerte der hessische Wirtschaftsminister Hans-Herbert Karry in einem „Spiegel"-Interview wörtlich: „Schauen Sie sich doch nur die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer an! Wenn wir heute noch fast zwei Millionen Ausländer beschäftigen, dann kann man sowieso nicht von einer echten Arbeitslosigkeit sprechen"[73]. Der bereits in anderem Zusammenhang zitierte Ministerialrat Rosenmöller vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung meinte 1980: „War die Beschäftigungslage das auslösende Moment für die Hereinnahme von ausländischen Arbeitnehmern ins Bundesgebiet, so fordert sie heute – bei nach wie vor zu hoher Arbeitslosigkeit von deutschen und hier seit langem lebenden ausländischen Arbeitnehmern – dringend den Fortbestand von Beschränkungen beim Zuzug am Arbeitsmarkt für neueinreisende Ausländer"[74]. Gleichfalls 1980 beklagte der Betriebsratsvorsitzende von Hapag-Lloyd, Pommerenck, daß die Ausländer mit ihren Billiglöhnen „unseren Seeleuten die Arbeit wegnehmen"[75].
Als Ende 1980 ein Programm der jugoslawischen Regierung zur Rückkehrförderung ihrer in der Bundesrepublik arbeitenden Landsleute vorgelegt wurde, kommentierte der nordrhein-westfälische DGB-Landesvorsitzende Bleicher, dieses sei „beschäftigungspolitisch überaus wichtig". Heimkehrende Gastarbeiter aus Jugoslawien, so

Bleicher weiter, machen Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland frei[76].

So völlig aus der Luft gegriffen also scheint das Argument nicht zu sein, es bestehe eine Verbindung zwischen deutscher Arbeitslosigkeit und Ausländerbeschäftigung. Wobei sicherlich vor dem Pauschalurteil gewarnt werden muß, die Ausländer nähmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg. Die komplizierten Zusammenhänge des Arbeitsmarktes lassen solche Pauschalurteile keineswegs zu.

Es kann jedoch nicht bestritten werden, daß die kommenden Jahre eine zunehmende Konkurrenz zwischen Deutschen und Ausländern auf dem Arbeitsmarkt bringen werden. „Bliebe der heutige Bestand an ausländischen Arbeitskräften von etwa zwei Millionen konstant", so Frenzel, ein Mitarbeiter des Frankfurter Battelle-Institutes, „so müßten bis zum Zeitraum 1985/1990 etwa zwei Millionen Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden, wenn das Vollbeschäftigungsziel erreicht werden soll"[77]. Dies jedoch ist angesichts anhaltender Rezession keinesfalls zu erwarten. Professor Klauder weist darauf hin, daß das Potential an deutschen Arbeitskräften durch die geburtenstarken Jahrgänge der Vergangenheit bis Ende der 80er Jahre per Saldo um rund 800 000 Personen zunehmen werde[78]. Logisch, daß es dann zu einem Leistungswettbewerb, zu einer Konkurrenz zwischen deutschen Kindern und der zweiten Ausländergeneration kommen wird[79]. Michael Selbmann notiert hierzu: „Im Zusammenhang mit dem verbreiteten Ausbildungsnotstand und der voraussichtlich bis in die neunziger Jahre andauernden massenhaften Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik zeichnet sich deshalb vor allem bei den Grund-, Haupt- und Berufsschulen der Ausländerballungsgebiete eine beträchtliche Interessenkollision zwischen deutschen Unterschichtenkindern und Gastarbeiterkindern ab". Er sieht die Gefahr, daß sich diese Interessenkollision dann wahrscheinlich „in Form von ethnischen Auseinandersetzungen" entladen dürfte[80].

Diese scharfe Konkurrenz mit der Gefahr sogar gewalttätiger Auseinandersetzungen wird höchstwahrscheinlich noch verstärkt, wenn die diesbezüglichen Vorschläge im Memorandum des Bundesbeauftragten für die Integration Wirklichkeit werden. Das Memorandum

fordert „Arbeitserlaubnis vorbehaltlos und mit Rechtsanspruch auch dann an ausländische Jugendliche, wenn der Betroffene dadurch mit einem deutschen Bewerber in Konkurrenz tritt“[81].

Das nächste Jahrzehnt, von den Integrationstheoretikern als entscheidend für ihre Bemühungen angesehen, wird also von folgenden Entwicklungen gekennzeichnet sein:

1. Zunehmendes Anspruchsdenken der nachfolgenden Ausländergeneration, geschürt durch unhaltbare Versprechen von seiten der Integrationsfetischisten,
2. wachsende Konkurrenz zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen.

Wie soll, so muß man fragen, in diesem Klima eine gedeihliche Integration zustande kommen? Hinzu treten die im ersten Abschnitt geschilderten weiteren Millionenschübe von Ausländern.

Die 80er und 90er Jahre werden voraussichtlich – bei Fortsetzung der jetzigen Ausländerpolitik – nicht etwa zu Jahrzehnten der harmonisierenden Integration, sondern vielmehr zu Jahrzehnten der sozialen und ethnischen Konfrontation. Dann wird sich die „Kosten-Nutzen-Frage“ der Ausländerbeschäftigung ganz neu stellen.

Aufgabe einer verantwortungsbewußten Ausländerpolitik muß es sein, diese Entwicklung zu verhindern. Vorschläge hierzu werden im nächsten Abschnitt unterbreitet.

In einer Zeitung der sozialdemokratischen Partei heißt es: „Eine Million Gastarbeiterkinder mahnen: Gebt uns Berufe, oder ihr bekommt Slums“[82]. Slumbildung und Ausländerkriminalität gehören gleichfalls in die „Kosten-Nutzen-Analyse“ der Ausländerbeschäftigung.

Wie im vierten Abschnitt dokumentiert, tragen ausländische Banden die Hauptverantwortung für die Rauschgiftkriminalität in der Bundesrepublik Deutschland. Die Kosten für Arbeitsausfall, Sozialbelastung und – wenn überhaupt möglich – Reintegration eines Heroinsüchtigen betragen nach seriösen Schätzungen bis zu einer Million Mark. Vorsichtigen Schätzungen zufolge gibt es bereits jetzt über 100 000 solcher Sozialfälle infolge Rauschgiftsucht. Es ergäben sich also hier schon Gemeinschaftslasten von über einhundert Milliarden

Mark. Tendenz steigend. Zu beachten ist natürlich das gesellschaftspsychologische Klima, in dem die Rauschgiftsucht erst zum Zuge kommen kann. Dieses Gesellschaftsklima ist gezeichnet von gnadenlosem Materialismis, der den Jugendlichen keinerlei Ideale anbietet, der alle nationalen, kulturellen und auch religiösen Werte mit Wucht zertrümmert hat. An diesem Klima tragen die ausländischen Rauschgiftbanden keinerlei Schuld, schon gar nicht die bei uns lebenden Ausländer insgesamt.

Im Gegenteil: die Verschiebung von Millionen Menschen aus ihrer angestammten Heimat, Kultur ist ja gleichfalls Ausdruck des menschen- und völkerverachtenden Materialismus. Dieser Materialismus setzt sein gefährliches Zerstörungswerk fort, indem die Ausländer ebenso in eine kulturlose Masse umgewandelt werden sollen, allenfalls Gegenstand von Im- und Exportgedanken, Kulis für Wirtschaftsinteressen bleiben. Eigenständige Kultur ist da nur störend.

Die Ausländer selbst, es kann gar nicht oft genug betont werden, gehören, so gesehen, selbst zu den Opfern. Sie sind nicht Subjekt, sondern Objekt der Geschehnisse. Genau wie das deutsche Volk nur mehr Objekt des Materialismus ist.

Vor diesem Hintergrund müssen Slumbildung und Kriminalität gesehen werden. Wer aber beständig das Argument anführt, die Ausländerbeschäftigung bringe materiellen Vorteil für die Deutschen, der muß sich auch die Gegenrechnung gefallenlassen:

Wie hoch sind wohl die Folgekosten zu veranschlagen, die durch die Slumbildung in unseren Städten entstehen? „In den Städten der Bundesrepublik läßt sich eine Entwicklung feststellen, die in den 20er Jahren in den Ballungsgebieten und Einwandererzentren der USA zu beobachten war“[83]. Werden sämtliche materiellen Vorteile aus der Ausländerbeschäftigung nicht durch die Entwicklung von Harlem und Bronx in unseren westdeutschen Großstädten zunichte gemacht? Man stelle sich vor, was hier kommenden Generationen aufgebürdet wird!

Während die Integrationstheoretiker weiter an ihren Luftschlössern werkeln, stellt der Sanierungsbeauftragte in Hamburg-Altona, Seeler, fest: „Es ist besorgniserregend. Da gibt es Ansätze zur Bandenbil-

dung. Was bisher so angelaufen ist an Integration, fängt schon an, sich wieder aufzulösen"[84]. Nach einer Stichproben-Untersuchung für die Zeit von 1973–1977 lag die Kriminalitätsbelastung bei den Ausländern im Alter von 14 bis 21 Jahren in Hannover um 18 Prozent über der Belastung der deutschen Vergleichsgruppe, in Frankfurt um 32 Prozent, in München um 43 Prozent, in Stuttgart gar um 58 Prozent[85]. Sind solche besorgniserregenden Zahlen, verbunden mit den aus ihnen erwachsenden Folgelasten, nicht Anlaß, endlich von den bisherigen Prinzipien der Ausländerpolitik abzurücken?
Wie lange will man eigentlich noch den Kopf in den Sand stecken und gleichzeitig mit beiden Händen den Bürgern Sand in die Augen streuen?
Mit dem Argument der Wohlstandsmehrung soll der Beunruhigung der Bevölkerung angesichts solcher Fakten entgegengewirkt werden. Doch es muß Unruhe in die Ausländerpolitik hineinkommen, damit sie aus den falschen Schienen hinausgeworfen wird. „Die Ausländer werden unser größtes gesellschaftspolitisches Problem der achtziger Jahre", sagt Heinz Kühn[86]; in der DGB-Zeitung „Die Welt der Arbeit" lesen wir, die zweite Ausländergeneration sei das entscheidende Gesellschaftsproblem der 80er Jahre[87]. Das Problembewußtsein scheint vorhanden zu sein, wo aber bleiben die Konsequenzen? Wer ernsthaft eine „Integration" anstrebt, muß auch – wie Bernd Gröttrup, Referent des Deutschen Städtetages – den Mut haben zu erläutern, daß dieses der „schwierigere und kostspieligere Weg" ist[88]. Eine Bürgerschaft, der man pausenlos die angebliche Wohlstandsmehrung durch Ausländer vorgaukelt, wird endlich nicht bereit sein, die ungeheuren Folgekosten zu tragen. Das Argument von der Wohlstandsmehrung mag kurzfristig geeignet sein, die Unzufriedenheit der Deutschen über die Ausländerbeschäftigung abzuschwächen. Doch es provoziert einen noch erheblicheren Widerstand, wenn die wirklichen Lasten offensichtlich werden. Dann nämlich wird sich bei den Bürgern die Ansicht durchsetzen, jahrelang getäuscht worden zu sein. Hierin liegt die Gefahr zusätzlicher Konfrontation. Je eher man also von dem pauschalen Wohlstandsmehrung-Argument abrückt, desto besser.

Die Folgelasten werden zuerst besonders deutlich in den Städten und Gemeinden, also im unmittelbaren Lebensbereich der Bürger. Der Zustrom ausländischer Arbeiter insbesondere in die industriellen Ballungsgebiete hat die ohnehin schon vorhandene Überbelastung der dortigen Infrastruktur noch erheblich verschärft[89]. Dieses wurde spätestens Anfang der siebziger Jahre deutlich. Fachleute notierten damals: „Obwohl die soziale Infrastruktur in den Ballungsgebieten in kaum noch tragbarer Weise überbelastet ist, hält der Zuzug von Ausländern in die Verdichtungsgebiete unvermindert an. Diese Tendenz birgt die Gefahr gesamtwirtschaftlicher Fehlentwicklungen in sich und muß zu immer schwerer zu korrigierenden Störungen des sozioökonomischen Gleichgewichtes führen“[90]. Es drohe die Gefahr, daß die Infrastruktur in einem Maße überlastet werde, das nicht mehr zu tolerieren sei[91].

Schon bei über fünf Prozent Ausländeranteil in einer Stadt erwachsen große Probleme. Alles, was über zehn oder gar fünfzehn Prozent liegt, schafft schon nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten. Bei einem Ausländeranteil von über 20 Prozent bleibt langfristig nur die soziale und finanzielle Kapitulation. „Bei einem Ausländeranteil von rund einem Drittel“, so Frankfurts Oberbürgermeister Wallmann, „zerfallen die Sozialstrukturen einer Stadt“[92]. Spätestens Anfang der 90er Jahre werden nahezu alle westdeutschen Großstädte einen Ausländeranteil von fast einem Drittel haben. Die Konsequenz lautet: zerfallende Sozialstruktur in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland.

Was dies für die gesamte Bundesrepublik bedeutet, ist klar. Das Schicksal von Staaten und Völkern mit hochindustrialisierter Wirtschaftsverfassung entscheidet sich in aller Regel in deren großen Städten und Ballungsräumen. Die landwirtschaftlich bestimmten Gegenden werden in ihrer Bedeutung zurückgedrängt.

Zerfallende Sozialstruktur in den Großstädten bedeutet den Kollaps für die gesamte Bundesrepublik Deutschland. Wenn in der Ausländerpolitik nicht entschieden gegengesteuert wird, wird die entsprechende Krisis schon Ende der 80er Jahre eintreten, um schließlich in den 90er Jahren voll auszubrechen. An der Schwelle zum nächsten

Jahrtausend, an der Jahrtausendwende, dürfte dann die Entscheidung gefallen sein.
Selbstverständlich darf auch der ökologische Aspekt nicht vernachlässigt werden. Die Millionen Fremden wurden hereingeholt, ohne die ökologische Tragfähigkeit zu berücksichtigen. Es ist ein ökologischer Wahnsinn ohnegleichen, wenn ein Land mit der Bevölkerungsdichte der Bundesrepublik Deutschland seine Grenzen für den Zustrom von Millionen ausländischen Menschen öffnet. An ökologischen Selbstmord grenzt es, wenn man dieses Land dann auch noch zum Einwanderungsland erklären will. Auch diese ökologischen Folgelasten wurden bislang von niemandem errechnet. Sie gehören aber zwingend zu einer Kosten-Nutzen-Analyse.
Dazu gehört ebenso die Untersuchung des Gesundheitsstandes der Ausländer und der daraus folgenden Kosten für die deutsche Gesellschaft. Laut Auskunft der Chefin der Hamburger „Leitstelle Gleichstellung der Frau", Rühmkorf, sei die gesundheitliche Lage der Ausländer durchgängig schlechter als die der deutschen Bevölkerung. Ausländer und ihre Kinder seien häufiger schwerkrank[93]. Dr. Hans Hamm, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Allgemeinmedizin, und Dr. Frank Detlef Goebel, Oberarzt an der Universität München, sehen einen „hohen Anteil psychisch bedingter Erkrankungen" bei den Gastarbeitern, verursacht unter anderem durch Traurigkeit und Heimweh[94]. Der Psychologe und Psychotherapeut Dr. Gernot Blum meinte auf einer Tagung der Ärztevereinigung Hartmannbund, daß eine Folge des Kulturkonfliktes „früher oder später schwere psychische Störungen" sein müßten. „Ohne Behandlung", so Blum, „werden die Kinder die organisch Kranken der nächsten Jahre sein"[95]. Der Arbeitskreis „Arzt und Lehrer" des Hartmannbundes erklärte bei einem Symposium in Marl, daß psychische Störungen vor allem bei Gastarbeiterkindern als Folge ihrer zwiespältigen Lage zwischen zwei Kulturen zunehmen würden. Das deutsche Gesundheitssystem werde dadurch erheblich belastet[96].
Es steht also zu befürchten, daß der verderbliche Kulturkonflikt, in den die Ausländerkinder durch die herrschende materialistische Ausländerpolitik gestürzt wurden, schwere psychische Schäden bei vielen

von ihnen bewirken wird. Hin- und hergerissen zwischen zwei Kulturen, Lebensformen, Verhaltensmustern, Normensystemen können sie keine stabile Persönlichkeit aufbauen, werden allenfalls zu „Bindestrich-Deutschen" (Deutsch-Türke, Deutsch-Italiener usf.). Daß hier das deutsche Gesundheitssystem über alle Maßen belastet werden wird, wiegt schwer. Schwerer aber noch wiegt die Beeinträchtigung der körperlichen, sprich gesundheitlichen Integrität der Ausländer. Durch die herrschende Ausländerpolitik wird also ein fundamentales Grund- und Menschenrecht, welches auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert ist, verletzt.

Der hemmungslose Materialismus ist völlig blind solchen Folgen gegenüber. Da Humanität und Kultur für ihn nebenrangig, ja untergeordnet sind, nimmt er auch keine Rücksicht auf den Kulturkonflikt, der sich aus dem Zusammenwürfeln unterschiedlichster Völkerschaften ergibt.

Wer nicht nur rein materialistisch denkt, der wird in der Erhaltung der eigenständigen Kultur sowohl der Ausländer als auch der Deutschen einen hohen Wert erblicken. Eigenständige Kultur, die bewußt gelebt wird, gehört aber zu den unverzichtbaren Bedingungen zum Aufbau der menschlichen Persönlichkeit. Kultur und Humanität bedingen sich, Materialismus und Humanität jedoch widersprechen einander.

Wer nicht nur rein materialistisch denkt, den kann es auch nicht gleichgültig lassen, daß inmitten unserer Gesellschaft Millionen „kulturelle Nomaden" geschaffen werden. Dieses kulturelle Nomadentum ist der ideale Nährboden für psychische Defekte und auch Kriminalität. Nicht nur die Ausländer, auch die Deutschen sind von dieser Kulturfeindlichkeit bedroht. Es darf nicht vergessen werden, daß schon heute viele Deutsche in gewissen Stadtvierteln in eine Minderheitenposition geraten sind, daß in hunderten Schulen, in denen die deutschen Kinder Minderheit sind, Türkisch zur Umgangssprache wurde.

Sprache ist ein integraler Bestandteil der Kultur. Wir erleben derzeit eine Entwicklung, die die Gastarbeiterkinder zu „zweisprachigen Analphabeten" macht, „die beides nur stottern, ohne die Inhalte zu

verstehen"[97]. Es entsteht ein Slang wie in den Slums der Vereinigten Staaten, der zugleich ein Stigma bedeutet. Dr. Marija Orlovic stellte vor der Gesellschaft für deutsche Sprache fest, daß die Gastarbeiter ein „reduziertes Deutsch" sprechen[98]. Der Germanist Professor Wolfgang Klein vom Max-Planck-Institut für Psycho-Linguistik sieht hier schon „Pidgin-Deutsch"[99]. (Als Pidgin-Englisch bezeichnet man die aus englischen, portugiesischen, chinesischen, hindustanischen und malaiischen Wörtern zusammengewürfelte, im 19. Jahrhundert entstandene Verkehrssprache zwischen Angelsachsen und Ostasiaten, wobei sich das Wort „pidgin" bezeichnenderweise von der chinesischen Aussprache von englisch business = Geschäft ableitet). Natürlich bleibt dieses Phänomen nicht von der Abkürzungssucht, die immer zugleich ein verharmlosendes, wenn nicht gar verschleierndes Moment hat, verschont. Sprachforscher nennen dies nunmehr „GAD" (= Gastarbeiterdeutsch)[100].

Wer also glaubte, durch das Erlernen der deutschen Sprache werde die Integration schon beinahe allein kommen, ist widerlegt worden. Es gibt eine parallele Entwicklung in den Vereinigten Staaten: schwarze Kinder lernen von ihren Eltern eine Sprache, mit der sie im weißen Amerika nichts werden können. Ihr „Black English" ist ein in Phonetik, Grammatik und Semantik vom normalen Englisch zum Teil erheblich abweichendes Idiom, das sie beinahe zwangsläufig von Anfang an in ein sprachliches Getto treibt[101].

Derlei Folgen für Sprache und Kultur lassen sich natürlich nicht in Mark und Pfennig ausdrücken und sind daher für Materialisten unbeachtlich. Allein darin zeigt sich die Kulturfeindlichkeit des puren Materialismus, der das tragende Element der derzeitigen Ausländerpolitik ist.

Kehren wir zur volkswirtschaftlichen Problematik der Ausländerbeschäftigung zurück! Im März 1979 führte der Deutsche Gewerkschaftsbund in Gelsenkirchen eine Fachtagung zur Ausländerpolitik durch. Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei das Referat des Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Erich Frister, der unter anderem äußerte: „Ohne Ausländer wären heute in

wesentlichen Bereichen unserer Produktion schon Industrie-Roboter tätig. Sie wären über den Zustand der Prototypen-Entwicklung schon hinaus. Wir haben diese Entwicklung nicht forciert, weil es unter betriebswirtschaftlichen Kostenerwägungen zweckmäßiger war, ausländische Arbeitskräfte hereinzuholen. . . Wir haben die sozialen Folgekosten, die gesellschaftlichen Kosten nicht kalkuliert"[102].
Schon in den sechziger Jahren wurde diskutiert, ob die Ausländerbeschäftigung sich in langfristiger Sicht negativ auf den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt auswirkt. Es überwog zweifellos die Ansicht, dies sei nicht der Fall. Wobei vor allem Wirtschaftskreise einen negativen Einfluß verneinten, wohl weniger aus gesamt- als aus einzelwirtschaftlicher Sicht. Dennoch gab es auch andere Stimmen.
Dieter Hiß machte auf mögliche Folgen der Ausländerbeschäftigung aufmerksam: „Unterlassung andernfalls unumgänglicher Rationalisierungsmaßnahmen, Verlangsamung der volkswirtschaftlichen Umstrukturierung auf die einkommensproduktivsten Sektoren, qualitative Verschlechterung des Arbeitskräftepotentials"[103].
Ähnlich Uwe Harms: „Problematisch wird der Arbeitskräfteimport aber, wenn man seine langfristigen Wirkungen auf die Produktionsstruktur in Rechnung stellt. Die für jedes Wachstum langfristiger Art notwendigen Wandlungen in der Branchen- und Betriebsstruktur, besonders die kontinuierliche, Produktivitätsfortschritte bringende Substitution von Arbeit durch Kapital, werden durch die leichte Beschaffbarkeit weiterer Gastarbeiter nicht in dem Maße ökonomisch erzwungen, wie es bei einem geschlossenen Arbeitsmarkt der Fall wäre. Die Ausschaltung von Grenzbetrieben und unrationellen Produktionsmethoden wird hinausgeschoben"[104].
In die gleiche Richtung ging die Kritik von Steinjan (1971), der eine Verminderung des Rationalisierungsdrucks durch Gastarbeiter feststellt[105], und McRae im gleichen Jahr: „Grenzbetriebe, veraltete und unrentabel gewordene Wirtschaftszweige sowie überaltete Produktionsmethoden, die unter anderen Umständen längst Opfer von Rationalisierungsmaßnahmen geworden wären, konnten und können dank der Beschäftigung von Gastarbeitern weiterhin aufrechterhalten

werden"[106]. 1972 notiert Mehrländer: „Durch die Anwerbung von Ausländern können Grenzbetriebe ihr Produktionsvolumen aufrechterhalten. Notwendige Umstrukturierungen werden dadurch verhindert"[107].

Im folgenden Jahr schreiben Kade/Schiller: „Gerade die Stagnation der inländischen Erwerbsbevölkerung hätte ideale Voraussetzungen für ein ‚capital deepening' und eine volle Ausschöpfung der Möglichkeiten des technischen Fortschritts eröffnet. Zudem hätte eine Verknappung von Arbeitskräften die Einkommenssituation gerade der unteren Sozialschichten aufbessern müssen und damit ein strukturelles und deshalb wirkungsvolles Moment der sozialen Ausgleichung freigesetzt"[108].

Dr. Kreuzaler, ebenfalls 1973: „Der gesamtwirtschaftlich notwendige Wandlungsprozeß wird dadurch (durch die Ausländerbeschäftigung – d. Verf.) verzögert, veraltete Strukturen werden länger als wünschenswert konserviert"[109].

Pöhlmann 1974: „Da es für die Unternehmer lohnender ist, zusätzliche Arbeitskräfte mit Hilfe von Erweiterungsinvestitionen zu beschäftigen als die bei Arbeitskräfteknappheit erforderlichen Rationalisierungsinvestitionen durchzuführen, verzögert sich der Prozeß der Kapitalintensivierung, und es werden arbeitsintensive und unrationelle Produktionsmethoden konserviert. . . Bei dem verbleibenden Teil des technischen Fortschritts, der von der Entwicklung des Arbeitspotentials beeinflußt wird, überwiegen deutlich die negativen Effekte des Arbeitskräfte-Imports, da sich die Verringerung des ökonomischen Zwangs, arbeitssparende technische Fortschritte einzuführen, negativ auf den Umfang und die Geschwindigkeit der Realisierung technischer Fortschritte auswirken"[110]. Klaus Höpfner 1974 schließlich: „Die leichte Verfügungsmöglichkeit über zusätzliche Arbeitskräfte. . . kann prinzipiell zu weniger kapitalintensiven Investitionen, zur verlängerten Nutzung alter Anlagen und zur Verzögerung der Umstrukturierung arbeitsintensiver Branchen führen"[111].

Zwischenzeitlich haben sich diese Kritiken der Ausländerbeschäftigung als richtig erwiesen. Besonders deutlich wird das bei der aktuel-

len Diskussion um den Produktivitäts- und Technologie-Fortschritt und -Vorsprung der Japaner.
Der „Spiegel" berichtete im Juli 1980 über die Produktion japanischer Automobile: „Die Japaner treiben die Automation zielstrebig voran. Bei Toyota werden im Motorenwerk Kamigo 9000 Motoren pro Tag bis zur Vormontage der Zylinderköpfe ohne menschliche Handgriffe produziert. . . Ähnlich sieht es in Nissans Zama-Fabrik aus: Fremde Besucher irren erst mal ziellos umher, bevor sie einen bemannten Arbeitsplatz finden. ‚Das hat mir', so VW-Betriebsrat Karl-Heinrich Möhr nach einem Japan-Besuch, ‚einen richtigen Schock versetzt'". Folglich sieht der „Spiegel" den wichtigsten Faktor, der den Vorsprung der Japan-Autos vor der westeuropäischen Konkurrenz erklärt, in der perfektionierten Automation in den japanischen Autofabriken[112]. Während die deutsche Industrie Ausländer für die Serienproduktion, die Reihen- und Fließbandfertigung anwarb und noch immer anwirbt, haben die Japaner automatisiert. Ergebnis: in der Bundesrepublik Deutschland millionenfache Ausländerbeschäftigung bei gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit und Produktivitätshemmung, in Japan großer technologischer Vorsprung bei Vollbeschäftigung, expandierender Wirtschaft, ohne Folgelasten aus millionenfacher Ausländerbeschäftigung.
Japan weigerte sich konsequent, Gastarbeiter anzuwerben, obwohl es hierfür in Ost- und Südostasien genug Potential gibt. Die Regierung gab hier keinem Druck der Wirtschaftsverbände nach. Man weigerte sich sogar, größere Kontingente von Chinesen aus Indochina aufzunehmen. Industrieminister Mitsuo Setoyama: „Japan ist übervölkert, und der Existenzkampf ist hart"[113]. Die Begründung des Tokioter Außenministeriums gegen eine Aufnahme von Fremden lautet: „Japan ist ein kleines, übervölkertes Land und wird von einem homogenen Volk besiedelt"[114].
Im August 1980 mahnte die „Wirtschaftswoche": „Wollen Deutschlands Autohersteller dem japanischen Konkurrenzdruck standhalten, müssen sie sich dem fernöstlichen Rationalisierungsstandard anpassen. Zu einem Großteil werden dabei Ausländer ihren Job verlieren"[115]. Die harte Alternative: entweder volkswirtschaftliches Überle-

ben oder Fortsetzung der Ausländerbeschäftigung in der Serien- und Fließbandproduktion ist auch eine der bösen Folgen hemmungsloser Ausländerbeschäftigung der letzten Jahrzehnte.
Im September 1980 berichtete eine Illustrierte: Fließbandarbeiter wie bei uns gibt es in Japan nicht mehr. Ein Roboter macht sich oft schon in eineinhalb Jahren bezahlt und arbeitet dann zwei- bis dreimal billiger als ein Fließbandarbeiter. Schon heute sind in Japans Automobilindustrie 2000 Roboter tätig, doppelt soviel wie in Europa. 1985 werden es in Japan 25 000 Roboter sein, gegenüber voraussichtlich 2500 in der Bundesrepublik. Gastarbeiter sind in Japan verpönt[116].

Der japanische Generalkonsul Fujimoto äußerte im Oktober 1980 vor der Industrie- und Handelskammer Dortmund: die deutsche Industrie müsse sich, wie in Japan geschehen, technologisch auf den modernsten Stand entwickeln, um auf diese Weise auch kostengünstig produzieren zu können[117].
Das Institut der Deutschen Wirtschaft kommt in einer Untersuchung über den Verlauf der ökonomischen Effizienz in verschiedenen Ländern zu folgendem Ergebnis: Der Produktivitätsfortschritt Japans sei vor allem mit den dort konsequenter angewendeten neuen Technologien, verbunden mit relativ höheren Investitionsquoten zu erklären. Der in den vergangenen Jahren schwächere bundesdeutsche Produktivitätsfortschritt sei ein entscheidender Grund dafür gewesen, daß die deutsche Wirtschaft nicht nur Anteile auf den Weltmärkten, sondern auch auf den Inlandsmärkten hat abgeben müssen. Hinter dieser verhängnisvollen Entwicklung stehe unter anderem die Tatsache, daß der notwendige Strukturwandel in der Volkswirtschaft durch das Hereinholen von Gastarbeitern behindert worden sei[118].
Erste Konsequenzen werden gezogen: deutsche Fernsehgeräte-Hersteller rüsten auf japanische Maschinen um. Wo früher hunderte Menschen werkelten, schaffen heute Fertigungsautomaten aus Japan[119]. Opel-Chef Robert C. Stempel kündigt an, daß in den nächsten Jahren Industrieroboter Fließbandarbeiter bei Opel ersetzen sollen. Stempel: „Die Japaner, diese cleveren Jungs, haben die Tech-

nologie in die Praxis umgesetzt und haben uns nun mit ihren Industrierobotern in der Produktivität weit hinter sich gelassen"[120].

Man kann also festhalten:
1. Durch die Ausländerbeschäftigung besonders in der Serien-, Reihen- und Fließbandproduktion bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Entwicklung arbeitssparender Technologien ist die Gesamtwirtschaft der Bundesrepublik ins technologische Hintertreffen geraten. Für eine rohstoffarme Industrienation kann es kaum etwas Schlimmeres geben. Die entsprechenden Folgen sind jetzt schon spürbar und werden sich verheerend auf die soziale Struktur auswirken.
2. Von vereinzelten Korrekturen abgesehen, werden keine Anstrengungen unternommen, um einen grundlegenden Kurswechsel in der Beschäftigungspolitik vorzunehmen. Die Wirtschaft befürwortet weiteren Ausländerzustrom.
3. Sollten dennoch entsprechende Konsequenzen gezogen werden, so ist eine Massenarbeitslosigkeit von Ausländern zu erwarten.

An diesen drei Punkten wird der Teufelskreis deutlich, in den die Ausländerpolitik geführt hat.
All die in diesem Abschnitt dargelegten Fakten erschüttern das Argument, die Ausländerbeschäftigung mehre mittel- oder gar langfristig unseren materiellen Wohlstand. Es spricht eher mehr dafür, daß der materielle Wohlstand durch die Ausländerüberflutung langfristig zerstört oder zumindest schwer in Mitleidenschaft gezogen wird, von der Bedrohung des ideellen Wohlstandes ganz zu schweigen. Was für einige Wirtschaftskreise sehr lohnend war, stellt sich jetzt volkswirtschaftlich als gefährlich heraus.
Zum Abschluß dieses Abschnittes über die vorgebliche Wohlstandsmehrung durch Ausländer soll noch auf das Argument eingegangen werden, die Entsendungsländer der ausländischen Arbeitnehmer hätten durch die Migration Vorteile. Dieses Argument wird nämlich gleichfalls sehr häufig angeführt.
Anfänglich wurde die Arbeitskräftemigration von den Entsendeländern zum Teil begeistert begrüßt. Doch seit Anfang der siebziger

Jahre mehren sich auch hier die kritischen Stimmen. Nicht allein die Gefährdung der nationalen Identität ihrer in der Fremde lebenden Landsleute ist hier maßgebend, obwohl die Integrationsversuche der Bundesrepublik in den Heimatländern zunehmend auf schroffe Ablehnung stoßen. Auch wirtschaftliche Gründe spielen eine erhebliche Rolle. Wenn die Migration in einigen Kreisen der Urspungsländer heute noch begrüßt wird, dann mit dem bedenklichen Argument, daß dadurch Arbeitslosigkeit und Bevölkerungsprobleme auf die west- und mitteleuropäischen Industriestaaten abgeschoben werden können.

1970 legte die Wirtschaftsorganisation OECD eine Studie über Spanien, Griechenland, die Türkei, Italien und Portugal vor. Darin heißt es, daß die Auswanderung zwar „am Anfang den Druck in den Heimatländern“ mindere, sich aber „graduell“ zu einem „aushöhlenden Phänomen“ entwickele. Die Entwicklung der Wirtschaft in den Anwerbeländern werde durch die Emigration nicht gefördert[121].

In der Tat verlieren die Heimatländer vielfach ihre tatkräftigsten Menschen. Ist eine Region schon industrialisiert, so werden die dortigen Arbeitskräfte abgezogen. Die Industrialisierung wird gefährdet. Die Abwerbung aus landwirtschaftlichen Gegenden hat den Prozeß des Verfalls der Landwirtschaft noch verstärkt.

In einem Memorandum Italiens zur Sozial- und Beschäftigungspolitik der Europäischen Gemeinschaft vom Juni 1971 heißt es: die Migration beseitige die ungleiche Wirtschaftsentwicklung in der Gemeinschaft nicht, die regionalen Ungleichgewichte würden sogar noch vergrößert[122]. In ihrem Gastarbeiter-Buch von 1971 schildert Mc Rae die Folgen der Abwanderungspolitik am Beispiel Kalabriens: das demographische Gleichgewicht wird durch den Fortzug der jüngeren Generation gestört; daraus folgt eine schwere Belastung der Infrastruktur, die schließlich zum Zusammenbruch der Agrarwirtschaft führt[123]. „Daß die Migration selbst durch ihre unmittelbaren Effekte wesentliche positive Modernisierungs- und Entwicklungsimpulse auslöst, diese Auffassung hat heute kaum noch ernsthafte Anhänger. Sie ersetzt vielmehr ein Übel durch ein anderes“, schlußfolgert Schiller 1974[124].

Im November 1975 stellt Gabriele Venzky in einem Report über die Folgen der Gastarbeitermigration für die Entsendeländer fest, daß der „Großimport" ausländischer Arbeitnehmer zu weiterer Unterentwicklung und zu sozialen Spannungen in den Herkunftsländern führe. „Unbebaute Äcker veröden", frühere Agrarexporteure werden sogar zu Agrarimporteuren. Venzky: „Der mit so großen Hoffnungen begleitete ‚Gastarbeiter'-Export hat sich als Bumerang erwiesen"[125].

Im Februar 1980 untersuchte der „Spiegel" dieses Problem. Er kommt zu weittragenden Schlußfolgerungen: „Die neuzeitliche Völkerwanderung, die von den europäischen und nordamerikanischen Industriestaaten vorexerziert wurde, gehört zu den abstoßendsten Erscheinungen einer Weltwirtschaftsordnung, die den Gegensatz zwischen arm und reich immer größer werden läßt. . . Jene Länder, die sich weltweit als Lieferanten des Faktors Arbeit hervortun, konnten durch den seltsamen Export und durch die Zahlungseingänge an Devisen ihre Schwierigkeiten kaum lindern. Sie gerieten hingegen in eine fatale Abhängigkeit von den Konjunkturläufen der Gast-Staaten. . . Die Abwanderung von Arbeitskräften bedeutet für die Heimatländer obendrein, daß häufig ein großer Teil der qualifizierten Fachleute verlorengeht"[126].

Wenige Monate noch diesem Bericht wurde in der Presse eine Forschungsreihe von Wissenschaftlern des Instituts für Außenhandel und Überseewirtschaft der Universität Hamburg in Griechenland und Jugoslawien bekannt. Ergebnis: die Abwanderung wirke sich negativ auf die Arbeitsmärkte in den Entsendeländern aus, langfristig gebe es keine spürbare Entlastung des heimischen Arbeitsmarktes[127].

So nimmt es nicht wunder, daß sich auch verantwortungsbewußte Kreise der Türkei energisch zu Wort melden und die Auswanderung nicht mehr als bequemes Mittel zur Abwälzung der türkischen Probleme vor allem auf die Bundesrepublik betrachten wollen. In der türkischen Tageszeitung „Hürriyet" hieß es Ende Mai 1980, die Massenauswanderung sei die „größte Plage unserer Nation"[128]. Durch diese Auswanderung entgingen der Türkei fast soviel volkswirtschaftliche Werte, wie sie zum Ausgleich der Zahlungsbilanz notwendig

wären. Es folgt der Appell, die Türken sollten ihre Arbeitskraft besser dem eigenen Land zur Verfügung stellen[129].
In einem Interview vom August 1980 sagte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl: „Und genau das machen mir meine Gesprächspartner in den Ländern, aus denen die ausländischen Arbeitnehmer kommen, zum Vorwurf, nämlich, daß wir die fähigsten Kräfte abziehen. Man möchte gern, daß die guten Kräfte irgendwann zurückkommen, um in ihren Ländern als Vorarbeiter und Fachkräfte beim Aufbau der Wirtschaft zu helfen“[130].
Ende 1980 konnte man in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ anläßlich eines Besuches nordrhein-westfälischer Politiker in Belgrad lesen, daß hohe serbische Politiker klagen: „Wir können es uns nicht länger leisten, daß eine halbe Million Menschen beim Aufbau unserer Wirtschaft fehlt“. „Das ist nicht mehr gut für die Bundesrepublik Deutschland, ganz besonders aber nicht gut für uns“, sagte der Chefredakteur der maßgeblichen Belgrader Zeitung „Politika“[131].
Rist faßt diese Kritik in seinem 1980 in Deutsch erschienenen Buch zusammen: „Die Arbeitskräfte-Emigration in die Länder des europäischen Nordens hat für den Süden den Status der Abhängigkeit konsolidiert“[132]. „Die Auswanderung ist ein selektiver und negativer Prozeß, der die Aussichten auf Entwicklung eher hindert als fördert“[133]. „Das Endresultat ist eine anhaltende Verschärfung des Ungleichgewichtes zwischen dem Norden und dem Süden“[134].

Dem wurde lange Zeit entgegengehalten:
a) durch die Devisenüberweisungen bessern die Gastarbeiter die Zahlungsbilanz ihrer Heimatländer auf,
b) hier ausgebildete Ausländer könnten dereinst beim Aufbau ihrer Heimatwirtschaft wertvolle Dienste leisten.

Tatsache ist, daß die Devisenzahlungen kontinuierlich zurückgehen, wie der Aufenthalt der Ausländer in der Bundesrepublik sich verfestigt und die Familien nachgeholt werden. Wer also so wie oben argumentiert, muß zugleich eine aufenthaltsmäßige Verfestigung der millionenfachen Ausländerzahl strikt ablehnen. Überhaupt ist es

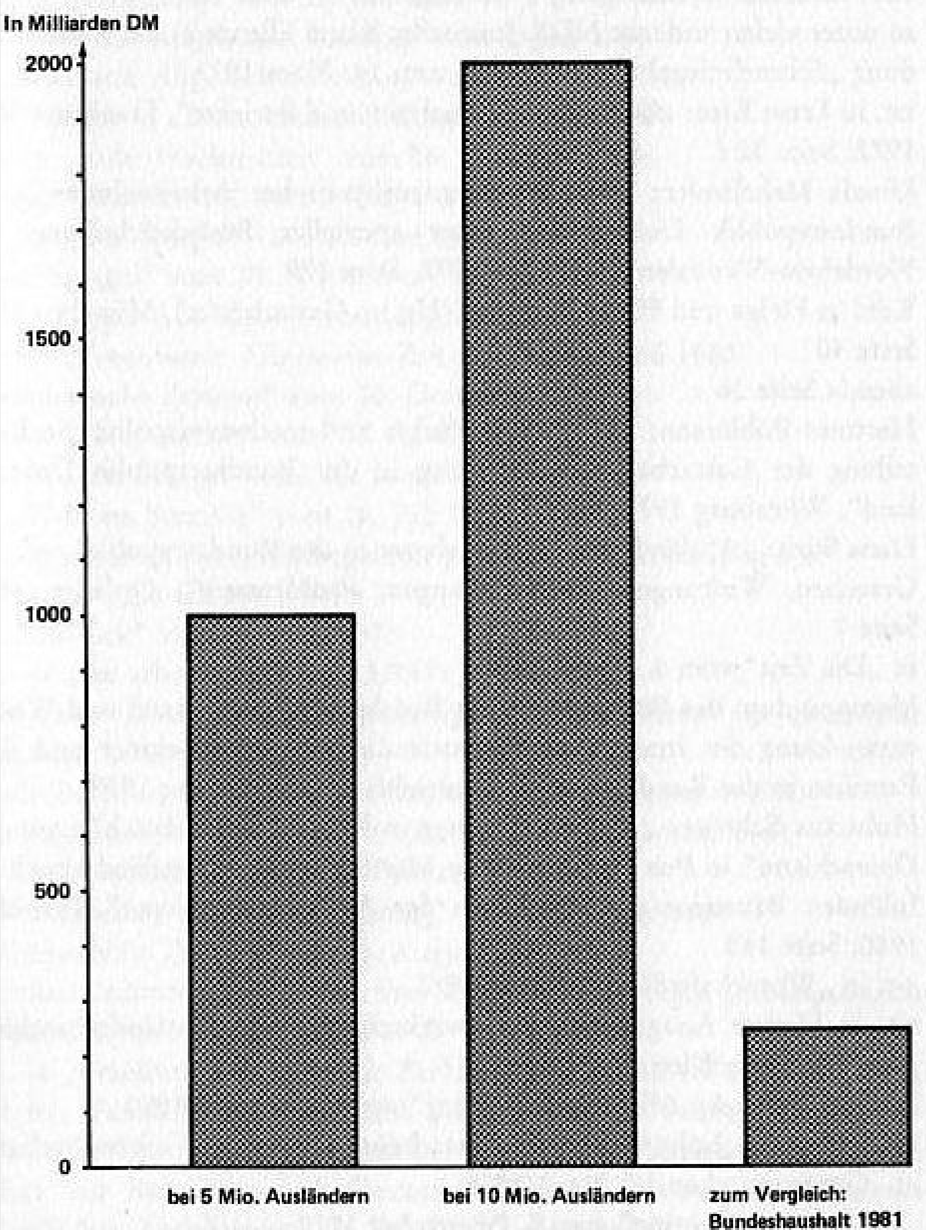
bedenklich, daß man die Wirtschaften der Heimatländer derart an die Konjunkturläufe der Gastgeberländer kettet und somit neue Abhängigkeiten schafft.
Auch das zweite Argument hätte nur dann Berechtigung, wenn man die Ausländerbeschäftigung als vorübergehend ansähe, daß also die Ausländer nach bestimmter Zeit wieder zurückkehren, um die hier erworbenen Fertigkeiten in den Heimatländern nutzbringend anzuwenden. In Wahrheit wird ja alles unternommen, um den Ausländern einen Status als Einwanderer zu geben, sie somit letztlich ihrem Heimatland endgültig verlorengehen. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Hilfsarbeiterfunktion, die die meisten Ausländer in der Bundesrepublik ausüben, wohl kaum im Falle der Rückkehr dem wirtschaftlichen Gedeihen der Heimatländer dienlich sein kann. Ein Sonderproblem stellen die Entwicklungsländer dar, denen zehntausende wichtige Fachkräfte durch Migration verloren gehen. Die Entwicklungsländer kranken immer mehr daran. Der Schaden aus dieser Migration ist laut einer Modellrechnung der Vereinten Nationen größer als die gesamte Entwicklungshilfe[135]. Als Beispiel sei der Staat Bangladesh erwähnt. Sein Gesundheitswesen ist durch die Abwanderung bengalischer Ärzte in die Industriestaaten, u. a. in die Bundesrepublik Deutschland, betroffen. Neben diesen zunehmenden Ärztemangel tritt eine schwere Beeinträchtigung der Entwicklungsmöglichkeiten dieses Landes, da die heimischen Ingenieure fortwandern. Bangladesh muß daher um Entsendung ausländischer Ingenieure bitten[136].

Frau Dr. Margret Kuhn fragt sehr zurecht: „Kann man von Menschen, die kein soziales Verantwortungsbewußtsein für ihr eigenes Volk empfinden, erwarten, daß sie gute deutsche Staatsbürger sind?“[137].

Wie bereits oben dargelegt, können viele Gesichtspunkte der materiellen Kosten-Nutzen-Analyse nicht geprüft werden, weil die zuständigen staatlichen Organe, die als einzige über alle notwendigen Fakten verfügen, eine umfassende Untersuchung nicht vornehmen.

Am Ende dieses Abschnittes muß noch einmal unterstrichen werden:
1. Das Ausländerproblem darf keinesfalls aus rein materiellem Blickwinkel gesehen werden. Schließlich geht es um Millionen Menschen. Kulturelle und humanitäre Aspekte müssen im Vordergrund stehen. Dies mögen sowohl diejenigen berücksichtigen, die in dem Ausländerzustrom materielle Vorteile sehen, als auch diejenigen, die zum Schluß kommen, der Ausländerzustrom schade letztendlich materiell.
2. Die Schlußfolgerung, daß die Ausländer mittel- und langfristig mehr materiellen Schaden als Nutzen bringen, darf nicht zu einer Geisteshaltung führen, die die Ausländer zu lästigen „Schmarotzern" erniedrigt. Wer dergestalt die Menschenwürde von Angehörigen fremder Völker verletzt, stellt sich selbst außerhalb jeder vernünftigen und sachbezogenen Diskussion.
3. Es kann weder im Interesse der Deutschen noch der Ausländer sein, daß wichtige Tatsachen zur materiellen Beurteilung des Fremdenzustroms verschleiert oder verschwiegen werden. Nur die lückenlose Information kann dazu beitragen, die Zukunftsprobleme im Interesse aller Beteiligten zu bewältigen.

Kosten für Ausländerintegration (*



(* GRUNDLAGE: Berechnung des Jahres 1973 (200.000 DM für die „Vollintegration" eines Ausländers)

Schaubild 6

[1] zit. in Hans Hammer: „Wirkungen politischer Maßnahmen zur Lenkung der Ausländerbeschäftigung", Göttingen 1976, Seite 107

[2] so unter vielen anderen NDR-Journalist Klaus Ellrodt in der Fernsehsendung „Schmelztiegel Deutschland" vom 14. März 1973

[3] zit. in Ernst Klee: „Gastarbeiter. Analysen und Berichte", Frankfurt/Main 1972, Seite 32 f.

[4] Ursula Mehrländer: „Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland unter spezieller Berücksichtigung von Nordrhein-Westfalen", Opladen 1972, Seite 179

[5] Kühl in Helga und Horst Reimann (Hg.): „Gastarbeiter", München 1976, Seite 40

[6] ebenda Seite 36

[7] Hartmut Pöhlmann: „Wachstumseffekte und wachstumspolitische Beurteilung der Gastarbeiterbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland", Würzburg 1974, Seite 251

[8] Hans Stirn: „Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik – Ursachen, Wirkungen, Rückwirkungen, Problematik", Opladen 1974, Seite 7

[9] in „Die Zeit" vom 6. April 1973

[10] Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung „Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland", September 1979

[11] Hubertus Schröer: „Was man wissen sollte. Ausländerbeschäftigung in Deutschland" in Pea Fröhlich/Peter Märthesheimer: „Ausländerbuch für Inländer. Bausteine zum Begreifen der Ausländerprobleme", Frankfurt 1980, Seite 143

[12] zit. in „Wirtschaftsdienst" Nr. II/1973

[13] zit. in Homer Anagnostidis: „Gewerkschaften und Ausländerbeschäftigung" in Ernst Klee a.a.O. Seite 117

[14] in „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 5. Februar 1980

[15] Uwe Harms: „Lohnen sich die Gastarbeiter für unsere Volkswirtschaft?" in „Gegenwartskunde" Nr. 3/1966

[16] „Süddeutsche Zeitung" vom 6. November 1972

[17] Hans Meenzen: „Noch nutzen uns die Gastarbeiter. Integration immer teurer" in „Handelsblatt" vom 27. April 1971

[18] in „Demokratische Gemeinde" Nr. 7/1980

[19] in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 1. April 1980
[20] zit. in „Nürnberger Nachrichten“ vom 17. Dezember 1979
[21] „Rheinischer Merkur“ vom 30. Januar 1981
[22] „Siegener Zeitung“ vom 22. Juli 1980
[23] „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 2. Juli 1980
[24] „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 28. Juni 1980
[25] OB Katzor in „Demokratische Gemeinde“, Juli 1980
[26] zit. in „Ruhr-Nachrichten“ vom 16. Oktober 1980
[27] „Ruhr-Nachrichten“ vom 3. Juli 1980
[28] zit. in „Der Spiegel“ vom 16. Juni 1980
[29] „Der Spiegel“ vom 28. November 1977
[30] „Hamburger Abendblatt“ vom 3. Juli 1980
[31] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 3. Juli 1980
[32] „Süddeutsche Zeitung“ vom 30. Dezember 1980
[33] zit. in „Handelsblatt“ vom 17. April 1980
[34] zit. in „Der Spiegel“ vom 16. Juni 1980
[35] in „Welt am Sonntag“ vom 16. Juli 1980
[36] zit. in „Warum das Volksbegehren gegen die Überfremdung der Schweiz?“, Zürich 1969, Seite 34
[37] in „Die Zeit“ vom 6. April 1973
[38] zit. in „der arbeitgeber“, Nr. 5/1973
[39] Kreuzaler „Die Ausländerbeschäftigung konsolidieren“ in „Bundesarbeitsblatt“, Nr. 7/8 1973
[40] Stadt Duisburg (Hg.): „Ausländergesamtplan“, September 1980
[41] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 22. Januar 1981
[42] „Ruhr-Nachrichten“ vom 21. Februar 1981
[43] „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 29. Januar 1981
[44] „Süddeutsche Zeitung“ vom 8. August 1977
[45] Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.): „sozialpolitische informationen“ vom 27. März 1980
[46] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 9. Juli 1980
[47] zit. in „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 24. November 1980
[48] Klaus Höpfner: „Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung auf die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland unter dem Aspekt außenwirtschaftlicher Beziehungen“ in Reinhard Lohmann/Klaus Manfrass (Hg.): „Ausländerbeschäftigung und internationale Politik“, München 1974, Seite 77
[49] Hammer a.a.O. Seite 109

[50] in „Wirtschaftsdienst" Nr. II/1973
[51] Helmut Rittstieg: „Gesellschaftliche und politische Perspektiven des Ausländerrechts" in Ansay/Gassner (Hg.): „Gastarbeiter in Gesellschaft und Recht", München 1974, Seite 56
[52] in „Kursbuch" Nr. 62/Dezember 1980, Seite 126
[53] Rittstieg a.a.O.
[54] zit. in „Die Zeit" vom 21. November 1975
[55] Annemarie Griesinger, Vorwort in Arbeitsministerium Baden-Württemberg (Hg.): „Ausländische Arbeitnehmer in Baden-Württemberg", Stuttgart 1976
[56] zit. in „Die Welt" vom 16. März 1979, desgleichen in „Die Zeit" vom 23. März 1979
[57] zit. in „Die Welt" vom 17. Mai 1979
[58] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 25. Oktober 1980
[59] zit. in „Neue Rhein/Ruhr Zeitung" vom 10. Juli 1980
[60] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 18. September 1980
[61] zit. in „Nürnberger Nachrichten" vom 4. Juni 1980
[62] „Zentralmarkt" vom 31. Mai 1980
[63] zit. in „Die Zeit" vom 3. November 1978
[64] darauf weist besonders Adalbert Weinstein in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 21. Dezember 1976 hin
[65] Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.): „wir über uns" (Broschüre) 1/1977
[66] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): „Jahresbericht der Bundesregierung 1976", Bonn 1977, Seite 277
[67] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 19. April 1980
[68] „Die Zeit" vom 9. Mai 1975
[69] „UPI"-Meldung vom 10. Juni 1975
[70] Kühl a.a.O. Seite 30
[71] zit. in „Die Zeit" vom 16. April 1976
[72] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 1. Dezember 1976
[73] „Der Spiegel" vom 16. Mai 1977
[74] in „der arbeitgeber", Nr. 3/1980
[75] zit. in „Bildzeitung" vom 25. November 1980
[76] zit. in „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 25. November 1980
[77] in „Die Zeit" vom 6. Februar 1981
[78] Professor Wolfgang Klauder: „Sterben die Deutschen aus? Folgen des Bevölkerungsrückganges" in: „Umschau in Wissenschaft und Technik" vom 1. November 1980

[79] so auch Rektor Klaus Scholle vom Arbeitskreis Bildung der Christlich-Demokratischen Union, zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 2. Dezember 1980

[80] Michael Selbmann: „Die Zweite Generation der Gastarbeiter" in „Frankfurter Hefte" Nr. 10/1978

[81] Memorandum des Bundesbeauftragten a.a.O.

[82] „Zeitung am Sonntag" vom 14. September 1980

[83] Siewert „Ausländische Arbeiter – unsere industrielle Reservearmee" in „vorgänge" Nr. 10/1974

[84] zit. in „Stern" vom 17. Dezember 1980

[85] ebenda

[86] zit. in „Wirtschaftswoche" vom 22. August 1980

[87] Axel Bornkessel in „Welt der Arbeit" vom 17. Mai 1979

[88] zit. in „Demokratische Gemeinde", Nr. 7/1980

[89] Siewert: a.a.O.

[90] Arendt in „Wirtschaftsdienst", Nr. II/1972

[91] Hartmut Pöhlmann: „Es fehlt eine langfristige Strategie" in „Wirtschaftsdienst", Nr. IV/1974

[92] zit. in „Kölner Stadt-Anzeiger" vom 5. Februar 1981

[93] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 26. September 1980

[94] zit. in „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 11. September 1980

[95] zit. in „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 24. November 1980

[96] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 17. November 1980

[97] so der Redakteur des Westdeutschen Rundfunks Dieter Großkopf, zit. in „Süddeutsche Zeitung" vom 18. August 1978

[98] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 19. November 1980

[99] zit. in „Süddeutsche Zeitung" vom 7. Februar 1981

[100] „Hessische Allgemeine Zeitung" vom 4. Oktober 1980

[101] siehe hierzu „Der Spiegel" vom 25. August 1980

[102] DGB-Fachtagung am 9./10. März 1979 in Gelsenkirchen

[103] Dieter Hiß: „Ausländische Arbeitskräfte-‚Belastung' oder Voraussetzung für das Gedeihen der deutschen Wirtschaft?" in „Konjunkturpolitik", Nr. 1/1965

[104] Uwe Harms a.a.O.

[105] Werner Steinjan: „Wie viele noch?" in „der arbeitgeber", Nr. 9/1971

[106] Verena McRae: „Die Gastarbeiter", Nürnberg 1971, Seite 30

[107] Ursula Mehrländer a.a.O. Seite 179f.

[108] Gerhard Kade/Günter Schiller „Grenzen der Ausländerbeschäftigung" in „Wirtschaftsdienst", Nr. II/1973
[109] Kreuzaler a.a.O.
[110] Pöhlmann „Wachstumseffekte", Seite 253 f.
[111] Höpfner a.a.O. Seite 79
[112] „Der Spiegel" vom 21. Juli 1980
[113] zit. in „Der Spiegel" vom 4. Dezember 1978
[114] zit. in „Der Spiegel" vom 15. Januar 1979
[115] „Wirtschaftswoche" vom 22. August 1980
[116] „autojournal", Sonderteil zum „stern" vom 11. September 1980
[117] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 25. Oktober 1980
[118] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 4. März 1981
[119] „Die Zeit" vom 5. Dezember 1980
[120] zit. in „Welt am Sonntag" vom 1. März 1981
[121] zit. in MacRae a.a.O. Seite 26
[122] zit. in Lohmann/Manfrass a.a.O. Seite 358
[123] McRae a.a.O. Seite 24 f.
[124] Günter Schiller: „Auswirkungen der Arbeitskräftewanderungen in den Herkunftsländern" in Lohmann/Manfrass a.a.O. Seite 169
[125] in „Die Zeit" vom 21. November 1975
[126] „Der Spiegel" vom 4. Februar 1980
[127] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 17. April 1980
[128] zit. in „Die Welt" vom 4. Juli 1980
[129] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 11. Juni 1980
[130] „Wirtschaftswoche" vom 22. August 1980
[131] zit. in „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 25. November 1980
[132] Ray C. Rist: „Die ungewisse Zukunft der Gastarbeiter, Eingewanderte Bevölkerungsgruppen verändern Wirtschaft und Gesellschaft", deutsch, Stuttgart 1980, Seite 24
[133] derselbe, Seite 39
[134] derselbe, Seite 41
[135] zit. in „Der Spiegel" vom 21. März 1977
[136] „Ruhr-Nachrichten" vom 9. Juli 1980
[137] Dr. Margret Kuhn in „Arbeit und Sozialpolitik", Nr. 5/1973

NEUNTER ABSCHNITT

Ausweg noch möglich?

22 Vorschläge für eine neue Ausländerpolitik

Gibt es einen Ausweg aus der verfahrenen, verwickelten Ausländerproblematik? Klar dürfte sein, daß einiges geschehen muß; sonst nämlich ist es um die Zukunft von Deutschen und Ausländern geschehen. Die gefährlichste Haltung besteht darin, die Hände in den Schoß zu legen, taten- oder gar meinungslos die Geschehnisse abzuwarten. Es muß jedermann bewußt werden, daß die Ausländerproblematik auch ihn angeht. Früher oder später wird sich jeder mit den aus der Ausländerbeschäftigung und ihren Folgen erwachsenden Problemen konfrontiert sehen. Es geht hierbei keinesfalls allein um Angelegenheiten der „großen" Politik, aus denen sich der einzele Bürger heraushalten sollte oder auch nur könnte. Die kulturellen, gesellschaftlichen und sozialen Konsequenzen der Ausländerpolitik betreffen den Bürger unmittelbar bis hin in seinen engsten Lebenskreis. Dieses allen Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in schonungsloser Offenheit zu verdeutlichen, darin liegt schon eine wesentliche Aufgabe künftiger Ausländerpolitik. Eine tragfähige, auf Besserung der Lage ausgerichtete Ausländerpolitik ist nur denkbar, wenn die noch immer weit verbreitete „Ohne-mich"-Haltung aus dem letzten Winkel des öffentlichen Bewußtseins gekehrt ist. Dies gilt selbstverständlich in besonderem Maße für die verantwortlichen Politiker, unter denen es gleichfalls nicht wenige gibt, die der Auffassung sind, sich um klare Positionen und Stellungnahmen herumdrücken zu können.

Daß etwas, ja sogar Erhebliches geschehen muß, unterliegt bei verantwortungsbewußten Politikern und Bürgern keinem Zweifel. Der Streit entbrennt mit Notwendigkeit um die Frage, welchen Weg man einzuschlagen hat, welche Maßnahmen geeignet sind, kommende Gefahren abzuwenden und eine gedeihliche Ausländerpolitik zu schaffen.

Leider verfällt man bei der Erörterung dieser Frage immer wieder in das Angebot von Patentrezepten. Da wird dann – pointiert ausgedrückt – darüber gestritten, ob man die Ausländer „mal eben" integrieren oder kurzerhand hinausbefördern solle. Gleichsam als ob es sich um ein leichtgewichtiges Problem einer kleinen Menschengruppe handele.
Solche Patentrezepte lassen völlig außer acht, daß wir vor einem wahren Problem-Gebirge stehen, daß es hier um eine riesenhafte Zahl von Menschen geht, aufgespalten in unterschiedlichste Ethnien, soziale Gruppen und Einzelinteressen. Patentrezepte scheiden von daher vollends aus. Wer dennoch solche vorträgt, muß sich dem Vorwurf hoffnungsloser Realitätsferne ausgesetzt sehen. Eine Lösung, wie sie weiland Alexander der Große durch seinen Schwerthieb beim gordischen Knoten vollzog, kann niemand anbieten, der in der Ausländerdiskussion ernst genommen werden will.
Es können allenfalls Lösungsmöglichkeiten angeboten werden, die – einmal in Angriff genommen – beständig auf ihre Realitätsnähe und Durchsetzbarkeit geprüft werden müssen. Vor diesem Hintergrund sind die folgenden Vorschläge zu sehen, die ein Angebot darstellen, das komplexe Ausländerproblem einer Lösung näherzubringen:

1.
Klarheit in der offiziellen Politik schaffen

Wie wichtig es ist, in der offiziellen Ausländerpolitik ein Mindestmaß von Klarheit und Eindeutigkeit zu schaffen, beweist die Schilderung von Rist: „In einer Reihe von Interviews haben Beamte des Öffentlichen Dienstes dem Autor gegenüber immer wieder ihre Sorge um die ständig wachsende Zahl der nach Deutschland einwandernden Arbeitnehmerkinder Ausdruck gegeben. Unter der Voraussetzung, daß die Eltern die für Aufenthalt und Unterkunft vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen, besteht die Möglichkeit, daß über eine Million Kinder von ihrem Recht, nach Deutschland einzuwandern und dort mit ihren Eltern zu leben, Gebrauch machen werden. Am meisten besorgt war man um die fast 700 000 türkischen Kinder, die poten-

tielle Einwanderer darstellen. Soweit bekannt ist, hat die Bundesregierung gegenwärtig für diese Eventualität noch keine Pläne ausgearbeitet, die sich mit der notwendig werdenden schulischen und ärztlichen Betreuung sowie mit den nötigen zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten für diese Kinder befassen. Es wird offenbar allgemein angenommen, daß mit einem Zustrom von Zehn- oder Hunderttausenden türkischer Kinder wohl doch nicht gerechnet werden muß, daß Pläne für diese Eventualität aber nur Unruhe unter der einheimischen Bevölkerung hervorrufen würden. Es wird für das beste gehalten, sich um die Möglichkeit einer solchen möglichen Bevölkerungsexplosion einstweilen gar nicht zu kümmern. Sollte sie sich dennoch ereignen, wird immer noch Zeit sein, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen"[1].

Das muß man sich vorstellen: da besteht die begründete Befürchtung, daß 700 000 Kinder aus der Türkei in die Bundesrepublik kommen (in Worten: siebenhunterttausend!), und die offiziellen Stellen blikken darauf gebannt wie das Kaninchen durch die Schlange, in der Hoffnung, irgendeine glückliche Fügung werde solches verhindern. Wie anders soll man eine solche Verhaltensweise charakterisieren als in höchstem Maße verantwortungslos.

Wenn dann noch zur Begründung angeführt wird, notwendige Maßnahmen würden gegenüber den Staatsbürgern kaum durchsetzbar sein, so muß dies den Skandal nur vergrößern. Die gebotene Klarheit und Eindeutigkeit einer Politik muß frühzeitig dazu beitragen, Maßnahmen und Schritte zu unterlassen, deren Folgen beim obersten Souverän im Staate, nämlich dem Volk, auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Im konkreten Falle hieße dies: es hätte überhaupt nicht zu einer Politik kommen dürfen, daß letztendlich Hunderttausende von orientalischen Kindern das Recht haben, in die Bundesrepublik Deutschland zu fluten.

Die herrschende Ausländerpolitik der Vergangenheit ist in dieser Hinsicht in der Tat eine einzige chronique scandaleuse. Eine klare Konzeption war – zumindest für die Bürger, die ja die Folgen der Politik auszukosten haben – nie erkennbar.

Nie wurden zum Beispiel Anstrengungen unternommen, die deut-

sche Bevölkerung auf eine millionenfache Invasion fremdländischer Menschen vorzubereiten. „Wie die Gastarbeiter nicht auf das Leben in einem fremden Land vorbereitet wurden, werden auch die Einheimischen nicht auf den Zuzug der Gastarbeiter vorbereitet", heißt es in der „Zeit" sehr zutreffend[2]. Niemand, der in der Ausländerpolitik Verantwortung trägt, kann ernsthaft behaupten, ihm seien die Konsequenzen nicht bewußt gewesen, die das Zusammentreffen unterschiedlichster Völkerschaften mit sich bringt. Wer dies dennoch tut, hat in der verantwortlichen Politik in der Tat nichts zu suchen. Wenn man schon Millionen von Ausländern das Hereinströmen nach Westdeutschland ermöglichte, so wäre es zwingend gewesen, die deutsche Bevölkerung vorher über die Folgen und Fragen aufzuklären, rechtzeitig eine klare Stellung zu beziehen. Dies jedoch geschah nicht.

Konzeptionslosigkeit und Unklarheit standen also schon am Beginn der Ausländerpolitik. Sie setzten sich fort. In den sechsundzwanzig Jahren seit Abschluß der ersten Anwerbevereinbarung ist beim besten Willen keine klare Linie in der Behandlung des Ausländerproblems erkennbar. Es wurde sogar schon verschiedentlich der Verdacht geäußert, gerade hierin liege die besondere Raffinesse der verantwortlichen Kreise. Man habe schon klare Ziele verfolgt, nur das Volk bewußt darüber im unklaren gelassen.
Diese Ansicht scheint überzogen. Dazu sind die Bocksprünge von seiten der offiziellen Politik doch zu groß, nimmt man nur den Widerspruch zwischen der Auffassung, die Ausländerbeschäftigung sei vorübergehender Natur, und der Propaganda für ein Einwanderungsland, die seit Jahren groteske Blüten treibt.
Jedenfalls ist die gegenwärtige ökonomische und soziale Situation der Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland durch das Fehlen entsprechender politischer und rechtlicher Lenkungsmaßnahmen gekennzeichnet[3]. Daran krankt die gesamte Ausländerpolitik. „Schon seit 18 Jahren hoffen die Ausländer vergeblich auf eine klare Aussage der Bundesregierung zu einer langfristigen Ausländerpolitik", beklagt Oscar Francovec, Vorsitzender des Ausländerbeirates der

Stadt München[4] und gibt damit einen weit verbreiteten Unmut auch von seiten der Ausländer wieder.
Es ist höchste Zeit, Klarheit über den weiteren Weg zu schaffen, eine „klare Konzeption zur Ausländerpolitik" vorzulegen, wie auch Professor Papalekas fordert[5]. Ein „langfristiges Gesamtkonzept" muß her, das „an den gesellschaftlichen Zielen der Bundesrepublik orientiert" ist, so Professor Wolfgang Klauder[6].

2.
Umfassende Unterrichtung der Bürger

Eine sinnvolle und fortschrittliche Ausländerpolitik kann nicht gegen den Willen der deutschen Staatsbürger erfolgen. Daher dürfen die Bürger in Zukunft nicht mehr überrumpelt werden durch falsche oder unzureichende Information. Eine Bürgerschaft, die sich um wesentliche Informationen betrogen fühlt, ist für keine Ausländerpolitik einzunehmen.
Es ist zum Beispiel der falsche Weg, die entstehenden Ausländerslums amtlicherseits als „Ausländerinseln" zu bezeichnen, wie man dies versucht hat[7]. Hier wird eine verderbliche Entwicklung, deren Überwindung eine klare Problemkenntnis und -erkenntnis voraussetzt, unzulässig mit einem verfälschenden Wort geschönt. Solcherlei kosmetische Übertünchung widerspricht dem Aufklärungsgebot staatlicher Organe. Ähnlich verhält es sich mit dem inflationären Gebrauch des Wortes „ausländische Mitbürger", dessen Wortinhalt mit der Wirklichkeit nicht das geringste zu schaffen hat und die Realitäten verzerrt.
Bezeichnend ist auch, daß, wie Albrecht/Pfeiffer berichten, ein Bundesland wie Schleswig-Holstein einen EDV-Sonderdurchlauf zur Ermittlung der Kriminalitätsbelastung ausländischer Jugendlicher angeblich aus „Kostengründen" abgelehnt hat[8]. Man muß dabei wissen, daß die beiden Autoren die ersten sind, die sich vom wissenschaftlich-kriminologischen Ansatz mit der Kriminalität ausländischer Jugendlicher befaßt haben, um dies in Buchform an die Öffentlichkeit zu bringen. Diese nützliche und der umfassenden Unterrich-

tung der Öffentlichkeit dienende Arbeit wurde durch die Weigerung Schleswig-Holstein bewußt behindert. Dies nimmt kaum wunder, gab es bis 1965 noch nicht einmal statistische Angaben über die ausländische Wohnbevölkerung, obwohl deren Zahl, wie folgende Erhebungen zeigten, schon die Millionengrenze überschritten hatte[9].
Zur umfassenden Unterrichtung der Bürger gehört aber auch, daß die Mißstände im Statistischen Bundesamt (siehe Abschnitt 1) so schnell als möglich beseitigt werden. Schließlich soll dieses Amt die demographischen Unterlagen liefern, die für die Behandlung der Ausländerfrage von absoluter Notwendigkeit sind. Bis 1965 gab es keine Übersicht über die ausländische Wohnbevölkerung, zwischenzeitlich hat man diese Übersicht schon längst wieder verloren. Das von erheblichen Beträgen aus der Steuerkasse ausgehaltene Statistische Bundesamt muß also, was die Untersuchung demographischer Strukturen anlangt, funktionstüchtig gemacht werden.
Der Bürger muß ebenfalls über die Folgekosten der Ausländerbeschäftigung informiert werden. Es bedarf einer Kosten-Nutzen-Analyse, die wegen der mannigfaltigen Faktenlage nur von staatlicher Stelle erbracht werden kann. Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden haben fortan die Kosten für die Ausländer gesondert auszuweisen. Nachdem man nun jahrelang behauptet hat, die Ausländerbeschäftigung bringe materiellen Vorteil, wäre es höchste Zeit, hierfür den Beweis anzutreten. Kann dieser Beweis nicht geführt werden, darf dieses den Bürgern auch nicht vorenthalten werden, will man die Aufklärungspflicht ernst nehmen.

3.
Jeder Ausländerfeindlichkeit wehren

Ausländerfeindlichkeit zu verhindern oder einer solchen entgegenzuwirken, gehört zu den vornehmsten Pflichten der Ausländerpolitik.
Die Warnung des Bundespräsidenten vor Ausländerfeindlichkeit sollte nicht ungehört verhallen[10]. Hier haben die Massenmedien eine große Verantwortung.
Dies kann aber nicht bedeuten, daß sich die Massenmedien zu

Zensoren über das Denken der Staatsbürger aufschwingen. Sie sollten erkennen, daß nicht hinter jeder Kritik an der herrschenden Ausländerpolitik Ausländerhaß oder gar Rassismus steht. Wir erleben derzeit eine gewisse Hysterie in dieser Hinsicht. Wenn Meinungsumfragen erweisen, daß die Mehrheit der Bürger gegen weiteren Ausländerzustrom ist oder die Ausländerintegration ablehnt, so sollte man hier nicht gleich nationalsozialistisches Gedankengut bei immerhin weit über fünfzig Prozent der Bürger der Bundesrepublik Deutschland wittern. Die Enttäuschung darüber, daß im Volk eine andere Meinung vertreten wird als die eigene, darf nicht in Beleidigungen oder Unterstellungen ausarten. Man sollte diese Mehrheitsmeinung demokratischen Gepflogenheiten gemäß vielmehr respektieren und gegebenenfalls versuchen, mit sachlichen Argumenten dagegenzuhalten.

Dies gilt in noch stärkerem Maße für die verantwortlichen Politiker, die nach demokratischer Grundüberzeugung gehalten sind, ihre Politik nach der Mehrheitsmeinung auszurichten. Natürlich kann Politik auch auf Verhaltens- und Meinungsänderung großer Volksteile ausgerichtet sein. Wenn aber offensichtlich wird, daß die Mehrheit im Volk beständig, und das schon seit über zwei Jahrzehnten, eine ablehnende Haltung gegenüber den geltenden Prinzipien der Ausländerpolitik einnimmt, dann hat sich eben das Verhalten der Politiker nach dieser Mehrheitsmeinung zu richten. Alles andere spräche demokratischen Prinzipien hohn.

Besonders schädlich sind die Versuche, dem deutschen Volk Ausländerfeindlichkeit als Spezifikum zu unterschieben. Wenn dem so wäre, was ausdrücklich zu bestreiten ist, so ist es widersinnig, gleichzeitig eine Politik zu befürworten, die diesem angeblich notorisch ausländerfeindlichen deutschen Volk Millionen Ausländer „ausliefert". Derlei Widersinnigkeiten führen in die Sackgasse. Das sollte auch von den engagiertesten Verfechtern der herrschenden Ausländerpolitik erkannt werden, die Einwanderungsland und Integration fordern.

Die wachsende Ablehnung einer Überflutung durch ausländische Menschen ist gewiß kein auf die Bundesrepublik Deutschland beschränktes Phänomen. In vielen Ländern setzt sich die Erkenntnis

durch, daß durch die Ausländermigration eine schädliche Entwicklung in Gang gesetzt worden ist. Schließlich flammte zuerst eine entsprechende Diskussion in den sechziger Jahren in der Schweiz auf. Das ist ein Land, dem der Vorwurf einer notorischen Ausländerfeindlichkeit schon aufgrund seiner multi-ethnischen Struktur kaum zu machen ist. In diesem „Musterland der Demokratie", dem Land des großen Erziehers Pestalozzi und eines Henri Dunant, dem Gründer des Roten Kreuzes, wurden einschneidendste Maßnahmen gegen Ausländerbeschäftigung nur knapp durch Volksentscheid abgelehnt. Dies geschah wohl nur, weil sich die „Überfremdungsgegner" einer nie gekannten riesenhaften Koalition sämtlicher Massenmedien und der Großindustrie gegenübersahen. Auf einer Tagung der katholischen Akademie in Bayern äußerte ein Schweizer Professor 1972, die „Schwarzenbach-Initiative" gegen die Überfremdung wäre wohl von Erfolg gekrönt gewesen, wenn die Frauen schon das Wahlrecht gehabt hätten. Diesem Umstand sei es zu verdanken, daß der „reaktionäre Antrag" durchgefallen sei[11]. Nur ein reaktionäres Wahlrecht also, welches den Frauen die Stimmabgabe verwehrte, mag den Ausschlag für die Ablehnung der Schweizer Überfremdungsinitiative gegeben haben.

Auch in anderen Ländern Europas wächst der Mißmut über das Eindringen großer Ausländerkontingente. 1980 verschärfte das als besonders liberal geltende Schweden sein Ausländerrecht, welches die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" zu folgendem Kommentar anregte: „In Schweden gewinnt wie auch anderswo in Westeuropa mehr und mehr die Meinung an Boden, daß angesichts einer wachsenden Überfremdung und der zunehmenden eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ausländer nur noch in Sonderfällen eine Einreise- und Niederlassungsgenehmigung erhalten sollten"[12]. Die konservative Partei Großbritanniens errang mit der Forderung, die millionenfache Überflutung Englands mit Afrikanern und Asiaten zu beenden, große Erfolge besonders bei der Arbeiterschaft[13] und somit die Regierungsverantwortung. Man schätzte seinerzeit, daß die entsprechenden Äußerungen von Frau Thatcher mindestens vier Millionen Wähler für ihre Partei gewannen[14]. Der französische Staatssekre-

tär Stoleru kündigte Mitte 1980 an, sein Land wolle die Zahl der ansässigen Ausländer bis 1990 um 50 Prozent verringern[15].

Kritik an der Ausländerpolitik und Ablehnung des Ausländerzustroms darf also nicht von vornherein mit Ausländerfeindlichkeit verwechselt werden.

Unmißverständlich von Ausländerfeindlichkeit aber zeugt es, wenn man zum Beispiel argumentiert, die Angehörigen anderer Völker seien dazu da, uns Westdeutschen den Dreck wegzukarren. Ausländerfeindlichkeit liegt auch vor, wenn zum Beispiel die Kultur anderer Völker derart geringgeschätzt wird, daß man deren Kinder unter Verlust der Kultur ihrer Eltern bedenkenlos ins deutsche Volk einschmelzen könne. Diese Formen der Ausländerfeindlichkeit wurden bislang viel zuwenig beachtet und angeprangert.

4.
Abschied von realitätsfernen Integrationsträumen

Theorien müssen sich in der Praxis bewähren. Theorien müssen, sollen sie praktiziert werden, an der Wirklichkeit ausgerichtet sein.

Zu dieser Wirklichkeit gehört, daß, je mehr von Integration der Ausländer gesprochen wird, die Kluft zwischen Deutschen und Ausländern und unter den einzelnen Ausländergruppen desto größer wird.

Hier liegen nicht nur Erfahrungswerte aus der Bundesrepublik in ausreichendem Maße vor (Integrationsruine Schule als Beispiel). Andere Länder, die durchaus einen konsequenten Integrationskurs eingeschlagen haben, geben uns genügend Anschauungsmaterial an die Hand.

Man muß im Interesse der Menschen auch den Mut haben, von seinen Theorien abzurücken, wenn sie versagen. Es geht nicht an, daß hier Integrationstheoretiker, die in der Weltabgeschiedenheit ihrer Studierstuben nur noch Maurerwerk an Luftschlössern erledigen, theoretische Amokläufe vollziehen.

Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland muß ihre ganze Integrationskraft darauf konzentrieren, die eigenen Randgruppen

einzugliedern. Ihr Integrationsmagnetismus ist ja nicht einmal stark genug, die eigenen Angehörigen festzuhalten. Nicht umsonst stehen wir vor dem Phänomen einer wachsenden Zahl von „Aussteigern" unter der westdeutschen Jugend, Kinder der eigenen Gesellschaft also, die sich mit dieser nicht länger gemein machen wollen, die nicht etwa die integrativen, sondern vielmehr die zentrifugalen Effekte dieser Gesellschaft verdeutlichen. Wer erhebliche Teile seiner eigenen Jugend nicht halten kann, sollte von der wahnwitzigen Idee abrükken, andere Ethnien an sich binden zu können.

Unsere Gesellschaft in der Bundesrepublik, die vor lauter Randgruppen wie Aussteigern, Alternativen, Süchtigen, Sektenangehörigen, Kriminellen usw. usf. an allen Seiten ausfranzt, muß von den Integrationsträumen in bezug auf mehrere Millionen Ausländer radikal Abschied nehmen.

Die Integrationstheoretiker sind folglich aus ihrer Verantwortung für die Ausländerpolitik zu entlassen, ehe sie noch größeren Schaden anrichten können, als sie dies ohnehin schon getan haben.

5.
Weg vom Materialismus

Die Ursächlichkeit rein materialistischen Denkens für die heutige Ausländerproblematik wurde in den vorangegangenen Abschnitten deutlich. Da dem materialistischen Denken humanitäre und kulturelle Werte vollends fremd sind, diese aber in der Behandlung der Ausländerfrage eine vorrangige Rolle spielen müssen, kann solches Denken nicht als Grundlage einer künftigen Ausländerpolitik taugen.

Die Ausländerpolitik darf in Hinkunft nicht mehr nur eine Funktion des Profitstrebens einiger Wirtschaftskreise ohne jegliche Rücksichtnahme auf die Gesamtgesellschaft sein. Der Staat ist kein Betrieb zur Reparatur gesellschaftlicher Schäden, die durch das Fehlverhalten von Einzelgruppen entstanden sind. Dem Staat obliegt es, seine Sachwalterfunktion des Gemeininteresses im Zweifelsfall auch gegen mächtige Einzelinteressen durchzusetzen.

Eine diesbezügliche Einsichtsfähigkeit muß auch in entscheidenden

Kreisen der Großindustrie vorhanden sein. Wenn dem nicht so wäre, so würden die Stimmen derer verstärkten Nachdruck erhalten, die das Großkapital entmachten wollen. Früher oder später wird auch dem letzten klar werden, daß die Großindustrie wesentlich zur Anhäufung der Ausländerproblematik beigetragen hat, wenn nicht sogar dafür die Hauptverantwortung trägt. Man soll sich da in gewissen Chefetagen nicht täuschen: es wird ein leichtes für andere Kräfte sein, den daraus entstehenden Mißmut gegen die Verursacher zu richten. Enteignungsforderungen werden dann Zustimmung aus Volkskreisen erhalten, die für solcherlei Parolen heute noch völlig unzugänglich sind.

Wer allerdings auch dies nicht einsehen will, der sollte für sich persönlich die Frage beantworten: ist eine Millionenschar von Südeuropäern, Afrikanern und Asiaten wirklich der Garant für wirtschaftliche Stabilität in der Bundesrepublik? Ist diese Millionenschar willens und geeignet, den Lebensabend der Deutschen zu sichern? Für diese Fragen müßte selbst ein total materialistisch verklebter Geist noch aufgeschlossen sein.

Die Ausländerbeschäftigung, die grenzenlose Ausweitung des Arbeitsmarktes der Bundesrepublik Deutschland auf Südeuropa, Nordafrika und Kleinasien ist zugleich Zeugnis einer extrem auf rein quantitatives Wachstum orientierten Wirtschaft, die gleichfalls materialistisch geprägt ist. Die Diskussionen der letzten Jahre über den Sinn rein quantitativen Wachstums, einer „Vergeudungsstrategie im Spätkapitalismus“[16], der Verschwendung der Rohstoffe durch Herstellung immer kurzlebigerer Produkte, die daraus entstehenden Umweltbelastungen sollten unsere Sinne geschärft haben. Natürlich widerspricht es jedem ökologischen Denken, die Konjunktur durch maßlose Erweiterung des Arbeitskräftepotentials weiter anzuheizen mit ähnlichen Folgen, wie wenn man Durst mit Salzwasser löschen will. Es ist ökologischer Wahnsinn, in ein Gebiet mit derart ungeheurer Bevölkerungsdichte wie die Bundesrepublik Deutschland Millionen ausländische Menschen zu pumpen, dieses schmale Territorium dann auch noch zum Einwanderungsland erklären zu wollen.

Der Materialismus strebt nach Gütern, nicht nach Güte. Ziel der

künftigen Ausländerpolitik aber muß es sein, den Teufelskreis der materialistischen Eigengesetzlichkeit zu durchbrechen.

6.
Mehr Verständnis für die Ausländer

Wenn man heute „mehr Verständnis für die Ausländer" fordert, so wird dies automatisch gleichgesetzt mit einer Identifizierung mit deren (materiellen) Interessen. Das zeugt von einer verbogenen politischen Optik.

Das Wort „Verständnis" leitet sich doch vom Verbum „verstehen" ab. Für Verständnis werben, heißt also erst einmal, sich um das Verstehen zu bemühen.

Verstehen wir überhaupt die Türken, Griechen, Jugoslawen, Spanier, Italiener, Nordafrikaner, Chinesen und die vielen anderen Völkerschaften in der Bundesrepublik? Auf das Sprachliche begrenzt, ist wohl unumstritten: nur ein verschwindend geringer Bruchteil der Deutschen, kaum in Promille auszudrücken, ist in der Lage, auch nur eine einzige der genannten Volksgruppen zu verstehen.

Die allermeisten, die sich – ungefragterweise – zu Sachwaltern der Ausländerinteressen machen, verstehen deren Sprache nicht. Sie sind also außerstande, rein sprachlich in deren Gedankenwelt einzudringen. Das hindert sie freilich in keiner Weise daran zu behaupten, sie wüßten um das Wollen der Ausländer. Wer hat ihnen eigentlich dieses Wollen näher dargelegt, mit welchen und wie vielen Türken zum Beispiel haben diese „Interessenwahrer der Ausländer" in deren Muttersprache gesprochen?

Es kommen eben keine Maschinen zu uns, sondern Menschen. Menschen mit ihrem ganz spezifischen geschichtlichen, religiösen, kulturellen, ethnischen, sozialen, personalen Hintergrund. Dieser Hintergrund bestimmt das Denken und Handeln der Ausländer und – will man die Kinder ihnen nicht zwangsweise entreißen – auch deren Kinder. Das Getto wird dafür sorgen, daß hier Kontinuität gewahrt bleibt.

Weil wir Deutschen, auch 99,9 Prozent der Integrationstheoretiker,

die Sprache des Türken zum Beispiel nicht verstehen können, müssen wir uns zumindest bemühen, den oben aufgezeigten Hintergrund zu verstehen. Auch hierbei kann es sich nur um einen Versuch handeln, denn es ist völlig ausgeschlossen, sich ganz in die Denkweise einer anderen Kultur einzupassen.

Was wurde aber für dieses Verständnis der Ausländer in unserem Lande getan? Keine unserer Universitäten hat zum Beispiel einen Lehrstuhl für die moderne Türkei[17]. Ganz hart formuliert: der deutsche Arbeiter, der in seiner Wohngegend mit tausenden Türken Tür an Tür lebt, hat – trotz aller zum großen Teil selbstgewählten Getto-Isolierung der Türken – dutzendfach mehr Ahnung von ihnen als nahezu alle akademischen Integrationstheoretiker der Bundesrepublik Deutschland.

Wie „gut" man bei den Integrationstheoretikern über die Türken unterrichtet ist, erweist sich daran, daß sie oftmals überhaupt nicht unterscheiden zwischen Türken, Kurden, Tscherkessen, Georgiern, Lasen usw., alles Völkerschaften in der Türkei, deren „Abgesandte" zu uns kommen. Völker, die sich zum Teil kulturell mehr unterscheiden als Deutsche und Engländer oder Deutsche und Russen. Sie werden natürlich in einen Topf geworfen. So sieht das „Verständnis" für „die" Ausländer aus!

Mittlerweile liegen vierundvierzig sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte vor, die allein von der Stiftung Volkswagenwerk unter dem Sammelbegriff „Ausländerforschung" initiiert und bisher mit 10 Millionen Mark gefördert wurden[18].

Vergeblich wird man darunter völkerkundliches Material suchen, wie ja überhaupt die Völkerkunde in der Bundesrepublik Deutschland unterentwickelt ist[19]. Wozu eben Völkerkunde, wenn ein Volk ja eh nur – nach Ansicht der Materialisten – eine Anhäufung beliebiger Menschenmassen ist?

Wer kann behaupten, wirkliches *Verständnis* für die einzelnen Ausländergruppen zu haben? Was weiß er denn über sie? Über die Muselmanen in der Geschichte und den Islam etliche tausende Kilometer entfernt werden dickleibige Schwarten verfaßt, deren Korrektheit ohnehin von den Buchkonsumenten kaum nachgeprüft werden

kann. Über die Moslems in unserem Land, mindestens anderthalb Millionen, finden wir allenfalls die schmalbrüstige Broschüre einer christlichen Kirche.

So gesehen erlaubt unser Grad des Verständnisses für die Ausländer keinerlei große Sprüche. Das sollten auch die beachten, die sich – ohne Mandat – zum Sprecher, besser gesagt, zum Vormund der Ausländer machen.

Welche Ausländerpolitik auch immer eingeschlagen wird, wir werden noch lange Zeit mit fremden Menschen leben müssen. Geweckt werden muß daher das Verstehen, das Verständnis für deren Kultur, die Möglichkeit des Kennenlernens. Bunte Folklore-Abende mit Volkstrachten reichen hier bei weitem nicht aus. An den Schulen und Universitäten muß die Wirklichkeit der fremden Kulturen gezeigt werden. Auch hierin müßten die Massenmedien Pionierarbeit leisten. Wenn diese Wirklichkeit gezeigt wird, dann gibt es bei den Deutschen sicherlich auch vielfach den Wunsch, solcher Lebensart nicht unbedingt nacheifern zu wollen. Doch Verständnis wecken heißt auch, das Fremdartige zu erkennen, das bis zum Abstoßenden empfunden werden kann. Mit schönfärberischer Waschmittelreklame ist das nötige Verständnis nicht zu erreichen.

7.
Keine Erklärung zum Einwanderungsland

Wenn sich die Bundesrepublik Deutschland offiziell zum Einwanderungsland erklären würde, hätte dies verheerende psychologische Folgen.

Es käme nämlich einem Startschuß gleich für weitere Millionenmassen von Ausländern, zu uns zu kommen. Die gewaltigen Probleme, die wir jetzt schon mit den fünf- bis fünfeinhalb Millionen Ausländern haben, würden potenziert.

Wie bereits dargelegt, ist es unmöglich, ein Land mit den sozialräumlichen Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland zum Einwanderungsland zu erklären. Selbst die Befürworter des Einwanderungslandes werden nicht abstreiten können, daß die Aufnahmefähigkeit

der Bundesrepublik begrenzt ist. Einer Erklärung zum Einwanderungsland müßte folglich wahrscheinlich sehr bald wieder eine Abkehr von diesem Prinzip folgen. Dieses hieße einen erneuten Bruch in der Ausländerkonzeption vollziehen. Eine solche Schaukelstuhlpolitik, ein solches Hin und Her kann einer vernünftigen Ausländerpolitik auf keinen Fall dienlich sein.

Die Bundesrepublik Deutschland hat den Ausländern in ihrer Gesamtheit offiziell nie versprochen, daß sie sich hier unbefristet niederlassen können. Auch in den Anwerbevereinbarungen ist stets von einer vorübergehenden Beschäftigung die Rede. Dabei muß es im Prinzip bleiben.

8.
Den Willen des deutschen Volkes beachten

Jede Ausländerpolitik, die nicht im Einklang mit dem Willen des deutschen Volkes steht, muß zum Scheitern verurteilt sein. Auch die Befürworter einer Integration werden nicht bestreiten wollen, daß eine solche nur klappen kann, wenn die Deutschen mitziehen. Salbungsvolle Reden und theoretisch schlüssig klingende Rezepte nutzen nichts, wenn im Volk keine Bereitschaft zum Mittun vorhanden ist.

Es sind ja auch nicht in erster Linie die Politiker oder Ausländertheoretiker, die von den Folgen der Ausländerpolitik betroffen sind. Betroffen ist das Volk. Betroffen sind vor allem die Deutschen in unseren Städten. Deren Anschauungen und Meinungen sind daher die entscheidenden Richtlinien für die Behandlung der Ausländerfrage in der Bundesrepublik. Auch die Grundsätze einer Demokratie verbieten es, über die Köpfe der Staatsbürger hinweg zu entscheiden.

Es ist also falsch, wenn die verantwortlichen Politiker eine Rücksichtnahme auf den Volkswillen für unerheblich halten und meinen, nur sie hätten aus der Perspektive ihres Elfenbeinturmes das Recht, in der jedermann betreffenden Ausländerpolitik zu entscheiden.

Rücksichtnahme auf den Volkswillen darf sich nicht auf einige verbale „Beruhigungspillen“ beschränken, während die tatsächliche

Politik ganz andersherum verläuft. Es ist schon eine bewußte Täuschung der Bürger, wenn Bundesminister Ehrenberg martialisch verkündet, der seit Ende 1973 gültige „Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer" müsse „bis zum Jahr 2000" gültig bleiben, und die Presse daraufhin folgende Überschrift fabriziert: „Gastarbeiterstopp bis zum Jahr 2000"[20]. Selbst eine Zeitung wie die „Frankfurter Allgemeine" unterließ bei ihrem entsprechenden Bericht den Hinweis, daß dieser Stopp ja nur für ausländische Arbeitnehmer außerhalb der EG gilt, daß von diesem Stopp weder der Familiennachzug betroffen wird noch die Asylflut, daß in den achtziger Jahren vier Mittelmeer-Länder die EG-Freizügigkeit erhalten[21]. Offensichtlich sollte kurz vor der Bundestagswahl 1980 der Eindruck entstehen, daß bis zum Jahr 2000 keine Ausländer mehr hereinkommen.

Ähnliches geschah vor der Landtagswahl 1980 in Nordrhein-Westfalen. Auf einer Presseerklärung äußerte Minister Professor Farthmann: fast 1,3 Millionen Ausländer leben jetzt in Nordrhein-Westfalen, mehr könnten keinesfalls aufgenommen werden. Übereinstimmende Überschriften in der NRW-Presse damals: „Nordrhein-Westfalen nimmt keine Ausländer mehr auf"[22].

Selbstverständlich ist daran keine Silbe wahr. Auch in diesem Falle wurden die Fakten wie Familiennachzug, Neuaufnahme von Ländern in die EG mit Freizügigkeitsprivileg usf. geflissentlich verschwiegen. Solche Versuche, die Rücksichtnahme auf den Volkswillen auf das Verbale zu beschränken, gab es in der Vergangenheit immer wieder. Daß „nun endlich" Schluß sei mit weiterer Ausländerüberflutung, hören die Bürger dieses Landes von den Politikern schon seit etlichen Jahren. Das Gegenteil jedoch geschah. Derlei Beruhigungspillen, durch die die Glaubwürdigkeit der Politik im allgemeinen in Mitleidenschaft gezogen wird, werden immer weniger Wirkung zeitigen, je deutlicher die wahren Ausmaße des Ausländerproblems zutage treten.

Die Rücksichtnahme auf den Volkswillen muß sich auch in der praktizierten Ausländerpolitik auswirken; sonst besteht die Gefahr, daß sich immer mehr Bürger jeder Ausländerpolitik verweigern.

Ebenso falsch ist der Ansatz, die Entscheidung über die weitere

Entwicklung nun allein den Ausländern zu überlassen. Diese sollen entscheiden, ob eine Einwanderung stattfinden soll oder nicht, ob eine Integration greifen soll oder nicht usf. Selbstverständlich sind die Interessen der Ausländer (zu dieser Problematik siehe oben bei „Verständnis") auch zu berücksichtigen. Wenn aber ein Interessen-Widerstreit zwischen Ausländern und einheimischer Bevölkerung auftritt, so muß im Zweifelsfall das Interesse der Deutschen durchschlagen. In keinem anderen Land dieses Erdballs würde ein Zweifel an der Berechtigung der Forderung laut, daß im Konfliktfall die Interessen der Einheimischen denjenigen der Ausländer vorgehen. Der Gedanke, die Interessen der einheimischen Bevölkerung denjenigen der Ausländer hintanzustellen, käme etwa italienischen, jugoslawischen, griechischen oder türkischen Politikern nicht einmal im Traum. Ein Politiker, der solches äußern würde, hätte in keinem Land der Erde auch nur die Spur einer Chance, Verantwortung übertragen zu bekommen. Das tragende Prinzip in allen Staaten lautet: im Zweifelsfalle für die eigenen Bürger. Es ist also keineswegs ein Zeichen deutscher Überheblichkeit, wenn man diesem in der Welt-Staatengemeinschaft selbstverständlichen Prinzip auch in der Bundesrepublik Deutschland zum Durchbruch verhilft.
Von daher ist es sehr bedauerlich, daß in den Schwerpunkten der Ausländerpolitik, die der Bundesbeauftragte zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien vorschlägt, nicht *einmal* von den Interessen der deutschen Bevölkerung die Rede ist[23]. Es geistert bei einigen Integrationstheoretikern sogar die Vorstellung herum, man müsse der ausländischen Minderheit „auf dem Wege zur Gleichberechtigung" zunächst Privilegien einräumen. So läßt sich eine Ausländerpolitik, die ja unbedingt auf die Mitwirkung der deutschen Bürger angewiesen ist, gewiß nicht durchführen. Ihr Scheitern ist programmiert.

9.
Den Eingliederungswillen der Ausländer erkunden

Wie oben festgestellt, liegt der Verständnisgrad der Deutschen einschließlich der Integrationstheoretiker für die einzelnen Ausländer-

gruppen nahe Null. Das ficht die Integrationstheoretiker freilich kaum an. Sie behaupten, die Integration entspreche dem Willen der Ausländer. Woher, so muß man fragen, wollen sie dies eigentlich wissen? Die im Schnitt steigende Aufenthaltsdauer läßt keinesfalls auf gesteigerte Integrationswilligkeit schließen. Parallel zur Ausdehnung der Aufenthaltsdauer verläuft ja der Prozeß der Gettoisierung.

Woher nehmen die Integrationstheoretiker eigentlich das Recht, die Integration als dem Willen der Ausländer entsprechend zu propagieren? Tatsächlich liegen hierüber keine schlüssigen Meinungserhebungen vor. Kunkel (1975) berichtet von einer Meinungserhebung mit folgendem Ergebnis: fast alle Ausländer lehnen den Satz „meine Kinder sollen in Deutschland so werden, daß man sie von deutschen Kindern überhaupt nicht mehr unterscheiden kann“ ab, fast alle Ausländer stimmen dem Satz „meine Kinder sollen im Sinne meiner heimatlichen Ansichten erzogen werden, sie dürfen nicht zu „deutsch“ werden[24]“ zu. Weiterhin stimmten fast alle der Formulierung zu, „Gastarbeiter sollten in Deutschland nicht zuviel von ihrem eigenen Land und ihrer Kultur vergessen, sie sollten in ihrem Denken, ihrer Lebensart und ihren Gebräuchen ihrer Heimat immer treu bleiben“[25].

Kann man daraus den Integrationswillen der Ausländer ersehen?

Über den Widerstand der Ausländer gegen die Integrationspläne wurde bereits im dritten Abschnitt ausführlich berichtet. Solange nicht genügend empirisches Material vorliegt, sollte man nicht behaupten, der Eingliederungswille der Ausländer, insonderheit der kulturell entfernt stehenden, sei bewiesenermaßen vorhanden. Die Mehrzahl der Indizien spricht dagegen. U.a. der Umstand, daß nach Angaben türkischer Kreise 70–80 Prozent der türkischen schulpflichtigen Kinder die Koranschulen besuchen[26]. Zeichen des Integrationswillens?

Es dürfte wohl unumstritten sein, daß 90 Prozent und mehr der Ausländer in die Bundesrepublik kommen, um mehr Geld zu verdienen, nicht jedoch, um die „Segnungen“ des Deutschtums in sich aufzunehmen.

Daher muß wissenschaftlich untersucht werden, ob und bei welchen

Ausländergruppen überhaupt ein Eingliederungswille besteht. Sodann muß festgestellt werden, ob Quantität und kulturelle Distanz dieser Ausländer zu uns deren Eingliederung ohne größeren Schaden für unser Volk möglich erscheinen lassen. Sind die Voraussetzungen gegeben, muß auch noch die Bereitschaft bei den Deutschen vorhanden sein, der Eingliederung zuzustimmen und mitzuhelfen.
Wenn überhaupt Eingliederung einiger Ausländergruppen, dann nur unter diesen Voraussetzungen.
Die Behandlung der Eingliederungsunwilligen oder nichtintegrierbaren Ausländer muß sich fortan an den Normen des Völkerrechtes orientieren. Das heißt: solange ausländische Menschen einen Arbeitsplatz auf Zeit bei uns innehaben, ist dafür Sorge zu tragen, daß sie ihre nationale, kulturelle und religiöse Identität wahren können.

10.
Den Rückkehrwillen der Ausländer erkunden

Zunächst sei noch einmal festgehalten: steigende Aufenthaltsdauer der Ausländer und der Wille, langfristig hierzubleiben, bedeutet noch lange nicht Eingliederungswillen. Beides darf auf keinen Fall verwechselt werden.
Über die Rückkehrabsichten, Aufenthaltsdauererwartung usf. liegen höchst widersprüchliche Angaben vor. 1976 veröffentlichte das baden-württembergische Arbeitsministerium eine Umfrage, derzufolge 20 Prozent der Ausländer hierbleiben wollen, von den Italienern 24 Prozent, den Spaniern 19 Prozent, den Jugoslawen 16 Prozent, den Portugiesen 14 Prozent, den Griechen 11 Prozent, den Türken 9 Prozent[27]. Im Oktober 1976 gab das nordrhein-westfälische Arbeitsministerium eine Erhebung unter Ausländern in der Stadt Duisburg bekannt: 66,6 Prozent der Befragten nannten ein unbestimmtes Datum zur Rückkehr, 14,6 Prozent ein konkretes Datum, 12,5 Prozent wollten gern hierbleiben, 5,5 Prozent nur unter bestimmten Bedingungen zurückkehren[28]. Im integrierten Endbericht des Forschungsverbundes „Probleme der Ausländerbeschäftigung" vom Juli 1979 heißt es, daß 17 Prozent der befragten Ausländer „für

immer" hierbleiben möchten (Griechen 9,1 Prozent, Italiener 23 Prozent, Jugoslawen 20,5 Prozent, Spanier 24 Prozent, Türken 9 Prozent)[29]. Dagegen ließ Bayerns Sozialminister Pirkl einen Monat später verlautbaren: „Schon vierzig Prozent der Ausländer erklären, nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren zu wollen"[30]. Ähnliches steht im Memorandum des Bundesbeauftragten: eine regionale Repräsentativbefragung ergebe, daß 42% der befragten Ausländer erklärten, keine Rückkehrabsichten zu haben[31]. Auch Meier-Braun stimmt dem zu: „Immer mehr Gastarbeiter wollen für immer in der Bundesrepublik bleiben – mindestens 40 Prozent haben schon diesen Entschluß gefaßt"[32]. Dagegen Ministerialrat Rosenmöller Anfang 1980: „Umfragen ergeben noch eine beachtliche Bereitschaft zur Rückkehr"[33], Bernd Gröttrup, Referent des Deutschen Städtetages: „Viele der Ausländer tragen sozusagen die Heimat im Herzen und erhoffen Rückkehr, während andere sich schon jetzt für ein Leben in der neuen Heimat entschieden haben. Die meisten sind jedoch unsicher und wissen nicht so recht, was werden soll"[34]. Bundesbeauftragter Kühn im September 1980: „Von den gegenwärtig 4,14 Millionen Ausländern wollen 2,5 bis 3 Millionen in der Bundesrepublik für immer bleiben"[35]. Und im Dezember 1980: „20 Prozent der Ausländer haben konkrete Rückkehrabsichten, 40 Prozent wollen mit Sicherheit in der Bundesrepublik bleiben, weitere 40 Prozent sind unsicher"[36].
Diese Faktenlage läßt also nicht den Schluß zu, daß die Mehrheit der hier lebenden Ausländer bleiben will. Dies gilt auch für die Kinder, wie weitere Untersuchungen zeigen. Ein erheblicher Teil ist unsicher und hat sich noch nicht entschieden.

Aufgabe einer verantwortungsbewußten Ausländerpolitik wäre es,
a) die Rückkehrwilligen in ihrem Rückkehrentschluß zu bestärken,
b) die Unentschiedenen zu einem Rückkehrentschluß zu bewegen.
Konkrete Vorschläge hierzu werden unten dargelegt.

Rückkehrwillige und Unentschiedene machen einen Großteil der hier lebenden Ausländer aus, wahrscheinlich sogar weit mehr als die

Hälfte. Wenn man das Ausländerproblem auf ein erträgliches Maß herunterschrauben will, dann muß bei diesen Kreisen angesetzt werden. Vielleicht gelänge es auch durch geeignete Maßnahmen, den Rückkehrwillen bei denen neu zu beleben, die sich bereits zum Hierbleiben entschlossen haben.

Maßnahmen zur Bestärkung des Rückkehrwillens sollten besonders nach fünfjährigem Aufenthalt greifen. Das 5. Jahr des Aufenthaltes nämlich scheint einen Schwellenwert zu bilden, der das Verhalten der ausländischen Arbeitnehmer im Hinblick auf die Rückkehr beeinflußt[37].

Dies wird besonders deutlich, wenn man die Aufenthaltsdauer-Planung bei der Einreise der ausländischen Arbeitnehmer untersucht. Wie Franz zutreffend anmerkt, war die Arbeitswanderung der Nachkriegszeit innerhalb Europas auf Zeit angelegt, im Gegensatz zur Lebenswanderung des vorigen Jahrhunderts aus Europa nach Übersee[38]. Die Motive der ausländischen Arbeitnehmer, die zu ihrer Wanderung in die Bundesrepublik geführt haben, sind eindeutig auf eine bessere Zukunft in der Heimat gerichtet[39]. Karl Schwab vom Deutschen Gewerkschaftsbund meint hierzu: „Der größte Teil der ausländischen Arbeitnehmer kam mit der Absicht in die Bundesrepublik, hier nur vorübergehend zu arbeiten und dann wieder nach Hause zurückzukehren. Es gab nur wenige, die sich von Anfang an auf eine längere Verweildauer einrichteten, und auch diese wenigen hatten nicht die Absicht, in der Bundesrepublik dauernd zu bleiben“[40].

Das Institut für Zukunftsforschung ließ bei einer Veranstaltung zusammen mit dem Familiensenator von Westberlin verlautbaren, daß die ausländischen Frauen in der Regel mit dem Ziel kommen, nach drei oder vier Jahren ins Heimatland zurückzukehren. Die schnelle Rückkehr bleibe unter anderem wegen der Integration ihrer Kinder in das hiesige Schulsystem aus[41]. Bei der Einreise planten, so der bereits oben zitierte Forschungsverbund, mehr als 70 Prozent der befragten Ausländer einen Aufenthalt von höchstens fünf Jahren (Griechen 74 Prozent, Italiener 62 Prozent, Jugoslawen 66 Prozent, Spanier 78 Prozent, Türken 69 Prozent)[42]. Eine Umfrage der Caritas

unter 1412 spanischen Gastarbeitern ergab, daß 80 Prozent nur einen Aufenthalt von fünf Jahren ursprünglich planten[43]. Auch Rist berichtet über eine „Reihe von Umfragen“, die immer wieder bestätigt hätten, daß die Ausländer mit einem Deutschlandaufenthalt von drei bis fünf Jahren rechnen[44].

Würde man also die Aufenthaltshöchstdauer für einreisende ausländische Arbeitnehmer von vornherein auf fünf Jahre beschränken, so bedeutete dies keine unbillige Härte, sondern entspräche ihren eigenen Absichten. Tatsächliche Aufenthaltsdauer und Aufenthaltsdauerplanung bei der Einreise würden in Einklang gebracht. Damit würde ein Element der Stabilität, nicht jedoch – wie fortwährend behauptet wird – der Unsicherheit in die Ausländerpolitik eingeführt. Dieser Vorschlag kann sich jedoch nur auf neu einreisende Ausländer beziehen. Eine Beschränkung der Zahl der jetzt schon hier mehr als fünf oder gar zehn Jahre lebenden Ausländer läßt sich nur mit Hilfe konkreter Rückgliederungsmaßnahmen erreichen.

Zusammenfassend läßt sich sagen: der Rückkehrwille (unbestimmt oder bestimmt) ist bei einem Großteil der Ausländer vorhanden. Dieser Wille muß gefördert werden. Die Aufenthaltsdauer neu einreisender ausländischer Arbeitnehmer ist in Einklang zu bringen mit ihrer eigenen Planung bei der Einreise, also etwa fünf Jahre.

11.
Rückkehrförderung

Über 25 Prozent aller Ausländer leben hier in der Bundesrepublik seit mehr als 10 Jahren, der überwiegende Teil seit mehr als sechs Jahren[45]. Selbstverständlich verbietet es sich, legal in der Bundesrepublik lebende Ausländer aufgrund einer zu erlassenden Aufenthaltshöchstdauer von fünf Jahren hinauszukomplimentieren. Für diese Ausländer, die ja zum Großteil im Prinzip rückkehrwillig oder unentschieden sind, muß ein Programm zur Rückkehrförderung ausgearbeitet werden.

Trotz vieler entsprechender Worte liegt ein derartiges Programm nicht vor. 1974 äußerte Dr. Alois Degen, Landesarbeitsamtspräsident

von Nordrhein-Westfalen, man werde „bald nach Wegen suchen müssen, wie ein Teil der Ausländer in guter Ordnung wieder in seine Heimat zurückgeleitet werden könne“[46]. Heute, sieben Jahre später: nichts dergleichen ist geschehen.

Bundesminister der Finanzen, Hans Apel, 1974: „Wir werden ... schrittweise die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer um etwa eine Million reduzieren“[47]. Die Entwicklung jedoch ist anders verlaufen.

1975 hieß es, die Bundesregierung habe das Ziel, die Zahl der ausländischen Arbeiter auf 1,5 Millionen zu senken[48]. Eine Seifenblasen-Parole.

1976 wurde eine Bund-Länder-Kommission zur Ausländerbeschäftigung eingesetzt, die Anfang 1977 ein Konzept verabschiedete, in dem unter anderem die Verstärkung der Rückkehrbereitschaft der ausländischen Familien gefordert wird[49]. Auf konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Forderung wartet man heute noch vergeblich. Der damalige Kommentar der „Süddeutschen Zeitung“, man werde von einer „behutsamen, aber kontinuierlich zu betreibenden Rückwanderung der Gastarbeiter Gebrauch machen“[50], hat sich als Wunschdenken herausgestellt.

Im März 1979 zitierte die nordrhein-westfälische Parlamentszeitung „Landtag intern“ Sozialminister Farthmann: die Rückkehrbereitschaft und die Rückkehrfähigkeit der Ausländer seien zu erhalten und zu stärken[51]. In der gleichen Ausgabe der Zeitung jedoch war zu lesen, daß die Mittel zur Integration der Ausländer im nordrhein-westfälischen Haushalt um mehr als 100 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesteigert worden sind. Über Mittel zur Konkretisierung der Rückkehrförderung war nichts zu vernehmen.

Nicht viel anders in den übrigen Bundesländern. Auch dort große Ankündigungen, die Rückkehrfähigkeit und Rückkehrbereitschaft ausländischer Arbeitnehmer zu fördern, so zum Beispiel in Niedersachsen[52], doch keine Taten folgten.

Auch die Forderung des Arbeitsamtspräsidenten Stingl im Juni 1979, ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik sollten spätestens nach fünf Jahren wieder in ihre Heimatländer zurückkehren[53], bewirkte nichts Entscheidendes. Ebensowenig die Feststellung des

Forschungsverbandes ausländischer Arbeitnehmer, daß die Rückwanderung für die meisten der Migranten die sicherlich objektiv und subjektiv beste Bewältigung der gegenwärtigen Situation sei[54].

Anfang 1980 erklärte der Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Heinz Kühn: „Ich wäre glücklich, wenn heute eine Million Türken wieder zurückgingen in ihre Heimat. Denn hier liegt für uns das schwerste Integrationsproblem, auch weil religiöse Probleme eine Rolle mitspielen“[55]. Der logischen Konsequenz jedoch, die Rückkehr möglichst vieler Türken zu betreiben, wich man aus.

Ende 1980 wurde einer Delegation deutscher Politiker in Belgrad bedeutet, daß die jugoslawische Regierung die Rückkehr der Landsleute aus Westdeutschland in die Heimat wünsche. Der serbische Ministerpräsident Ivan Stambulic sprach von einem „Programm der allmählichen Rückkehr“[56]. Daß die verantwortlichen bundesdeutschen Ausländerpolitiker ein solches Programm, erwünscht vom Gastarbeiter-Entsendeland Jugoslawien, unterstützen, ist kaum zu erwarten. Schließlich liegt eine jugoslawische Denkschrift über die Rückführung der Gastarbeiter seit 1977 auf dem Tisch, auf die Bonn überhaupt nicht reagiert hat[57].

Vor diesem Hintergrund erscheint es mehr als zweifelhaft, daß der Forderung des christlich-demokratischen Politikers Dregger von Ende 1980 entsprochen wird, die Rückkehr von Ausländern, deren „volle Integration“ nicht möglich sei[58], einzuleiten.

Gerade 12 Millionen Mark stellte die Bundesregierung 1979 als Hilfe für rückkehrwillige Ausländer bereit[59]. Ein Betrag, der in keinem Verhältnis zu den Riesensummen für die „Integration“ steht. Man bedenke, daß allein der Freistaat Bayern für ein paar tausend Indochina-Flüchtlinge zehn Millionen Mark zur Integration aufbringen will (siehe oben). Diese Summe steht erst recht in keinem Verhältnis zu den gewaltigen Folgelasten, die durch die millionenfache Ausländerschwemme noch entstehen werden.

Die Integration wird einseitig betrieben. Das staatliche Desinteresse an Rückkehrförderung wirkt sich auch auf die privaten Ausländerinitiativen aus. In der Bundesrepublik sind heute rund 300 solcher Initiativgruppen im Ausländerbereich tätig. Die Förderung schuli-

scher Integration haben sich 48% zum Ziel gesetzt, die Förderung allgemeiner Integrationshilfen 27,3 Prozent, die Offenhaltung der Reintegration, also der Rückkehr, jedoch nur 4,7 Prozent[60].

Maßnahmen zur Rückkehrförderung sind in Ansätzen steckengeblieben. Hier muß verstärkt Arbeit geleistet werden. Diese Ansätze gilt es konsequent auszubauen.

Ein „Büro für die Förderung türkischer Arbeitnehmer-Investitionen" kümmert sich darum, den Türken einen Start in der Heimat zu ermöglichen[61], mit recht kümmerlicher Unterstützung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Im Jahre 1965 entstand unter den in der Bundesrepublik lebenden Türken zum ersten Mal die Idee, die in Westdeutschland erworbenen Ersparnisse nicht mehr nur individuell in der Türkei anzulegen, sondern sie gleichsam über Aktiengesellschaften als Kollektivinvestitionen in der Türkei anzulegen. Heute gibt es mehr als 200 derartige Arbeitnehmergesellschaften mit über 150 000 Aktionären[62]. 50 Betriebe konnten durch diese Aktiengesellschaften in den letzten Jahren in der Türkei aufgebaut werden. Ministerialrat Helmut Jelden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: „Dank dieser Initiative konnten mehr als 10 000 Arbeitsplätze geschaffen werden ... Das ist die sinnvollste Entwicklungshilfe, die ich kenne"[63]. Jelden an anderer Stelle: „In den türkischen Gegenden, in denen Gastarbeiter Arbeitnehmergesellschaften gegründet haben, gibt es kaum radikale Auswüchse und Unruhen". Auch seien die Lebensverhältnisse dort im allgemeinen verbessert worden[64]. Diese Erfolge konnten erzielt werden, obwohl Bonn nur „wenige Mittel" hierfür bereitstellte[65]. Wenn der westdeutsche Staat von seiner einseitig auf Integration gerichteten Ausländerpolitik abginge und zu einer ausgewogenen Rückkehrförderung-Politik fände, würden sich diese ersten Erfolge ausweiten.

Die Förderung der Selbsthilfe-Initiativen muß im Vordergrund eines zu erarbeitenden Konzepts zur Förderung der Ausländer-Rückkehr stehen. Daneben muß das Prinzip treten: Maschinen zu den Menschen. Bundesarbeitsminister Ehrenberg verdrehte die Tatsachen, als er im Mai 1979 sagte: „Unsere Politik ist von der Erkenntnis geleitet,

daß es besser ist, die Maschinen zu den Menschen zu bringen als die Menschen zu den Maschinen"[66]. Zumindest räumt Ehrenberg ein, daß dieses Prinzip erstrebenswert ist. „Alle Beteiligten hätten sicher mehr davon", so Josef Stingl, „wenn die Arbeitsplätze dort geschaffen werden, wo sie fehlen, anstatt immer mehr Arbeitnehmer in die Industriegebiete des Kontinents zu ziehen"[67].
In diesem Zusammenhang wäre zu prüfen, ob die im Gießkannen-Verfahren an alle Welt verschenkten deutschen Milliarden nicht lieber in ein innereuropäisches Entwicklungsprogramm umzuleiten sind. Die Gelder, die zum nicht geringen Teil der wahnwitzigen Aufrüstung in der Dritten Welt zufließen, wären gewiß sinnvoller zur Arbeitsplatzbeschaffung im europäischen Süden angewendet.
Wir sollten also endlich das anfassen, was der damalige Bundeskanzler Brandt schon 1971 in Aussicht stellte: „Wir werden über kurz oder lang zu einer europäischen Raumordnungspolitik kommen müssen, die die Industrialisierung in Südeuropa verstärkt, eine weitere Verdichtung der bisherigen Ballungszonen vermeidet und für viele unserer ausländischen Arbeitnehmer Arbeitsplätze in ihrer Heimat schafft"[68].
„Überschüssige Energie" des deutschen Kapitals sollte gleichfalls auf die Entwicklung des europäischen Südens gerichtet werden. Daß in dieser Hinsicht allerhand in der Türkei zu erreichen ist, wird weiter unten aufgezeigt.
Es ist auch zu prüfen, ob direkte finanzielle Anreize zur Rückkehr letztendlich nicht billiger sind als das Hierbleiben. Insbesondere in der Zeit bis 1976 war in der Bundesrepublik eine Diskussion im Gange, ob die Verringerung der Ausländerbeschäftigung mit Hilfe von finanziellen Anreizen für die freiwillige Rückkehr beschleunigt werden sollte. Ein entsprechender Vorschlag Baden-Württembergs wurde von den Regierungschefs der anderen Bundesländer grundsätzlich gebilligt. Die „Rückkehrprämie" sollte den Betrag erreichen, den der jeweilige Ausländer als Arbeitslosengeld für die Dauer eines Jahres beanspruchen könnte. Staatssekretär Schüler vom Bundeskanzleramt sagte damals die Prüfung durch eine Arbeitsgruppe von Staatssekretären zu[69]. Danach verlief mal wieder alles im Sande.

Dieser Vorschlag ist allerdings aktueller denn je, da die ausländische Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik ständig wächst und erhebliche Belastungen mit sich bringt. Anfang 1980 nahm der Westberliner Innensenator Ulrich diese Idee wieder auf, denn „die Belastungsgrenze für die Aufnahme von Ausländern ist erreicht, zum Teil schon überschritten"[70] . Die französische Regierung übrigens wird die Rückkehr algerischer Gastarbeiter in ihre Heimat finanziell unterstützen. Es wurde 1980 ein entsprechendes Abkommen zwischen Frankreich und Algerien getroffen. Paris zahlt jedem algerischen Arbeitnehmer, der zurückkehren will, eine Prämie von 13 000 Franken und will die Kosten für die individuell notwendig werdende berufliche Umschulung in Algerien übernehmen[71]. In unserem Nachbarland hat sich die Überzeugung durchgesetzt, daß die dazu erforderlichen Mittel weitaus geringer sind als diejenigen, die für eine zweifelhafte Integration aufgebacht werden müßten.
Die Ausländerpolitik der Bundesrepublik Deutschland muß vom Primat „Hierbleiben" (=Integration) abgehen. Das neue Primat sollte Rückkehrförderung der rückkehrwilligen und unentschiedenen Ausländer sein.
Außenpolitisch wird, so Hammer, jedes Bemühen, daß die ausländischen Arbeitnehmer wieder zurückkehren sollen und für die Rückkehr vorbereitet werden, von den Abgabeländern anerkannt werden[72]. Auch nach Meinung von Venzky läßt sich der „Teufelskreis der Unterentwicklung" nur durchbrechen, wenn eine Politik betrieben wird, die zu einer fruchtbringenden Wiedereingliederung der Gastarbeiter in ihre Heimatländer führe. Hierzu bedürfe es enger Koordinierung mit den Abgabeländern[73].
Eine Programm zur Rückkehrförderung wäre die menschen- und sachgerechte Konsequenz aus der gescheiterten und weiterhin zum Scheitern verurteilten Integrationspolitik. Dieses Programm muß auf Jahre angelegt sein und bedarf der Zusammenarbeit der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte der Bundesrepublik. Es dient vorrangig dem Ziel, die Zahl der Ausländer bei uns auf ein sozial und wirtschaftlich erträgliches Maß herabzudrücken, im Interesse der Deutschen und der hier lebenden Ausländer und auch im

Interesse der Heimatländer. Durch dieses Programm müßte es gelingen, innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre die rückkehrwilligen Ausländer und einen Großteil der Unentschlossenen zur freiwilligen Heimkehr zu bewegen.

12.
Hauptproblem: Türkei

Die „Gastarbeiterfrage" ist zu einer „Türkenfrage" geworden[74]. Die Türken stellen in der Bundesrepublik schon den größten Ausländeranteil, ihre Zahl wuchs in den letzten zehn Jahren dramatisch. Die Türken stellen das Gros der Wirtschaftsasylanten, die Zahl der noch in der Heimat lebenden zuzugsberechtigten Familienangehörigen ist so groß wie bei keiner anderen Ausländergruppe auch nur annähernd, sie werden – im Falle der EG-Freizügigkeit – bis zu 80 Prozent des zusätzlichen Ausländerstromes in die Bundesrepublik ausmachen. Zudem stellen sie – wie auch die Integrationstheoretiker zugeben müssen – wegen ihrer kulturellen Distanz das größte Integrationsproblem dar.

Wer also Vorschläge zur künftigen Ausländerpolitik unterbreitet, kommt an dem Hauptproblem Türkei nicht vorbei.

Die Bundesrepublik Deutschland bemüht sich wie kein anderes Land um Finanzspritzen für die Türkei. Finanzminister Matthöfer erklärte sogar, die Aufgabe der Bundesrepublik sei die Sanierung der Türkei[75]. Die Bundesrepublik beteiligte sich 1980 an der OECD-Hilfe von 1,16 Milliarden Dollar mit 295 Millionen Dollar, an dem Kredit des Weltwährungsfonds in Höhe von 300 Millionen Dollar, an der Umschuldungshilfe der Weltbank in Höhe von 200 Millionen Dollar, an dem Kredit der Europäischen Investitionsbank von 400 Millionen Dollar[76]. Die Bundesrepublik leistete eine Rüstungssonderhilfe an die Türkei von 600 Millionen Mark, zusätzlich wird das Land eine deutsche Wirtschaftshilfe von 560 Millionen Mark erhalten[77].

Trotzdem unternahm Ankara bislang keine nennenswerten Anstrengungen, der türkischen Völkerwanderung in die Bundesrepublik entgegenzuwirken. Die Bundesrepublik sollte daher in Zukunft jede

Hilfe an die Türkei an die Bedingung knüpfen, daß die Zuwanderung gestoppt wird. Es kann dem deutschen Steuerzahler nicht zugemutet werden, ein Land auszuhalten, das uns im Anschluß „zum Dank" auch noch seine Bevölkerungsprobleme aufhalst.
Außerdem sind deutsche Mittel in der Türkei nicht vorrangig für Rüstung aufzuwenden, sondern für wirtschaftliche Sanierung. Eine Stabilisierung des Nato-Landes Türkei durch Waffen nutzt der westlichen Sicherheit überhaupt nicht, wenn gleichzeitig eine Destabilisierung der Bundesrepublik durch Millionen türkischer Zuwanderer erfolgt. Axel Schnorbus schreibt dazu sehr richtig: „Wer diesem Land wirklich helfen will, der sollte statt immer mehr Waffen vor allem technisches Wissen liefern, der sollte auch für Investitionen im Lande selbst sorgen . . . Nur so wird es eines Tages allen seinen Bewohnern möglich sein, dort zu arbeiten, wo sie auch leben wollen"[78].
Für entsprechende, die Stabilität sowohl der Türkei als auch der Bundesrepublik sichernde Investitionen bietet die Türkei reiche Möglichkeiten. Im Grunde nämlich ist die Türkei keineswegs ein armes Land. Sie ist fast dreimal so groß wie die Bundesrepublik, hat ein Riesenpotential an Bodenschätzen, zum Beispiel große Ölreserven. Vor allem diese Bodenschätze wurden bislang nur zu einem geringen Teil genutzt[79]. Es fehlt „know-how", das dafür nötige Geld und der Einsatz ausländischer Firmen[80]. Auch der arbeitsplatzschaffende Tourismus ist vollends unterentwickelt, obwohl es in der Türkei mehr als 30000 antike Stätten, faszinierende Landschaften, weite, menschenleere Küsten und zudem ein ideales Klima gibt. Von daher ist es sehr begrüßenswert, daß 1980 eine deutsch-türkische Arbeitsgruppe zur Förderung des Tourismus in der Türkei eingesetzt wurde[81].
Gerade im Verhältnis zur Türkei ist es ungeheuer wichtig, daß die Bundesrepublik verdeutlicht, kein Einwanderungsland zu sein. Gelingt dies durch entschlossene Maßnahmen nicht, so werden wir eine Türken-Schwemme ungeahnten Ausmaßes erleben, die – wie das Asylantenproblem zeigt – auch ohne EG-Freizügigkeit eintreten kann.

13.
Keine Freizügigkeit für neue EG-Staaten

Am 15. Oktober 1968 beschloß der Rat der Europäischen Gemeinschaften eine neue Verordnung über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der damaligen EWG und eine neue Richtlinie zur Aufhebung der Reise- und Aufenthaltsbeschränkungen für Arbeitnehmer aus den Mitgliedsstaaten. Damit wurde die „volle Freizügigkeit" für EG-Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen erreicht[82]. Diese Freizügigkeitsvereinbarung beruhte auf dem EWG-Vertrag von Rom 1958. Dadurch begab sich die Bundesrepublik schon eines Teiles ihrer Souveränitätsrechte[83], da sie fortan nicht mehr souverän über den Zuzug von Ausländern entscheiden konnte.
Bislang jedoch können sich allein die italienischen Gastarbeiter als nennenswerte Ausländergruppe in der Bundesrepublik auf die EG-Freizügigkeitsregelung berufen. Doch soll die Freizügigkeit im Laufe der achtziger Jahre auch auf Griechen, Portugiesen, Spanier und Türken ausgedehnt werden. Das heißt konkret: Millionen dieser Ausländer könnten sich ohne Einschränkung in der Bundesrepublik niederlassen. Diese Gewährung der Freizügigkeit bedeutet die endgültige Knebelung jeglicher vernünftigen Ausländerpolitik.
Professor Gaugler schätzt drei bis sieben Millionen zusätzliche Arbeitskräfte, die dann in die Bundesrepublik kommen (siehe Abschnitt 1), andere Experten halten eine Verdoppelung der Ausländerzahlen für möglich (also 8–10 Millionen)[84].
Die Türken werden voraussichtlich dabei in der Mehrzahl sein. Was Portugal anlangt, so muß mit der Übersiedlung eines großen Teils der „Retornados" aus den ehemaligen portugiesischen Kolonien gerechnet werden, die wegen ihrer geringen Bindung an Portugal besonders mobil sein dürften und die vor allem afrikanischer, indischer, pakistanischer oder goanischer Herkunft sind. Die Freizügigkeit für Spanien könnte langfristig das „Tor" zu den Menschenmassen Südamerikas mit unvorstellbaren Konsequenzen aufstoßen.
Mittelfristig aber bereitet vor allem der zu befürchtende türkische Massen-Ansturm Sorge. Darin sieht Hugo Brandt, Obmann der

sozialdemokratischen Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages , „unlösbare Probleme“[85].
Grundlage jeder vernünftigen Ausländerpolitik muß es sein, die Ausländerquote in der Bundesrepublik in erträglichen Grenzen zu halten. Dies kann mit Sicherheit nicht gewährleistet werden, wenn vier weitere Mittelmeer-Staaten die Freizügigkeit erhalten.
Daher muß die Bundesrepublik alles daran setzen, daß die Freizügigkeit nicht auf Griechenland, Spanien, Portugal und die Türkei ausgedehnt wird. Entsprechende Assoziierungsabkommen, die die Freizügigkeit in Aussicht stellen, müssen revidiert werden. Die Bundesrepublik war in der Vergangenheit schon oft zu im Grunde unvertretbaren Zugeständnissen für die EG bereit. Es ist nur recht und billig, wenn in der Freizügigkeitsfrage nunmehr der bundesdeutsche Standpunkt, das bundesdeutsche Interesse durchgesetzt wird.
Bundeskanzler Schmidt äußerte Anfang 1980: „Wir haben bereits vier Millionen Ausländer in unserem Lande . . . Wir haben schon Schwierigkeiten genug“[86]. Eben weil dies so ist, dürfen die genannten Länder auf keinen Fall die Freizügigkeit erhalten.
Nichts kann schädlicher für eine gedeihliche europäische Entwicklung sein als eine zusätzliche Völkerwanderung von Millionen Menschen aus dem Süden in die industriellen Ballungszentren vor allem Westdeutschlands.
Eine wirkliche Bewährung des Europa-Gedanken wäre eine gemeinsame europäische Anstrengung, die Ursachen für die Migration zu überwinden.

14.
Familienzuwachs eindämmen

Wesentlicher Grund dafür, daß die Zahl der Ausländer trotz Verhängung des Anwerbestopps für Arbeiter außerhalb der EG 1973 weiter gestiegen ist, liegt im sogenannten Familiennachzug. Das heißt: viele der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik haben ihre Familien aus der Heimat hergeholt. Dadurch verwandelte sich das Gastarbeiterproblem in ein allgemeines Ausländerproblem. Dieser Fami-

liennachzug hat aber auch das Fremdenproblem in eine neue Dimension gebracht: wachsende Belastung des deutschen Ausbildungssystems, steigende Infrastrukturschwierigkeiten, Kulturkonflikt, Slumbildung usf. Der Familiennachzug wirkte sich naturgemäß auch auf die Aufenthaltsdauer-Planung aus. Für den Ausländer, der seine Familie nachholen konnte, fällt ein wesentlicher Beweggrund zur baldigen Rückkehr in die Heimat weg.
Der Familiennachzug hat das Ausländerproblem potenziert. Brisanz und Gefährlichkeit des Problems sowohl für Deutsche als auch für Ausländer wurden damit entscheidend verstärkt.
Wie so oft liegen auch bezüglich des Familiennachzuges zwischen Worten und Taten der herrschenden Politiker Welten. 1975 warnte Bundeskanzler Schmidt vor einem „Nationalitätenproblem“ in der Bundesrepublik. Vor dem Kabinett vertrat Schmidt die pressewirksame Ansicht, daß beim Zuzug von Gastarbeiter-Angehörigen die zulässige Grenze inzwischen erreicht und in manchen Fällen schon überschritten sei[87]. Gleichwohl verfiel die Bundesregierung 1975 der Idee, ausländischen Arbeitnehmern, die ihre Kinder in die Bundesrepublik holten, weitaus mehr Kindergeld zu zahlen als solchen, die ihre Kinder in der Heimat ließen. Für seine in der Heimat aufgezogenen Kinder erhielt der Gastarbeiter nur noch einen Teil des Kindergeldes. Diese unvernünftige Maßnahme hatte eine massenweise Zuwanderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen unter achtzehn Jahren zur Folge, die immer noch anhält.
„Mit ein paar Kindern erhalten die Ausländer hier mehr Kindergeld als in der Heimat Lohn“, stellte Nordrhein-Westfalens Arbeitsminister Professor Farthmann trocken fest[88].
Der Sinn des Kindergeldes, nämlich Anreize für geburtenschwache Völker zu schaffen, wurde ins Gegenteil verkehrt. Für die Türken mit einer Geburtenrate, die typischen Entwicklungsländern entspricht, wurde es zu einer Prämie für zusätzliche Geburtensteigerung. Von daher müssen die Kindergeldzahlungen an Ausländer neu überdacht werden. Zumindest aber muß die Neufassung des Bundeskindergeldgesetzes aufgehoben werden, die den Familiennachzug in unverantwortliche Dimensionen ansteigen ließ.

Im Juli 1976 faßte die Konferenz der Länderarbeitsminister den Beschluß, daß die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik „weiter“ beschränkt werden solle. Dabei, so damals die Presse, dachten Bund und Länder insbesondere daran, den Nachzug von Familien zu begrenzen[89]. Doch schon im Dezember desselben Jahres setzte sich der damalige Innenminister Maihofer im Kabinett mit seiner Meinung durch, jede Begrenzung der Möglichkeit zum Familiennachzug sei „aus humanitären Gründen“ abzulehnen[90]. Daß sich die humanitären Probleme gerade durch den Zuzug hunderttausender fremder Kinder in die Bundesrepublik gefährlich verschärfen werden, wurde wieder einmal als nebenrangig vom Tisch gewischt.

Im März 1979 appellierte das für Ausländerfragen zuständige DGB-Vorstandsmitglied Karl Schwab an die Ausländer, ihre Kinder auch angesichts der Jugendarbeitslosigkeit „aus praktischer Vernunft“ nicht nachkommen zu lassen. Schwab wörtlich: „Wir vertreten die Auffassung, daß diese Eltern besser daran täten, diese Kinder im Heimatland zu lassen, als durch ihre Einreise die Zahl der Arbeitslosen und manchen Gefahren ausgesetzten Jugendlichen noch zu vergrößern[91].

Diese verantwortungsbewußte Meinung wurde von der Bundesregierung sogleich mit einer schallenden Ohrfeige bedient: Sie hob Anfang 1979 die letzte Schranke für den Familiennachzug auf. Bis dahin durften Familienangehörige von Ausländern, die nach dem 30. November 1974 (Frauen) bzw. nach dem 31. Dezember 1976 (Kinder) eingereist waren, weder Ausbildungsplatz noch Arbeitserlaubnis erhalten. Vom 1. April 1979 war diese Stichtagregelung aufgehoben. Frauen dürfen künftig nach einer Wartezeit von vier Jahren, Kinder nach zwei Jahren, unter gewissen Bedingungen noch früher, Arbeits- bzw. Ausbildungserlaubnis erhalten. Kommentar der „Zeit“: „Weitere Schranken gefallen . . . Eine Million Familienangehörige können jetzt kommen“[92].

Im September 1980 sagte Bundeskanzler Schmidt in einer Informationssendung des Zweiten Deutschen Fernsehens zur Wahl: „Wir wollen, daß keine weiteren Ausländer hereinkommen . . . Wir haben vier Millionen Ausländer, wir wollen keine sechs Millionen“[93]. Auch

diese Worte lassen sich im Nachhinein lediglich aus der Nähe des Wahltermins erklären; in der praktischen Politik, vor allem was den Familiennachzug anlangt, hatten sie keinerlei Auswirkungen.
Über eine Million Familienangehörige ausländischer Arbeitnehmer haben noch das Recht, nach Westdeutschland zu kommen. Mit jedem zusätzlichen ausländischen Arbeitnehmer, ja, mit jedem zusätzlichen Ausländer (z. B. Asylbewerber) an sich, wächst das Potential. „Immer mehr Ausländer holen ihre Familien nach. Da liegen die eigentlichen Probleme", stellt zutreffend die „Wirtschaftswoche" fest[94]. Und in einer Fernsehsendung, verbannt ins III. Programm, hieß es 1978: die Notlage könne nur durch Stopp des Familiennachzuges beseitigt werden[95].
Wollen wir, daß die Probleme der zweiten und dritten Ausländergeneration und auch der folgenden deutschen Generationen ins Unerträgliche steigen, so soll denn der Familiennachzug in die Bundesrepublik hemmungslos weitergehen.
Will man solches nicht, so muß eine drastische Eindämmung des Familiennachzuges erfolgen. Die denkbar sinnvollste Familienzusammenführung geschieht in dem Moment, da möglichst vielen ausländischen Arbeitern in der Bundesrepublik durch gezielte Hilfe die Rückkehr in ihr Heimatland, in ihre Kultur, zu ihren Familien ermöglicht wird.

15.
Reform des Asylrechtes

Im Jahre 1977 fand in Genf eine internationale Konferenz statt. Ziel war die Übereinkunft zur Schaffung eines international gültigen Asylrechtes. Die Bundesrepublik Deutschland stellte dort den Antrag, ihr eigenes Modell in eine „multinationale Konvention" einzubeziehen. Von 80 Konferenzstaaten sprachen sich dafür nur Italien, Schweden und der Vatikanstaat aus[96]. Die anderen Staaten dachten nicht daran, sich dem asylfreundlichen Modell der Bundesrepublik anzuschließen. Warum dies so war, wurde spätestens ab 1979 in der Bundesrepublik deutlich, als zehntausende sogenannte „Wirt-

schaftsasylanten" begannen, das großzügige Asylsystem der Bundesrepublik Deutschland auszunutzen.
1980 schließlich kamen über einhunderttausend Asylbewerber in die Bundesrepublik. Durch diesen gewaltigen Zustrom wurden schlaglichtartig die Mängel des deutschen Asylrechtes deutlich. Denn es ging der Mehrzahl dieser Asylbewerber, wie sich noch herausstellen sollte, keinesfalls um den Schutz vor Verfolgung, sondern vielmehr um Teilhabe am materiellen Wohlstand der Bundesrepublik.
Auch wenn es durch vorläufig wirksame Tricks gelingen sollte, die Zahl der Asylbewerber kurzfristig nach unten zu manipulieren, so darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß das bundesdeutsche Asylrecht ohne entsprechende Reformierung immer wieder massenweise Wirtschaftsflüchtlinge anziehen wird.
Daher bedarf es einer grundlegenden Reform des Asylrechtes in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Reform muß, hierin ist Außenminister Genscher unbedingt zuzustimmen, mit strikt rechtsstaatlichen Mitteln arbeiten[97].
Daher muß das grundgesetzlich verbriefte Asylrecht mit einem Gesetzesvorbehalt versehen werden. Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes, Zeidler, schließt eine entsprechende Grundgesetzmodifikation nicht aus. Das sei keine Aufregung wert, da das Grundgesetz in 31 Jahren schon 43mal geändert worden sei[98]. Dabei muß beachtet werden, daß das Asylgrundrecht des Artikels 16 Grundgesetz aus der Sicht des Jahres 1949 eingeräumt wurde. Damals konnte naturgemäß nicht erkannt werden, daß das Asylrecht dereinst von zehn-, ja hunderttausenden Wirtschaftsflüchtlingen ausgenutzt werden wird. Es kann schlechthin nicht im Sinne des Verfassungsauftrages sein, hunderttausenden Wirtschaftsflüchtlingen durch das Asylrecht das Tor nach Westdeutschland zu öffnen. Ansonsten wäre ja allen Verfassungsorganen faktisch jede Möglichkeit aus der Hand geschlagen, die ihnen anvertraute Ausübung der Volkssouveränität über das Staatsgebiet Ausländern gegenüber zu wahren. Dieses widerspräche dem Staatsprinzip selbst.
Ohne Reform reduziert die weitgehende Ausgestaltung des Asylrechts als schlechthin vorbehaltloses Verfassungsgrundrecht die Sou-

veränität des Parlamentes und der anderen Verfassungsorgane gegenüber Asylsuchenden weitgehend, wie RA Philipp in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zutreffend feststellt[99].
Die achtziger Jahre werden nach Feststellung des Roten Kreuzes zum Jahrzehnt der Flüchtlingsströme. Der Sinn des Asylgrundrechtes kann nur darin liegen, daß die Bundesrepublik *möglichst* vielen Flüchtlingen hilft. Gäbe es nicht schon die ungeheure Zahl von Ausländern in Westdeutschland, wären die Möglichkeiten des Aufnehmens von Asylanten viel größer. Nähmen wir zum Beispiel pro Jahr 100 000 Asylanten auf, so hätten wir erst in fünfzig Jahren die Zahl von Ausländern erreicht, die jetzt schon in der Bundesrepublik leben. Da jedoch die Aufnahmefähigkeit ohnehin eingeschränkt ist, muß die Bundesrepublik, will sie überhaupt noch Asyl gewähren, Prioritäten setzen.
Je näher die Asylanten unserem Kulturkreis stehen, desto mehr können aufgenommen werden. Je größer jedoch die kulturelle Distanz wird, desto geringer die Zahl derer, die sinnvollerweise Aufnahme finden können. Daher muß sich die Bundesrepublik auf die Verfolgten beschränken, die dem verwandten europäischen Kulturkreis entstammen. So gesehen nimmt jeder Asiat oder Afrikaner mehreren wirklich verfolgten Europäern den Asylplatz in der Bundesrepublik weg.
Auch das Asylantenproblem muß, soweit möglich, von der Wurzel angegangen werden. So ist dem Bundestagsabgeordneten Todenhöfer zuzustimmen, der die Entwicklungshilfe für Vertreibungs-Regime streichen will[100].
In nächster Zeit wird mit einem abermaligen gewaltigen Anschwellen des Flüchtlingsstromes aus Indochina zu rechnen sein. Anstatt noch mehr Zehntausende von ihnen in die ethnische, kulturelle und klimatische Fremde zu holen, sollte die Bundesregierung bei den Vereinten Nationen vorstellig werden mit dem Ziel, daß die Staatengemeinschaft diesen Flüchtlingen ein eigenes Territorium in Asien beschafft. Asien besitzt zahllose Quadratkilometer unbesiedeltes Land und tausende unbewohnte Inseln. Entsprechende Pläne liegen seit einiger Zeit vor. So brachte der DRK-Generalsekretär Schilling die Aus-

schreibung eines Treuhand-Gebietes der UNO ins Gespräch, da „asiatische Flüchtlinge eine asiatische Heimat brauchen“[101]. Ein Pfarrer, der 12 Jahre lang Dienst in Vietnam tat, meldete sich in der „Westdeutschen Allgemeinen“ zu Wort, um vor der Illusion zu warnen, die Indochinesen seien zu integrieren. Dies sei unmöglich, daher solle man ihnen besser einen Landstrich in Asien kaufen[102]. Auch Bremens Innensenator Fröhlich forderte Bundesaußenminister Genscher auf, sich verstärkt um Aufnahmemöglichkeiten im südostasiatischen Raum zu bemühen[103], gleichfalls sein Kollege Palm aus Baden-Württemberg: eine dauerhafte Aufnahme der vietnamesischen Flüchtlinge in ihrem südostasiatischen Kulturkreis sei einer unorganischen Verpflanzung vorzuziehen[104]. Auch der Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Kühn, sprach sich dafür aus, für Flüchtlinge in aller Welt in ihrer Region die neue Heimat zu schaffen und sie nicht um die ganze Erde zu verschicken. Es müsse möglich sein, so Kühn, für den südostasiatischen Flüchtlingsstrom durch gemeinsame Anstrengungen aller helfenden Nationen eine philippinische Insel zu pachten[105].

Interessant wäre auch ein gemeinsames Programm mit Frankreich. Im dünnbesiedelten französischen Südamerika-Territorium Guayana wurden von der französischen Regierung schon Indochina-Flüchtlinge angesiedelt. Sie leben dort unter sich, die klimatischen Verhältnisse sind ähnlich wie in ihrer Heimat[106].

Leider ist die Bundesregierung bislang weder in der einen noch der anderen Richtung aktiv geworden. Das einzige, was die Bundesregierung durch Außenminister Genscher bislang vorschlagen ließ, ist die Einrichtung einer global arbeitenden politischen UNO-Instanz für Flüchtlingsfragen[107].

16.
Eindämmen des illegalen Zustromes

Der stellvertretende Fraktionschef der Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag, Professor Horst Ehmke, sagte im September 1980: „Es ist schwer für uns, die illegale Zuwanderung zu stoppen. Wir

werden relativ drastische Maßnahmen treffen müssen"[108]. In der Tat kann dem Zustrom von Illegalen nur mit harten Mitteln begegnet werden.
Der Bundesminister für Wirtschaft schätzte die Zahl der illegal beschäftigten Ausländer schon im Oktober 1974 auf 230 000[109]. Daher ist dem Deutschen Gewerkschaftsbund zuzustimmen, der für eine drakonische Bestrafung von skrupellosen Geschäftemachern eintritt, die an illegal in der Bundesrepublik lebenden Ausländern verdienen. Gegen derart gewissenlose Menschenhändler müsse mit der ganzen Schärfe des Gesetzes vorgegangen werden. Den Drahtziehern der illegalen Ausländerbeschäftigung sei das Handwerk zu legen[110].
Der derzeit bestehende Strafrahmen für Vermittlung und Beschäftigung illegaler Ausländer ist nicht ausreichend. Der Gesetzgeber muß die Strafen verschärfen. Der organisierte Menschenhandel darf nicht länger als Vergehen gewertet werden. Er ist ein Verbrechen und muß daher mit Freiheitsentzug nicht unter einem Jahr geahndet werden. Diesem organisierten Verbrechen muß mit organisiertem staatlichem Vorgehen begegnet werden. Polizeiliche Stichproben wie bislang reichen nicht aus.
Die Bundesrepublik Deutschland – ohnehin schon durch Ausländer überlastet – muß deutlich machen, daß sie den illegalen Zustrom von Fremden nicht hinnimmt. Daher sind auch die illegalen Ausländer auszuweisen. Einmal ausgewiesene illegale Ausländer haben nicht mehr das Recht, in die Bundesrepublik Deutschland zurückzukehren.

17.
Ausweisung krimineller Ausländer

Kriminelle Ausländer vergiften in besonders schwerwiegender Weise das Verhältnis zwischen Einheimischen und Fremden. Daher sind Ausländer, die Vergehen oder Verbrechen überführt sind, welche die Gesetze mit Gefängnisstrafe sanktionieren, aus der Bundesrepublik Deutschland auszuweisen. Wer dergestalt das Gastrecht mißbraucht, hat in unserem Land nichts mehr zu suchen. Diese Ausweisung liegt

auch im Interesse der weitaus überwiegenden Mehrheit der Ausländer, die mit Kriminalität nichts zu tun hat.
Die Ausweisungspraxis wurde in den letzten Jahren fortwährend aufgeweicht. Es wird sogar diskutiert, die Möglichkeit für die Ausweisung krimineller Ausländer ganz abzuschaffen. Man kann nur hoffen, daß die Bundesregierung endlich Ernst macht mit der Androhung: „Ausländer, die gegen das Strafgesetzbuch verstoßen, müssen raus" (Bundeskanzler Schmidt)[111].
Besonders unnachgiebig muß die Bundesrepublik gegenüber solchen Ausländern sein, die unseren Staat zum Schlachtfeld ihrer politischen Auseinandersetzungen machen. Der ehemalige Ausländerbeauftragte Kühn hat hierzu deutlich Stellung bezogen: rechts- und linksextremistische Türken seien „rücksichtslos" des Landes zu verweisen[112]. Nach bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten ausländischen Gruppen äußerte Nordrhein-Westfalens Innenminister Schnoor: „Wer hier den Frieden stört, der muß unser Land verlassen"[113].
Solchen Worten müssen endlich konkrete Maßnahmen und Taten folgen, ansonsten liegt hier ein Keim gefährlicher Ausländerfeindlichkeit.

18.
Ausländer nach Ausbildung zurück in die Heimat

Es entspricht einer guten deutschen Tradition, Ausländern das Studium an deutschen Universitäten zu ermöglichen. Hierin kann ein sinnvoller Beitrag zur Entwicklungshilfe liegen.
Voraussetzung allerdings ist, daß diese Ausländer keine Deutschen verdrängen. Zweite unabdingbare Voraussetzung: Ausländer, besonders aus der Dritten Welt, die wegen einer entsprechenden Ausbildung in die Bundesrepublik kommen, haben die Pflicht, nach Ausbildungsabschluß in ihre Heimat zurückzukehren, um dort zu helfen.
Die Grundsätze der von der Bundesrepublik geleisteten Entwicklungshilfe erfordern es, daß Staatsangehörige der Entwicklungsländer, die im Bundesgebiet eine Ausbildung erhalten haben, nicht in

Westdeutschland bleiben, sondern baldmöglichst in ihre Heimatländer zurückkehren.

19.
Zuzugsstopp in überlastete Gebiete

Heinz Kühn meint, daß ein Ausländeranteil von mehr als 15 Prozent unweigerlich ausländerfeindliche Tendenzen in der einheimischen Bevölkerung provoziere[114]. Dieser Erkentnis entsprach ein Abkommen zwischen Bund und Ländern vom April 1975. Danach konnten kreisfreie Städte oder Landkreise zum „überlasteten Siedlungsgebiet" erklärt werden, wenn der Ausländeranteil 12 Prozent übersteigt. Nur knapp ein Jahr später wurde diese Absprache sang- und klanglos wieder aufgehoben.

Selbst die Anhänger des Integrationskurses geben zu, daß die Ausländerpolitik bei zu hohem Ausländeranteil an der Bevölkerung zum Scheitern verurteilt ist. Integration klappe dann, wenn wenige in viele integriert werden[115].

Daher sollten Zuzugsbeschränkungen schon dann erlassen werden, wenn der Ausländeranteil fünf Prozent übersteigt. Zuzugsstopp ist zu verfügen, wenn die 10 Prozent-Marke erreicht ist.

Ansonsten entstehen schließlich Probleme wie die folgenden:

Bis 1990 wird in den Frankfurter Hauptschulen der Ausländeranteil auf durchschnittlich 70 Prozent anwachsen. Das ergab eine Hochrechnung des Schulentwicklungplans IV von Anfang 1981[116].

Die Stadt Duisburg sieht sich jetzt genötigt, eigene Ausländerklassen einzurichten. Schuldezernent Schilling: das bisher in Nordrhein-Westfalen praktizierte Modell der integrierten Schulklassen sei gescheitert[117].

Weitere entsprechende Beispiele sind im ersten Abschnitt nachzulesen.

Salcia Landmann schreibt dazu sehr treffend: „Sind unter 30 Kindern zwei oder drei fremdsprachig, so werden sie es anfangs schwer haben, werden sich aber, da sie fast nur Deutsch hören, rasch einleben. Sind mehr als die Hälfte Ausländer, so bilden sie untereinander sprachlich

homogene Gruppen und lernen kein Deutsch. Da sie aber die Majorität bilden, muß der Lehrer das Lehrpensum ihnen zuliebe radikal senken"[118].

20.
Wirtschaft in die Pflicht nehmen

Durch das auf fünf bis zehn Jahre angelegte Programm zur Rückkehrförderung und durch die weitgehende Eindämmung neuer Ausländerzuströme können Lücken im Arbeitskräftepotential der Bundesrepublik auftreten. Diese Lücken können einerseits geschlossen werden durch die ins berufsfähige Alter kommenden geburtenstarken Jahrgänge der anfänglichen 60er Jahre, zum anderen durch die vorrangige Einstellung deutscher Arbeitsloser. Drittens aber muß die Wirtschaft, vor allem was die Fließband- und Serienproduktion anlangt, diesen Zeitraum zur Ersetzung ausländischer Hilfskräfte durch Automation nutzen. Diese Automation ist – wie im vorigen Abschnitt aufgezeigt – längst überfällig, ihr Ausbleiben hat langfristig zur Verschlechterung der westdeutschen Wettbewerbsfähigkeit beigetragen.
Die Wirtschaft muß in jedem Falle in die Pflicht genommen werden. Einzelwirtschaftliche Interessen haben schon zu lang im Vordergrund gestanden. Sollte die Wirtschaft bei ihrem kurzfristigen materialistischen Kurs in der Ausländerbeschäftigung bleiben, so sollte in der Frage der Folgekosten das Verursacherprinzip greifen.
Wenn sich also die Wirtschaft der neuen Ausländerpolitik versperren sollte, so hat sie als Verursacherin der Ausländerbeschäftigung auch für die Folgen aufzukommen. In den entsprechenden Chefetagen wird spätestens dann ein Umdenken einsetzen, wenn der Staat eine mindestens 50prozentige Beteiligung an den durch die Ausländerbeschäftigung entstandenen Folgekosten verlangt.
Es macht schon einen erheblichen Unterschied, ob man 1000 Mark für die Vermittlung eines Ausländers zahlen muß oder aber mit 100 000 oder 200 000 Mark an den Folgekosten beteiligt wird.
Solche Überlegungen sind nicht neu. Schon 1973 drohte die Bundes-

regierung in ihren Leitlinien zur Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer eine entsprechende „Wirtschaftsabgabe" an. Wenn also die Wirtschaft nicht mitziehen sollte, dann muß damit endlich Ernst gemacht werden.

21.
Strenge Maßstäbe bei Neuaufnahme von Ausländern

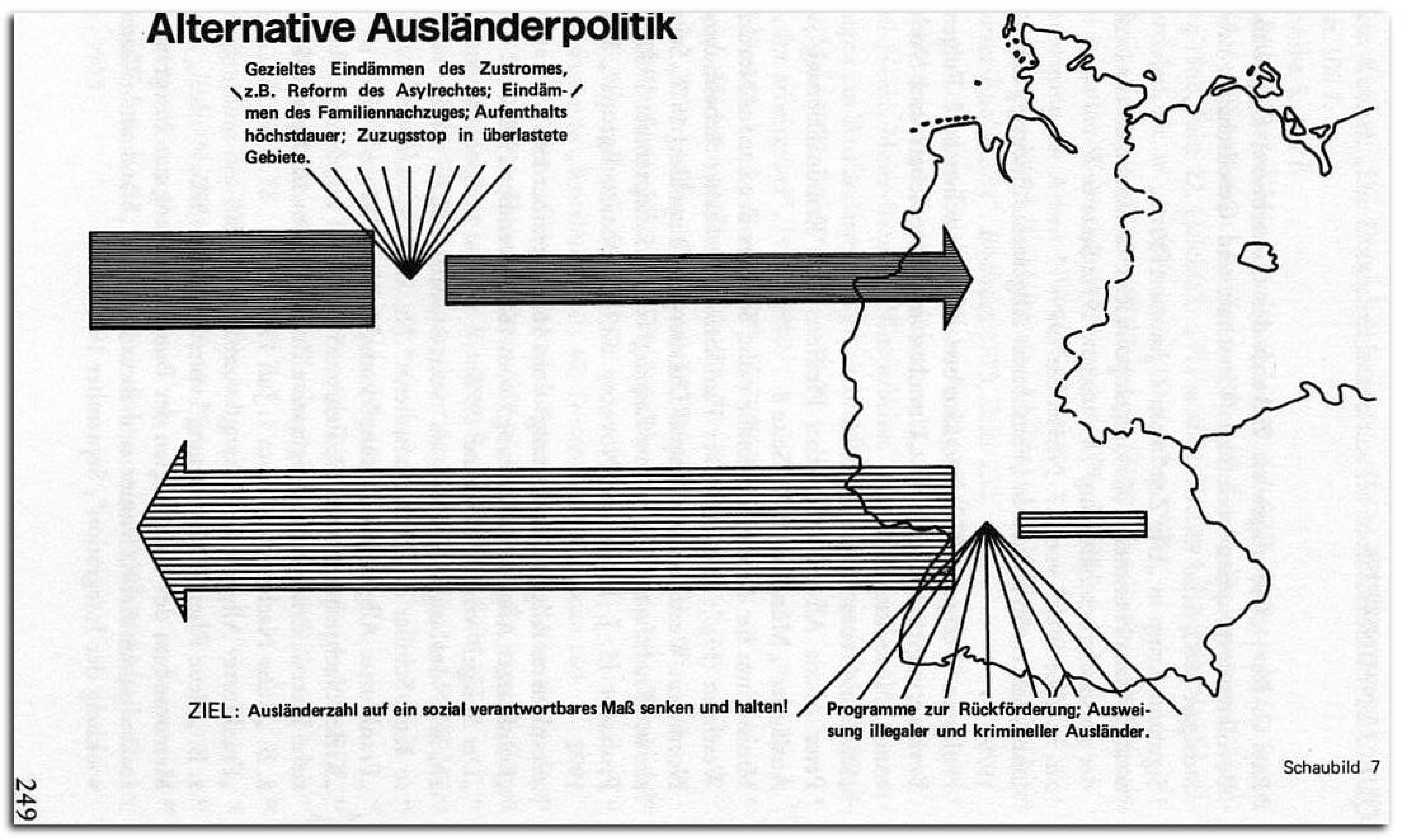
Die Auswirkungen der bisherigen Ausländerpolitik lassen sich bildlich wie folgt darstellen: die Einlaßtür wird ständig vergrößert, sie ist mittlerweile eine sperrangelweite offenstehende Pforte, der Ausgang hingegen wird ständig verkleinert. Eine vernünftige Ausländerpolitik muß zunächst darauf gerichtet sein, diese Verhältnisse umzukehren, weil wir schon zu viele Fremde haben und ansonsten noch mehr Millionen hereinkommen.
Das kann aber nicht bedeuten, daß die Bundesrepublik ihre Grenzen „dicht" machen soll. Eine begrenzte Zahl von Ausländern kann von jedem Gemeinwesen verkraftet werden. Eine genaue Höchstgrenze läßt sich natürlich nicht festlegen. Je näher die Ausländer unserer Kultur und Lebensart stehen, desto mehr können logischerweise aufgenommen werden. Mit schwindender kultureller Gemeinsamkeit wird auch die Aufnahmekapazität deutlich geringer. Anderthalb Millionen Türken und demnächst noch mehrere Millionen hinzu stellen zum Beispiel eine nicht zu bewältigende Belastung dar.
Angehörige fremder Völker können, sollen sogar Aufnahme in Deutschland finden, allerdings in einem derart beschränkten Maße, daß die daraus erwachsenden sozialen Konflikte nicht den Wert an kultureller und sozialer Bereicherung überschatten. Ein Volk ist nicht mumifizierter Gegenstand eines Freilichtmuseums, sondern offen auch für fremde Anregungen.
Bei der beschränkten Neuaufnahme von Ausländern sollte daher besonderes Gewicht auf deren ethnische und kulturelle Verwandtschaft mit dem deutschen Volk gelegt werden. Günther Gillessen dazu in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung": „Es sollten Unterscheidungen getroffen und Präferenzen definiert werden nach

Herkunftsländern, nach dem Grad der kulturellen Verwandtschaft, nach Menge und nach Zeiträumen – nach der Wahrscheinlichkeit der Verträglichkeit“[119].
Weder das Extrem des Einwanderungslandes noch das Extrem der totalen Abkapselung ist zu befürworten. Wenn Angehörige fremder Völker nach Deutschland kommen, geht es nicht nur – wie Materialisten meinen – um einen bloßen Arbeitsplatzwechsel, es geht vielmehr auch um einen erheblichen Eingriff in die Persönlichkeit des Zuwanderers und seiner Kinder. Bei zahlenmäßig bedeutender Übersiedlung von Fremden geht es schließlich um einen Eingriff in die Individualität unseres deutschen Volkes. Daher müssen künftig strenge Maßstäbe bei der Aufnahme von Ausländern angelegt werden.

22.
Kulturerhalt

Wenn die Forderung nach Kulturerhalt hier als letzter Punkt erscheint, so bedeutet dies keinesfalls, daß sie letztrangig wäre. In den vorangegangenen Abschnitten wurde mehrfach deutlich gemacht, daß der kulturell-humanitäre Gesichtspunkt des Ausländerproblems allen materiellen Erwägungen vorzugehen hat.
Kulturerhalt bedeutet:
a) alle Eindeutschungsversuche, gleich unter welchen Umwegen und unter welcher Etikettierung, sind zu unterlassen,
b) die Zahl der Fremden darf nie so groß werden, daß unsere Kultur und Lebensart überlagert oder verdrängt wird.
Nur ein verschwindend geringer Teil der hier lebenden Ausländer ist mit der Absicht in die Bundesrepublik gekommen, sich in die deutsche Kultur einzufügen. Dieser Wille muß respektiert werden. Auch im Sinne des zu erstrebenden Programms zur Rückkehrförderung muß die Pflege der eigenständigen Kultur der Fremden im Vordergrund stehen. Dazu gehört unter anderem die Entflechtung in den bundesdeutschen Schulen nach Nationalitäten.
Gewiß nicht bei den Ausländern, sondern vielmehr bei manchen

Deutschen muß hier ein Umdenken stattfinden. Wer vergessen hat, daß auch die Erhaltung und Förderung der deutschen Kultur einen hohen Wert darstellt, wird sein Gedächtnis bei der Behandlung der Ausländerfrage auffrischen müssen.
Anfang 1981 erschien in der Bundesrepublik – als Begleittext einer entsprechenden Fernsehserie – ein Buch gegen Vorurteile. Darin schreibt der Autor Joachim S. Hohmann: „Wer sich seiner eigenen kulturellen Identität – als Deutscher – nicht oder nur unzureichend bewußt ist, versagt angesichts einer ihm unbekannten oder unzugänglichen Kultur, die naturgemäß eigenen Gesetzmäßigkeiten folgt und selbständige Traditionen pflegt"[120]. Genau das ist der springende Punkt!
Bewußtes Bekenntnis zum eigenen Volk und, daraus folgend, die Anerkennung und Respektierung des Volksbewußtseins der Ausländer müssen die tragenden Säulen künftiger Ausländerpolitik sein.


Alternative Ausländerpolitik
Gezieltes Eindämmen des Zustromes, z.B. Reform des Asylrechtes; Eindämmen des Familiennachzuges; Aufenthalts höchstdauer; Zuzugsstop in überlastete Gebiete.
ZIEL: Ausländerzahl auf ein sozial verantwortbares Maß senken und halten!
Programme zur Rückförderung; Ausweisung illegaler und krimineller Ausländer.
Schaubild 7

[1] Ray C. Rist: „Die ungewisse Zukunft der Gastarbeiter. Eingewanderte Bevölkerungsgruppen verändern Wirtschaft und Gesellschaft", deutsch, Stuttgart 1980, Seite 93
[2] Sigmund Kripp in „Die Zeit" vom 4. Januar 1980
[3] so auch Hans Hammer: „Wirkungen politischer Maßnahmen zur Lenkung der Ausländerbeschäftigung", Göttingen 1976, Seite 6
[4] zit. in „Die Welt" vom 17. November 1979
[5] Leserbrief, veröffentlicht in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 4. Mai 1979
[6] Professor Wolfgang Klauder: „Sterben die Deutschen aus? Folgen des Bevölkerungsrückgangs" in: „Umschau in Wissenschaft und Technik" vom 1. November 1980
[7] „Die Welt" vom 12. Januar 1980
[8] Peter Alexis Albrecht/Christian Pfeiffer: „Die Kriminalisierung junger Ausländer", München 1979, Seite 8
[9] Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): „Situation der Familien ausländischer Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen am Beispiel Duisburgs", Düsseldorf 1976, Seite 11
[10] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 15. September 1980
[11] Professor H. J. Hoffmann-Novotny zit. in „Nation Europa", Februar 1972
[12] „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 16. September 1980
[13] „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 16. November 1979
[14] „Der Spiegel" vom 27. Februar 1978
[15] zit. in „Nürnberger Nachrichten" vom 24. Mai 1980
[16] so Kade/Schiller in „Wirtschaftsdienst" Nr. II/1973
[17] „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 28. Mai 1980
[18] „Kieler Nachrichten" vom 17. Februar 1981
[19] siehe hierzu „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 10. April 1980
[20] z. B. „Ruhr-Nachrichten" vom 1. Juli 1980
[21] „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 1. Juli 1980
[22] z. B. „Neue Rhein/Ruhr Zeitung" vom 24. April 1980
[23] Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien „Stand und Weiterentwicklung der Integration", September 1979

[24] Klaus Kunkel: „Die Deutschen halten uns für blöd", Köln 1975, Seite 108 f.

[25] derselbe S. 106 f.

[26] so Bülent Özyol beim Ausländerforum der SPD Altona am 26. Januar 1980, veröffentlicht in „Auswertungsbericht des Ausländerforums", Hamburg 1980, Seite 22, gleichfalls „Verband türkischer Lehrer" in Nordrhein-Westfalen, zit. in „stern" vom 17. Dezember 1980

[27] Arbeitsministerium Baden-Württemberg (Hg.): „Ausländische Arbeitnehmer in Baden-Württemberg", Stuttgart 1976, Seite 21

[28] Ministerium für Arbeit NW a.a.O. S. 283

[29] Forschungsverbund Probleme der Ausländerbeschäftigung (Hg.): „Integrierter Endbericht", Bochum 1979, Seite 232

[30] zit. in „Coburger Tageblatt" vom 7. August 1979

[31] Memorandum des Bundesbeauftragten a.a.O.

[32] Karl-Heinz Meier-Braun: „'Gastarbeiter' oder Einwanderer?". Anmerkungen zur Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland", Frankfurt/Main 1980, Seite 7

[33] in „der arbeitgeber", Nr. 3/1980

[34] in „Demokratische Gemeinde", Nr. 7/1980

[35] zit. in „Demokratische Gemeinde", Nr. 9/1980

[36] zit. in „Erlanger Tageblatt" vom 13. Dezember 1980

[37] so auch Professor Johannes Chr. Papalekas: „Integration oder Rotation?" in der „arbeitgeber", Nr. 9/1971

[38] Fritz Franz in „Kursbuch" Nr. 62, Dezember 1980, Seite 165

[39] Ursula Neumann: „Organisiertes Schulversagen-Ausländerkinder an deutschen Schulen" in Johannes Esser (Hg.): „Wohin geht die Jugend? Gegen die Zukunftslosigkeit unserer Kinder", Reinbek 1979, Seite 124

[40] Referat auf der DGB-Fachtagung zum Ausländerproblem am 9./10. März 1979 in Gelsenkirchen

[41] zit. in „Die Neue" vom 16. September 1980

[42] Forschungsverbund Probleme der Ausländerbeschäftigung a.a.O. S. 231

[43] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 3. April 1980

[44] Rist a.a.O. Seite 78

[45] Memorandum des Bundesbeauftragten a.a.O.

[46] zit. in „Ruhr-Nachrichten" vom 14. November 1974

[47] zit. in. Kunkel a.a.O. Seite 102

[48] Pressekonferenz des Bundesarbeitsministeriums, UPI-Meldung vom 10. Juni 1975

[49] zit. in Meier-Braun a.a.O. Seite 24
[50] „Süddeutsche Zeitung" vom 8. Januar 1977
[51] „Landtag intern" vom 19. März 1979
[52] niedersächsisches Kabinett, zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 27. April 1979
[53] Interview mit der „Westfalenpost" vom 2. Juni 1979
[54] Forschungsverbund Probleme der Ausländerbeschäftigung a.a.O. Seite 241
[55] Interview mit „Kladderadatsch" (regierungs-offiziös) Nr. 1/1980
[56] zit. in „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 25. November 1980
[57] „Nürnberger Nachrichten" vom 13. August 1980
[58] in „Düsseldorfer Expreß" vom 4. Dezember 1980
[59] Professor Gustav Fochler-Hauke (Hg.): „Der Fischer-Weltalmanach 1981. Zahlen, Daten, Fakten, Hintergründe", Frankfurt/Main 1980, Spalte 770
[60] Wolfgang Jung/Wolfgang Roth: „Was wird getan? Was kann man tun? Anleitungen zum Handeln" in Pea Fröhlich/Peter Märthesheimer (Hg.): „Ausländerbuch für Inländer. Bausteine zum Begreifen der Ausländerprobleme", Frankfurt/Main 1980, Seite 243
[61] „Die Zeit" vom 3. November 1978
[62] Faruk Sen in „der arbeitgeber", Nr. 3/1980
[63] zit. in „Quick" vom 20. September 1979
[64] zit. in „Nürnberger Nachrichten" vom 15. Dezember 1980
[65] „Frankfurter Rundschau" Ostern 1977
[66] Interview mit „Quick" vom 10. Mai 1979
[67] Josef Stingl: „Wo liegt die Grenze der Ausländerbeschäftigung?" in „Wirtschaftsdienst" Nr. II/1973
[68] Rede vor dem Politischen Club der Evangelischen Akademie Tutzing am 13. Juli 1971
[69] „Ruhr-Nachrichten" vom 21. Februar 1976
[70] zit. in „Die Welt" vom 28. Januar 1980
[71] „Handelsblatt" vom 20. September 1980
[72] Hammer a.a.O. Seite 222
[73] in „Die Zeit" vom 21. November 1975
[74] Klaus Reinmöller in „Ruhr-Nachrichten" vom 31. Dezember 1979
[75] zit. in „Handelsblatt" vom 4. Februar 1980
[76] „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 16. April 1980
[77] „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 21. Juni 1980
[78] in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 12. April 1980

[79] siehe hierzu „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 17. September 1980
[80] siehe hierzu „Die Welt“ vom 4. Juli 1980
[81] „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 10. Juli 1980
[82] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): „Jahresbericht der Bundesregierung 1968“, Bonn 1969, Seite 101
[83] so auch Bellebaum (Hg.): „Reader soziale Probleme“, Band I „Empirische Befunde“, Frankfurt/Main 1974, Seite 246
[84] „Ruhr-Nachrichten“ vom 2. Dezember 1980
[85] in „Demokratische Gemeinde“ Nr. 8/1980
[86] zit. in „Die Welt“ vom 10. Januar 1980
[87] zit. in „Ruhr-Nachrichten“ vom 13. Februar 1975, siehe auch Bericht der „Frankfurter Rundschau“ vom 13. Februar 1975
[88] in der Fernsehsendung „Gastarbeiterkinder: Proletariat von morgen?“, WDR III, 25. Januar 1978
[89] zit. in „Ruhr-Nachrichten“ vom 16. Juli 1976
[90] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 28. Dezember 1976
[91] DGB-Fachtagung am 9./10. März 1979 in Gelsenkirchen
[92] „Die Zeit“ vom 30. März 1979
[93] in der Fernsehsendung „Bürger fragen – Politiker antworten“, ZDF, 11. September 1980
[94] „Wirtschaftswoche“ vom 22. August 1980
[95] Fernsehsendung „Gastarbeiterkinder: Proletariat von morgen“ s.o.
[96] „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 19. Juli 1980
[97] zit. in „Die Welt“ vom 23. Februar 1980
[98] zit. in „Die Welt“ vom 2. Juni 1980
[99] in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 1. April 1980
[100] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 19. September 1980
[101] in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 20. September 1979
[102] Leserbrief in „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 15. August 1979
[103] zit. in „Der Spiegel“ vom 2. Juli 1979
[104] zit. in „Der Spiegel“ vom 30. Juli 1979
[105] zit. in „Die Welt“ vom 2. Juni 1980
[106] „Ruhr-Nachrichten“ vom 18. Januar 1980
[107] „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 19. September 1980
[108] zit. in „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 1. September 1980
[109] zit. in Kunkel a.a.O. Seite 9
[110] zit. in „Frankfurter Rundschau“ vom 14. August 1978
[111] in der ZDF-Sendung „Bürger fragen – Politiker antworten“ s.o.

[112] Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" vom 13. September 1980
[113] zit. in „Neue Rhein/Ruhr Zeitung" vom 1. Juli 1980
[114] zit. in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 28. Juli 1980
[115] Ausländerkonferenz in Kiel, zit. in „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt" vom 8. Februar 1981
[116] zit. in „Kölner Stadt-Anzeiger" vom 5. Februar 1981
[117] zit. in „Westfälische Rundschau" vom 4. März 1981
[118] in „Brückenbauer" (Schweiz) April 1974
[119] Günther Gillessen: „Die Orientalisierung Europas" in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 2. April 1980
[120] Joachim S. Hohmann: „Dagegen sein ist immer leicht. Die Kunst, Vorurteile zu überwinden", Düsseldorf 1981, Seite 151

Schlußbemerkungen

Noch kurz vor Abschluß dieses Manuskriptes wurden aus Bonn die offiziellen Ausländerstatistiken für das Jahr 1980 bekanntgegeben. Demzufolge stieg die Zahl der „ausländischen Wohnbevölkerung" vom 30. Sept. 1979 bis zum 30. Sept. 1980 von 4,14 Millionen auf 4,45 Millionen. Dies bedeutet also eine Aufstockung der Zahl registrierter (!) Ausländer um dreihundertundzehntausend während zwölf Monaten.

Daß sich auch der Zustrom illegaler Ausländer verstärkt hat, kann als sicher angenommen werden.

Daher muß vermutet werden, daß im September 1980 fast eine halbe Million Ausländer mehr in der Bundesrepublik lebten als ein Jahr zuvor.

Der Entwicklung zum Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland wird also nichts entgegengesetzt. Ende der 80er Jahre dürfte – wenn dies so weitergeht – der Vielvölkerstaat Bundesrepublik Wirklichkeit geworden sein, schon zu Anfang des 21. Jahrhunderts wären dann die Deutschen in ihrem eigenen Staat die Minderheit.

Jedermann kann sich ausrechnen, wieviel Zeit noch bleibt, um eine Wende herbeizuführen. Noch ist die Palette der möglichen Gegenmaßnahmen reichhaltig, die Chancen für eine Wende sind vorhanden. Alle verantwortungsbewußten Bürger sind aufgerufen, diesbezüglich energischen Druck auf die herrschende Ausländerpolitik auszuüben. Schweigen ist nicht mehr möglich.

Niemand kann an der Erkenntnis vorbeikommen: an der Schwelle zum neuen Jahrtausend fällt die Entscheidung.

Ist es denen, die jetzt noch schweigen, wirklich gleichgültig, daß dieses Land dann nicht mehr das Land der Deutschen sein wird?

HEINRICH SCHADE

Völkerflut und Völkerschwund

Erkenntnisse und Mahnungen der Bevölkerungswissenschaft

8°, 116 S., 20 Abb., 19 Übersichten und Tabellen, Kart.	DM 12,80
Ergänzungen 1979	DM 4,80
Beide Schriften zusammen	DM 17,60

Ab 1990 schrumpfen die Rekrutierungsjahrgänge für die Bundeswehr auf die Hälfte,

ab 1995 entsteht ein Engpaß in der Industrie durch Mangel an Facharbeitern wegen der selbstverschuldeten „Bildungskatastrophe", Arbeitslosigkeit der Hochschulabsolventen,

ab 2000 Zusammenbruch der Rentenversorgung für die heute arbeitende Bevölkerung, weil von dieser der Generationenvertrag – nämlich ausreichende Kinderzahl – nicht eingehalten wurde,

ab 2005 Einströmen fremder Bevölkerungsgruppen (‚Gast'-Arbeiter) auf Dauer.
Verschleierung, Täuschung oder Unwissenheit der Bundesregierung?

Die von dem Verfasser, em. o. Prof. für Humangenetik und Anthropologie, zu diesem aktuellen Thema im Jahre 1973 geschriebene „Bevölkerungswissenschaftlichen Erkennnisse und Mahnungen" und die „Neunzehn Thesen zur Bewältigung der Zukunft" haben sich allesamt als richtig erwiesen. Unter dem Druck der Tatsachen wird jetzt auch offiziell zugegeben, daß es sich bei dem Geburtenrückgang in Deutschland nicht um Schwankungen, „Oszillationen" handelt, sondern um einen nicht zu übersehenden Trend. Andererseits nimmt die Weltbevölkerung nach wie vor rapide zu, eine Zunahme, die auch noch im dritten Jahrtausend anhalten wird.

Seitdem hat sich die Situation in der Welt und in Deutschland bedrohlich verschlechtert. Die Bundesregierung sieht immer noch keinen Anlaß für eine bevölkerungspolitische Familienpolitik.



KURT VOWINCKEL VERLAG
8137 BERG AM SEE

Aus unserem Verlagsprogramm:

ERICH HELMDACH

ÜBERFALL?

Der sowjetisch-deutsche Aufmarsch 1941
6. Auflage – 164 Seiten – DM 19,80

Warum hat Hitler die Sowjetunion angegriffen? Weil er mußte! Denn zwei Monate später hätte Stalin Deutschland überfallen.
Längst haben führende Historiker (Irving-Fabry) erkannt: ein echter Präventivkrieg. Bestätigen muß es der Militärhistoriker. Die vergleichende Analyse sagt: der deutsche Angriff war improvisiert, seine politische Zielsetzung falsch. Dagegen erwuchs der sowjetische Angriff aus klarer politischer Zielsetzung. Der Aufmarsch war fast vollendet, die Umrüstung lief, die operative Planung lag offen zutage. Einziger Fehler: Stalin war seiner Sache zu sicher. Er glaubte nicht an den ihm genau bekannten Angriffsplan des Gegners.
Überfall? – Nein: taktische Überraschung durch Präventivschlag.

HELMUT VON LICHTENFELD

RHODESIEN – WOHIN?

Ein Land im Aufbruch
ca. 150 Seiten – Bilder – broschiert DM 15,—

Die Weltöffentlichkeit beschäftigt sich seit Jahren mit Rhodesien. Jetzt hat einer der besten Sachkenner in einer knappen Broschüre die Zeitgeschichte dieses zum Spielball der Weltmachtinteressen gewordenen Gebietes geschrieben. Vor dem Hintergrund historischer Entwicklungen analysiert der Autor die derzeitige Lage. Dabei entstehen neue Perspektiven, die im mitteleuropäischen Raum bislang nur wenigen, die sich intensiv mit diesem Fragenkomplex beschäftigt haben, bekannt waren. Ein wichtiges Buch zum Verständnis der Zusammenhänge im südlichen Afrika.

FRHR. JORDIS VON LOHAUSEN

MUT ZUR MACHT

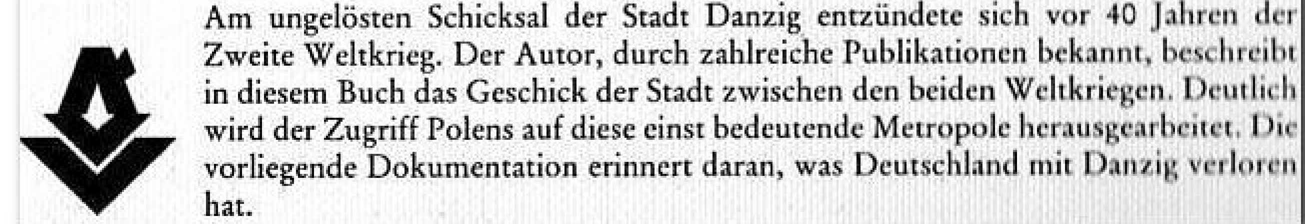
Denken in Kontinenten — 2., erweiterte Auflage
384 Seiten – 40 Karten – Ganzleinen DM 29,80

Mut zur Macht treibt die Geschichte, verbunden mit Mut zur Ausdehnung. Mehr Raum bedeutet mehr Macht. Ohne hinreichenden Raum gibt es keine langanhaltende Macht. Obwohl Geopolitik eine Aneinanderreihung von Selbstverständlichkeiten ist, wird ihre Bedeutung verkannt. Wo die heutigen Politiker des Westens den Kampf der Kontinente erkennen müßten, das Ringen um die Selbstbestimmung der Völker, Rassen und Kulturen, sehen sie nur ihre Parteien.
Dieses Buch ist eine kühne Herausforderung der Gegenwart. Wer die Zukunft gewinnen will, muß diese brillante Studie gelesen haben.

RÜDIGER RUHNAU

DIE FREIE STADT DANZIG 1919–1939

216 Seiten – 8 Bildseiten – broschiert DM 22,—





Am ungelösten Schicksal der Stadt Danzig entzündete sich vor 40 Jahren der Zweite Weltkrieg. Der Autor, durch zahlreiche Publikationen bekannt, beschreibt in diesem Buch das Geschick der Stadt zwischen den beiden Weltkriegen. Deutlich wird der Zugriff Polens auf diese einst bedeutende Metropole herausgearbeitet. Die vorliegende Dokumentation erinnert daran, was Deutschland mit Danzig verloren hat.